

Jahresbericht
der
Industrie- und Handelskammer
für die Provinz Oberschlesien
in
Oppeln

1929

Oppeln
Druck von Erdmann Raabe
1930

Jahresbericht
der
Industrie- und Handelskammer
für die Provinz Oberschlesien
in
Oppeln

1929

Oppeln
Druck von Erdmann Raabe
1930

3652
35

4112. 1929

II

Volk n. Heimat Hindenburg

23. XI. 35

5121.

X-6898	
4112	II
/ 1929	



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Wirtschaftslage und -Politik im Jahre 1929	3
Die Wirtschaftslage	3
Im Deutschen Reich	3
In Oberschlesien	11
Die Wirtschaftspolitik	23

Reparationen S. 23 — Finanz- und Steuerpolitik S. 26 — Sozialpolitik S. 33 — Verkehrspolitik: 1. Eisenbahn und Kraftwagen S. 40 — 2. Tarifierhöhung S. 42 — 3. Tarifpolitik S. 43 — 4. Personenverkehr S. 48 — 5. Bautätigkeit der Reichsbahn S. 50 — 6. Schifffahrt: a) Ausbau der Oder S. 51 — b) Verbindung des Industriegebiets mit der Oder S. 56 — c) Mittellandkanal S. 56 — d) Elbe-Oderkanal S. 58 — e) Coseler Hafen S. 58 — f) Oppelner Umschlagshafen S. 59 — 7. Post S. 59 — Die deutsche Zoll- und Handelspolitik S. 64 — Das kaufmännische Bildungsweisen S. 73.

Die Lage der einzelnen Industrien und des Handels

Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Koks	80
Monatliche Förderung	80
Arbeitstägliche Förderung	80
Schichtförderanteil	81
Kohlenbestände	81
Arbeiterverhältnisse	84
Bergarbeiterlöhne	85
Kohlenpreise	87
Oberschlesisches Steinkohlensyndikat	87
Wagengestellung	87
Wasserverladung	88

	Seite
Abjaßverhältniffe	92i
Selbstverbrauch	92
Auslandsverfand	93
Steinkohlenbriketts	97
Roks	97

Eifen und Eifenverarbeitung

Allgemeines	100
Erze	101
Schrott	102
Koheifen	107
Walzeifen	108
Kaltgewalztes Bandeißen	109
Blech	109
Schmiedeeiserne Röhren	111
Gußeiiserne Röhren	111
Draht	112
Drahttheile	113
Eifen- und Metallguß	114
Maschinen, Apparate, Eifenkonstruktion	114
Werkzeugmaschinen	115
Landwirthschaftliche Maschinen	116
Waagen	117
Dampfkeffel und Dampfkeffelbedarf	118
Baubeihläge	118
Oberbauichrauben	119

Sonstige Metalle und Metallverarbeitung 119

Zinkerz	119
Zinkblech	122
Nickel, Kupfer, Aluminium	123

Verschiedene Industriezweige

Industrie der Steine und Erden	123
Zement	123
Kalk	125
Gips	127
Steinindustrie	128

	Seite
Ziegeleien	128
Marmor	129
Porzellan	130
Chamotte und andere feuerfeste Erzeugnisse	130
Glas	131
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	131
Mehl	131
Bier	132
Destillation	133
Fruchtsäfte, Obstwein	134
Preßhefe	134
Zucker	135
Zigarren und andere Tabakfabrikate	136
Zellstoff- und Papierindustrie	137
Zellstoff	137
Papier	138
Pappe	139
Textilindustrie	140
Flachs	140
Leinenindustrie	140
Tuteteppiche	142
Blüsch- und Krimmerfabrikation	142
Güte	143
Leder und Lederwarenindustrie	143
Leder	143
Schuhwaren	143
Ledertreibriemen	144
Holzindustrie und Holzhandel ,	144
Sägewerksindustrie	144
Walzwollfabrikation	145
Holzverwertung und Holzwaren	146
Verschiedene Industriezweige	148
Zündhölzer	148
Wachswaren	148

	Seite
Seifenindustrie	148
Färberei- und Reinigungsgewerbe	149
Isolierungen und Wärmeschutzmasse	149
Holzverkohlung	149
Fabrikation von gerahmten Spiegeln und Bildern . .	149
Bürsten- und Besenfabrikation	150
Knöpfe	150
 Baugewerbe	 150
Graphisches Gewerbe	152
Geld- und Bankwesen	153
Handelsgewerbe	154
Expeditions- und Transportgewerbe	154
Nahrungsmittelhandel	154
Weinhandel	155
Textilhandel	155
Pelzwaren, Hüte, Mützen	156
Eisenwaren	156
Lederhandel	157
Schuhwaren	157
Gold- und Silberwaren, Uhren	158
Kanalisations- und Wasserleitungsartikel	158
Elektrotechnische Bedarfsartikel	159
Drogen, Chemikalien	159
 Handelsgärtnerei	 160





Wirtschaftslage und -Politik im Jahre 1929

Die Wirtschaftslage.

Die wirtschaftliche Abschwächung, die nach der Konjunktur Im Deutschen
Reiche von 1927 bereits 1928 bemerkbar geworden war, hat sich im Jahre 1929 fortgesetzt. Die abnorme winterliche Witterung des ersten Quartals des Berichtsjahres lähmte das Wirtschaftsleben in weitem Umfang. Die im zweiten Vierteljahr einsetzende saisonmäßige Belebung wurde bald durch die politisch-wirtschaftlichen Beunruhigungen beeinträchtigt, die die damals in ihrer kritischen Phase befindlichen Pariser Verhandlungen über den Young-Plan im Gefolge hatten. Die Reichsbank sah sich im April genötigt, ihren Diskont von 6,5 auf 7,5 % zu erhöhen und im Mai sogar eine Kreditrestriktion eintreten zu lassen, die sie allerdings im Juni bereits wieder aufheben konnte. Der scharfe Druck der auf der deutschen Wirtschaft lastenden Geld- und Kreditknappheit hat sich jedoch im weiteren Verlaufe des Jahres eher verstärkt als vermindert. Auch die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um $\frac{1}{2}$ %, die Anfang November möglich wurde, hat bis zum Ende des Berichtsjahres stärkere erleichternde Auswirkungen nicht gehabt. Wenn trotzdem der Umfang der deutschen wirtschaftlichen Tätigkeit des Jahres 1929 im ganzen nicht viel hinter 1928 zurücksteht, so ist dies namentlich der vergrößerten Ausfuhr zuzuschreiben, die in gewissem Umfange für die nachlassende Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes einen Ausgleich geboten hat.

Zur näheren Charakterisierung des Berichtsjahres sei auf die folgenden Ziffern aus der Wirtschaftsstatistik verwiesen.

Die Indexziffer der deutschen industriellen Produktion lag im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre 1929, für die bisher allein Zahlen vorliegen — das vierte Vierteljahr 1928 eignet sich wegen der in dessen November fallenden Aussperrung in der Eisenindustrie wenig zum Vergleich —, mit 123,4 sogar über der entsprechenden für 1928: 122,5 (1924—1926 = 100). Von den einzelnen Vierteljahresziffern bleibt nur die des ersten Vierteljahres 1929 hinter 1928 zurück. Im Sommer und im Herbst 1929 war die deutsche industrielle Produktion nach dem Index des Konjunkturinstituts größer als 1928. Doch ist dieser Index, wie an dieser Stelle bereits im Vorjahre bemerkt wurde, nur mit Vorsicht zu verwerten, da er für 8 Waren der Grundstoffherzeugung (Kohle, Eisen, Kalk usw.) und für 6 Waren der weiterverarbeitenden Industrie (Wolle, Papier, Pappe usw.) berechnet ist, deren Industrien verhältnismäßig am wenigsten von dem Konjunkturrückgang des Berichtsjahres betroffen worden sind. Das gilt im besondern vom Kohlenbergbau und seinen Nebenindustrien sowie von der Eisenindustrie, die im Jahre 1929 wiederum eine Art Mengenkonjunktur gehabt haben.

Die Gesamtkohlenförderung, auf Steinkohlenwert umgerechnet ¹⁾, hat 1929 mit monatsdurchschnittlich 16,8 Millionen Tonnen die des Vorjahres (1928: 15,6 Millionen Tonnen) um 7,7 % übertroffen. Die Gesamtkohlenausfuhr ohne Reparationen lag mit monatsdurchschnittlich (Januar bis November) 2,562 Millionen Tonnen nicht nur über der des Vorjahres, sondern auch über der des Jahres 1927 (2,495 Millionen Tonnen), dessen Kohlenausfuhr noch unter den Nachwirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1926 gestanden hatte. Die Steigerung der Förderung wie der Ausfuhr erklärt sich aus der strengen winterlichen Witterung des ersten Vierteljahres 1929, die den Hausbrandbedarf im In- und Auslande stark hatte ansteigen lassen. Der Absatz für industrielle Zwecke dürfte dagegen im Berichtsjahre der gleiche wie 1928 geblieben sein oder diesen sogar unterschritten haben.

Die Roheisenerzeugung betrug in den ersten 10 Monaten — wegen der Eisenaussperrung im November 1928 muß der Vergleich auf die ersten 10 Monate beschränkt bleiben — 1928: 10,6 Millionen Tonnen, 1929: 11,2 Millionen Tonnen, die Rohstahlerzeugung 1928: 13 Millionen Tonnen, 1929: 13,8 Millionen Tonnen. Auch die Ausfuhr von Roheisen, Eisenhalbzeug und Eisenwaren hat sich im Jahre

¹⁾ Steinkohlen- und Braunkohlenförderung; von der letzteren 1 t Steinkohle = ²⁾ 9 t Braunkohle.

1929 erhöht (Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 1928: 2,67, 1929: 4,04 Millionen Tonnen). Der Inlandsabsatz der eisenhaltenden Industrie hat sich dagegen im Berichtsjahre verringert, obwohl die eisenverarbeitenden Industrien ebenfalls an den gebesserten Ausfuhrmöglichkeiten des Berichtsjahres teilnehmen konnten und auch die Bautätigkeit verhältnismäßig wenig hinter der des Jahres 1928 zurückgefallen hat, da der Wohnungsbau trotz der schwierigen Finanzlage aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer und durch zusätzliche Darlehen aus anderen öffentlichen Mitteln weiter gefördert worden ist. Soweit die statistischen Ziffern einen Rückgang der Bautätigkeit aufweisen, sind sie auf die geringere Erstellung von Gebäuden für gewerbliche und öffentliche Zwecke zurückzuführen. Ohne Frage hat diese verhältnismäßig anhaltende Bautätigkeit bei den beteiligten Industrien den Konjunkturrückgang des Jahres 1929 stark gemildert, der aus den Berichten der meisten übrigen Industrien ersichtlich ist.

Dieser Konjunkturrückgang tritt namentlich in der Arbeitsmarktsstatistik deutlich zu Tage. Die Höchstziffer der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung lag im ersten Vierteljahr 1929 mit 2,46 Millionen Ende Februar beträchtlich über der entsprechenden Höchstziffer des Vorjahres (Ende Januar 1928: 1,3 Millionen). Hing diese Erhöhung wiederum mit dem Witterungscharakter der ersten Monate 1929 zusammen, und brachte die dann einsetzende Entlastung des Arbeitsmarkts bis Ende Juli eine Verringerung bis auf 710 000 Arbeitslosenversicherte, so wurden doch im Jahre 1928 im gleichen Monat nur 564 000 Arbeitslose gezählt. Seit Ende Juli ist dann in beiden Jahren die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen. Die Ziffern der Hauptunterstützungsempfänger betrugen Ende Dezember 1928: 1,702 Millionen, Ende 1929: 1,774 Millionen. Die Arbeitslosigkeit ist also auch im Berichtsjahre wieder sehr groß und, absolut genommen, noch größer als im Vorjahre gewesen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen infolge der natürlichen Bewegung der Bevölkerung 1929 um etwa 380 000 vermehrt hat. Hiervon mag in den Sommermonaten des Berichtsjahres etwa die Hälfte Beschäftigung gefunden haben, wie sich aus den Ziffern der Krankentassenstatistik ergibt, was aber hier im einzelnen nicht abgeleitet werden soll.

Die Verkehrsleistungen der Reichsbahn weisen nur im ersten Quartal des Berichtsjahres Verringerungen auf. Seitdem zeigt sich sogar eine Steigerung, die die Ziffern über die des Vorjahres hat ansteigen lassen. Es wurden Wagen gestellt seitens der Reichsbahn arbeitsfähig 1928: 150 000, 1929: 152 000. Die Mengen der im öffent-

lichen Verkehr beförderten Güter betrugen 1928: 433,2 Millionen, 1929: 438,5 Millionen. Allerdings ist bei diesen Steigerungen in Betracht zu ziehen, daß wie 1928 so auch im Jahre 1929 der Wassertransport vielfach versagt hat. In Betracht zu ziehen sind auch die verstärkten Kohlentransporte, die zum Teil die Steigerung der Wagenstellung bedingt haben.

Die Umsatzsteuer erbrachte 1928: 1003,8 Millionen RM., 1929: 1 008,7 Millionen RM. Auch bei den Umsätzen im Zahlungsverkehr bei der Reichsbank und Post sind Rückgänge im Jahre 1929 gegenüber 1928 nicht festzustellen.

Der innere Verbrauch, der bis zum Jahre 1928 die Vorkriegshöhe erreicht, ja sogar etwas überschritten hatte, dürfte im Berichtsjahre höchstens stabil geblieben sein. Die Umsätze der Konsumvereine, die einen der Indices bilden, an denen der innere Verbrauch gemessen zu werden pflegt, weisen zwar in den einzelnen Vierteljahre des Berichtsjahres gegenüber 1928 noch Steigerungen auf; das entgegengesetzte Ergebnis ist jedoch aus den Ziffern der Umsätze des Einzelhandels, soweit solche zur Verfügung stehen, zu entnehmen, wobei auch die Warenhäuser im allgemeinen keine Ausnahme bilden. Damit stehen die Berichte über den Geschäftsgang im Einzelhandel des Jahres 1929 im Einklang, die durchweg wenig befriedigend gelautet haben.

Der Steigerung der Ausfuhr, die sich im Berichtsjahr vollzogen hat, ist bereits eingangs gedacht worden. Sie ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich, die die Ein- und Ausfuhr des Jahres 1929 im ganzen sowie getrennt nach den wichtigsten Warengruppen einschließlich der Reparationslieferungen in Millionen RM. in Gegenüberstellung zu den 2 vorhergehenden Jahren enthält.

Jahr	Reiner Warenverkehr			Lebensmittel und Getränke		Rohstoffe u. halbfertige Waren		Fertige Waren	
	Gesamt-		Passivität	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Einfuhr	Ausfuhr							
1929	13 434,7	13 487,2	+ 52,5	3 817,3	701,3	7 205,3	2 926,2	2 262,4	9 832,5
1928	14 045,4	12 299,7	1745,7	4 195,4	630,5	7 246,5	2 703,8	2 458,1	8 700,0
1927	14 143,4	10 218,7	-3924,7	4 350,5	418,8	7 149,1	2 239,3	2 466,5	7 549,6

Siernach ist die Außenhandelsbilanz des Berichtsjahres mit 52,5 Millionen RM. aktiv gewesen. Werden die in der Ausfuhr enthaltenen 799,2 Millionen RM. für Reparationen berücksichtigt, so ergibt sich allerdings ein Passivsaldo von jedoch nur 747,2 Millionen

RM., während dieser Passivsaldo in den beiden Vorjahren entsprechend (1928) 1 087,3 Millionen RM. und (1927) 3 346,3 Millionen RM. betragen hatte. Die Ausfuhr hat sich in 1929 gegenüber 1928 um 1 187,5 Millionen RM. vergrößert, die Einfuhr um 610,7 Millionen RM. verringert. Die Verringerung der Einfuhr wurde im Berichtsjahre namentlich durch die verringerten Einfuhren an Lebensmitteln und fertigen Waren ermöglicht, worin die bessere Ernte des Berichtsjahres und der verminderte inländische Bedarf zum Ausdruck kommt. Verhältnismäßig nur unbedeutend hat sich dagegen die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren verkleinert, was auf die immerhin behauptete inländische Produktion hindeutet. Die Vergrößerung der Ausfuhr ist fast ganz mit der Vergrößerung der Fertigwarenausfuhr identisch, die sich im Jahre 1929 gegenüber 1928 ungefähr in dem gleichen Maße wie 1928 gegenüber 1927 erhöht hat (1929 gegenüber 1928 + 1 132,5 Millionen RM., 1928 gegenüber 1927 + 1 150,4 Millionen RM.) In der Reihenfolge der einzelnen Ausfuhrindustrien nach der Größe ihrer Ausfuhren sind im Berichtsjahre gegenüber 1928 wesentliche Unterschiede ebenfalls nicht eingetreten. Die bedeutendsten Ausfuhrindustrien waren auch im Jahre 1929 die Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitung, die Herstellung von Textilwaren, die chemische Industrie, die Papier- und Papierwaren- sowie die Leder- und Lederwarenindustrie. Im ganzen bietet die Entwicklung des deutschen Außenhandels im Berichtsjahr um so mehr ein erfreuliches Bild, als die hier bemerkbare Aufwärtsbewegung seit 1924 ständig fortgeschritten ist. Darin ist sicherlich ein Erfolg der unablässigen innerdeutschen Bemühung um qualitative und quantitative Verbesserung der Produktion zu erblicken, und damit wird auch die deutscherseits betriebene Zoll- und Handelspolitik im ganzen als richtig erwiesen, so sehr sie im einzelnen der Kritik Angriffsflächen geboten hat. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß diese Ausfuhr z. T. wenigstens zu Preisen erfolgt ist, die kaum noch einen Gewinn übrig lassen, lediglich um dem Betrieb die Arbeit zu erhalten und Arbeiterentlassungen möglichst zu vermeiden. Es wäre auch fehlerhaft zu übersehen, daß die Bestrebungen und Bemühungen um möglichststen Abbau der internationalen Handelshemmnisse, wie sie hohe Zollmauern und andere Handelsbeschränkungen darstellen, bisher größere Erfolge nicht erzielt haben und über eingehende Erörterungen auf Handelskongressen und Völkerbundsversammlungen noch nicht hinaus gelangt sind. Es erscheint daher angezeigt, die Zukunft des deutschen Außenhandels nach wie vor mit Zurückhaltung zu beurteilen. Dazu führt auch die Erwägung, daß

mit einer Verstärkung der Konkurrenz auf dem Weltmarkte, im besonderen durch die Vereinigten Staaten von Amerika, aller Wahrscheinlichkeit nach wird gerechnet werden müssen.

Die Preisbewegung ist während des ganzen Berichtsjahres nach unten gerichtet gewesen. Am stärksten war der Abfall in den sogenannten Konjunktorempfindlichen Waren (Schrott, Wolle, Felle usw.), deren Index (1913 = 100) von Januar bis Dezember 1929 von 130,3 bis 112,9 nachgegeben hat. Aber auch die Preise der Agrarstoffe, der industriellen Rohstoffe und Fertigwaren und der Konsumgüter haben sich, wenn auch nicht in gleichem Maße, verringert, was um so bemerkenswerter ist, als es sich hierbei zum Teil um kartellmäßig gebundene Preise handelt, auf die sich die Konjunkturbewegung nicht unmittelbar auswirkt. Der Gesamtindex der Preise des Jahres 1929 ist von 138,9 bis 134,3 (Januar bis Dezember) zurückgegangen. Der Index der Lebensmittelhaltungskosten, Januar 153,1 — Dezember 152,6, weist gleichfalls im Berichtsjahre einen Rückgang auf.

Neben der großen Arbeitslosigkeit und dem Preisrückgang sind als drittes Symptom der Konjunkturabschwächung des Berichtsjahres namentlich seine hohen Insolvenzziffern zu bemerken, die die schon stark gestiegenen des Vorjahres noch hinter sich gelassen haben. Die Ziffer der Konkurse stellte sich 1928 auf 10 595, 1929 auf 13 095, die der Vergleichsverfahren 1928 auf 3 147, 1929 auf 4 940. Die Zahl der protestierten Wechsel ist von 86 087 in 1928 auf 104 755 in 1929 gestiegen, die Summe der Wechselproteste von 113,6 Millionen RM. auf 143,8 Millionen RM. im gleichen Zeitraum. Die stark verschlechterte Liquidität des Berichtsjahres hat geradezu den Charakter einer Vertrauenskrise gehabt. Auf sie dürfte in erster Linie auch der stimmungsmäßige Pessimismus zurückzuführen sein, der in der praktischen Geschäftswelt im Laufe des Jahres 1929 oft in einem Umfange festgestellt werden konnte, der, so wenig befriedigend sein Gesamtergebnis auch ist, immerhin als übertrieben bezeichnet werden muß.

Die umfangreiche wirtschaftliche Verlustliste für 1929 ist letzten Endes aus der völlig unzureichenden Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft zu erklären, die in den hohen Zinssätzen zum Ausdruck kommt. Der Entwicklung des Reichsbankdiskonts wurde bereits gedacht. Nachdem eine gewisse Verflüssigung des Geldmarktes am 12. Januar 1929 eine Ermäßigung um $\frac{1}{2}$ % auf 6,5 erlaubt hatte, erfolgte am 25. April eine Heraufsetzung auf 7,5 %. Erst am 2. November wurde wiederum eine Herabsetzung auf 7 % möglich. Im übrigen lagen die Geldsätze aller Arten für kurz- und langfristige Kre-

dite am Ende des Jahres über dem an sich schon hohen Stande zu seinem Beginn. Es sei hierfür nur auf die Entwicklung des Privatkontos verwiesen, der monatsdurchschnittlich im Januar 6,45 %, im Dezember aber 7,56 % betrug und im Mai, dem Monat der Kreditrestriktion der Reichsbank, mit sogar 9,17 % seinen Höchststand erreicht hatte. Die Auslandsanleihen, die im Laufe der letzten Jahre, wenn auch nur zu hohen Zinssätzen, verfügbar gewesen waren, haben sich im Laufe des letzten Jahres stark verringert. Ist für 1928 noch eine Ziffer von 1 573,2 Mill. RM. ausländischer Kredite festzustellen, so für 1929 nur eine solche von 377,3 Millionen RM. Zudem waren es hauptsächlich kurzfristige Darlehen, die der deutschen Wirtschaft noch zur Verfügung standen, während der dringende Bedarf an langfristigen Krediten zum Teil überhaupt ungedeckt bleiben mußte. Der Zuwachs der Sparkassenguthaben betrug im Jahre 1928 2 296,6 Millionen RM., im Jahre 1929 dagegen 2 025,1 Millionen RM., so daß auch hier eine Verringerung des Zuwachses festzustellen ist.

Die schwierige Lage des Geld- und Kreditmarktes spiegelte sich auch in der Haltung der Börse wieder, die zumeist in völliger Auflöslichkeit verkehrt hat. Der Entwertungsprozeß der Börsenpapiere hat sich fast während des ganzen Verlaufs von 1929 fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamt errechnete auf dem Durchschnittsniveau von 329 repräsentativen Aktien der Berliner Börse beruhende Aktienindexziffer senkte sich um 22,5 v. H. von 148,7 im Dezemberdurchschnitt 1928 auf 115,2 im Dezember 1929. In der letzten Dezemberwoche wurde ein Tiefstand von 113,8 erreicht. Diese Gesamtindexziffer setzt sich aus Aktienindices der wichtigsten Wirtschaftsgruppen zusammen, die sämtlich im Jahre 1929 rückgängig gewesen sind. Der Durchschnittsaktienkurs im Bergbau und in der Schwerindustrie betrug im Dezember 1928: 130,96, im Dezember 1929: 112,29, in der verarbeitenden Industrie entsprechend 146,54 und 105,09, in Handel und Verkehr 169,3 und 135,84. Auch die festverzinslichen Wertpapiere haben während des Berichtsjahres im ganzen ununterbrochene Kursverluste zu verzeichnen gehabt.

Fassen wir zusammen, was im Vorstehenden über die wirtschaftliche Entwicklungsrichtung des Berichtsjahres und ihre Merkmale angeführt worden ist, so ist festzustellen, daß das Jahr 1929 bestenfalls als ein Jahr wirtschaftlichen Stillstandes zu werten ist. Wenn aber Stillstand Rückschritt bedeutet, so ist diese Mahnung im Rückblick auf 1929 um so mehr am Plage, als in ihm die endgültige Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen im Young-Plan vorbereitet wor-

den ist und der Young-Plan die bisher gehegten Hoffnungen auf eine wesentliche Erleichterung der Gesamtlast der deutschen Kriegstribute vernichtet hat. Der Young-Plan, der, wie wohl nicht zu bezweifeln, im Jahre 1930 zur Annahme gelangen wird, hat die deutsche Wirtschaft mit im ganzen etwa 116 Milliarden RM. Reparationen, zahlbar in 59 Jahresraten, belastet. Wenn diesen Verpflichtungen genügt werden soll, so wird, sofern sie überhaupt erfüllbar sind, unsere Wirtschaft noch eine ganz andere Ausweitung erfahren müssen, als sie in den Jahren des Dawes-Planes erreicht worden ist. Dies aber setzt eine sehr erhebliche Vergrößerung der deutschen Kapitalbildung voraus, da diese, wie sich besonders im Jahre 1929 mit dem in ihm festzustellenden Nachlassen der ausländischen Kreditzuflüsse gezeigt hat, durchaus unzureichend ist. Daß zu einer Vergrößerung der deutschen Kapitalbildung in einem den Erfordernissen entsprechenden Maße Milderungen der steuerlichen und sonstigen öffentlichen Lasten der deutschen Wirtschaft gehören, darauf ist in den Vorjahren bereits immer wieder hingewiesen worden. Der Young-Plan hat nun mit der in ihm vorgesehenen Atempause für die deutsche Wirtschaft, d. h. mit seinen Ermäßigungen der Annuitäten der nächstfolgenden Jahre gegenüber der bereits erreichten Normalzahlung des Dawes-Planes von 2,5 Milliarden RM., zu solchen Erleichterungen die Möglichkeiten gegeben. Diese Möglichkeit darf nicht ungenutzt bleiben und muß im Wege einer umfassenden Finanz- und Steuerreform erreicht werden. Es ist immerhin festzustellen, daß die Diskussion über den Young-Plan zunächst wenigstens in diesem Punkte nahezu völlige Übereinstimmung ergeben hat. Einstimmigkeit herrschte auch über die Grundzüge der deutschen Steuerreform, so sehr die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Reformprogramme auch im einzelnen von einander abweichen. Die direkten Steuern müssen herabgesetzt werden. Insbesondere muß die Gewerbesteuer, die sich immer mehr als eine schwere Schädigung der deutschen Volkswirtschaft erwiesen hat, gesenkt und schließlich ganz abgebaut werden. Die entstehenden Einnahmeausfälle müssen in erster Linie durch Einschränkung der öffentlichen Ausgaben ausgeglichen werden. Soweit für unerlässlich notwendige Ausgaben eine Erhöhung bei anderen Einnahmearten erforderlich sein sollte, muß auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der davon betroffenen Wirtschaftszweige Rücksicht genommen werden. Vor allem ist eine alle Kreise der Bevölkerung erfassende Gemeindesteuer im Interesse einer sparsamen Finanzgebarung notwendig. Auch die Reichsregierung hat sich in ihren steuerlichen Reformvorschlägen, mit denen sie auf längeres

Drängen endlich im Dezember hervortrat, zu diesen Richtlinien bekannt. Leider zeigte sich jedoch am Schluß des Jahres, daß zunächst für den unabweisbar gewordenen Ausgleich des auf etwa 1700 Millionen RM. angewachsenen Kassendefizits gesorgt werden mußte. Das Berichtsjahr hat daher statt mit Steuererleichterungen wiederum mit Steuererhöhungen abgeschlossen und hat damit die Steuerreform dem Jahre 1930 als wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe hinterlassen. In den Tagen des Abchlusses dieses Berichts (Februar 1930) wird im Reichstage wie über die Annahme des Young-Plans so auch über die Finanzreform verhandelt, da mit vollem Recht die untrennbare Verbundenheit beider Problemkomplexe betont worden ist. Die Lage hat sich jedoch gegenüber der am Ende des Berichtsjahres noch insofern verschlechtert, als auch für 1930 trotz Berücksichtigung der Verminderungen der Reparationszahlungen mit einem Defizit des Reichshaushalts zu rechnen ist. Erscheint somit eine effektive steuerliche Entlastung im Jahre 1930 von vornherein wiederum sehr fraglich, so muß wenigstens der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß es das Jahr der Sanierung und der Selbstbeschränkung der öffentlichen Verwaltungen aller Art vom Reich bis zu den Gemeinden werden wird, deren überhohe Anforderungen bisher eines der schwersten Hemmnisse unserer wirtschaftlichen Entwicklung gebildet haben.

Wie der gesamte deutsche Steinkohlenbergbau, so hat auch der oberschleifische seine Förderung im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre erhöhen können, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist:¹⁾

	Förderung	Beilände	Arbeiterzahl ²⁾
	t	(Ende Dezember)	t
1928	19 697 992	268 227	54 649
1929	21 995 819	271 088	57 729

Die Steigerung betrug 11,7 % und hat damit die gesamte deutsche Förderungssteigerung übertroffen, die nur 8 % betrug (Steinkohlenförderung im Deutschen Reich 1928: 150 861 000 To., 1929: 163 437 000 To.). Die Vergrößerung der Nachfrage, die diese Vergrößerung der oberschleifischen Förderung erlaubte, erklärt sich einer-

¹⁾ Die folgenden Ziffern über den Steinkohlenbergbau, die Großeisen- und Zinkindustrie nach der Statistik des Oberschleifischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Gleiwitz.

²⁾ Ziffern nach Jahresdurchschnitten.

seits aus der strengen, winterlichen Witterung des ersten Vierteljahres des Berichtsjahres, sodann aber auch aus starken Vorratsbezügen während seiner übrigen Monate. Daß diese trotz des Rückganges der industriellen Konjunktur erfolgte, hatte seinen Grund in den Versorgungsschwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren bei erhöhtem Bedarf ergeben hatten und die ihrerseits namentlich auf die geringe Leistungsfähigkeit der Oderwasserstraße zurückzuführen sind. Ohne den Ausschluß der polnisch-oberschlesischen Kohlen von den deutschen Verbrauchsgebieten, an dem sich auch im Berichtsjahre nichts geändert hat, hätte jedoch der deutsch-oberschlesische Steinkohlenbergbau aus diesen relativ günstigen Verhältnissen keinen Vorteil ziehen können. Auch der Auslandsversand an deutsch-oberschlesischer Kohle hat sich etwas erhöht, jedoch weisen nur die ersten drei Monate des Berichtsjahres stärkere Exporte im Vergleich zum Vorjahre auf (1928: 209 730 To., 1929: 412 108 To.), sodaß auch hier auf den strengen Winter 1929 als Ursache zu verweisen ist. Normalerweise sind der Ausfuhr deutsch-oberschlesischer Kohle durch das unserem Bezirk vorgelagerte polnisch-oberschlesische Revier enge Grenzen gezogen, da dieses den Südosten versorgt.

Die obererschlesische Großeisenindustrie hat ihre Produktion im Berichtsjahre im ganzen nur etwa behaupten können.

Jahr bzw. Monat	Roheisen			Rohestahl		Halbzeug zum Verlauf	Fertigerzeugnisse der Walzwerke einschl. Schmelzen u. Preßw.	Gußwaren zweiter Schmelzung
	insgesamt	davon Gießerei- Roheisen	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferro- mangan und Ferrosilizium	Rohblöcke	Stahlguß			
	t	t	t	t	t	t	t	t
1928	247 749	63 170	159 749	510 316	12 850	46 200	368 500	36 600
1929	180 186	30 591	134 301	520 098	13 944	34 381	385 032	38 076

Von den aus der vorstehenden Tabelle ersichtlichen Produktionsverringerungen ist besonders der Rückgang der Roheisenproduktion charakteristisch. Er erklärt sich daraus, daß von den beiden Roheisen erzeugenden obererschlesischen Unternehmungen, nämlich der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke Akt.-Ges. in Gleiwitz und der Firma Vorisigwerk Akt.-Ges. in Vorisigwerk die letztere im Laufe des Jahres 1929 die Erzeugung vollständig eingestellt hat. Am 17. März wurde der letzte noch im Feuer stehende Hochofen ausgeblasen, nachdem dessen

Produktion im Januar zum größten Teil und im Februar ausschließlich dem Vörsigwerfer Stahlwerk zugeführt worden war. Auch die Zülzenhütte der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke dämpfte am 1. Februar des Berichtsjahres einen ihrer drei Hochofen. Sie nahm ihn zwar im Juni wieder in Betrieb, doch nur für einen Monat. Seit dem 18. Juli ist auf der Zülzenhütte nur mit 2 Hochofen produziert worden. Dagegen gelang es, die ober-schlesische Erzeugung von Rohstahl zu erhöhen; allerdings betrug das Plus in den Monaten Januar bis Oktober 1929, die wegen der westdeutschen Aussperrung im November 1928 allein zum Vergleich herangezogen werden dürften, gegenüber 1928 nur 4,2 %, in der gesamtdeutschen Rohstahlerzeugung dagegen 5,6 %. Diese Mehrerzeugung an Rohstahl und ebenso auch die Vergrößerung der Erzeugung von Fertigwaren war allerdings nur auf Kosten der Erlöse zu erzielen. Dies gilt namentlich auch von den Exporten der ober-schlesischen Eisenindustrie, die sich im Durchschnitt sehr wenig rentabel gestaltet haben und auf die bei den meisten Artikeln nur wegen der Schwächen des Inlandsmarktes zurückgegriffen wurde.

Die ober-schlesische Zinkblechproduktion hat sich ebenfalls verringert, da sich auch der Zinkblechmarkt im Berichtsjahr verschlechtert hat. Die Zinkerzförderung hat sich zwar erhöht, da jedoch die Zinkpreise während des ganzen Berichtsjahres im Rückgang begriffen waren, konnte die Förderungssteigerung an Erzen nur einen gewissen Ausgleich für diesen Rückgang bedeuten.

Jahr	Galmei	Zinkblende	Bleierz:	Schwefelkies	Zinkblech	Stein (Zinkblei)
t	t	t	t	t	t	t
1928	14 718	175 853	17 677	8 872	8 342	101
1929	15 167	184 942	21 755	5 673	6 780	69

In den übrigen Industrien, über die keine statistischen Nachweisungen vorliegen, hat sich, wie aus den unten folgenden Einzelberichten hervorgeht, der Konjunkturrückgang des Berichtsjahres noch stärker akzentuiert.

Die Zement- und Kalkindustrie hatte über geringeren Absatz zu klagen. Auch der Kalkverbrauch der Landwirtschaft war infolge des langen Winters geringer. In Ostpreußen, einem wichtigen Absatzgebiet für ober-schlesischen Kalk, trat zudem die schwedische Konkurrenz stärker hervor. Auch die Erhöhung der polnischen Frachten hat den Versand nach Pommern und Ostpreußen ungünstig beeinflusst. Die Steinindustrie konnte die Störungen ihres Betriebes durch die winter-

liche Witterung im weiteren Verlauf des Berichtsjahres nur teilweise wieder wettmachen, zumal der Steinverbrauch für Wegebau durch die schwierige finanzielle Lage der wegebaupflichtigen öffentlichen Verbände in engen Grenzen gehalten wurde. Der Schotterbedarf der Reichsbahn war ebenfalls verhältnismäßig gering. Die Lage der Ziegeleien und des Baugewerbes war sehr uneinheitlich, im Durchschnitt aber ungünstiger als im vorigen Jahre. Die obererschlesische Porzellanfabrikation konnte ihr Exportgeschäft nicht in dem erhofften Umfange entwickeln, sondern war gezwungen, den inländischen Markt stärker zu beschicken, wobei sie ebenfalls auf Schwierigkeiten stieß. Die Beschäftigung der weiterverarbeitenden Metallindustrie war im Durchschnitt ebenfalls ungünstiger als im Jahre 1928, was wiederum mit den Verhältnissen auf dem Bauparkt durch die Verringerung der öffentlichen und gewerblichen Bauten und der schwierigen Lage der Landwirtschaft zusammenhing, da Bauartikel und Landmaschinen zu den wichtigsten Erzeugnissen der obererschlesischen metallverarbeitenden Industrien gehören. Wo in dieser Industrie reichlichere Aufträge vorlagen, wurde ebenfalls über unzureichende Preise geklagt. Finanzierungsschwierigkeiten stellten sich auch dem Export der obererschlesischen Werkzeugmaschinenindustrie hindernd entgegen. Die obererschlesische Natronzellstoff- und Papierindustrie hat besonders unter der Auswirkung der Herabsetzung des Einfuhrzolles für Packpapier, die im Jahre 1926 erfolgt ist und die dadurch veranlaßte vermehrte Einfuhr namentlich schwedischen Materials gelitten, da sie durch die frachtllich ungünstige Lage Oberschlesiens und die dadurch bedingte Verteuerung ihrer Transporte in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt ist. Auch die obererschlesische Leinenindustrie hat im Berichtsjahre nur mit stark verringerter Belegschaft arbeiten können. Es war dies im besonderen den Lohnerhöhungen zuzuschreiben, die ihr ohne Rücksicht auf die Konjunkturlage und die frachtlliche Ungunst ihres Standortes zudiktiert worden sind. Von den kleineren textilindustriellen Unternehmungen Oberschlesiens kamen zwei Strumpf- und Wirkwarenfabriken zum Erliegen. Die Blüsch-, Stimmer- und Teppichwarenindustrie in Ratscher hatte einen Absatzrückgang zu verzeichnen. Die Leder- und Schuhindustrie, die mit Polnisch-Oberschlesien ihr nächstgelegenes Hauptabsatzgebiet verloren hat, konnte auch im Berichtsjahre keinen Ersatz dafür finden. Die Schuhindustrie war weiter auch durch die tschechische Konkurrenz bedrückt. Die Lebens- und Genussmittelindustrie Oberschlesiens hat ihren obererschlesischen Absatz etwa auf dem Stande des Vorjahres halten können. Eine Erweiterung

der Geschäftsbeziehungen nach dem Innern Deutschlands, auf die auch diese Industrien nach der Abtrennung Ostoberschlesiens angewiesen sind, konnte aus fruchtlichen Gründen ebenfalls nicht erreicht werden.

Die Tabelle der oberschlesischen Arbeitslosigkeit ¹⁾ zeigt die gleiche Entwicklung wie in ganz Deutschland und erklärt sich aus dem verhältnismäßig großen Anteil der in der Landwirtschaft und den Außenberufen Tätigen an der Gesamtsumme der berufstätigen Bevölkerung.

Monat	Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung		Krisenunterstützte		Sonderfürsorge der Saisonarbeiter ²⁾ 1929	Gesamtsumme der Arbeitslosen	
	1928	1929	1928	1929		1928	1929
Januar	49 602	46 076	5 621	1 906	30 969	55 223	78 951
Februar	52 976	31 034	6 154	2 465	50 125	59 130	83 624
März	42 153	23 588	6 039	2 962	49 391	48 192	75 941
April	19 905	41 746	3 305	2 924	—	23 210	44 670
Mai	12 137	19 281	2 253	2 694	—	14 390	21 975
Juni	8 619	13 435	1 529	2 553	—	10 148	15 988
Juli	6 127	10 977	836	1 945	—	6 963	12 922
August	6 375	11 182	756	1 898	—	7 131	13 080
September . . .	6 672	11 062	901	1 937	—	7 573	12 999
Oktober	7 432	15 145	1 073	1 879	—	8 505	17 024
November . . .	16 110	26 600	1 273	2 004	—	17 383	28 604
Dezember . . .	46 979	16 553	1 540	2 489	42 380	48 519	61 422

¹⁾ Nach Mitteilung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Schlesien, Zweigstelle Gleiwitz, Zählung Ende jeden Monats.

²⁾ In 1928 sind die entsprechenden Biffern in der Spalte der Hauptunterstützungsempfänger enthalten.

Im Bereich der Reichsbahndirektion Oppeln,¹⁾ die bekanntlich nicht den ganzen Kammerbezirk umfaßt, nahm der Güterversand in den einzelnen Monaten — verglichen mit 1928 — folgende Entwicklung:²⁾

Monat	1929	1928	1929 gegen 1928			
			mehr		weniger	
			t	%	t	%
Januar . .	1 953 259	1 673 610	279 649	= 16,7		
Februar . .	2 009 932	1 652 178	357 754	= 21,7		
März . . .	2 334 010	2 000 605	333 405	= 16,7		
April . . .	2 301 756	1 682 006	619 750	= 36,9		
Mai . . .	2 162 048	1 869 291	292 757	= 15,7		
Juni . . .	2 069 926	1 885 364	184 562	= 9,8		
Juli . . .	2 421 442	1 905 932	515 510	= 27,1		
August . .	2 433 354	1 962 688	470 666	= 24,0		
September .	2 322 558	1 994 250	328 308	= 16,5		
Oktober . .	2 518 828	2 332 509	186 319	= 8,0		
November .	2 329 839	2 218 578	111 261	= 5,0		
Dezember .	1 959 516	1 658 250	301 266	= 18,2		

Der Gesamtversand im Jahre 1929 in Höhe von 26 816 468 To. gegenüber 22 835 261 To. im Jahre 1928 weist eine Zunahme um 3 981 207 To. = 17,4 v. H. auf, die in der Hauptsache auf den Steinkohlenversand, auf Getreide, Kartoffeln, Holz und zu einem erheblichen Teil auf stärkeren Dienstgutversand zurückzuführen ist. Der Versand an Roheisen, Eisen und Stahl, Zement, Kalk, Zucker, hat dagegen abgenommen.

Auf die wichtigsten Güterarten verteilt sich der Versand im Vergleich zu 1928 wie folgt:

¹⁾ Die Kreise Falkenberg, Grottkau, Reisse und ein Teil des Kreises Neustadt gehören zur Reichsbahndirektion Breslau.

²⁾ Die folgenden Zahlen sind im wesentlichen der Statistik der Reichsbahndirektion Oppeln entnommen.

	1929 to	1928 to	— weniger + mehr
Steinkohlen, Koks und Briketts	19 559 103	17 299 385	+ 2 259 718
Hoheisen	534 906	599 620	— 64 714
Eisen und Stahl	525 780	543 934	— 18 154
Zinkerze	178 648	164 513	+ 14 135
Zink	11 251	8 841	+ 2 410
Zement	543 541	561 477	— 17 936
Kalk	285 499	293 365	— 7 866
Düngemittel	294 176	294 170	+ 6
Zuckerrüben	226 869	222 437	+ 4 432
Zucker	54 104	59 063	— 4 959
Kartoffeln	58 797	42 125	+ 16 672
Getreide	80 313	58 235	+ 22 077
Holz	516 678	451 499	+ 65 179

Die Wagengestellungen der Jahre 1928 und 1929 weisen folgende Zahlen auf:

Wagengattungen zu 10 t	1929 rechtzeitig gestellt Wagenzahl	1928 rechtzeitig gestellt Wagenzahl	1929 nicht rechtzeitig gestellt		1928 nicht rechtzeitig gestellt	
			Wagenzahl	0/0	Wagenzahl	0/0
O— Wagen	2 294 441	2 051 599	104	—	98	—
G— "	195 057	192 871	—	—	—	—
Gl— "	664	532	10	1,48	8	1,48
V— "	210	259	—	—	—	—
K— "	34 042	37 418	—	—	—	—
R— "	17 409	16 149	48	0,27	8	0,05
H— "	384	354	1	0,30	2	0,58
Ho— "	6 610	5 300	78	1,17	56	1,06
S— "	8 715	6 822	73	0,83	75	1,09
SS— "	7 796	6 876	206	2,57	147	2,09
X— "	29 591	36 280	—	—	—	—
	2 594 919	2 354 460	520	0,02	394	0,02

1929 gegen 1928 mehr gestellt: 240 459 = 10,21 v. H.

Für Kohle, Holz und Breifetts im deutschoberichleßischen Kohlen-
gebiet wurden gestellt:

1913	867 773 O-Wagen
1928	1 763 547 „
1929	2 005 191 „

Die Verkehrsentwicklung auf der oberichleßischen
Schmalspurbahn ergibt — im Vergleich zum Jahre 1928 —
folgendes Bild:

	1929 t	1928 t
Januar	127 311	110 761
Februar	119 298	103 526
März	121 794	121 692
April	117 343	105 500
Mai	107 500	108 374
Juni	113 713	112 081
Juli	124 265	118 509
August	118 718	127 100
September	117 181	129 627
Oktober	133 479	142 293
November	113 824	133 056
Dezember	109 693	119 090
	<u>1 424 119</u>	<u>1 431 609</u>

Auf die einzelnen Güterarten verteilte sich der Versand — im
Vergleich zum Jahre 1928 — wie folgt:

Bezeichnung der Güter	Verband im Jahre		1929 gegen 1928			
	1929	1928	m e h r		w e n i g e r	
	t	t	t	o/o	t	o/o
Eisenerze	33 738	20 461	13 277	64,89	—	—
Schwefelkies	1 135	6 481	—	—	5 346	82,49
Schlacke, Eisen	17 545	23 617	—	—	6 072	25,71
Zink- und Bleierze.	1 671	3 066	—	—	1 395	45,50
Roheisen	27 015	8 625	18 390	213,22	—	—
Kohle, Koks, Bricketts	1 020 453	1 070 243	—	—	49 790	4,65
Dolomitabhub	10 589	25 232	—	—	14 643	58,03
Blei und Zink	—	27	—	—	27	—
Holz	50 827	54 096	—	—	3 269	6,04
Eisen und Maschinenteile	8 870	5 663	3 207	56,63	—	—
Sand und Kies	29 082	23 830	5 252	22,04	—	—
Biegel, Schlackensteine	43 144	50 028	—	—	6 884	13,76
Zinkoryd.	1 429	—	1 429	—	—	—
Halbenmassen, Pachtackel Schutt, Känmasche (N. I. 2)	110 546	95 602	14 944	15,63	—	—
Wachberge, Schlacken, Steinschutt, zum Wege-, Bahn- und Wasserbau (N. I. 3)	23 381	—	23 381	—	—	—
Steinkohlenteeröl, Benzol Salzsäure.	31 016	—	31 016	—	—	—
Sonstige Güter	13 678	44 638	—	—	30 960	69,37
Zus.	1 424 119	1 431 609	110 896	--	118 386	—

Der Gesamtverband weist demnach gegenüber dem Vorjahre einen kleinen Rückgang auf, während bei den einzelnen Güterarten mehr oder minder große Verschiebungen stattgefunden haben.

Im Wechselverkehr zwischen West- und Ostoberschlesien betrug der Versand von Westoberschlesien nach Ostoberschlesien:

1928: 72 782 To.

1929: 124 445 „

und hat mithin um 51 663 To. = 70,98 v. H. zugenommen. Es wurden überwiegend Koksgrus, Lössche und Bänder für die Zink- und Bleihütten sowie Kies in erhöhtem Maße aufgeliefert. Dagegen hat der Verkehr in umgekehrter Richtung gegenüber 1928 um 41 234 To., d. h. von 197 074 To. auf 155 840 To. = 20,92 v. H. nachgelassen. Der

Durchgangsverkehr über Strecken der Deutschen Reichsbahn hat seit dem 1. Dezember 1928 infolge der Herstellung der polnischen Umgehungsbahn aufgehört.

Die Wagengestellung auf der Schmalspurbahn Deutsch-Oberschlesiens belief sich

im Jahre 1929 auf	241 890 Wagen
gegenüber 1928	234 721
mithin mehr	7 169 Wagen == 3,05 %.

Die Mehrstellung ist trotz des geringeren Gesamtverbandes an Gütern gegenüber 1928 darauf zurückzuführen, daß das Ladegewicht der 6 und 8 To.-Wagen mit Leichtgütern nur höchstens mit 50 und 60 v. H. ausgenutzt werden konnte. Der Bedarf an Wagen konnte voll gedeckt werden, zumal der Lagerraum der Wagen möglichst ausgenutzt wurde.

Wir haben bereits vorher im Überblick über die Entwicklung der gesamten deutschen Wirtschaft der stark verschlechterten Liquidität im Berichtsjahre gedacht und in ihr ein Kennzeichen der organischen Schwäche unserer Wirtschaft, nämlich ihres Kapitalmangels, gefunden. Dasselbe muß auch für Oberschlesien festgestellt werden. In Oberschlesien ist zwar die Zahl der Konkurse im Jahre 1929 mit 200 ungefähr die gleiche wie 1928 (201) geblieben. Die Zahl der Vergleichsverfahren hat sich jedoch fast verdoppelt (1928: 52, 1929: 94). Von diesen Insolvenzen entfällt der Hauptteil, wie im gesamten deutschen Reiche, so auch in Oberschlesien, auf den Handel. In Oberschlesien ist dies aus den besonderen Verhältnissen unserer Provinz unschwer zu erklären. Die Kaufkraft der ober Schlesischen Bevölkerung steigt bei der schwierigen Lage und Entwicklung unserer Wirtschaft ebenfalls nur langsam. Andererseits hat auch bei uns in Oberschlesien sich die Zahl der Handelsbetriebe stark vermehrt, was mindestens zum Teil auf die Abtretung Ostoberschlesiens an Polen zurückzuführen sein wird, da zahlreiche Flüchtlinge aus dem abgetretenen Gebiet sich diesseits der Grenze von neuem niedergelassen haben. Dazu kommt, daß in den größeren Städten Oberschlesiens im Laufe der letzten Jahre eine Anzahl der Großunternehmungen und Warenhäuser des Einzelhandels Zweigbetriebe gegründet hat, deren Konkurrenz sich mindestens zum Teil sehr empfindlich fühlbar gemacht hat. In kleineren Orten wird aber nach wie vor, insbesondere auch über die Hausierbetriebe, namentlich die Autohausierbetriebe, geklagt, deren Heranziehung zu einer ihrer Konkurrenzüberlegenheit entsprechenden Besteuerung bisher noch nicht gelungen ist. Auch Breslau, das wenigstens von den an Niederschlesien

angrenzenden Teilen unseres Bezirks viel zu Einkäufen besucht wird, hat die Umsätze und damit die Verdienste der oberschleifischen Kaufmannschaft verringert. Es ist daher verständlich, daß dem krisenreichen Berichtsjahr auch in unserer Provinz zahlreiche kaufmännische Existenzen zum Opfer gefallen sind. So sehr dies zu bedauern ist, noch schwerer wiegen für das oberschleifische Wirtschaftsleben die Zusammenbrüche einer Anzahl mittlerer und kleinerer industrieller Unternehmungen in den mittleren und kleineren Orten unserer Provinz, die in den letzten Jahren und in 1929 zu verzeichnen waren, zumal diese Unternehmungen zum Teil die einzigen in den betreffenden Orten waren, zum Teil die Industrie in ihnen nur schwach vertreten ist und bezweifelt werden muß, ob für die zusammengebrochenen Firmen früher oder später Ersatz wird geschaffen werden können. Die Liste dieser Zusammenbrüche weist Unternehmungen aus der Ziegelindustrie und dem Baugewerbe, aus der Textilindustrie, aus der weiterverarbeitenden Metallindustrie, aus der Holzindustrie, aus der Süßwarenindustrie und sonstigen Genußmittelindustrie auf. Eine der zum Erliegen gekommenen Firmen hat über 100 Jahre bestanden. Fast alle waren älteren Ursprungs. Auch die sehr zahl- und umfangreichen Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen, die während des Berichtsjahres vorgenommen werden mußten und sich ebenfalls auf fast alle in Oberschlesien vertretenen industriellen Branchen erstreckt haben, beweisen immer aufs neue die Ungunst unserer oberschleifischen wirtschaftlichen Lage.

Kann somit der Rückblick auf das Berichtsjahr nur wenig Erfreuliches feststellen, so muß leider auch der Ausblick in die Zukunft mit Besorgnis erfüllen. Im Jahre 1930 wird es aller Voraussicht nach zum Abschluß des Handelsvertrages mit Polen kommen. Wir haben nun zwar in unsern Jahresberichten und so auch in dem vorliegenden niemals die Schädigungen verkannt, die der von Polen im Jahre 1924 begonnene sogenannte Zollkrieg auch unserer Provinz gebracht hat. Polnisch-Oberschlesien ist unserm Handel und unserer Industrie als Absatzgebiet fast völlig verloren gegangen. Wir haben aber auch immer darauf hingewiesen, daß die Erleichterungen, die der Abschluß der industriellen Produkte Polnisch-Oberschlesiens im besondern der Ausschluß der polnischen Kohle und des Eisens von den deutschen Verbrauchsgebieten unsern deutsch-oberschleifischen Schlüsselindustrien gebracht hat, bei deren zentraler Bedeutung für das gesamte oberschleifische Wirtschaftsleben jene Nachteile übermogen haben. Nach allen Nachrichten, die im Berichtsjahre über den Handelsvertrag bekannt geworden sind, muß damit gerechnet werden, daß den Polen ein Einfuhr-

kontingent von 350 000 Td. monatlich d. h. ein Einfuhrkontingent von ungefähr 20 % der deutsch-oberschleischen Förderung zugewilligt wird. Es wird kaum gelingen, die polnische Kohle von den deutschen Absatzgebieten unseres Bergbaues fernzuhalten. Dann aber wird sich dessen bisher günstige Lage in ihr Gegenteil verwandeln, zumal schon in den ersten beiden Monaten von 1930 infolge des milden Winters und als Reaktion auf die Vorversorgungen des Berichtsjahres eine schwere Absatzstörung eingetreten ist und zu Massenkündigungen von Bergarbeitern geführt hat. Aber auch für die Eisen- und Zinkindustrie werden die Folgen des Handelsvertrages sehr ernst sein. Es werden nicht nur wesentliche Mengen polnischer Erzeugnisse dieser Industrien hereinströmen. Es wird auch den deutschen Eisenhütten zum Teil die bisher noch für gewisse Walzwerksprodukte bestehende Möglichkeit der Ausfuhr nach Polen unterbunden werden, da auch dieses Zugeständnis im Interesse des Zustandekommens des Vertrages voraussichtlich wird gemacht werden müssen. Andererseits hat die Prüfung der polnischen Zollsätze durch unsere Kammer ergeben, daß sie nach wie vor zu hoch sind, um einen Export unserer sonstigen obererschleischen Erzeugnisse zu gestatten. Nach den Erfahrungen, die vor 1924 mit dem polnischen Verwaltungsprotektionismus gemacht worden sind und der ganzen deutsch-feindlichen Einstellung der polnischen Regierung und der Behörden, muß es überdies als unwahrscheinlich gelten, daß unserer Kaufmannschaft auch nach offizieller Öffnung der Grenze die nötige Bewegungsfreiheit in Polen und Polnisch-Oberschlesien gewährleistet sein wird. Oberschlesien kann daher auf einen Absatz nach dem Osten auch weiterhin nur in ganz beschränktem Umfange rechnen und ist auch ferner auf die stärkere Erschließung des deutschen Binnenmarktes angewiesen. Die obererschleischen Bemühungen um den Ausbau des Anschlusses an die gesamtdeutsche Wirtschaft sind aber bisher leider wenig erfolgreich gewesen. Die langen Verbindungswege mit ihren hohen Frachtbelastungen stellen Hindernisse dar, die auch die stärkste Initiative des einzelnen Kaufmanns und Industriellen nicht zu überwinden vermag. Reich und Staat müssen hier helfen durch Fürsorge für den Ausbau und die Verbilligung der Verkehrsmittel.

Die Wirtschaftspolitik.

Im Berichtsjahre ist, wie oben (S. 9) bereits bemerkt, die sog. Reparationen endgültige Regelung der Reparationsfrage vorbereitet worden. Wie das bisher geltende Reparationsabkommen nach dem Amerikaner Dawes, dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission von 1924, genannt worden ist, so trägt der neue Zahlungsplan den Namen des wiederum amerikanischen Vorsitzenden Young der Sachverständigenkommission von 1929. Diese Kommission trat am 9. Februar 1929 in Paris zusammen und hat nach wechselvollem Verlauf, der mehr als einmal zum Abbruch der Verhandlungen zu führen schien, in ihrem Bericht vom 7. Juni 1929 ihre Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreitet. Auf der ersten Haager Konferenz im August 1929 haben dann die Vertreter der Reichsregierung und die Vertreter der Hauptgläubigermächte den Youngplan angenommen, nicht jedoch, ohne daß die Deutschland durch ihn auferlegten Verpflichtungen noch weiter erhöht worden sind. Zugleich wurden Ausschüsse zur Vorbereitung der Durchführung der einzelnen Programmpunkte des Youngplans gebildet. Nachdem über deren Vorschläge die zweite Haager Konferenz (Januar 1930) Beschluß gefaßt hatte, sind die Younggesetze am 11. Februar 1930 dem Reichstage zugegangen. Man wird annehmen müssen, daß sie, wie wir oben bereits bemerkten, zur Annahme gelangen werden.

Der Youngplan ist Gegenstand heftigster Meinungskämpfe gewesen. Seine Gegner lekten die verfassungsmäßige Volksabstimmung über die Frage seiner Annahme oder Ablehnung durch. Das Volksbegehren (16.—29. Oktober 1929) über das den Youngplan verwerfende „Freiheitsgesetz“ erbrachte die erforderliche Zustimmung zu diesem Gesetze von 10 % (10,02 %) der Abstimmungsberechtigten. Am 30. November 1929 wurde jedoch das Freiheitsgesetz vom Reichstag abgelehnt. Infolgedessen wurde der Volksentscheid darüber notwendig. Er hat am 22. Dezember 1929 stattgefunden. Es wurden annähernd 6 Millionen Stimmen für und nicht ganz 350 000 Stimmen gegen das Freiheitsgesetz abgegeben. Das Reichskabinett hat darauf das Gesetz für erledigt erklärt, da es verfassungsändernd sei und die nach der Verfassung erforderliche Stimmenmajorität nicht erhalten habe. Es kann dahin gestellt bleiben, ob die Volksbefragung über den Youngplan nach der Eigenart seines Problemkomplexes am Platze war. Bis in die Reihen der Anhänger des Freiheitsgesetzes ist auch die Beurteilung einzelner seiner Bestimmungen verschieden gewesen. Die Volksabstim-

mung ist jedoch als Symptom für die außerordentlich schwere Entscheidung zu werten, vor die der Youngplan Deutschland gestellt hat.

Als bedauerlich muß es bezeichnet werden, daß die Reichsregierung bei der Bekämpfung des Volksentscheides den Youngplan trotz der Erkenntnis seiner praktischen Undurchführbarkeit und der ungeheuren Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft aus parteipolitischen Erwägungen so aktiv vertreten hat, daß er in dem Urteil der breiten Öffentlichkeit kaum mehr als das Damoklesschwert erscheint, das unsere Wirtschaft und Währung dauernd bedroht.

Stellen wir die wichtigsten Gründe für und wider den Youngplan einander gegenüber, so sind gewisse Vorteile nicht zu verkennen, die er enthält. Mit der Räumung der dritten besetzten Zone, die spätestens am 30. Juni 1930 beendet sein soll, wird das Rheinland vollständig und zwar teilweise $4\frac{1}{2}$ Jahre vor dem ursprünglich festgesetzten Termine frei, was politisch wie wirtschaftlich unbedingt auf das lebhafteste zu begrüßen ist. Der Youngplan gewährt ferner durch die Herabsetzung der Jahreszahlungen während der nächsten 10 Jahre unserer Wirtschaft gewisse, wenn auch nicht sehr erhebliche Erleichterungen. Der Wohlfahrtsindex des Dawesplanes, nach dem sich die Reparationszahlungen unter gewissen Voraussetzungen automatisch erhöhen sollten, ist in Fortfall gekommen. In Fortfall kommen auch die ausländischen Überwachungseinrichtungen, mit denen der Dawesplan die deutsche Wirtschaft überbaut hatte. An ihre Stelle tritt die Bank für internationale Zahlungen, die als neutrale Treuhänderin die deutschen Reparationszahlungen in Empfang zu nehmen, zu verwalten und zu verteilen hat. Damit ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, die Reparationsfrage aus der Sphäre der Politik in die der Wirtschaft zu überführen und sie so der allein möglichen Lösung näherzubringen. Schließlich hat der Youngplan die deutsche Kriegskontribution auf eine bestimmte Summe festgesetzt, während der Dawesplan eine solche Begrenzung nicht enthalten hatte. Aber diesen und anderen Vorteilen des Youngplans, auf die wir im einzelnen nicht eingehen, steht neben andern als schwerstes Bedenken die Größe der in ihm festgelegten endgültigen deutschen Gesamtverpflichtungen entgegen: Deutschland muß nach dem Youngplan in 59 Jahreszahlungen etwa 116 Milliarden Reichsmark einschließlich der Zuschlagzahlungen gemäß den Haager Vereinbarungen aufbringen und transferieren. Diese Verpflichtung ist so gewaltig, daß eine Gewähr dafür nicht

übernommen werden kann, daß sie zu erfüllen sein wird. Es ist schon zweifelhaft, ob die Jahreszahlungen auf die Dauer in Deutschland aufzubringen sein werden. Sicherlich wird diese fortgesetzte Blumentziehung die deutsche Wirtschaft aufs schwerste schädigen. Daß aber die Jahreszahlungen auch zu transferieren sein werden, muß nach den bisher gemachten Erfahrungen als noch weniger durchführbar gelten. Auch wenn die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen mit größtem Optimismus beurteilt werden, kann nicht erwartet werden, daß der echte Transfer so gewaltiger Summen möglich sein wird, d. h., daß die benötigten ausländischen Zahlungsmittel aus dem Ertrage des deutschen Außenhandels und der deutschen wirtschaftlichen Dienstleistungen für das Ausland aufzubringen sein werden. Dem sogenannten unechten Reparationstransfer, d. h. der Übertragung der Reparationssummen im Wege der ausländischen Kreditaufnahme, wie bisher unter dem Dawesplan, muß aber die Verzinsung und Tilgung der für diese Kredite aufzuwendenden Summen eine Grenze setzen, da sich um diese die eigentlichen Reparationszahlungen erhöhen.

Wenn trotzdem die deutsche Wirtschaft durch ihre Spitzenverbände letzten Endes, wenn auch schweren Herzens, die Annahme des Youngplanes zugestimmt hat, so ist dies aus der Einstellung zu erklären, damit zunächst gegenüber der völligen Ablehnung und ihrer Wirtschaftsfolgen das kleinere Übel zu wählen, in der Hoffnung, daß in der Folgezeit auch die Einsicht unserer Gegner soweit wachsen wird, daß sie erkennen, daß unmögliche Leistungen von einem Volke auch nicht erzwungen werden können und daß deshalb, sobald sich die Unerfüllbarkeit des Youngplanes klar herausgestellt habe, auch eine weitere Revision und Herabsetzung der deutschen Leistungen nicht werde verweigert werden. Mit allem Nachdruck ist aber auch seitens der Spitzenverbände als Voraussetzung für die Annahme und Durchführung des Youngplanes eine tiefgreifende Reform der Finanz- und Wirtschaftspolitik bezeichnet worden, um zu einer Vereinfachung des öffentlichen Apparates, zu einer Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und zu einer wesentlichen Entlastung der produktiven Wirtschaft zu gelangen.

Finanz- und Steuerpolitik

Ein Rückblick auf die Steuerpolitik des Jahres 1929 zeigt, daß wir dem lang ersehnten Ziel einer nachhaltigen Entlastung der Wirtschaft insbesondere von den Steuern, die die Werterhaltung und die Kapitalbildung beeinträchtigen, auch nicht einen Schritt nähergekommen sind. Trotz aller Bemühungen der Wirtschaftskreise und der immer mehr zunehmenden Erkenntnis, daß sparsamste Ausgabengebarung überall in Reich, Ländern und Gemeinden, bei allen zur Ausgabebewilligung und Mittelverwendung berufenen Stellen die Hauptaufgabe unserer Zeit ist, die von keiner anderen an Wichtigkeit übertroffen werden kann, ist der öffentliche Finanzbedarf weiter stark gestiegen. Das Verhältnis vom Volkseinkommen zur Beanspruchung durch die öffentliche Hand hat erschreckende Formen angenommen. Etwa ein Drittel des auf 60—65 Milliarden für 1929 zu schätzenden Volkseinkommens hat der öffentlichen Hand überantwortet werden müssen. Dementsprechend ist auch die steuerliche Belastung auf über 14 Milliarden gegenüber 10,5 Milliarden im Jahre 1925 und 4 Milliarden im Jahre 1913 gestiegen. Das Bedenklichste ist die außerordentliche Steigerung seit 1925, also in einer Zeit, in der die Wirtschaft sich von den Folgen der Inflation erholen sollte und ihren Wiederaufbau betreiben mußte.

Das Berichtsjahr begann mit scharfen Kämpfen gegen die zum Ausgleich des Reichsetats vorgesehenen weiteren Steuererhöhungen von rd. 600 Millionen RM. Dieses Defizit wurde allerdings nur rein rechnerisch, wie sich durch den Nachtragsetat herausgestellt hat, wesentlich gemindert, sodaß von den Vorlagen des Reichsfinanzministers nur der 8 % ige Sonderzuschlag zur Vermögenssteuer 1929 übrig blieb, während die sonstigen Pläne, wie die Erhöhung der Biersteuer und die Verschärfung der Erbschaftsteuer durch die Besteuerung des Gattenerbes, abgelehnt wurden. Auch im Laufe des Jahres sind nur wenige materielle Steueränderungen vorgenommen worden. Neben der Verlängerung der Geltungsdauer des Steuerermilderungsgegesetzes, einer Änderung des Wechselsteuergesetzes, ist vor allem die Einführung des 2 jährigen Verlustvortrages bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erwähnen. Ein weiterer Ausbau des Verlustvortrages in zeitlicher und sachlicher Hinsicht ist anzustreben, um die Härten im bisherigen Veranlagungssystem der Einkommensteuer gegenüber der früheren 3 jährigen Durchschnittsveranlagung zu mildern. Alle übrigen Forderungen der Wirtschaft auf dem Gebiet der Reichssteuern sind im Berichtsjahr unerhört verhallt, wie insbesondere auch die Auseinander-

ziehung des Einkommensteuertarifs in den mittleren Stufen und die Senkung der Höchstätze, die wirtschaftlichere Regelung der Abschreibungen, der Wegfall der Kapitalertragssteuer zum mindesten für die Erträge aus festverzinslichen Werten, Ermäßigung der infolge ihrer Höhe verkehrshemmend wirkenden Kapitalverkehrssteuern, wie der Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer und Börsenumsatzsteuer, und andere Wünsche mehr. Hierzu ist vor allem infolge der Neuregelung der Reparationsfragen die *Aufhebung der Industriebelastung* und damit der *Aufbringungslast* getreten, die nach Annahme des Youngplanes ihre innere Berechtigung und Grundlage verloren haben würden.

Sind mithin durch die Steuergesetzgebung des Jahres 1929 wesentliche Verbesserungen nicht eingetreten, so hat es doch nicht an Reformplänen für eine grundsätzliche Umgestaltung unseres gesamten Steuersystems gefehlt. Es war ein gutes Jahr der *Steuertheoretiker*, aber ein sehr dornenvolles der *Steuerpraktiker*. Das Jahr ist gekennzeichnet durch die seit Abschluß der Pariser Sachverständigenkonferenz immer mehr im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehende *Finanz- und Steuer-Reform*. Die durch die Neuregelung der Reparationsschuld erhoffte Lastenerleichterung hat den Anlaß dazu gegeben, daß die Wünsche auf eine Revision unserer Steuergesetzgebung immer stärker hervortraten. Zahlreiche wertvolle Vorschläge lagen vor, von denen nur die bekanntesten von Stolper, Reinhold, den preußischen Ministern Höpfer-Abschöf und Schreiber erwähnt seien. Wenn auch die Pläne in ihrem Umfang und dem Ausmaß ihrer Forderungen stark voneinander abwichen, so war ihnen allen doch der Gedanke gemeinsam, die die Produktion am stärksten belastenden Steuern abzubauen und die verbleibende Belastung zweckmäßiger zu verteilen. Die Spitzenverbände, der Deutsche Industrie- und Handelstag sowie der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner bekannten Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“, legten in Zeitsätzen die Forderungen der Wirtschaft und ihre Begründung dar. Der Weg zu dem allgemein anerkannten Ziel der Reichsfinanzreform, das sich in wenigen Schlagworten dahin zusammenfassen läßt, *Erleichterung der Kapitalbildung, billigeres Geld, Rentabilität der Betriebe, Produktionssteigerung und damit neue Arbeitsmöglichkeiten*, war gewiesen. Er ist nicht gegangen worden. Die Reichsregierung legte zwar unter dem immer stärker werdenden Druck der öffentlichen Meinung am 10. Dezember die Grundzüge ihres lang erwarteten Finanzprogramms, die sogenannten 14 Punkte, im Reichstag

dar. Aber selbst diese recht bescheidenen und in vielen Einzelheiten angreifbaren Reformvorschläge der Reichsregierung waren kaum ausgesprochen überholt, als die schwierige Stassenlage des Reichs bei einem Stassendefizit von rd. 1700 Millionen Ende Dezember 1929 dazu zwang, zunächst zur Sanierung der Reichsfinanzen zu schreiten. Das auf den Druck des Reichsbankpräsidenten hin beschleunigt verabschiedete „Gesetz zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld“, nach dem für die Rechnungsjahre 1929 und 1930 ein Tilgungsfonds zu errichten ist, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen zu erreichen hat und aus Steuern und Einsparungen zu speisen ist, schien keinen Raum mehr für baldige Ermäßigungen zu lassen. Zur weiteren Erleichterung der Stassenlage kam ferner noch das sogenannte Sofortprogramm zur Verabschiedung, das die Erhöhung der Tabaksteuer ab 1. Januar und die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um $\frac{1}{2}$ % ebenfalls ab 1. Januar 1930, befristet zunächst auf ein halbes Jahr, brachte. So schließt also das in der Steuerpolitik an Enttäuschungen so reiche Jahr 1929 sogar mit neuen Steuererhöhungen. Das Gegenteil von dem, was erhofft wurde, ist eingetreten. Das Schicksal der Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft war am Schluß des Berichtsjahres unsicherer denn je.

Nicht minder unerfreulich ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Landes- und Gemeindesteuern im Jahre 1929. Da die Beratungen über das Steuervereinheitlichungsgesetz nicht weitergekommen sind, wurden die geltenden Steuerordnungen über die Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer und Gewerbesteuer mit allen ihren Mängeln wiederum um ein Jahr ohne wesentliche Änderungen verlängert. Nur bei der Gewerbesteuer brachte die Notverordnung vom 8. Mai 1929 eine geringe Tarifverschiebung in den untersten Stufen bei der Gewerbeertragssteuer und eine Freigrenze bei der Lohnsummensteuer für Betriebe mit nicht mehr als 18 000 M. Lohnsumme. Der bei den Verhandlungen im Frühjahr geführte Kampf um die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe führte zu keinem positiven Ergebnis, zeigte aber, wie gerade auf dem Gebiet der Gewerbesteuer allenthalben sich der Gedanke Bahn bricht, daß diese Sonderbelastung des Gewerbes dringend reformbedürftig ist. Es war auch das einzige Erfreuliche an den finanzpolitischen Auseinandersetzungen des letzten Jahres, daß sich fast alle Reformpläne völlig darüber einig waren, daß die Gewerbesteuer aufzuheben oder mindestens erheblich zu senken ist. Auch die Reichsregierung glaubte, bei ihrem

Finanzprogramm, wenn auch in unzureichender Weise, an der Senkung der Gewerbesteuer nicht vorübergehen zu können.

Gerade die Verhältnisse in Oberschlesien zeigen deutlich, daß hier der Sebel in erster Linie anzusetzen ist, da eine unter so ungünstigen Produktions- und Absatzverhältnissen leidende Wirtschaft wie die oberschlesische ohne ernstliche Gefährdung für die Betriebe nicht länger mehr eine derartige Gewerbesteuerbelastung, wie sie in vielen Gemeinden unseres Bezirks besteht, tragen kann. Trotz aller ministeriellen Erlasse und Bestrebungen der Wirtschaftskreise ist fast nirgends eine Senkung der Gewerbesteuern vorgenommen worden. Wir waren im allgemeinen froh, wenn wenigstens die Beibehaltung der Zuschlagssätze des Vorjahres erreicht werden konnte. Leider sind unter diesen Städten auch wieder diejenigen, die, wie Ratibor, Gleiwitz, Hindenburg und einige Industrielandgemeinden, mit ihren übersteigerten Sätzen bereits seit längerer Zeit an der obersten Grenze angelangt waren. Aber auch Erhöhungen liegen in einer ganzen Reihe von Gemeinden vor, wie in Kreuzburg, Biegenhals, Matscher, Peiskretscham, Konstadt, Strappitz und einigen kleineren. Soweit die Etats nicht dem Ministerium vorzulegen waren, haben auch alle Erhöhungen bedauerlicherweise die Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde und des Bezirksausschusses gefunden. Erhöhungen wurden noch in Oppeln und Beuthen beschlossen. Mit einem Eifer sondergleichen haben diese Städte um die Genehmigung der höheren Sätze gekämpft. Beuthen ist zunächst zweimal vom Ministerium abgelehnt worden, das Kollegium des Bezirksausschusses hat schließlich doch noch die Erhöhung unter einer kleinen Abänderung beim Kapitalsteuerfuß genehmigt. Schließlich ist auch durch das Ministerium bzw. den Oberpräsidenten die Zulassung dazu ausgesprochen worden. Oppeln, das ebenfalls vom Ministerium ablehnend beschieden war, hat bei Einbringung des Nachtragsetats wiederum die gleiche Erhöhung wie im Frühjahr beschlossen. In Kreuzburg ist sogar durch eine Nachtragsumlage eine nochmalige Erhöhung der Gewerbesteuern beschlossen worden. Von einer konsequenten Durchführung des bekannten Frühjahrserlasses des Ministeriums kann unter diesen Umständen in unserem Bezirk nicht die Rede sein. Die nachstehende Übersicht zeigt die Höhe der Realsteuerbelastung in den Städten und größeren Landgemeinden Oberschlesiens im Jahre 1929:

Städte	Gewerbebesteuer			Grundvermögens- steuer	
	Ertrag	Kapital	Lohn- summe	vom bebauten Grundbesitz	vom un- bebauten Grundbesitz
	%	%	%	%	%
Hindenburg	750	3 000	—	350	400
Gleiwitz	750	—	3 000	400	400
Beuthen	625	1 875	—	275	—
Ratibor	750	2 600	—	350	400
Oppeln	550	2 200	—	375	—
Reiße	450	—	1 500	300	—
Neustadt	400	1 300	—	400	—
Leobschütz	525	1 550	—	325	—
Kreuzburg	540	2 160	—	400	—
Ziegenhals	500	1 000	—	330	—
Gosel	450	1 100	—	250	—
Statzler	600	2 200	—	380	—
Oberglogau	300	600	—	350	—
Patzschau	450	1 500	—	200	—
Reiskretscham	650	1 800	—	475	—
Gr. Strehlitz	350	700	—	300	—
Rosenberg	640	2 000	—	450	—
Grottkau	400	800	—	400	—
Krappitz	350	700	—	350	—
Ottmachau	400	1 500	—	250	—
Konstadt	600	1 600	—	380	—
Guttentag	550	1 800	—	350	—
Bauerwitz	650	1 950	—	420	—
Bitzchen	600	1 000	—	400	—
Loß	450	1 200	—	375	—
Falkenberg	400	1 000	—	320	—
Friedland	550	1 250	—	330	—
Schurgast	800	1 800	—	440	—
Ujest	700	700	—	420	—
Landenberg	750	1 400	—	400	—
Bülz	700	1 500	—	500	—

Landgemeinden	Gewerbesteuer			Grundvermögens- steuer	
	Ertrag	Kapital	Lohn- summe	vom bebauten	vom un- bebauten
	‰	‰	‰	Grundbesitz ‰	‰
Mikultschütz	650	2 500	—	250	300
Niechowiz	650	2 600	—	300	500
Bobrek Starz	350	1 400	—	150	—
Schomberg	290	560	—	150	—
Kotitniz	400	1 200	—	150	—
Taband	400	1 500	—	400	—
Zawadzki	500	1 800	—	200	—
Schönwald	900	1 100	—	610	—
Blodniz	425	900	—	350	—
Kandrzin	450	600	—	290	—
Kranitz	600	1 000	—	400	—
Kgl. Neudorf	600	2 400	—	400	—
Groschowiz	300	300	—	200	—
Gogolin	300	600	—	270	—
Deutsch-Rasselwitz . .	400	400	—	400	—
Kranowitz	400	400	—	400	—
Königshuld	550	1 000	—	400	—
Wieschowa	600	600	—	400	—

Bei der unbestreitbaren *F i n a n z n o t* einer großen Reihe von Gemeinden Oberschlesiens ist es freilich nicht verwunderlich, wenn wiederum vielfach auf die Gewerbesteuer zurückgegriffen worden ist. Neben der Grundvermögenssteuer, deren weitere Anspannung auch allenthalben erfolgte, und den Werkтарifen, deren Höhe meist auch nicht mehr viel in unserem Bezirk zu steigern ist, bleibt ja nur die Gewerbesteuer als geradezu der bewegliche Einnahmefaktor der Gemeinden. Sie bietet auch nach den Erfahrungen stets die Stelle des geringsten Widerstandes. Die Etats boten in fast allen Gemeinden ein Bild sehr scharf angespannter Finanzlage. Die Schwierigkeiten, die Haushaltspläne zum Ausgleich zu bringen, wurden immer größer. Eine Reihe von Städten, wie Ratibor, Reisse, Gleiwitz, Hindenburg, Kreuzburg usw. legten daher auch bereits Haushaltspläne mit offenen Fehlbeträgen vor. Noch größer wird die Zahl der Gemeinden sein, bei denen sich nach Ablauf des Etatsjahres Fehlbeträge ergeben werden, da den Mehr-

ausgaben, wie insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, den infolge der kurzfristigen Verschuldung höher gewordenen Zinslasten usw., Mehreinnahmen nicht in ausreichendem Maße gegenüberstehen. Trotz äußerster Anspannung der Realsteuern ist es vielen Gemeinden Oberschlesiens einfach nicht mehr möglich, die Etats auszugleichen. Hier muß Hilfe im Interesse der Städte wie der Wirtschaft kommen. Wenn auch die gesetzliche Regelung des Finanzausgleichs einen großen Teil der Schuld trägt, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß auch einige Städte unter Überschätzung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren neue Aufgaben in Angriff genommen haben, wie es zum mindesten nicht in dem schnellen Tempo unbedingt erforderlich gewesen wäre.

In gesetzlichen Maßnahmen, die es den Gemeinden ermöglichen, die Realsteuern zu senken, sehen wir daher den Kernpunkt für jede kommende Finanzreform. Was nützt es der Wirtschaft, daß die Reichsfinanzen saniert werden und ein Reichssteuereabbau für spätere Zeit in Aussicht gestellt wird, wenn Länder und Gemeinden ihrerseits zu Erhöhungen schreiten und damit die Gesamtbelastung, auf die es schließlich doch nur ankommt, noch verschärfen. Daß zunächst ein verbesserter Finanz- und Lastenausgleich gerade für unsere ober-schlesischen Gemeinden dringend erforderlich ist, ist oft genug betont worden. Der heutige Finanzausgleich verteilt die Einnahmen aus den Überweisungssteuern überwiegend noch nach dem örtlichen Aufkommen und berücksichtigt zu wenig die Verschiedenheit der Lasten. Man wird den Ausgleich nicht von der Einnahmenseite, sondern mehr von der Aufgaben- und Ausgaben-seite her zu finden haben. Und zwar empfiehlt es sich, den durchschnittlichen Aufwand für bestimmte unerläßliche Hauptaufgaben der Gemeinden, wie Schullasten, Polizeilasten, am besten auch Wohlfahrtslasten zu Grunde zu legen, so schwer auch für die letzteren ein objektiver Maßstab gefunden werden kann. Wenn so den Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt notwendigen Mittel sichergestellt wären, würden gerade unseren ober-schlesischen Industriegemeinden Erleichterungen entstehen, die sich in mäßigeren Realsteuersätzen auswirken müssen.

Bevor ein solcher Lastenausgleich, für den Anfänge auf dem Gebiet der Polizei und Schulen bereits vorliegen, endgültig durchgeführt werden kann, wäre es dringend zu wünschen, wenn bald für die leidenden Grenzgebiete ein Fonds zur besseren Berücksichtigung unserer Gemeinden beim Finanzausgleich zur Verfügung gestellt würde.

Daneben bedarf es freilich noch, um die sparsamste Finanzgebarung der Gemeinden zu fördern und die Selbstverantwortung zu heben, der Schaffung eines beweglichen Einnahmefaktors, der möglichst alle Kreise erfaßt. Es muß wieder jeder einzelne Gemeindebürger daran interessiert werden, daß zwar das Notwendige geleistet, alles Überflüssige aber ferngehalten wird. Von den zur Erörterung stehenden verschiedenen Maßnahmen sehen wir in einem allgemeinen Verwaltungskostenbeitrag, dessen Höhe mit den noch verbleibenden Realsteuern zu verkoppeln wäre, den geeigneten Weg, um die Gesamtheit der Gemeindeangehörigen unmittelbar mit der Finanzpolitik der Gemeinden zu verknüpfen. Weniger die Höhe der Einnahmen als die psychologische Wirkung einer derartigen möglichst einfach gestalteten allgemeinen Bürgersteuer würde den seit langem ersehnten Schub aller Wirtschaftskreise gegen die Überspannung der Gewerbesteuern bieten können.

Trotz aller Enttäuschungen des vergangenen Jahres und des fast vollkommen geschwundenen Vertrauens, daß es doch einmal mit den steuerlichen Lasten besser werden wird, muß es eine der wichtigsten Aufgaben aller Wirtschaftskreise bleiben, auf eine die Produktion entlastende Steuergegebung mit allen Mitteln weiter hinzuarbeiten.

Im Vordergrund der Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiete Sozialpolitik standen im Jahre 1929 die Bemühungen um die Reform der Arbeitslosenversicherung.

Bereits das erste Jahr nach dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung hatte gezeigt, daß die Schätzungen über den durchschnittlichen Umfang der Arbeitslosigkeit, auf der die Arbeitslosenversicherung aufgebaut worden war, zu niedrig waren und daß die zur Verfügung stehenden Mittel zur Deckung der Ansprüche nicht ausreichen würden. Wohl hatte die Überweisung der Saisonarbeiter an die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit durch B. D. vom 13. 12. 1928 der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Entlastung gebracht. Der langanhaltende Winter mit seiner außergewöhnlich großen Arbeitslosigkeit gestaltete die Lage der Reichsanstalt jedoch bereits im Frühjahr 1929 wieder so bedrohlich, daß eine Reform unvermeidlich wurde. Angesichts der wachsenden finanziellen Notlage des Reiches, die nicht zum geringen Teil auf die erheblichen Leistungen an die Reichsanstalt zurückging, zu denen das Reich verpflichtet war, sahen sich Reichsregierung und Reichsfinanzminister im Mai 1929

genötigt, die Reform beschleunigt in Angriff zu nehmen. Von Arbeitgeberseite wurden hierzu sehr beachtliche Vorschläge gemacht, die in richtiger Erkenntnis der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wie des Reiches eine Sanierung der Reichsanstalt ausschließlich durch Sparmaßnahmen unter Ablehnung jeder Neubelastung der Wirtschaft durch Erhöhung der Beiträge forderte. Nach wechselvollem Schicksal und äußerst heftigen parlamentarischen Kämpfen fand die Reform durch Annahme des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 (R. G. Bl. I S. 153) ihren vorläufigen Abschluß. Durch die Neuregelung wurde eine Reihe von Mißständen beseitigt und auch eine Verminderung der Leistungen erzielt. So wurde durch Abgrenzung des Begriffs der Arbeitslosigkeit eine nicht unerhebliche Einschränkung des unterstützungsberechtigten Personenkreises erreicht. Für schwere Fälle unberechtigter Arbeitsverweigerung wurde die Sperrfrist von 4 auf 8 Wochen erhöht. Der Berechnung der Unterstützungshöhe ist nicht mehr das Arbeitsentgelt der letzten 3, sondern der letzten 6 Monate zugrunde zu legen. Die Anwartschaft auf erstmalige Unterstützung ist von 26 Wochen auf 52 Wochen verlängert. Renten werden in Zukunft in gewissem Umfange auf die Unterstützung angerechnet. Die Wartezeit für ledige Arbeitslose wurde von 7 auf 14 Tage erhöht. Saisonarbeitslose erhalten nicht mehr die vollen Versicherungsleistungen ihrer Lohnklasse bzw. ihres bisherigen Arbeitsentgelts, sondern die verkürzten Sätze der Krisenunterstützung. Für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter wurde die Möglichkeit einer von den bisherigen Vorschriften abweichenden Sonderbehandlung geschaffen. Die durch diese Abänderungsmaßnahmen erzielte Gesamtersparnis dürfte unter Einrechnung der Ersparnisse aus der Beseitigung von Mißständen annähernd 100 Millionen RM. betragen. Sie bedeutete für die Reichsanstalt zwar eine Erleichterung, brachte jedoch keine grundlegende Vereinigung ihrer Schwierigkeiten, vor allem keine Entlastung des Reichsetats. Dieses von der Wirtschaft angestrebte Ziel wurde nicht erreicht. Es war daher von vornherein zu erwarten, daß in kurzer Zeit weitere Reformen notwendig werden würden, um vor allem die unheilvolle Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Finanzlage des Reiches zu beseitigen. Die weitere Gestaltung der Arbeitslosigkeit hat denn auch noch vor Ablauf des Jahres 1929 dazu geführt, daß sich Regierung und Parteien erneut mit der finanziellen Lage der Reichsanstalt befassen mußten. Entgegen der Erwartung der Wirtschaft, daß

der unzweifelhaft notwendige Ausgleich zwischen Einnahmen und Leistungen der Reichsanstalt unter Entlastung des Reichsetats durch weitere Sparmaßnahmen herbeigeführt werden würde, hat sich der Reichstag für die Erhöhung der Beiträge von 3 % auf 3½ % entschieden. Die Erhöhung ist ab 1. Januar 1930 in Kraft getreten und gilt bis zum 30. Juni 1930. Auch diese Beitragserhöhung ist jedoch nicht geeignet, der Reichsanstalt die erforderlichen Mittel zu beschaffen und den Reichsetat wirksam zu entlasten, da die aus ihr aufkommenden Beträge zu gering sind und auch zu langsam eingehen, um den gerade in den ersten Monaten des neuen Jahres außerordentlich hohen Bedarf der Reichsanstalt decken zu können. Die Reform der Arbeitslosenversicherung ist demnach bis zum Jahreschluß nur Fiktion geblieben. Die Gelegenheit, eine Sanierung der Reichsanstalt nicht durch einseitige Belastung der Wirtschaft in Form höherer Beiträge, sondern durch die vom versicherungsmäßigen wie vom Gerechtigkeitsstandpunkt gebotene Angleichung der Versicherungsleistungen an Beitragshöhe und Beitragszeit herbeizuführen, wie sie von der Wirtschaft von Anfang an gefordert wurde, ist nicht benutzt worden. Um so dringlicher muß verlangt werden, daß das Schicksal der Reichsanstalt bei der kommenden Finanzreform auf dem von der Wirtschaft vorgezeichneten Wege der Sparmaßnahmen unter Vermeidung jeder Belastung der Wirtschaft sichergestellt wird.

Seit der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen im August 1928 in Breslau sind die Erörterungen über eine Reform der Krankenversicherung nicht mehr zur Ruhe gekommen. Neuen Anlaß dazu gab die Tagung des genannten Verbandes im August 1929 in Nürnberg. Die Notwendigkeit einer Reform der Krankenversicherung wurde allgemein anerkannt. Inhalt und Umfang der Änderungen blieben heftig umstritten. Im Oktober 1929 legte der Reichsarbeitsminister einen Referentenentwurf vor, der die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums für Änderungen im 2. Buch der Reichsversicherung enthält. Danach soll die Versicherungspflichtgrenze von 3 600,— RM. erhöht und innerhalb dieser Grenze auch Angestellte in höherer oder leitender Stellung in die Versicherungspflicht einbezogen werden. Weiter ist beabsichtigt, die Familienversicherung auszubauen und die Leistungen nach mancher Richtung zu beschränken, um die Klassen zu entlasten und vor allem ihre mißbräuchliche Inan-

spruchnahme zu verhindern. Vorgeesehen sind auch Neuerungen in organisatorischer Hinsicht durch Erschwerung der Neugründung von Krankenkassen, insbesondere Betriebs- und Innungskrankenkassen, durch Errichtung eines Hauptausschusses für Krankenversicherung, durch Verleihung öffentlich-rechtlichen Charakters an die Spitzenverbände der Krankenkassen sowie durch Übertragung neuer Aufgaben an die Krankenkassen. Soweit diese Vorschläge geeignet sind, Mißstände zu beseitigen, die Leistungen der Krankenkassen auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß zu begrenzen und dadurch ein weiteres Steigen der Ausgaben zu verhindern, wird ihnen zugestimmt werden können. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist insbesondere die Einführung einer Wartezeit für den Bezug von Krankengeld sowie einer Gebühr für die Ausstellung des Krankenscheines zu begrüßen. Beide Vorschriften würden zweifellos dazu beitragen, die Zahl der Krankmeldungen auf wirkliche Krankheitsfälle zu beschränken. Zustimmung wird man auch den Vorschriften über die Berechnung des Krankengeldes nach Arbeitstagen statt wie bisher nach Kalendertagen, die Staffelung des Krankengeldes und des Hausgeldes sowie den Fortfall des Haus- und Krankengeldes bei Anspruch auf Arbeitsentgelt. Abzulehnen ist jedoch jede Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze über 3 600,— RM. und die Einbeziehung weiterer Personentreise in die Krankenversicherung, da sie eine erhebliche Steigerung des Sozialaufwandes bedingen würde, ohne daß ein Bedürfnis danach besteht. Aus den gleichen Gründen wird man sich auch gegen die Überweisung neuer Aufgaben (Gesundheitsfürsorge und hygienische Volksbelehrung) an die Krankenkassen sowie die Errichtung neuer Organe (Hauptausschuß für Krankenversicherung), die Ausstattungen der Spitzenverbände der Krankenkassen mit öffentlich-rechtlichen Befugnissen sowie die Bildung von Zwangskassenverbänden wenden müssen, soll nicht der Behördenapparat der Krankenversicherung weiter kompliziert und verteuert werden. Fehl geht schließlich auch der Plan des Entwurfs, die Gründung neuer Krankenkassen, insbesondere Betriebs- und Innungskrankenkassen, zugunsten der bestehenden Orts- und Landkrankenkassen zu erschweren, da sich die allgemein rationeller wirtschaftenden Betriebs- und Innungskrankenkassen durchaus bewährt haben. Was bisher an Reformabsichten des Reichsarbeitsministeriums bekannt geworden ist, entspricht demnach in ganz wesentlichen Punkten nicht dem, was die Wirtschaft von einer Reform der Krankenversicherung erwarten muß. Wenn auch eine Reihe von Vorschlägen sich wenigstens ihrer Tendenz nach mit den Wünschen der Wirtschaft deckt, sodaß sich eine Einigung dar-

über wird erzielen lassen, so scheint doch noch keineswegs sicher, daß es dem Reichsarbeitsministerium Ernst damit ist, auch in der Krankenversicherung dem ständigen Steigen der Ausgaben endgültig einen Riegel vorzuschieben.

In der Unfallversicherung sind, nachdem noch Ende 1928 das Gesetz vom 20. 12. 28 eine große Zahl bisher nicht versicherungspflichtiger Betriebe und Tätigkeiten der Unfallversicherungspflicht unterworfen und die Anwendung der Unfallversicherung auch auf die sogenannten Berufskrankheiten ausgedehnt hatte, Änderungen von Bedeutung nicht eingetreten. Immerhin sind im Berichtsjahr Bestrebungen zutage getreten, die verdienen, beachtet zu werden. Der Ende 1929 vom Reichstag geforderte Entwurf eines Gesetzes, durch das alle zur Zeit noch nicht versicherten Betriebe und Tätigkeiten in die Unfallversicherung einbezogen werden sollen, ist von der Reichsregierung nicht vorgelegt worden. Ebenso wenig ist eine Anregung des Reichstags aus dem Jahre 1928 weiter verfolgt worden, die Leistungen der Unfallversicherung den jeweiligen Lohnverhältnissen anzupassen. Einer solchen Änderung der bisherigen Regelung müßte nicht nur wegen ihrer finanziellen Mehrbelastung der Wirtschaft und der Schwierigkeit ihrer Durchführung, sondern auch deswegen widersprochen werden, weil die Leistungen der Unfallversicherung erst durch die Novelle zur Reichsversicherungsordnung vom 14. Juli 1925 neu geregelt, erweitert und erhöht worden sind und unter den obwaltenden Verhältnissen als angemessen bezeichnet werden müssen.

Mit dem Gedanken eines engeren Zusammenwirkens zwischen staatlicher und berufsgenossenschaftlicher Unfallverhütung befaßte sich im Hinblick auf die im Arbeitsschutzgesetz vorgesehene Neuordnung der staatlichen Arbeitsaufsicht der Entwurf eines Gesetzes über Unfallverhütung in der Unfallversicherung. Als wesentliche Neuerung plante der Entwurf die Eingliederung eines paritätischen Hauptausschusses für Unfallverhütung in die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften. Gegen diesen Plan wandten sich nicht nur die Berufsgenossenschaften, sondern auch die Spitzenverbände der Wirtschaft, da weder ein Grund für einen solchen Eingriff in die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften ersichtlich, noch davon eine sachliche Förderung der Unfallverhütung zu erwarten ist. Die bisherige Tätigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung hat sich, wie auch von ministerieller Seite anerkannt worden ist, durchaus bewährt, und die beabsichtigte Neuregelung ist eher geeignet, die Wirkung dieser langjährigen Bemühungen abzuschwächen, als sie zu fördern.

In der Angestelltenversicherung brachte die Novelle vom 9. März 1929 die Verkürzung der Wartezeit von 120 auf 60 Beitragsmonate sowie die bis Ende 1933 befristete Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre bei solchen Versicherten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre arbeitslos sind. Diese Neuregelung ist vor allem erfolgt, um das Los der älteren Angestellten zu verbessern, sie früher, als es bisher möglich war, in den Genuß des Ruhegeldes zu setzen. Erscheint sie aus diesem Zweck heraus verständlich und erträglich, so liegt darin zweifellos die Gefahr, daß damit Wünschen auf allgemeine Herabsetzung der Altersgrenze Nahrung gegeben wird, die um ihrer finanziellen Auswirkung willen auf das entschiedenste abgelehnt werden müßten. Über diese Neuerungen hinaus strebte der Reichsarbeitsminister in dem Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Angestelltenversicherung einen weiteren Ausbau der Leistungen an, der insbesondere den Eltern und Großeltern sowie der schullos geschiedenen Frau Versicherter zugute kommen sollte, Vorschläge, deren Verwirklichung jedoch nur zulässig ist, wenn die Mittel dafür vorhanden sind. Da nach allgemeinem Urteile eine weitere Erhöhung der Beiträge gerade in der Angestelltenversicherung für absehbare Zeit undurchführbar erscheint, ist Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Leistungsverpflichtungen geboten. Wichtiger als der Ausbau der Leistungen sind in diesem Gesetzentwurf die Vorschläge für den Ausbau der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung, in denen man eher eine Einschränkung als eine Erweiterung der Selbstverwaltung erblicken muß.

Obwohl die finanzielle Lage der Invalidenversicherung selbst bei gleichbleibenden Leistungen bereits für die nahe Zukunft Anlaß zu Besorgnissen gibt, machten sich Anfang 1929 im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages Bestrebungen bemerkbar, die Invaliditätsgrenze von 66 $\frac{2}{3}$ v. H. auf 50 v. H. herabzusetzen, die Witwenrente statt vom 65. Lebensjahr bereits vom 50. Lebensjahr an und das Kindergeld statt bis zum 15. zum 18. Lebensjahr zu gewähren sowie den Grundbetrag der Invalidenrente zu erhöhen. Die Aufwendungen für die Erfüllung dieser Forderungen wären jedoch von so einschneidender Wirkung auf die finanzielle Lage der Invalidenversicherung gewesen, daß sie nicht aufrecht erhalten wurden.

Der Arbeitsschutzgesetzentwurf ist im Februar 1929 nach Verabschiedung durch den Reichsrat dem Reichstag zugegangen und dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen worden. Zur Behandlung ist er in diesem noch nicht gekommen, wohl weil er zusammen mit dem Ent-

wurde eines Bergarbeitergesetzes, der zur Zeit dem Reichswirtschaftsrat vorliegt, behandelt werden soll. Durch Gesetz vom 10. Dezember 1929 ist jedoch inzwischen trotz des Einspruchs des Einzelhandels die auch im Arbeitsschutzgesetz vorgesehene Regelung des Ladenschlusses am Heiligen Abend dahin vorweg genommen worden, daß am Heiligen Abend nur Verkaufsstellen, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel, Genußmittel oder Blumen führen, bis 6 Uhr nachmittags für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen. Für alle anderen ist der Ladenschluß auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt. Von der Vorschrift nicht betroffen wird der Verkehr in Apotheken, der Marktverkehr sowie der Handel mit Christbäumen. Auf die Länder soll jedoch dahin eingewirkt werden, daß sie für den Marktverkehr die gleichen Verkaufszeiten einführen, wie sie für offene Verkaufsstellen gelten. Damit ist eine Regelung Gesetz geworden, die, so sozial sie gedacht ist, doch großen Teilen des Einzelhandels einen wirtschaftlichen Schaden zufügt, der gerade unter den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhältnissen im Einzelhandel als unerträglich erscheint und bitter empfunden werden muß. Es wird Aufgabe des Gesetzgebers sein, bei der endgültigen Regelung der Ladenschlußzeiten im Arbeitsschutzgesetz Maßnahmen zu treffen, die der gekennzeichneten Regelung des Ladenschlusses am Hl. Abend ihre Schärfe zu nehmen geeignet sind. Vorschläge dieser Art sind bereits gemacht worden.

Der Ausgang des Eisenkonfliktes im Jahre 1928 und die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in ihm hat die bis dahin latente Krise des deutschen Schlichtungswesens in aller Öffentlichkeit aufgedeckt und seine Reformbedürftigkeit erwiesen. Die Erörterungen darüber nahmen im Berichtsjahr einen breiten Raum ein und führten in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung, mit Ausnahme der Arbeitnehmerschaft, zu der Erkenntnis, daß die Festsetzung der Löhne durch freie verantwortungsbewußte Vereinbarung der Parteien statt durch staatlichen Zwang und unter politischen Gesichtspunkten eine Lebensfrage für Wirtschaft und Volk bedeute. Trotz dieser Einsicht, die nach Verlautbarungen des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages sowie des Reichsarbeitsministers auch an amtlicher Stelle nicht fehlt, ist die Reform des Schlichtungswesens bis zum Jahresende nicht vorwärts gekommen. Von Arbeitgeberseite sind zwar eingehend begründete Änderungsvorschläge gemacht worden; wohl versprach die Reichsregierung, dem Reichstag eine Denkschrift zur Schlichtungsreform vorzu-

legen; die Vorlage ist jedoch bisher nicht erfolgt, und alles ist beim Alten geblieben. Die Auffassungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite über die Grundzüge einer Reform des Schlichtungswezens stehen einander noch immer schroff gegenüber, sodaß nicht abzusehen ist, wann die Reform selbst Wirklichkeit werden wird. Um so notwendiger ist es, zu betonen, daß die baldige Reform des Schlichtungswezens nach wie vor zu den dringendsten Aufgaben der Reichsregierung gehört.

Verkehrs- politik

Auf dem Gebiete des Verkehrswezens standen während des abgelaufenen Jahres die Fragen des Wettbewerbs der Verkehrsmittel untereinander, insbesondere Eisenbahn und Kraftwagen und die Frage einer weiteren Erhöhung der Tarife im Vordergrund des Interesses.

1. Eisenbahn und Kraftwagen

In dem Verhältnis zwischen Eisenbahn und Kraftwagen ist es trotz der vielseitigen Erörterungen über die Möglichkeiten einer einheitlichen Verkehrspolitik in Wort und Schrift zu einer befriedigenden Klärung, geschweige denn zu einer Lösung dieses Verkehrsproblems nicht gekommen, im Gegenteil, der Wettbewerb der beiden Verkehrsmittel hat auf seiten der Reichsbahn zu einem verschärften Tarifkampf in der Form der N-Tarife geführt. Gegenwärtig zählen wir bereits annähernd 200 solcher Kampftarife — am Anfang einer noch nicht abzusehenden Entwicklung! Denn Deutschland ist bisher im Kraftfahrwesen hinter anderen Ländern, wie z. B. Frankreich und England, noch weit zurückgeblieben und steht im Weltbestand des Kraftfahrzeugparks nach dem Stande vom 1. Januar 1929 noch an 13. Stelle!

Die N-Tarifpolitik der Reichsbahn hat in der Öffentlichkeit eine lebhafteste Kritik ausgelöst. Es ist u. E. mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der von der Reichsbahn eingeschlagene Weg der Bekämpfung des Kraftwagens durch jeweilige Erstellung von N-Tarifen unweigerlich zu einer völligen Undurchsichtigkeit des Tarifmaterials führen muß — denn unter Berücksichtigung der gewöhnlichen Ausnahmetarife, der N-Tarife und der D-Tarife, werden neben der Güterklassifikation jetzt schon annähernd 600 besondere Tarifmaßnahmen zu verzeichnen sein! — und daß ferner durch die Vermehrung der Zahl der N-Tarife der Grundsatz der Tarifgleichheit, wie er durch § 6 EVO. festgesetzt ist, ernstlich in Frage gestellt wird. Es trifft wohl zu, daß es mit dem Grundsatz der Tarifgleichheit an sich vereinbar ist, daß besondere Ausnahmetarife mit ermäßigten Frachttätzen oder bestimmten Bedingungen erstellt werden, nach denen trotz gleicher

Beischaffenheit des Gutes verschiedene Tariffätze für dasselbe aufgestellt werden, je nachdem das Gut zu bestimmten Zwecken Verwendung finden soll, je nachdem es für das Inland oder Ausland aufgegeben wird, je nachdem es in kleineren oder größeren Mengen, in offenen oder gedeckten Wagen befördert werden soll, je nachdem die Beförderung aus oder nach bestimmten Gegenden erfolgen soll. Bei den R-Tarifen aber treffen diese Voraussetzungen nicht zu. Diese Tarife gewähren Sondervergünstigungen aus Gründen, die mit dem Grundsätze der Tarifgleichheit nicht mehr vereinbar sind und letzten Endes zu einer völligen Individualisierung des Tariffsystems führen. Ungeachtet dieser Bedenken setzen von seiten der Reichsbahn darüber hinaus ernstliche Bemühungen ein, den § 6 EVO., insbesondere hinsichtlich des weiteren Grundsatzes, der *Öffentlichkeit* der Tarife, abzuändern, m. a. W., der Reichsbahn das Recht auf Einführung von Geheimtarifen zu geben, wodurch natürlich auch der Grundsatz der Gleichheit der Tarife hinfällig werden würde. Mit solchen Absichten kann sich die Wirtschaft keineswegs einverstanden erklären, sondern muß an dem Grundsätze der Gleichheit und Öffentlichkeit der Tarife unbedingt festhalten.

Wenn man an sich der Erstellung der R-Tarife vom Standpunkte der Reichsbahn in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auch ein gewisses Verständnis nicht wird versagen können, so ist es u. E. aber auf die Dauer doch nicht im Interesse der Reichsbahn gelegen, die einmal angelegte Entwicklung der Verkehrsbedienung durch den Kraftwagen in der bisherigen Weise durch tarifarische Sondermaßnahmen bekämpfen zu wollen. Mit der Tatsache der Indienststellung des Kraftwagens in den Verkehr wird nun einmal im Hinblick auf die bestehenden Vorzüge des Kraftwagens zu rechnen sein. Deshalb muß u. E. nicht eine Bekämpfung, sondern eine *organische Eingliederung* des Kraftwagens in den Verkehr dergestalt, daß Eisenbahn und Kraftwagen sich in der Verkehrsbedienung ergänzen, der leitende Gedanke für die Zukunft sein. Mag auch die Erreichung dieses Zieles eine schwierige und langwierige Arbeit für die Beteiligten sein, im Hinblick auch auf die der Reichsbahn besonders auferlegten Verkehrsverpflichtungen, so wird doch, sobald man sich in dem Geiste und in den Zielen einig ist, über den jeweils einzuschlagenden Weg eine Verständigung zu finden sein. Daß eine solche Zusammenarbeit möglich ist, beweist das bekannte Abkommen zwischen Reichsbahn und Reichspost, wodurch die Rivalität der beiden öffentlichen Verkehrsverwaltungen auf diesem Gebiete beseitigt wurde. Die Not der deutschen Wirtschaft macht auch die Be-

seitigung des schädigenden Wettbewerbs zwischen Reichsbahn und Kraftwagen zu einem dringenden Gebot der Stunde.

2. Tarifierhöhung

Im Zusammenhang mit der im Frühjahr 1929 vom Reichsarbeitsminister ausgesprochenen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs über die Lohnerhöhung für die Reichsbahnarbeiter ist eisenbahnseitig die Frage einer weiteren Tarifierhöhung aufgeworfen worden. Die Reichsbahn-Gesellschaft wies in ihrem Bericht an die Reichsregierung darauf hin, daß sie in Anbetracht dieser Belastung nur durch eine starke und auf die Dauer nicht zu vertretende Drosselung ihrer sachlichen Ausgaben ihren Haushalt notdürftig im Gleichgewicht zu halten vermöge, daß aber dieser Zustand ohne eine Gefährdung der Betriebssicherheit nicht beibehalten werden könne. Sie forderte deshalb entweder eine mit der Inkraftsetzung des Youngplans zu verbindende Entlastung durch Verzicht des Reiches auf einen Teil der Beförderungsteuer oder aber zwecks Vermehrung ihrer Einnahmen die Ermächtigung zur Durchführung weiterer Tarifierhöhungen. Das Reichsverkehrsministerium lehnte die Forderung der Reichsbahngesellschaft ab mit dem Hinweis, daß zunächst abgewartet werden müsse, wie sich nach der endgültigen Gestaltung der Youngplan auf die Finanzlage des Reiches und der Reichsbahn auswirken werde. Damit war die Gefahr einer Tarifierhöhung für das Berichtsjahr zwar vorläufig behoben, für die Zukunft ist sie jedoch noch nicht endgültig beseitigt. Mit allem Nachdruck muß aber darauf hingewiesen werden, daß eine Tarifierhöhung für die deutsche Wirtschaft unter den heutigen Verhältnissen völlig untragbar ist, da die deutsche Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, Mehrbelastungen auf sich zu nehmen. Eine weitere Tarifierhöhung würde daher der Reichsbahn infolge des damit verbundenen weiteren Verkehrsrückganges auch keine neuen Einnahmen mehr bringen, im Gegenteil zu einer noch stärkeren Abwanderung des Verkehrs auf den Kraftwagen zwingen. Die Grenze des Tragbaren ist auch bei den Gütertariifen erreicht. Besonders empfindlich würde sich eine Erhöhung der Gütertariife in unserem Grenzgebiet Oberschlesien auswirken, das infolge seiner ungünstigen verkehrsgeographischen Lage nach seinen Absatzgebieten in Mittel- und Westdeutschland jetzt schon frachtilich so erheblich vorbelastet ist, daß seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Gebieten vielfach bereits unterbunden ist. Jede weitere Verteuerung seiner Frachtverhältnisse würde daher neue schwere wirtschaft-

liche Erschütterungen im Gefolge haben. Es kann daher nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß das Reichsverkehrsministerium sich auch in seiner endgültigen Entscheidung gegenüber einer Tarifierhöhung ablehnend verhält.

Bei den Arbeiten der Ständigen Tariffkommission³ Tarifpolitik hat die Kammer auch im verflossenen Jahre weitgehendst mitgearbeitet und durch ihre Gutachten für die möglichste Anpassung der Eingruppierung der Güter an die Wünsche der Wirtschaft Sorge getragen. Eine wesentliche Änderung der allgemeinen Tarifvorschriften bedeutete die Neuregelung der Tarifbestimmungen über die Benutzung von großräumigen Wagen (§ 52—53), insbesondere die Aufhebung des Verzeichnisses III der zur Beförderung in großräumigen offenen Wagen zugelassenen Güter.

Der Normaltarif selbst blieb nach Höhe und Schema unverändert. Immer stärker aber traten aus Kreisen der Wirtschaft Klagen über die Unübersichtlichkeit der geltenden Gütereinteilung des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs Teil I B auf. Man verlangte Vereinfachung und mehr Durchsicht im Tariffsystem und unterbreitete zu diesem Zwecke der Reichsbahn mehrere Vorschläge zur äußeren Umgestaltung der deutschen Gütereinteilung. Nach eingehenden Verhandlungen einigte man sich in der Ständigen Tariffkommission einstimmig dahin, daß die Güter in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe der Tarifierung und der Hochkartennummer in das Verzeichnis aufgenommen werden. In dieser neuen Form ist dieser Tarif am 1. März 1930 in Kraft getreten.

Die vorjährigen Bemühungen der Kammer zur Herbeiführung von Tarifierleichterungen, insbesondere im Wege der *Musnahmetarifierung*, wurden auch im Berichtsjahre weiter verfolgt. Leider mußten wir einige wichtige Tarifwünsche ins neue Jahr unerledigt herübernehmen. So konnte der schon seit langem gestellte Antrag auf Ermäßigung des Schnittholzausnahmetarifes 1 d und Erweiterung seines Geltungsbereiches auf Land und Provinz Sachsen immer noch nicht zum Erfolge geführt haben. Das gleiche Schicksal war den für die Mühlenindustrie zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage beantragten Tarifierleichterungen beschieden. Die Widerstände aus den anderen beteiligten Wirtschaftsgebieten blieben bei den beiden Anträgen nach wie vor unüberbrückbar. Bei der Holzindustrie hatten wir durch die Beantragung der Erstellung eines Wettbewerbs-tarifes nach dem Berliner Empfangsgebiet gegenüber Polen in gewisser Hinsicht einen Ausgleich zu schaffen versucht, — eine Entscheidung über

diesen Antrag ist allerdings noch nicht gefallen —, bei der Mühlenindustrie hingegen war es nicht möglich, auch nur einen Tarifvorteil aktiv zu buchen. Diese Tatsache ist sehr zu bedauern, da sich die ober-schlesische Mühlenindustrie durch den Verlust ihres wertvollsten Liefergebietes, der Provinz Posen, und ihres Hauptabzugsgebietes von Ost-Oberschlesien nach wie vor in einer schweren wirtschaftlichen Not befindet.

Im einzelnen ist zu der Tarifgestaltung für das Berichtsjahr folgendes hervorzuheben:

I. Eisenindustrie. 1. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1929 ist der Ausnahmetarif 7 c für den Erzversand von Stettin sowie Gose- und Oppeln-Hafen neu geregelt worden. Im Verkehr nach Deutsch-Oberschlesien ist die Frachtbasis unverändert geblieben, die Anwendung des Tarifes ab Stettin aber an die Bedingung geknüpft worden, daß mindestens $33\frac{1}{3}$ v. H. der auf dem reinen Bahnwege und dem vereinigten Bahn- und Wasserwege bezogenen Gesamtmenge auf dem reinen Bahnwege befördert werden. Bei Steigerung dieser Mindestmenge auf 38 v. H. bzw. 43 v. H. der Gesamtmenge ist für die $33\frac{1}{3}$ v. H. übersteigende Menge ein Abschlag von 10 bzw. 20 Rpfg. im Rückvergütungswege zugestanden worden. Eine Ausnutzung dieser Frachtergünstigungen ist jedoch nicht möglich gewesen, da infolge der schlechten Wirtschaftslage ein Rückgang in der Roheisenerzeugung — 1928 = 247 755 To. gegenüber 180 186 To. im Jahre 1929 — und damit auch ein verminderter Erzbezug zu verzeichnen war. Wenn auch die Erztransporte über Stettin im Jahre 1929 im Vergleich zu 1928 zahlenmäßig eine Steigerung erfahren haben — 1928 = 107 308 To. und 1929 = 110 928 To. — so ist hierbei zu beachten, daß im Jahre 1928 infolge des lang andauernden Streiks auf den schwedischen Erzgruben der Bezug an sich sehr gering war, so daß diese Zahlen für Vergleichszwecke nicht verwendbar sind. Wenn man aber das Jahr 1929 dem Jahre 1927 gegenüberstellt — 1927 = rund 142 160 To. — so erkennt man sofort, wie sich der Erzbezug im Berichtsjahre vermindert hat, zumal diese Menge zugleich die Vorratsdeckung in sich schließt. Die Schwierigkeiten in der Wirtschaftslage der Eisenindustrie haben darüber hinaus die Auswirkung gehabt, daß ein größeres Eisenwerk die Roheisenerzeugung überhaupt einstellte und zum Bezuge von Roheisen (ab Dänischburg) übergegangen ist. Hierfür ist mit Wirkung vom 11. März 1929 der Ausnahmetarif 35 b mit einer Frachtermäßigung von 38 % gegenüber der Normalklasse F eingeführt worden. Zur Erleichterung der Rohstoffbeschaffung ist ferner ab 1. Juli der

Seehafeneinfuhrtarif Nr. 172 für Eisen- und Stahlschrot nach Deutsch-Oberschlesien neu geregelt worden. Ab Stettin sind die Frachtsätze von bisher 58 auf 61 v. H. weiter herabgesetzt worden.

2. Bei den Ausnahmetarifen für die Eisenerzeugnisse ist mit Gültigkeit vom 12. September 1929 der Ausnahmetarif 18 nach Ostpreußen ermäßigt worden. Dadurch ist die Erhöhung des Tarifes, die am 1. Oktober 1928 durchgeführt worden war, wieder ausgeglichen. Zur Erweiterung des Absatzes von Eisenerzeugnissen nach Ostpreußen ist in diesem Tarif eine Erweiterung des Warenverzeichnisses auf Blechwaren beantragt worden. Leider konnten unsere Bemühungen nicht erfolgreich durchgeführt werden, da gegen diese Erweiterung sowohl von den ostpreußischen Industrie- und Handelskammern als auch von dem Zweckverband Nordostdeutscher Handelskammern Einspruch erhoben worden ist. Wir bedauern diese Stellungnahme, die von einem mangelnden Verständnis für die schwierige Wirtschaftslage in Oberschlesien und geringer Hilfsbereitschaft zeugt und halten sie auch für unbegründet, da es sich bei diesem Antrage nur um die Aufnahme solcher Blechwaren gehandelt hatte, die in Ostpreußen nicht, bzw. nur in ganz geringem Umfange, hergestellt werden. Eine Schädigung der Interessen der ostpreußischen Fertigwarenindustrie wäre somit in keiner Weise eingetreten. Wir werden daher den Antrag unsererseits auch weiter mit allem Nachdruck verfolgen.

3. Mit Wirkung vom 15. Juni ist der Ausnahmetarif 35 c für Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren nach der Grenzmark und Pommern mit einer Frachtermäßigung gegenüber der bisherigen Fracht von 5—35 % erstellt worden. Dadurch ist mehrfachen Wünschen der obererschlesischen Eisenindustrie eisenbahnseitig entsprochen worden. Im Ausfuhrverkehr ist eine Änderung in der Tarifgestaltung im allgemeinen nicht eingetreten. Zu erwähnen ist hierbei, daß der Ausnahmetarif 35 a zur Ausfuhr über die trodene Grenze mit Gültigkeit vom 10. November 1929 nur in der Richtung nach den Grenzen anwendbar ist. Durch die Beschränkung des Geltungsbereichs nur auf inländische Bahnhöfe ist der ausländische Wettbewerb ausgeschaltet.

II. Steinkohlenbergbau. Im Ostseeküstengebiet ist die seit langem erstrebte Frachtermäßigung, insbesondere zur Unterstützung des Wettbewerbs gegen die sich immer weiter ausbreitende englische Kohle, zu Beginn des Berichtsjahres eingeführt worden. Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1929 wurden im Rahmen des Ausnahmetarifs 6 f für das ostpommersche Ge-

biet auf den Linien östlich und nördlich der Strecke Hagenow—Kolberg—Belgard—Schievelbein—Gramenz—Neustettin—Deutsch = Briesen die Frachtsätze um 1,— RM. je Tonne gesenkt. Gleichzeitig wurde das Empfangsgebiet des Küstenkohlenausnahmetarifes durch Einbeziehung von Ostpreußen erweitert. Die Frachtermäßigung gegenüber dem allgemeinen Kohlenausnahmetarif 6 betrug 1,30 RM. je Tonne. Der Geltungsbereich dieses Ausnahmetarifs ist dann später im September 1929 auf die Grenzübergangspunkte Endtkuhnen-, Groß-Boschpol-, Prostken- und Tilsit-Grenze erweitert und ebenso die Weiterabfertigung der nach diesem Tarif abgefertigten Sendungen mit der Eisenbahn oder Kleinbahn nach allen Grenzübergangspunkten in Ostpreußen zugelassen worden.

Den gleichen Zweck einer wirksamen Bekämpfung der Kohle überseeischer Herkunft im Küstengebiete verfolgte der Antrag, für Kohle überseeischer Herkunft ab den Häfen und Umschlagstellen nicht mehr den Ausnahmetarif 6, sondern die Klasse F zur Verfügung zu stellen. Diesem Antrage Oberschlesiens ist die Reichseisenbahnverwaltung in vollem Umfange nachgekommen und hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 im Geltungsbereich die entsprechenden Änderungen zur Durchführung gebracht.

Die Tatsache des Hineinströmens der polnischen Kohle, die auf Grund des deutsch-polnischen Handelsvertrages zu erwarten ist, veranlaßte den Bergbau, bei der Reichseisenbahnverwaltung mehrere Anträge auf Frachtermäßigung für die *Ausfuhr* von Kohle zu stellen und zwar nach den Nordländern, nach Italien und ferner für die Verkehrsbeziehung Oberschlesien—Oderberg im Rahmen der bestehenden Ausnahmetarife 6 w und 6 x1, um die Ausfuhr nach den südlichen, südwestlichen und südöstlichen Märkten, insbesondere im Wettbewerb gegen die polnische Kohle, steigern zu können. Die Anträge für die Ausfuhr nach den Nordländern und nach Italien sind noch in der Schwebe, es steht aber zu erwarten, daß für diese Verkehrsbeziehungen Frachterleichterungen gewährt werden. Leider sind die weiteren Anträge von der Reichsbahnverwaltung abschlägig beschieden worden mit dem Hinweis darauf, daß Frachtabschläge über die bereits gewährten Ermäßigungen hinaus von dem Gesichtspunkte der Selbstkostenfrage nicht mehr gewährt werden könnten.

III. Im Wettbewerb gegen die billigeren polnischen Durchgangsstrecken konnten im Laufe des Berichtsjahres für einige Industriezweige Tarifierleichterungen erreicht werden:

1. Für die Kalk- und Zementindustrie ab 15. März 1929 die Ausnahmetarife 4 c für Kalk zu Bau- und sonstigen Zwecken und 4 d für Zement nach Teilen von Pommern und der Grenzmark mit einer Frachtermäßigung von 10—35 % gegenüber der Normalklasse F. Die gleiche Tarifmaßnahme wurde mit Wirkung vom 1. April 1929 im Verkehr nach Ostpreußen durch die Ausnahmetarife 4 e und 4 g durchgeführt mit Frachtermäßigungen von 5—37 % bzw. 2—30 % gegenüber der Normalklasse F.

2. Für die Chemische Industrie ab 10. Juni 1929 der Ausnahmetarif 14 i für Steinkohlenteeröl und für Teerpech nach Ostpreußen mit einer Frachtermäßigung für Teeröl bis 22 % und für Teerpech bis 41 %. Mit Gültigkeit vom 10. August 1929 wurde der Ausnahmetarif auf Benzol erweitert.

Infolge der am 1. Oktober in Kraft getretenen allgemeinen Erhöhung der Gütertarife in Polen wurden diese Tarife der Wettbewerbslage neu angepaßt und erfuhren im allgemeinen eine Erhöhung, und zwar:

im Ausnahmetarif	4 c	rund 18 %,
"	"	4 d " 25 %,
"	"	4 e " 20 %,
"	"	4 g " 15 %,
"	"	14 i " 12 %.

IV. 1. Mit Wirkung vom 1. November 1929 ist der Seehafeneinfuhrtarif 181 für Rohkupfer auch auf den Verkehr nach Oberschlesien ausgedehnt worden. Leider ist Oberschlesien von der Vergünstigung der Sonderfrachtsätze in diesem Tarif ausgeschlossen geblieben mit dem Hinweis darauf, daß dieser Tarif als reiner Wettbewerbstarif gegen Rotterdam und den Wasserweg aufgebaut sei und daß durch eine Ausdehnung auf Oberschlesien der Charakter des Tarifes verwischt würde. In einem Antrage an die Reichsbahnverwaltung hatten wir darauf hingewiesen, daß auch für Oberschlesien der Wettbewerb des Ausnahmetarifes 181 Hamburg—Oberberg und des Wasserweges Hamburg—Cosel-Hafen bestehe und somit die Aufnahme in die Sonderfrachtsätze berechtigt sei. Eine Entscheidung über diesen Antrag konnte noch nicht herbeigeführt werden.

2. Im Laufe des Berichtsjahres sind die bisher im Deutschen Eisenbahn-Gütertarif Teil I B bestandenen Ausfuhrtarifstellen für einige Güter durch entsprechende Ausfuhr-Ausnahmetarife ersetzt worden, die ab 15. Juli 1929 in Kraft getreten sind. Für unseren Be-

reich kommen hierbei insbesondere folgende Ausnahmetarife in Betracht:

1. Ausnahmetarif 182 für Steine,
2. Ausnahmetarif 186 für Mörtelmischungen,
3. Ausnahmetarif 187 für Gips, Feld- und Schweripat.

3. Für die Holzverkohlungsindustrie konnte erreicht werden, daß die Bahnhöfe Bluder und Boffowśka in den Ausnahmetarif 191 für Retortenholzkohle zur Ausfuhr nach außerdeutschen Ländern über Seehäfen und über die trockene Grenze mit einbezogen worden sind. Ebenso konnte für die Textilindustrie im Wettbewerb gegen den billigeren tschechoslowakischen Bahnweg in der Verkehrsbeziehung Netzkau—Neustadt für Jacquardpappen eine Frachtermäßigung erwirkt werden. Der weiterhin gestellte Antrag, Neustadt in den Ausnahmetarif 22 für Schwefelsäure als Empfangsbahnhof aufzunehmen, wurde von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft abgelehnt, da nach eisenbahnseitiger Ansicht die Voraussetzungen für die Aufnahme nicht erfüllt wären.

4. Mit Gültigkeit vom 10. September 1929 wurde für die Gipsindustrie der Ausnahmetarif 4 i von Groß-Peterwitz nach Frankenstein eingeführt. Ebenso konnte für diese Industrie die Verlängerung des Ausnahmetarif 154 nach der Tschechoslowakei erreicht werden.

Wie im Vorjahr, so ist es uns auch jetzt eine angenehme Pflicht zu betonen, daß wir bei der Reichsbahndirektion Oppeln stets Verständnis für die besonderen Nöte Oberschlesiens auf verkehrswirtschaftlichem Gebiete gefunden haben. Dankbar erkennen wir an, daß die Tarifwünsche unseres Bezirkes auch in diesem Jahre durch die Reichsbahndirektion Oppeln tatkräftigst unterstützt worden sind.

4. Personenverkehr

Die am 7. Oktober 1928 eingeführte Personentarifreform durch Aufhebung der 4. Wagenklasse hat den von der Reichsbahnverwaltung erhofften finanziellen Erfolg nicht gebracht. Trotz der Erhöhung der Fahrpreise der niedrigsten, aber am meisten benutzten früheren 4. Klasse um etwa 25 % sind die Einnahmen der Reichsbahnverwaltung aus dem Personenverkehr im Jahre 1929 um rund 62 Millionen RM. hinter denen des Jahres 1928 zurückgeblieben. Die Zahl der beförderten Personen betrug nur 99,4 v. H. und die gefahrenen Personen-Kilometer sogar nur 96 v. H. der Zahl des Jahres 1928. Wenn auch ein Teil dieses Verkehrsrückganges auf die rückläufige Konjunktur zurückzuführen ist, so muß doch aus dieser Tatsache ohne weiteres gefolgert werden,

daß hier die Grenze der Tarifierhöhungen bereits überschritten ist und insolgedessen die Reichsbahnverwaltung versuchen muß, durch eine Herabsetzung der Fahrpreise einen vermehrten Anreiz zum Reisen und damit zu vermehrten Einnahmen zu geben. Für Oberschlesien mit seinen weiten Entfernungen vom Innern Deutschlands wirken sich die erhöhten Fahrpreise besonders empfindlich aus.

Wir wiederholen einen bereits früher gestellten Antrag, von der Erhebung von Eilzuschlägen gänzlich Abstand zu nehmen und auch die Zuschläge zu den Schnellzügen in der Weise zu ermäßigen, daß die Zonen herabgesetzt werden. Neben einer Begünstigung der kaufm. Berufsreisenden erscheint es ferner angebracht, auch eine Ermäßigung für Erholungsreisen auf größere Entfernungen einzuführen.

Der am 15. Mai in Kraft getretene Fahrplan hat neben anderen Zugvermehrungen ein neues Schnellzugspaar zwischen Oberschlesien-Berlin, außerdem aber auch ein FD-Paar gebracht. Die anfangs auch von uns angestrebte Umwandlung der D-Züge 30/37 in FD-Züge brachte Oberschlesien den großen Nachteil, daß für die Reisenden 3. Klasse die günstige Frühfahrt nach Breslau—Berlin und ebenso die Rückfahrt am Abend verloren ging. Die Bemühungen der Industrie- und Handelskammer, zur Beseitigung dieses Mißstandes die Schnellzüge 105/106, die bis und von Breslau verkehren, bis nach Oberschlesien vorzuziehen, haben bisher leider keinen Erfolg gehabt. Von seiten der Reichsbahnverwaltung ist lediglich in Aussicht gestellt, daß der Früh-Schnellzug D 34 in die Zuglage des beantragten D 106 gelegt wird, so daß Breslau gegen ¼8 Uhr erreicht wird. In der umgekehrten Richtung fehlt aber leider noch die geforderte Verbindung. Oberschlesien kann jedoch auf diese wichtige Verbindung nicht verzichten. Die Kammer wird diese Forderung daher erneut immer wieder erheben.

Von der Industrie- und Handelskammer wurden im Laufe des Jahres bei der Reichsbahnverwaltung eine Anzahl Anträge auf Verbesserung des Fahrplans gestellt. Insbesondere handelt es sich dabei um:

1. eine zweite beschleunigte Verbindung mit dem schlesischen Gebirge, in einer Frühverbindung, die gegen 9.15 Beuthen verläßt und um 13.00 Uhr in Glatz eintrifft;
2. eine beschleunigte Frühverbindung von Reisse—Neustadt nach dem ober-schlesischen Industriebezirk;
3. eine beschleunigte Verbindung zwischen Rothenberg und Kreuzburg mit Breslau;
4. Einlegung eines Personenzuges zwischen Beuthen und Gleiwitz, ab Beuthen 9.00 Uhr vormittags;

5. Einlegung eines beschleunigten Zuges auf der Strecke Gleiwitz—Weiskretscham Groß-Strehlitz—Oppeln mit Ankunft gegen 10 Uhr zum Anschluß an D 32 in Oppeln;
6. Einlegung eines neuen Zuges von Rawontau—Boschowitz zum Anschluß an B. 304 Boschowitz—Oppeln;
7. Abkürzung der Fahrzeit zwischen Rosenberg und Kreuzburg im Verkehr mit Oppeln bezw. Beuthen;
8. Herstellung von Anschlüssen bezw. Verlegungen von Zügen auf den Strecken Beuthen—Gleiwitz, Beuthen—Boschowitz—Oppeln, Rawontau—Boschowitz—Oppeln, Rosenberg—Kreuzburg—Oppeln bzw. Beuthen, Rosenberg—Kreuzburg—Breslau, Breslau—Brieg—Oppeln—Mandzin, Mandzin—Oberberg, Oberberg—Mandzin—Reiße, Oppeln—Zellow—Kreuzburg;
9. Verbesserung des Fahrplans auf der Strecke Reiße—Oppeln,
10. Beschleunigung der Schnellzüge D 34/38 sowie D 41/42;
11. Verbesserung der Anschlüsse in Berlin in der Richtung nach Hamburg;
12. Abkürzung der Fahrzeit zwischen Beuthen und der Strecke Oberschlesien—Breslau—Frankfurt—Wiesbaden;
13. Herstellung einer zweiten Tagesverbindung mit Wien, insbesondere auch
14. eine Verbesserung des Fahrplans mit dem benachbarten Ostoberschlesien bezw. Polen, namentlich auch mit Warschau.

Ein Teil dieser Fahrplanwünsche wird voraussichtlich bereits mit Beginn des Fahrplans 1930 am 15. Mai verwirklicht werden. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die Ausführungen in der „Oberschlesischen Wirtschaft“, Jahrgang 1930 Nr. 3.

Wenn auch die Wünsche der obererschlesischen Wirtschaft noch nicht völlig berücksichtigt worden sind, so gebührt doch der Reichsbahndirektion Oppeln für das verständnisvolle Entgegenkommen gegenüber den obererschlesischen Wünschen und die Vertretung der obererschlesischen Belange auch im Reichsbahnfahrplan besonderer Dank.

5. **Genüßlichkeit**
der Reichsbahn

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln sind im Jahre 1929 folgende wichtigere Bauten ausgeführt worden:

Der Umbau des Personenbahnhofes Beuthen ist bis auf geringe Restarbeiten vollendet. Die Bahnsteige mit den zugehörigen Tunneln sind fertiggestellt. Mit der Aufstellung der großen Bahnsteighalle ist begonnen. Das neue Empfangsgebäude ist am 15. 12. 29 in Betrieb genommen.

Auf dem Bahnhof Hindenburg ist der Bau von 2 größeren Straßenunterführungen zu nennen.

Der seit Jahren angestrebte Bau der Linie Hindenburg—Beuthen und Groß-Strehlitz—Randzsin ist auch trotz der Befürwortung durch den Reichstag im Berichtsjahre nicht vorwärts gekommen. Von den durch die Teilung Oberschlesiens notwendig gewordenen neuen Bahnlinsen ist bisher leider nur die bereits vor der Abtrennung beschlossene Linie Mikultschütz—Bynnel gebaut worden. Oberschlesien empfindet diese Zurücksetzung in Verkehrsfragen umso mehr, als die wirtschaftliche Lage sich immer mehr verschärft.

Für die Schifffahrt war das Jahr 1929 nicht viel besser als das Jahr 1928. Die auf der Oder beförderten Gütermengen sind zwar etwas größer als im Jahre 1928, weil durch die wieder einsetzenden Erztransporte aus Schweden sich besonders der Bergverkehr gegenüber dem Vorjahre um nahezu 50 % steigern konnte; indessen war die Zahl der Tage, an denen die Oder vollschiffig befahren werden konnte, noch geringer als im Jahre 1928. War es 1928 immerhin noch möglich, die Oder an 143 Tagen mit 1,50 m Tauchtiefe ab Ransern zu befahren, so konnte dies 1929 nur noch an 106 Tagen geschehen; die reichen Feuchtigkeitsniederschläge im Winter 1928/29, die an sich eine Vollschiffbarkeit der Oder nahezu das ganze Jahr ermöglicht haben würden, konnten mangels vorhandener Staumöglichkeit an ihrem schnellen Abfluß nicht behindert und somit der Schifffahrt nicht nutzbar gemacht werden. Die völlige Unzulänglichkeit der Oder für die Schifffahrt zeigt recht deutlich die auf S. 53 dargestellte Übersicht. Die bisherigen Versäumnisse auf dem Gebiete des Oderausbau durch Anlage von Staubecken, der bereits durch die Gesetze vom 30. 6. 1913 und 4. 12. 1920 bis zu einer nutzbaren geringsten Wassertiefe von 1,70 m festgelegt und dem Osten zugesagt ist, haben der Oderschifffahrt und der gesamten obereschlesischen Wirtschaft bereits unermesslichen Schaden zugefügt; mit umso größerem Nachdruck muß nun endlich die Ausführung dieser Gesetze und der Ausbau der Oder zu einer vollschiffigen Wasserstraße gefordert werden. Leider sind diese Erwartungen der obereschlesischen Wirtschaft seitens der maßgebenden Stellen bis in die letzte Zeit hinein jedoch immer und immer wieder enttäuscht worden, da die Zusagen der Reichsregierung, die Gesamtwirtschaft Schlesiens und Oberschlesiens durch einen rationellen Ausbau der Oder zu unterstützen, bisher durch die Tatsachen keine ausreichende Bestätigung ge-

6. Schifffahrt
a) Ausbau der
Oder

junden haben. Bereits im vorigen Jahresbericht hatten wir darauf hingewiesen, daß die für den Ausbau des so überaus lange verzögerten Ottmachauer Staubeckens angeforderten Mittel stets hinter dem Soll zurückgeblieben sind. Dies ist im Haushaltsplan 1929 noch in verstärktem Maße geschehen insofern, als von den zunächst angeforderten 11 Millionen RM. nur 7,360 Millionen bewilligt wurden, d. h. die vom Reichsverkehrsministerium als erforderlich angeforderte Summe ist bei dem Ottmachauer Staubecken nachträglich wieder um 34 % gekürzt worden; berücksichtigt man, daß demgegenüber die Anforderungen für den Mittellandkanal von 21 754 000 RM. im Haushaltsplan nur eine Kürzung um 15 % auf 18 360 000 RM. erfahren haben, so ergibt sich die auch jetzt immer noch anhaltende Zurücksetzung und Vernachlässigung der östlichen Interessen gegenüber den Interessen des Westens ohne weiteres. Es kommt noch hinzu, daß es sich bei dem Mittellandkanal um die Neuanlage einer künstlichen Wasserstraße handelt, bei der Oder aber um den Ausbau der einzigen natürlichen Wasserstraße des Ostens. Unsere Anträge, von der Kürzung Abstand zu nehmen, den Ausbau von Ottmachau zu beschleunigen und auch an einen beschleunigten Ausbau der übrigen Staubecken heranzugehen, sind leider erfolglos geblieben. Der wachsende Unwille über diese ungleiche Behandlung der schon durch die politische Entwicklung der Nachkriegszeit geschwächten Wirtschaft des Ostens ist daher nur zu berechtigt.

Übersicht über die Anzahl der Tage,
an denen die Oder in den Jahren 1920—1929 mit einer Ladetiefe
von 1.50 m. und mehr befahren werden konnte.

1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
220 Tg.	143 Tg.	168 Tg.	222 Tg.	185 Tg.	223 Tg.	301 Tg.	255 Tg.	143 Tg.	106 Tg.

Als besonders dringlich ist neben dem Ausbau des Staubeckens von Ottmachau auch der beschleunigte Ausbau der Staubecken bei Sersno und Krappitz zu bezeichnen, von denen letzteres allein ein Zehnschuß-Wasser zur Oder von 200 Millionen cbm liefert. Die Bedenken, die bisher gegen die Anlage dieses Staubeckens aus wasserbautechnischen Gründen bestanden, sind nach den nunmehr vorliegenden Gutachten der Sachverständigen und der geologischen Landesanstalt in Berlin behoben. Die Herstellung dieses Krappitzer Staubeckens ist, abgesehen von seiner Größe, auch deshalb besonders günstig, weil es sich bei einem Fassungsraum von 223 Millionen cbm und einem Kostenaufwand von 60 Millionen RM. im Einheitspreis je cbm angestauten Wassers um mehr als 30 % billiger stellt als das Staubecken von Ottmachau (Staubecken Ottmachau etwa 40 Pfg., Staubecken bei Krappitz etwa 27 Pfg. Baukosten je cbm angestauten Wassers). Das Krappitzer Becken mit seinem erheblichen Wasser-Reservoir würde zusammen mit dem Ottmachauer Staubecken allein schon etwa $\frac{3}{5}$ des gesamten Wasserbedarfs decken können, den die Oder zur Vollschiffbarkeit in wasserarmen Zeiten benötigt, seine Anlage also schon einen erheblichen Fortschritt bedeuten.

Auch die beschleunigte Durchführung des Staubeckenbaues Sersno liegt deshalb besonders günstig, weil sich die Kosten pro cbm angestauten Wassers hier auf Grund der Zusammenarbeit mit der Industrie sogar nur auf rd. 10 Pfg. stellen würden; die entsprechenden Verträge mit den obererschlesischen Grubenverwaltungen, die auf dem zukünftigen Staubeckengelände den für den Spülversatz ihrer Gruben notwendigen Sand gewinnen wollen, liegen bereits vor.

Von einschneidender Bedeutung für den Wasserverkehr von und nach Oberschlesien ist auch der Bau einer zweiten Schleuse bei Ransern. Die bei dem Bau der Ranserner Wehrranlage der Schifffahrt und der Wirtschaft gemachte Zusicherung, daß die längste Betriebszeit hindurch die freie Fahrt über das Wehr ermöglicht werden und nur zu Ausnahmезeiten geschleust werden sollte, hat sich nicht erfüllt. Die Fahrt über das Wehr ist nur bei Hochwasser möglich (Ratibor nicht unter 4,00 m) und dann auch noch mit Gefahr für die Schifffahrt verbunden. Somit stellte sich alsbald die dringende Notwendigkeit heraus, in Ransern eine zweite Schleuse einzubauen, um dem Oberverkehr keine Fesseln anzulegen. Bei der überaus schwankenden Wasserführung der Oder bildet die Schleuse Ransern geradezu den Engpaß für die Weiterfahrt der Talsähne zur nichtkanalisierten Mittellober, wie sich dies in den letzten drei Jahren gezeigt hat, in denen

1927 = 530 Rähne vor Ransern zu Tal lagen,

1928 = 900 Rähne

1929 = 900 Rähne.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß zu solchen Zeiten die Oberstrombauverwaltung Breslau sich nach jeder Richtung hin Mühe gibt, z. B. durch Tag- und Nachtschleusungen, durch Schlepphilfe bei der Ein- und Ausfahrt usw., die Lücke auszufüllen, so vermag dies doch nicht hinwegzuhelfen über den Mangel einer zweiten Schleuse. Aber auch andere ebenso gewichtige Gründe sprechen dafür, mit Beschleunigung eine zweite Schleusenkammer herzurichten. Es sei hier nur erinnert an das Versagen der Schleuse in Niederfinow (Hohenzollernkanal) in der Zeit vom 30. März bis zum 2. Mai 1927, während welcher die Fahrt durch den Hohenzollernkanal ganz eingestellt war. Ein solcher Vorfall, auf Ransern übertragen, hätte eine weit schlimmere Auswirkung, da er gleichbedeutend wäre mit dem völligen Schluß der Schifffahrt im Verkehr mit Oberschlesien und zum Teil auch im Verkehr mit Niederschlesien.

Eine weitere notwendige Forderung des Oberausbaus, die von Oberschlesien geltend gemacht werden muß, ist die Anlage eines Walzenwehres in Januschkowitz und in Groß-Döbern.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Schiffsverkehr auf der kanalisierten Oderoder (Osel/Breslau) um sehr viel früher stillgelegt werden muß als auf der schleusenfreien Strecke ab und bis Breslau. Das ist zurückzuführen auf die Rücksichtnahme in allererster Reihe auf die beiden Nadelwehre der Schleusen Januschkowitz und Groß-Döbern. Beide haben den ersten Ansturm von Treibeis auszuhalten und zwar Januschkowitz vom Ratiborer Bezirk her und Groß-Döbern von der Malapane her, die sehr zeitig starkes Treibeis aufkommen läßt. Bis zum Januar 1922 hat die Oberstrombauverwaltung mit Rücksicht auf den Fortgang der Schifffahrt die Nadelwehre solange als möglich zu halten versucht. In dem genannten Jahre wurde die Wehr- und Schleusenanlage Januschkowitz jedoch vom Treibeis überrannt und litt großen Schaden, zum Teil auch noch die unterhalb liegenden Wehr- und Schleusenanlagen. Nur die Umsicht des Wasserbauamtes Oppeln hat es damals verhindert, daß der Oseler Hafen vor einem mehrmonatigen Stillstand bewahrt geblieben ist. Seit diesem Vorfall erfolgt das Ablassen des Staues und das Umlegen der Wehre vorsichtshalber stets sehr früh. Das aber droffelt zum Schaden der ober-schlesischen Wirtschaft den Schiffsverkehr auf der Oderoder ganz beträchtlich und zwingt die

oberschlesische Kohle sowohl beim Schiffsahrtsschluß als auch bei der Schiffsahrtseröffnung auf den erheblich teureren Bahnweg über Breslau, wodurch die kombinierte Fracht nach Berlin gegenüber der Verschiffung ab Cosel-Hafen durchschnittlich um RM. 1,60 je To. teurer wird.

Diesem Übelstande kann nur durch den auch von dem Vorstand des Wasserbauamtes in Oppeln als dringend erforderlich bezeichneten Einbau eines Walzenwehres = Januschkowiz und Gr.-Döbern abgeholfen werden.

b) Verbindung
des Industrie-
bezirks mit der
Oder

Die wachsenden Wirtschaftsnöte der schlesischen, insbesondere der oberschlesischen Wirtschaft, die sich nach Inkrafttreten des Handelsvertrages mit Polen in seiner bisher bekannt gewordenen Form noch wesentlich verschärfen werden, erheischen dringend eine alsbaldige Verbilligung der Verkehrswege zum Anschluß an das Reich; dazu gehört neben dem Oderausbau auch die endliche Lösung der ebenfalls nun schon seit 2—3 Jahrzehnten schwebenden Frage der Verbilligung der Fracht aus dem Industriebezirk bis zur Oder.

Über den im vorigen Jahresbericht erwähnten Bau einer Schleppbahn als Verbindung zwischen dem oberschlesischen Industriebezirk und der Oder ist leider auch bis zum Ende des Berichtsjahres noch keine zustimmende Entscheidung gefallen, da der Antrag auf Genehmigung dieser Bahn noch den zuständigen Stellen zur Prüfung vorliegt. Auch hier muß der dringenden Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Genehmigung bald erteilt wird, damit aus den zu Gunsten Oberschlesiens aufgestellten Plänen nun endlich auch Taten werden.

c) Mittelland-
kanal

Der Ausbau des Mittellandkanals ist trotz der sich mehrenden Widerstände weiter gefördert und, wie wir bereits erwähnten, auch durch die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches nur unwesentlich beeinträchtigt worden. Unsere in den früheren Jahresberichten und Anträgen zum Ausdruck gebrachte Forderung, daß für den Ausbau des Mittellandkanals die Aufstellung eines besonderen Gesetzes erforderlich sei, damit die Frage der Zweckmäßigkeit und finanziellen Durchführbarkeit des Kanals nochmals eingehend geprüft werden könne, die auch in einem gleichen Ersuchen des Reichstages vom 6. April 1927 an die Reichsregierung Unterstützung gefunden hat, ist noch immer ohne Erfolg geblieben. Es bleibt Aufgabe der Abgeordneten des Ostens, den damaligen Beschluß des Reichstages erneut der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen, zumal in immer weiteren Kreisen Zweifel entstehen, ob es angebracht sei, bei den bestehenden großen Finanz-

schwierigkeiten des Reiches Ausgaben für die neue Wasserstraße zu machen, deren wirtschaftliche Auswirkungen für den Osten vernichtend sind und jedenfalls neben dem Oderausbau auch weitere erhebliche Ausgleichsmaßnahmen für den Osten erforderlich machen, da der Oderausbau allein nicht in der Lage ist, den zu erwartenden Frachtwachstum von 6,10 RM. für die Tonne Kohle und 12—20 RM. für die Tonne Eisen zu Gunsten des Westens zu überbrücken.

Vom Reichsverkehrsministerium war zugesagt, zur Aufrechterhaltung der Frachtparität für oberischlesische Kohle in Berlin u. a. eine Sonderabgabe von 3×50 Pfg. für den tkm auf dem Mittellandkanal zu erheben; demgemäß wurde auch zunächst für die neu eröffnete Strecke ab 1. Oktober 1928 eine solche Sonderabgabe von 50 Pfg. erhoben. Leider ist jedoch an der Erhebung dieser Abgabe nicht in voller Höhe festgehalten worden; alle Gegenvorstellungen und Eingaben sind unbeachtet geblieben. Nach einer Veröffentlichung im Reichsverkehrsblatt vom 27. 11. 1929 werden mit Wirkung vom 1. April 1930 von allen Schiffsabgaben, welche für die von Orten westlich Minden nach dem Hafen in Peine gehenden und zur Verwendung in der Kokerei bestimmten Steinkohlen entrichtet sind, auf Antrag 25 v. H. vergütet. Diese Ausnahme von der Erhebung der vollen Sonderabgabe birgt zweifellos die Gefahr von Berufungen seitens anderer von der Gebühr betroffenen Unternehmungen in sich und schmälert den Wert der zum Ausgleich für die Schädigungen des Ostens eingeführten Sonderabgaben. Es muß daher unbedingt gefordert werden, daß der Wert dieser unzureichenden Ausgleichsmaßnahmen nicht noch weiter durch Nachlaß verringert wird.

Mit dieser Gefahr muß nach den bisher gemachten Erfahrungen aber gerechnet werden, solange es nicht gelingt, die für Oberschlesien gegenüber dem Mittellandkanal erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen gesetzlich festzulegen, wofür unsere Kammer fortgesetzt und mit allem Nachdruck eingetreten ist. Zwar liegen von dem Reichsverkehrsministerium auch aus der letzten Zeit erneute Zusicherungen vor, daß das Reich die Oberschlesien im Jahre 1899 gegebene Zusicherung der Aufrechterhaltung der Frachtparität zwischen dem Osten und Westen mit dem Schnittpunkt in Berlin unter allen Umständen anerkennen und erfüllen werde, die Größe der der oberischlesischen Montanindustrie jedoch drohenden Gefahr der Vernichtung verlangt unbedingt auch eine gesetzliche Festlegung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen; denn mit der Preisgabe der Montanindustrie würde

zugleich die gesamte oberchleisische Wirtschaft geopfert werden. Die Frage der gesetzlichen Festlegung eines entsprechenden Schutzes für Oberschlesien gegen die drohende Vernichtung durch die Inbetriebnahme des Mittellandkanals darf daher nicht ruhen, bis das Ziel erreicht ist; in erster Linie wird es die Aufgabe der Abgeordneten des Ostens sein, unentwegt darauf hinzuarbeiten; die Wirtschaftsorganisationen Oberschlesiens werden jederzeit bereit sein, sie hierbei auf das nachdrücklichste zu unterstützen.

d) Elbe-Oder-Kanal

Über den Bau eines Elbe-Oder-Kanals sind von der Oberstrombauverwaltung Erhebungen und zwar über den Umfang des Verkehrs veranstaltet worden. Nach neueren Preßmeldungen soll das Reichsverkehrsministerium die Ausführung dieses Baues bis auf weiteres zurückstellen. In dem neuen Haushaltsentwurf sind jedenfalls Mittel für diesen Zweck nicht mehr eingesetzt worden, nachdem die Anforderung bereits im vorigen Haushaltsplan unberücksichtigt geblieben ist.

e) Coseler Hafen

Der Umschlag an Gütern im Hafen bei Cosel betrug:

1913 3 788 374 To.

1927 3 283 630 „

1928 2 054 164 „

1929 2 332 038 „

1929 gegen 1928 mehr . . . 277 874 To. = 13,5 %,

davon im Bergverkehr:

1913 1 420 619 To.

1927 731 933 „

1928 339 847 „

1929 489 137 „

1929 gegen 1928 mehr . . . 149 290 To. = 43,9 %,

im Talverkehr:

1913 2 367 755 To.

1927 2 551 697 „

1928 1 714 317 „

1929 1 842 901 „

1929 gegen 1928 mehr . . . 128 584 To. = 7,5 %.

Die Zunahme im Umschlag, besonders im Bergverkehr ist, wie bereits erwähnt, darauf zurückzuführen, daß wieder schwedische Erze in größerem Umfange auf der Oder zur Verfrachtung gelangten. Die Wasserfrachten für Kohle sind im allgemeinen auf der gleichen Basis

geblieben wie im Jahre 1928. Die vom Ober-Frachtenauschuß festgesetzten Grundfrachten betrugen:

von April bis Okt. 1929	Cosel—Berlin/Oberspree	6,30 RM.
	Cosel—Stettin	5,65 „
in den beiden Monaten	Cosel—Berlin/Oberspree	6,40 RM.
November und Dezember	Cosel—Stettin	5,65 „

wozu noch ein Kleinwasserzuschlag bis zu 2,— RM. und eine Ab-
leichterungsbeihilfe von 1,— RM. je To. kam.

In den Tarifen für Kohle und Erz im Verkehr nach dem ober- ^{h) Oppelner}
schlesischen Industriebezirk ist eine Änderung auch im Jahre 1929 nicht ^{Umschlagshafen}
eingetreten. Infolgedessen blieb der Umschlagsverkehr im Oppelner
Hafen hinter seiner Leistungsfähigkeit weiter zurück:

Es wurden umgeschlagen:

	1928	1929
zu Berg	61 313 To.	59 008 To.
zu Tal	19 182 „	32 385 „

Am 1. Januar 1929 trat die Fernsprecho r d n u n g neu in Kraft. Durch diese Verordnung erfuhren insbesondere die Gebühren für die Wenigssprecher eine Ermäßigung insofern, als die Bezahlung einer Mindestgebühr von Ortsgesprächen für jeden Hauptanschluß nicht mehr beansprucht wurde. Ferner wurden die bei Herstellung neuer Haupt- und Nebenschlüsse zu zahlenden einmaligen Apparatgebühren und eine Reihe von Nebengebühren herabgesetzt. In demselben Monat (am 30. Januar) wurde die P o s t o r d n u n g neu herausgegeben. Sie enthielt keine grundsätzlichen oder sachlichen Änderungen, sondern gab lediglich den Wortlaut der bisherigen Postordnung unter Berücksichtigung aller eingetretenen Änderungen wieder. Am 12. Juli und 11. November wurde sie in ihren Bestimmungen erweitert und zwar hinsichtlich der Höchstgrenze für Päckchen, der Aufgabe von Paketen mit einer Paketkarte — es können jetzt wieder 3 Pakete auf eine Paketkarte befördert werden, ausgenommen Nachnahmepakete — und ferner hinsichtlich der Vervielfältigungsvorschriften für Drucksachen. Ebenso ist im April und November die T e l e g r a p h e n o r d n u n g durch die Aufnahme der Bestimmungen für Blitz- und Schmuckblatttelegramme und der geheimen Sprache im Telegrammverkehr, wie sie auf der Welttelegraphenkonferenz in Brüssel am 22. September 1928 beschlossen war, abgeändert worden.

Die im verflossenen Jahre eingetretene rückläufige Konjunktur hat die Verkehrsentwicklung auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens nicht beeinflusst. In fast allen Betriebszweigen weisen die Verkehrszahlen eine Steigerung auf. Nur die Zahlen des Paket- und Telegrammverkehrs lagen infolge Übergangs zum Bäckchen- und zum Fernsprechkverkehr auch diesmal wieder etwas niedriger als im Vorjahre, wodurch aber der Gesamtverkehr nicht verringert wurde.

Wie in früheren Jahren haben die Verkehrs- und Betriebseinrichtungen der Postverwaltung im Bezirk der Oberpostdirektion Oppeln wiederum eine Reihe von wichtigen Veränderungen und Verbesserungen aufzuweisen. Im Vordergrund stand die Umgestaltung des Landpostdienstes, die durch die Einrichtung von Landkraftposten eine grundlegende Verbesserung des Postbestelldienstes für die Landbevölkerung gebracht hat. Bis jetzt sind in Oberschlesien 14 Landkraftposten mit einer Streckenlänge von rund 900 Kilometern eingerichtet worden und zwar in den Gebieten:

1. Konstadt—Kreuzburg—Rosenberg,
2. Oppeln—Zülz—Lamsdorf—Grottkau—Batschkau—Ottmchau—Reiße—Neustadt—Leobischütz.

Die Erweiterung des Landpostdienstes nach Krappitz—Gogolin—Groß-Strehlitz und Ratibor ist bereits im Gange. Diese Einrichtung hatte naturgemäß eine Vermehrung von Poststellen im Gefolge. Insgesamt sind jetzt 162 Poststellen, die mit allen Befugnissen einer Postanstalt ausgestattet sind, eröffnet worden.

Die Regelung des Briefzustellens in den Postorten ist zu einem gewissen Abschluß gelangt und entspricht heute ungefähr dem Vorkriegszustande. Es findet jetzt in den größeren Orten durchweg an Werktagen eine dreimalige, in den kleineren Orten sowie im Ortszustellbezirk zahlreicher Postagenturen mit lebhaftem Verkehr eine zweimalige Briefzustellung statt. Zur weiteren Beschleunigung der Zustellung wurden Schließfacheinrichtungen teils erweitert, teils neu — auch in ländlichen Ortschaften — angelegt. Seit 1926 ist die Zahl der Schließfächer von 2600 auf 3780, also um rund 45 % gestiegen. Im Paketzustelldienst ist erreicht worden, daß in allen Ortsbezirken die eingegangenen Pakete am Vormittage zugestellt werden. Ferner wird in einer Reihe von Fällen, in denen nach Beginn der Vormittagszustellung noch eine größere Zahl von Paketen eintrifft, eine Nachzustellung ausgeführt. Auch die Umstellung des Postbeförderungsdienstes auf Kraftwagenbetrieb ist weiter gefördert worden. Zu

den bereits vorhandenen 9 sind noch 4 weitere Betriebe in Meisse, Rosenberg, Ziegenhals und Oberglogau hinzugekommen. Ebenso ist der *Beförderungsdienst* auf Eisenbahnen weiter ausgestaltet und den Bedürfnissen immer mehr angepaßt worden.

Die Bestrebungen, das flache Land mit Hilfe des *Kraftwagens* dem Verkehr zu erschließen und das bestehende *Kraftpostnetz* in unserm Bezirk den Verkehrsbedürfnissen entsprechend zu vervollkommen, sind auch im Berichtsjahre weiter durchgeführt worden. Es sind folgende neue Linien in Betrieb genommen worden:

Lamsdorf—Bielitz—Falkenberg
 Oberglogau—Zuzella
 Deschowitz—St. Annaberg
 Grocholub—Oberglogau—Kostenthal
 Cosel—Lohnau
 Kreuzburg—Oberkunzendorf
 Oppeln—Bierdzan
 Oppeln—Falkenberg
 Cosel—Rogau
 Kreuzburg—Bodland
 Meisse—Klodebach
 Neustadt—Bülz und
 Ratibor—Boleslau.

Daneben wurden bereits bestehende *Kraftpostlinien* verlängert, so daß Ende 1929 = 69 Linien mit einer Gesamtlänge von 1079 Kilometern vorhanden waren gegenüber 58 mit 889 Kilometern Linienlänge bei Beginn des Berichtsjahres.

Für den *Fernsprechverkehr* sind im verflossenen Jahre umfassende Maßnahmen getroffen worden:

Mit den Arbeiten zur Umstellung des *Fernsprechhandbetriebs* auf *Selbstanschluß* ist fortgeföhren worden. Fertiggestellt wurden die beiden kleinen *Amtsr Friedland* (Bezirk Oppeln) und *Brosławitz*. In Oppeln und Ratibor ist der *Aufbau der Selbstanschlußeinrichtungen* beendet; die *Inbetriebnahme* in Oppeln ist am 22. Februar 1930 erfolgt, in Ratibor steht sie unmittelbar bevor. Weiter wurden die Arbeiten für die *Einrichtung der neuen Betriebsweise* in *Groß-Strehlitz*, *Ottmachau*, *Kosittnitz* (Kr. Beuthen) und *Rosenberg* (Oberschl.) gefördert; *Ottmachau* und *Kosittnitz* werden noch in diesem Frühjahr den *Selbstanschlußbetrieb* erhalten. Von den im *Oberpostdirektionsbezirk Oppeln* vorhandenen

16 077 Hauptanschlüssen und 12 387 Nebanschlüssen werden nach Inbetriebnahme von Oppeln und Ratibor 9 047 Hauptanschlüsse (56 v. H.) und 8 727 Nebanschlüsse (73 v. H.) automatisiert sein. Damit ist Oberschlesien hinsichtlich des Hundertsatzes der automatisierten Anschlüsse manchen anderen Gebietsteilen Deutschlands weit voraus. Von den sonstigen Neuerungen im Fernsprechwesen ist noch bemerkenswert die Einführung des sogenannten *Notrufs* zur Alarmierung der Überfallkommandos und der Feuerwehr in Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg.

Zur Beschleunigung und Verbesserung des Sprechverkehrs von Ort zu Ort sind zahlreiche neue Fernsprechverbindungen fast in allen Teilen des Bezirks und auch nach außerhalb hergestellt worden. In Betrieb genommen wurden 5 neue Fernleitungen und zwar:

Reiße—Ottmachau
 Neustadt—Deutsch-Rasselwitz
 Ratibor—Kreuzenort
 Gleiwitz—Reiße und
 Reiße—Reichenbach.

Ferner wurde eine zweite Fernkabelleitung Oppeln—Berlin eröffnet, die den Gesprächsverkehr auf weiteste Entfernungen ermöglicht, und eine Leitung nach Freivaldau (Tschechoslowakei), die dem wachsenden Verkehr nach dem Mtatergebirge dient. Die Zahl der öffentlichen Sprechstellen hat sich im abgelaufenen Jahre um 108 vermehrt. Davon sind die meisten auf dem flachen Lande angelegt worden, und zwar im Zusammenhang mit der Landpostverkräftung bezw. der Einrichtung von Poststellen.

Die Sprechbeziehungen mit dem Ausland wurden allgemein weiter ausgebaut. Hinsichtlich des ober-schlesischen Sprechverkehrs ist besonders zu erwähnen, daß jetzt alle Orte unserer Provinz zum Sprechverkehr mit Polen sowie mit Triest zugelassen sind.

Die Tätigkeit im Telegraphenbau erstreckte sich hauptsächlich auf den unterirdischen Ausbau der für den Selbstanschlußbetrieb bestimmten Ortsnetze und auf die Herstellung zahlreicher neuer Fernleitungen. Daneben wurden in einigen Städten Kabelkanäle hergestellt und größere ober- und unterirdische Kabellegungen fast in allen Teilen des Bezirks vorgenommen. Schließlich wurden noch die Vorbereitungsarbeiten zur Auslegung eines Fernkabels Cosel (Oberschl.)—Mährisch-Osttau (Tschechoslowakei) getroffen, das das deutsche Fernkabelnetz mit dem tschechoslowakischen auf dem Wege über Oberschlesien verbinden soll.

Trotz des eifrigen Bestrebens, die technischen Einrichtungen allen Fortschritten der Funktechnik anzupassen, konnte leider im vergangenen Jahre nicht durchweg eine klare und völlig einwandfreie Übermittlung im obereschlesischen Rundfunk erzielt werden. Durch starke ausländische Sender ringsum außerordentlich beeinträchtigt, befand sich der Rundfunkempfang in Oberschlesien, soweit es sich um den Empfang deutscher Sender handelt, in einer schwierigen Lage. Dieser Nachteil aber wird durch die Aufstellung neuer deutscher Großsender in den einzelnen Sendebzirken behoben werden.

Der Luftpostverkehr von und nach Oberschlesien hat sich im vergangenen Jahre auf die Linien Gleiwitz—Breslau und Reisse—Hirschberg beschränken müssen, da die Fluglinie Gleiwitz—Reisse in Wegfall gekommen und auch der Flugverkehr Gleiwitz—Wien eingestellt worden ist. Zum kommenden Frühjahr wird voraussichtlich der seit Jahren gehegte Wunsch auf Herstellung einer direkten Luftverkehrsverbindung nach dem Balkan (von Gleiwitz mit Zwischenlandungen in Belgrad und Sofia nach Konstantinopel) verwirklicht werden können. Durch die neue Luftpostlinie würde auch der Postverkehr mit den Balkanländern um Tage beschleunigt werden.

Die Hochbautätigkeit war nach wie vor in der Hauptsache bestimmt durch die besonderen Bedürfnisse, die sich aus der fortschreitenden Umstellung des Fernsprechhandbetriebs auf den Selbstanschlußbetrieb und des Fuhrbetriebs auf den Kraftwagenbetrieb ergeben. Der Erweiterungsbaue des Postgebäudes in O p p e l n ist soweit gefördert worden, daß der Weihnachts- und Neujahrverkehr bereits in den neuen Räumen abgewickelt werden konnte. Vor allem ist durch Errichtung besonderer Räume für die Paketannahme und Abfertigung sowie Anlegung eines eigenen Zugangs zu diesen Geschäftsstellen eine wesentliche Verkehrs- und Betriebsverbesserung geschaffen worden. Die Umbauarbeiten im alten Postgebäude sind in Angriff genommen. In K a t i b o r ist der Erweiterungsbaue auch bereits vor Einzug des Winters in Benutzung genommen worden. Für den Umbau des alten Postgebäudes daselbst sind die Vorarbeiten im Gange. In S i n d e n b u r g hat gleichfalls eine größere bauliche Umgestaltung der Betriebsräume stattgefunden. Bei allen diesen Umbauten wird vor allem auf die Anbringung neuzeitlicher Schalteranlagen Bedacht genommen, um die Verkehrsabwicklung flüssiger und reibungsloser zu gestalten. Für das Jahr 1930 sind u. a. der Umbau der Schalterhalle beim Postamt in B e u t h e n und die Errichtung eines Packkammergebäudes am Bahnhof daselbst geplant. Die Verkräftung der Land-

zustellung und die Erweiterung des Überlandverkehrs machten ferner Neu- und Erweiterungsbauten von Kraftwagenhallen, Werkstätten und Ladestellen erforderlich.

Wir möchten diesen Bericht, der von den stets fortschreitenden Verbesserungen der postalischen Einrichtungen in unserem Bezirk Zeugnis ablegt, nicht schließen, ohne der Oberpostdirektion für das Entgegenkommen zu danken, das sie den Wünschen unseres Bezirkes auf postalischem Gebiete, wie stets bisher, auch im abgelaufenen Jahre entgegengebracht hat.

**Die deutsche
Zoll- und
Handels-
politik**

Die Deutschland aufgebürdeten ungeheuren Tributlasten zwangen auch im vergangenen Jahre dazu, besonderes Augenmerk der deutschen Zoll- und Handelspolitik zuzuwenden, um durch Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, insbesondere auch im Hinblick auf das Nachlassen des Binnenmarktes, für deutsche Waren im Auslande Absatz zu schaffen. Die Ausfuhrziffern Deutschlands wiesen schon in den letzten Jahren eine stets steigende Tendenz auf, was aus nachstehenden Tabellen ersichtlich ist:

1925	9,5	Milliarden RM.
1926	10,6	" "
1927	11,1	" "
1928	12,4	" "
1929	13,5	" "

Der Saldo der deutschen Handelsbilanz betrug im gleichen Zeitraum:

1925	— 2,2
1926	— 0,9
1927	— 2,8
1928	— 1,2
1929	+ 0,1.

Wenn das aus diesen Zahlen ersichtliche Anwachsen der deutschen Beteiligung an dem Welthandel an sich auch unbedingt begrüßenswert ist, so wird man sich bei einer kritischen Würdigung dieser Zahlen aber doch vor Augen halten müssen, daß dieselben die deutschen Reparationsleistungen mit enthalten, die uns keinen Gegenwert im Auslande schaffen, und daß der Außenhandel Deutschlands durch den Krieg und die ersten Nachkriegsjahre so zerrüttet und gesunken war, wie wohl bei keinem unserer Konkurrenzländer, so daß also deutscherseits an sich eine viel größere Exportsteigerungsmöglichkeit vorhanden war als bei den anderen europäischen Staaten.

Dies ergibt sich auch daraus, daß Deutschland trotz seiner in den letzten Jahren angewachsenen Ausfuhr gegenüber 1913 jetzt erst 87 % seines damaligen Anteils am Welthandel wiedererlangt hat, während dieser Prozentsatz für Europa bereits 96 % beträgt.

Auch die in den letzten Monaten des Berichtsjahres seit langer Zeit zum ersten Male wieder erreichte aktive Handelsbilanz läßt auf die weitere Gestaltung unseres Außenhandels keine übermäßig günstigen Schlüsse zu; denn die Aktivität ist einmal mit auf die durch die Kapitalarmut bedingte Einfuhrsenkung zurückzuführen und ferner muß berücksichtigt werden, daß die gesteigerte Ausfuhr kaum als Zeichen der wirtschaftlichen Stärkung zu werten, sondern lediglich aus dem Bestreben der Werke, Arbeit zu schaffen, geboren ist.

Da nun die zwangsläufig aus den Nachkriegsverhältnissen resultierende verstärkte deutsche Exportnotwendigkeit auf die im gleichen Maße fortschreitende Industrialisierung und den immer mehr um sich greifenden Protektionismus der einzelnen Länder stößt, wird man den Stimmen recht geben müssen, die neben der Stärkung unseres Außenhandels in erster Linie der Wiederherstellung eines ausnahmefähigen Binnenmarktes das Wort reden.

Hierzu ist aber vor allem für die durch den Wettbewerb insbesondere der untermalutarischen Länder bedrohten heimischen Industrien auch ein ausreichender Zollschutz unbedingt erforderlich, insbesondere auch im Hinblick auf die verfehlte deutsche Lohn-, Finanz- und Sozialpolitik, die den Werken auf Grund der übermäßigen Belastung kaum mehr einen Spielraum läßt, um unter Ausnutzung der natürlichen und technischen Produktionsmöglichkeiten sich dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig zu erhalten.

Wenn auch im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Erhöhung der deutschen Zölle im Hinblick auf die abgeschlossenen Handelsverträge noch nicht in dem wünschenswerten Umfange durchführbar ist, so ist doch zum mindestens zu fordern, daß schon jetzt ernstlich an die Vorbereitungen zur gründlichen Revision des deutschen Zolltarifs gegangen wird, um bei den späteren Handelsvertragsverhandlungen besser gerüstet zu sein, als es bisher der Fall war.

Anlaß zur regen Tätigkeit auf zollpolitischem Gebiete gab bereits im Berichtsjahr der Ablauf der Zolltarisnovelle vom Jahre 1925 am 31. Dezember 1929. Gegen die Absicht der Reichsregierung, diese Novelle unverändert nochmals zu verlängern, wurden seitens der Wirtschaft vielfach schwere Bedenken laut. Von verschiedenen Industriezweigen wurde eine wesentliche Erhöhung der deutschen Zollsätze ver-

langt, um die immer schärfer werdende Auslandskonkurrenz fern zu halten, dadurch den inneren Markt zu kräftigen und auf diesem Wege auch wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden.

Derartige Zollerhöhungsanträge waren in erster Linie von der Automobil-, der Aluminium-, der Schuhindustrie, die ja bekanntlich insbesondere unter der außerordentlich großen tschechischen Konkurrenz zu leiden hatte, der Baumwoll-, Leinen-, Leder-, Kleineisen-, Holzverarbeitenden Industrie und schließlich vor allem der Landwirtschaft gestellt.

Seitens der Reichsregierung wurde zwar diesen Anträgen gegenüber im allgemeinen darauf hingewiesen, daß sich die augenblicklich geltenden deutschen Zollsätze als eine brauchbare Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen erwiesen hätten und daß eine einseitige Zollerhöhung deutscherseits die Gefahr der Ergreifung von Gegenmaßnahmen auf der gegnerischen Seite zur Folge haben würde, sowie daß etwaige Zollerhöhungen z. Bt. im Hinblick auf die abgeschlossenen Handelsverträge auch noch nicht ohne weiteres wirksam werden könnten; immerhin sind aber auch im Berichtsjahr einige Zollerhöhungen, vor allem für landwirtschaftliche, aber auch für einige industrielle Erzeugnisse, vorgenommen worden, so daß man wohl feststellen darf, daß die Einsicht der Notwendigkeit eines ausreichenden Zollschutzes, den der augenblicklich geltende Zolltarif zu bieten nicht mehr in der Lage ist, erfreulicherweise immer mehr Platz greift.

Allerdings muß auf der anderen Seite mit Bedauern festgestellt werden, daß die *Zollsenktungsaktion*, die ja bereits für das Jahr 1928 geplant war, in die letzte Zolltarifnovelle eingearbeitet worden ist. Damit ist vom Deutschen Reich als *e i n z i g e m* Staat der gewagte Versuch unternommen worden, praktische Handelspolitik im Sinne der Anregungen und Beschlüsse der Internationalen Wirtschaftskonferenz zu treiben, und das zu einer Zeit, wo eine neue protektionistische Welle in einer Reihe von anderen kapitalkräftigeren Staaten zu beobachten ist.

Einen Schritt vorwärts auf dem Wege der internationalen Wirtschaftsverständigung bedeutete die Tatsache der Unterzeichnung der Beschlüsse der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf über die *Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote* durch die meisten daran beteiligten Staaten. Der größte Teil dieser Länder, darunter auch Deutschland, hat die Ratifikation dieser Beschlüsse in Aussicht gestellt, jedoch davon abhängig gemacht, daß das Abkommen auch von Polen und der Tschechoslowakei bis zum 31. Mai 1930 angenommen werde; ob das geschehen wird, ist zum mindesten zweifelhaft.

Deutschland hat sich in diesem Abkommen vorbehalten, für die Ausfuhr von Schrott und für die Ein- und Ausfuhr von Steinkohle,

Torf, Braunkohle und Briketts auch nach evtl. Inkraftsetzung dieser Vereinbarung Aus- und Einfuhrverbote erlassen zu können.

Einen weiteren Erfolg in der Richtung des internationalen Abbaus der Handelshemmnisse im Sinne der Weltwirtschaftskonferenz bedeutete das im Jahre 1928 unterzeichnete und am 1. Oktober 1929 international in Kraft gesetzte Abkommen über die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Knochen; dadurch sind sämtliche Ein- und Ausfuhrverbote für diese Erzeugnisse aufgehoben, die Ausfuhrzölle für Häute beseitigt und Höchstsätze für Ausfuhrzölle auf Knochen festgelegt worden.

Traglich ist es, ob die Frage des wirtschaftlichen Waffenstillstandes, die von Belgien mit Unterstützung Englands aufgeworfen worden ist, durch die für Februar 1930 in Aussicht genommene Konferenz gefördert wird. Nach ihr sollen sich die der Konvention beitretenden Staaten verpflichten, zunächst auf die Dauer von 3 Jahren von jeder Zollerhöhung abzusehen und auch neue Handelshemmnisse nicht einzuführen. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine derartige Vereinbarung unter den gegebenen Verhältnissen in ihren praktischen Auswirkungen nichts anderes als eine Stabilisierung der gegenwärtigen protektionistischen Einstellung in Europa zu Gunsten der bisherigen Nutznießer und zu Lasten Deutschlands, das sich mit den niedrigsten Zollsätzen der Welt zur Zeit in einer ganz besonders schwierigen Lage befindet, bedeuten würde.

Aus dem Gebiete der Handelspolitik interessieren noch die Verhandlungen mit einer Reihe von Ländern, die entweder den Abschluß von Handelsverträgen oder den Ausbau bereits bestehender bezweckten.

Hier ist zunächst zu erwähnen, daß die im Berichtsjahr erfolgten Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse eine Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages zum 15. 2. 1930 notwendig machten; sofort aufgenommene Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Vertrages führten bisher nicht zum Ziel.

Dagegen gelang es, die deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen zu Ende zu führen. Am 25. November wurde ein Abkommen unterzeichnet, worin Finnland zwar auf eine Reihe von Vergünstigungen für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland verzichtet, dagegen für einzelne inländische Industriezweige sehr empfindliche deutsche Zugeständnisse, so für Papier und Zellstoff sowie für Holzwaren, durchsetzte.

Am 27. April wurden einige Abkommen mit Litauen getroffen, die insbesondere die Regelung des gegenseitigen Rechtsverkehrs, des Schiedsgerichtswesens u. a., betrafen.

Von Bedeutung war auch das am 21. Dezember 1928 unterzeichnete deutsch-russische Wirtschaftsprotokoll, das

allerdings lediglich als Erläuterung des Vertrages vom Jahre 1925 gedacht war. Die darin die deutsche Wirtschaft am meisten interessierende Frage war die Auslegung des Begriffs Wirtschaftsspionage, die nach internationaler Auffassung erfolgte.

Es gelang ferner, am 30. Juni ein *Zusatzabkommen* mit der Schweiz zu treffen, in dem diese auf die im deutsch-schweizerischen Handelsvertrage enthaltene Bindung der deutschen Zölle für Schuhe verzichtete. Deutschland erhielt damit, ohne irgendwelche handelspolitische Schwierigkeiten befürchten zu müssen, freie Hand für eine Zollerhöhung, die durch die immer mehr anwachsende Einfuhr ausländischer Schuhe notwendig geworden war.

Am 10. Juli kam ein *Zusatzabkommen* mit Frankreich zustande, durch das der deutscherseits im Handelsvertrage gebundene Mehlszoll auf 14,50 RM. erhöht wurde.

Die mit Estland geführten Verhandlungen führten am 5. Juli zum Abschluß eines Handels- und Schiffsahrtsvertrages lediglich auf der Grundlage der allgemeinen Meistbegünstigung ohne irgendwelche Zollbindungen.

Leider ist es auch im vergangenen Jahre nicht gelungen, die Verhandlungen mit Österreich, der Tschechoslowakei und Polen zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

So sind die Verhandlungen mit Österreich zum völligen Stillstand gekommen. Allerdings hofft man in letzter Zeit auf Grund der inzwischen erfolgten unmittelbaren Fühlungnahme der beteiligten industriellen und landwirtschaftlichen Kreise der beiden Seiten, in absehbarer Zeit wenigstens wieder zu einem Teilvertrag zu gelangen, wenn es wohl auch nicht gelingen dürfte, den schon seit Jahren angestrebten Handelsvertrag mit einer Reihe von Tarifabreden und sonstigen den gegenseitigen Verkehr regelnden Bestimmungen zustande zu bringen.

Auch die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei ziehen sich bereits seit langem ergebnislos hin; die Hauptschwierigkeit liegt hierbei wohl in der Niederlassungsfrage und auf landwirtschaftlichem Gebiet, auf dem die tschechoslowakischen Forderungen über das für die deutsche Landwirtschaft tragbare Maß hinausgehen.

Die seit Jahren schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über einen Handelsvertrag sind auch im Jahre 1929 nicht zum Abschluß gekommen, obwohl in den letzten Monaten des Jahres die Verhandlungen von deutscher Seite auf weit entgegenkommender Basis geführt worden sind. Wenn wir auch an sich stets den Standpunkt vertreten haben, daß eine Beendigung des Handelskrieges mit Polen und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten im Interesse der Volkswirtschaft

beider Staaten dringend erwünscht erscheint, so steht das von deutscher Seite gezeigte Entgegenkommen u. G. doch nicht im Einklang mit dem bisher dabei Erreichten. Zeitungsmeldungen zufolge — amtliche Nachrichten über das Ergebnis der Verhandlungen liegen bisher noch nicht vor — soll die deutsche Regierung gewillt sein, mit Polen lediglich einen Meistbegünstigungsvertrag unter Gewährung eines Einfuhrkontingents von jährlich 4,2 Mill. To. Steinkohlen und 200 000 To. Schweinefleisch abzuschließen, ohne besondere Zollbindungen mit Polen zu fordern und offenbar auch ohne auf eine befriedigende Regelung der so wichtigen Niederlassungsfrage zu dringen. Im Hinblick auf die hohen Prohibitivzölle in Polen und den in Vorbereitung befindlichen neuen polnischen Zolltarif, der mit seinen schätzungsweise 6—7000 Positionen der differenzierteste Zolltarif der Welt sein wird und dadurch wohl kaum eine Ermäßigung der bestehenden Zölle bringen wird, bedeutet dies eine einseitige Begünstigung Polens, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß Polen für eine Anzahl Erzeugnisse, insbesondere der Eisenindustrie, nicht unerhebliche Exportprämien gewährt, die den an sich schon niedrigen deutschen Zoll noch weiter herabsetzen.

Berücksichtigt man weiter die infolge geringerer Löhne niedrigeren Erzeugungskosten Polens sowie die vorhandene Tendenz, die sich bereits zu einem dahingehenden Gesetzesentwurf verdichtet hat, für aus dem Auslande eingeführte Fertig- und Halbfabrikate eine Ausgleichsteuer von 6 % des Wertes zu erheben und die außergewöhnlich starke nationalistische und antideutsche Einstellung der polnischen Bevölkerung und Verwaltungsstellen, so sieht sich die obererschlesische Industrie und der obererschlesische Handel durch einen Handelsvertrag, wie er gegenwärtig beabsichtigt ist, unbestreitbar vor die Tatsache gestellt, daß auf deutscher Seite eine Steigerung der Ausfuhr nach Polen kaum oder jedenfalls nur in geringem Maße zu erwarten ist, daß aber umgekehrt die polnische Industrie mühelos in das obererschlesische und deutsche Absatzgebiet eindringen kann. In der Tat liegen bereits jetzt Angebote aus Polen in Oberschlesien vor, die die deutschen Preise verzollt frei obererschlesischer Bedarfsstätte noch unterbieten. Auf die gewaltigen Schäden, die der gesamten obererschlesischen Wirtschaft aus der Zulassung einer Einfuhr von 350 000 To. polnischer Kohle monatlich erwachsen, haben wir in unseren früheren Jahresberichten bereits eingehend hingewiesen. Die bisher schon umfangreichen erfolgten Stilllegungen und Betriebseinschränkungen werden sich dadurch weiter vermehren, und es ist nicht abzusehen, zu welchen Ergebnissen diese Erschütterungen führen sollen, wenn ein solcher Handelsvertrag tatsächlich die Genehmigung der deutschen Regierung und des Reichstages findet.

Die oberischlesischen berufenen Wirtschaftsvertretungen: Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkskammer, Oberischlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, Oberischlesischer Landbund, Oberischlesischer Bauernverein und Verein der Land- und Forstwirte sahen sich daher veranlaßt, am 9. November an das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsernährungsministerium, das Preußische Handelsministerium und das Auswärtige Amt folgendes Telegramm zu richten:

„Von schweren Sorgen für die Zukunft der gesamten oberischlesischen Wirtschaft erfüllt, wenden sich die unterzeichneten Berufsvertretungen Oberischlesiens in letzter Stunde nochmals geschlossen an die Reichsregierung. Oberischlesien kämpft seit Jahren darum, die ihm durch den Friedensvertrag und die Genfer Konvention geschlagenen schweren Wunden zu überwinden; mangels ausreichender Gewährung der so oft erbetenen Unterstützung durch Reich und Staat sind jedoch Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in einem ständigen Rückgang begriffen. Werden der oberischlesischen Wirtschaft in dieser Lage noch die Opfer zugemutet, die ein Handelsvertrag mit Polen, aufgebaut nur auf der gegenseitigen Meistbegünstigung ohne Zollbindungen und auf weitgehenden deutschen Zugeständnissen für die Einfuhr von Rohlen und landwirtschaftlichen Produkten, in sich schließt, so wird ein weiterer Niedergang der oberischlesischen Wirtschaft unaufhaltjam sein. Wir warnen auch vor den sozialen Folgen einer derartigen Aufopferung der Wirtschaftsinteressen Oberischlesiens und bitten daher dringend, einem Handelsvertrage mit Polen auf vorstehender Grundlage unbedingt die Zustimmung zu verjagen.“

Bei der heutigen politischen Konstellation des deutschen Reichsparlaments, die in wirtschaftlichen Dingen besondere Wege geht, ist leider zu befürchten, daß auch diese Mahnrufe einer bedrängten Wirtschaft ungehört verhallen und auch die nationale Gefahr übersehen wird, die durch die wirtschaftliche und soziale Aushöhlung der schon an sich gefährdeten Grenzgebiete in naher Zukunft liegt. Die heutige Regierung und der Reichstag sollten sich bewußt

sein, welche Verantwortung sie mit einem solchen Handelsvertrag mit Polen übernehmen.

Ein innerer Grund für den forcierten Abschluß eines solchen, letzten Endes nur Polen Vorteile bringenden Vertrages liegt umso weniger vor, als trotz der vorhandenen Spannung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zwar die Einfuhr nach Polen im letzten Jahre um ein geringes zurückgegangen ist, aber trotzdem der deutsche Anteil an der gesamten polnischen Einfuhr weiter gewachsen ist und Deutschland somit weiterhin an der Spitze steht, während umgekehrt auch die polnische Einfuhr nach Deutschland gestiegen ist (vergleiche nachstehende der amtlichen polnischen Statistik entnommene Übersichten):

Polens Einfuhr:

aus	1929	1928	1927	1929	1928	1927	1926	1925	1924
	in 1000 Zloty			prozent. Anteil a. d. Gesamteinfuhr					
Deutschland ..	850 408	903 128	736 709	27.3	26.9	25.5	23.6	31.0	34.3
Nordam. Un. .	383 650	466 646	372 899	12.3	13.9	12.9	17.4	13.7	12.4
England	265 027	313 497	270 845	8.5	9.3	9.4	10.4	7.9	7.5
Tschechosl. . .	227 845	213 418	167 388	7.3	6.3	5.8	5.0	5.5	5.8
Frankreich . . .	214 212	249 142	216 280	6.9	7.4	7.5	7.4	5.9	4.9
Österreich . . .	181 258	220 965	188 835	5.8	6.6	6.5	6.8	9.6	11.0
Niederlande . .	113 204	139 334	121 981	3.6	4.1	4.2	4.5	2.1	1.7
Schweiz	104 585	89 319	60 833	3.4	2.6	2.1	2.2	1.5	1.6
Brit.-Indien . .	84 910	109 249	78 046	2.7	3.3	2.7	3.1	2.2	—
Italien	83 974	83 045	83 993	2.7	2.5	2.9	4.7	4.1	5.0
Belgien	71 791	66 566	46 215	2.3	2.0	1.6	1.5	1.5	2.0
Schweden . . .	56 814	69 853	58 032	1.8	2.1	2.0	1.2	0.8	0.8
Dänemark . . .	49 824	53 207	52 176	1.6	1.6	1.8	1.6	1.6	1.0
Rußland	39 924	39 111	100 026	1.3	1.2	3.5	0.9	0.6	0.3
Ungarn	32 854	44 134	46 471	1.1	1.3	1.6	1.0	2.4	1.0
Rumänien . . .	27 570	38 310	70 756	0.9	1.1	2.4	0.9	1.5	1.4
Lettland	12 293	17 936	21 162	0.4	0.5	0.7	0.4	1.2	0.5
and. Länder . .	310 839	245 304	199 325	10.1	7.3	6.9	7.4	6.9	8.8
	3 110 982	3 362 164	2 891 972	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

* Bei einem Umrechnungsfuss von 0.47 RM. = 1 Zl. beträgt der Wert der polnischen Einfuhr aus Deutschland nach der polnischen Statistik

im Jahre 1929 399 691 RM.

" " 1928 424 701 RM.

nach der deutschen Außenhandels-Statistik

im Jahre 1929 343 386 RM.

" " 1928 403 844 RM.

Polens Ausfuhr:

nach	1929	1928	1927	1929	1928	1927	1926	1925	1924
	in 1 000 Złoty			prozent. Anteil a. d. Gesamtausfuhr					
Deutschland ..	877 121	858 761	804 706	31.2	34.3	32.0	25.3	41.3	42.4
Österreich	294 688	311 385	276 353	10.5	12.4	11.0	10.3	12.4	10.1
Tschechosl. ...	296 237	295 582	252 860	10.5	11.8	10.1	8.8	11.0	7.9
England	288 255	226 667	306 440	10.3	9.0	12.2	17.1	7.9	10.5
Dänemark ...	110 382	76 404	74 200	3.9	3.1	2.9	4.0	1.7	1.6
Schweden ...	107 298	109 731	146 247	3.8	4.4	5.8	5.7	1.0	1.0
Norland	85 135	59 799	41 890	3.0	2.4	1.7	2.5	2.4	2.1
Rußland	81 075	38 561	44 945	2.9	1.5	1.8	1.9	2.8	0.9
Niederlande ..	79 291	78 035	85 044	2.8	3.1	3.4	3.2	2.6	3.1
Belgien	67 000	57 389	61 381	2.4	2.3	2.4	2.5	2.1	1.7
Rumänien ...	64 988	54 382	82 408	2.3	2.2	3.3	3.2	4.9	6.2
Frankreich ...	60 560	43 048	42 961	2.2	1.7	1.7	3.6	1.7	4.2
Ungarn	56 757	43 364	53 980	2.0	1.7	2.1	1.8	2.1	1.9
Schweiz	40 446	17 258	19 181	1.4	0.7	0.8	1.0	0.6	0.4
Italien	40 151	48 671	52 776	1.4	1.9	2.1	2.0	0.7	0.5
Nordam. Un. .	30 793	19 029	19 118	1.1	0.8	0.8	0.7	0.7	0.6
Brit.-Indien .	3 033	1 821	13 766	0.1	0.1	0.5	0.2	—	—
and. Länder .	230 149	168 103	136 484	8.2	6.6	5.4	6.2	4.1	4.9
	2 813 359	2 507 990	2 514 740	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

* Bei einem Umrechnungsfuss von 0.47 RM. = 1 Zł. beträgt der Wert der polnischen Ausfuhr nach Deutschland nach der polnischen Statistik

im Jahre 1929 412 247 RM.

" " 1928 403 618 RM.

nach der deutschen Außenhandels-Statistik

im Jahre 1929 338 795 RM.

" " 1928 356 348 RM.

Bedeutet Deutschland für den polnischen Außenhandel somit ein erhebliches Absatzgebiet, so spielt umgekehrt, was u. E. bei der Entscheidung über den Abschluß eines Handelsvertrages nicht übersehen werden dürfte, für Deutschland der Verkehr mit Polen nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle; beträgt doch der Anteil in beiden Richtungen nicht mehr als 2,5 %. Während der Abschluß eines Handelsvertrages für Polen somit eine Konsolidierung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutet, würde umgekehrt selbst ein völliger Abschluß der deutschen Grenze gegenüber Polen für den deutschen Außenhandel von weit geringerer Bedeutung sein, so daß man es nicht verstehen kann,

weshalb Deutschland ohne jede Kompensationen polnischerseits seine umfangreiche deutsche Wirtschaft dem polnischen Wettbewerb preisgibt. Leider ist mit dieser Aufgabe deutscher Interessen bereits im Abkommen über die vorläufige Regelung des **H o l z v e r k e h r s** aus Polen nach Deutschland vom 30. November 1927 begonnen worden, in dem Polen die Einfuhr von erheblichen Mengen **S c h n i t t m a t e r i a l** zu einem ermäßigten Zollsatz zugestanden worden ist. Dieses Abkommen ist am 19. Januar 1929 erneuert, und da es bis 1. Oktober 1929 von keiner der beiden Regierungen gekündigt wurde, mit Gültigkeit bis 31. Dezember 1930 verlängert worden.

Es kommt weiter hinzu, daß die Gewährung der polnischen Meistbegünstigung illusorisch werden würde, wenn durch den neuen, vor dem Abschluß stehenden polnischen Zolltarif tatsächlich den zuständigen Behörden das Recht eingeräumt werden sollte, von Fall zu Fall nach eigenem Ermessen Zollnachlässe bis zu 80% zu gewähren; in dem Entwurf soll eine solche Bestimmung vorgesehen sein. — Auch dadurch verliert die Einräumung der polnischen Meistbegünstigung für uns an Wert, daß die Handelsverträge Polens mit den anderen Staaten nur prozentuale Zollvergünstigungen enthalten, so daß Polen trotz der bestehenden Handelsverträge jederzeit in der Lage ist, seine Zollsätze zu erhöhen. Dies ist, wie bekannt, tatsächlich auch bereits während der Gültigkeit der Verträge mit der Tschechoslowakei und Österreich geschehen, so daß sich diese Staaten zu Abwehrmaßnahmen auf anderem Gebiet gezwungen sahen. Es wäre bedauerlich, wenn die deutsche Regierung aus all diesen Tatsachen und Vorgängen nicht die notwendige Lehre ziehen, sondern trotz alledem zu dem Abschluß eines Handelsvertrages auf der jetzt geplanten Grundlage schreiten würde; es würde dies jedenfalls trotz aller gegenteiligen amtlichen Beteuerungen und Zusicherungen ein neuer Beweis der tatsächlichen Vernachlässigung und Nichtberücksichtigung der hierbei im Vordergrund stehenden Wirtschaftsinteressen des gesamten Ostens sein!

Die Entwicklung der kaufmännischen Berufs- und Fachschulen wird z. Bt. nicht so sehr bestimmt durch Maßnahmen, die ihre äußere Struktur betreffen. In den ein-, zwei- und dreijährigen Handelsschulen sowie in den ein- und zweijährigen Höheren Handelsschulen, neben denen die dreijährigen kaufmännischen Berufsschulen bestehen, sind in der Hauptsache diejenigen Schultypen geschaffen worden, die den gegenwärtigen Bedürfnissen genügen. Der weitere Aus-

**Das kauf-
männische
Bildungs-
wesen**

bau der höheren Fachschultypen sowohl als auch die bessere Eingliederung des kaufmännischen Bildungswezens in den gesamten Bildungsaufbau überhaupt bleibt der Zukunft vorbehalten.

Die i n n e r e Ausgestaltung der Lehrtätigkeit dagegen, die Vertiefung des Unterrichtsbetriebes und seine elastische Anpassung an praktische Notwendigkeiten ist jedoch noch entwicklungsfähig und durch innige Gemeinschaftsarbeit zwischen Schule und Praxis zu fördern. Fachpädagogen und Praktiker unseres Bezirkes haben daher im Berichtsjahr wiederholt Gelegenheit genommen, sich zu diesem Zwecke zusammenzufinden. Die Abhaltung von Vorträgen und Musterlektionen im Beisein von Kaufleuten und Lehrern hat das gegenseitige Verstehen der Ausbildungsarbeit in Theorie und Praxis und den Willen zur Abstellung vorhandener Mängel nicht unerheblich gestärkt. Die gesamte Kaufmannschaft beobachtet mit wachsendem Interesse die neuzeitliche, zweckentsprechende Umgestaltung des Fachschulunterrichts und läßt ihm ihre wertvolle Anregung sowie praktische Unterstützung mehr und mehr zu teil werden.

Naturgemäß aber liegt der Schwerpunkt dieser Entwicklung bei der Fachschullehrerschaft selbst. Die wertvolle theoretische Ausbildung, die den Dipl.-Handelslehrern auf Hochschulen und Universitäten zu teil wird, ist wohl die wesentlichste Voraussetzung für den späteren geistlichen Unterrichtsbetrieb. Sie bedarf jedoch der ergänzenden praktischen Einführung und Unterweisung. Aus diesem Gedanken heraus sind schon im vergangenen Jahre vom Direktor des kaufmännischen Bildungswezens der Kammer die Fachpädagogischen Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen worden. Sie sollen namentlich den jüngeren Lehrkräften durch Vorträge und Musterlektionen ihre Unterrichtstätigkeit erleichtern und erfolgreich gestalten helfen. Aber auch den erfahreneren Fachschulpädagogen bieten sie anerkanntermaßen mannigfache Anregungen. Die gemeinsame Beteiligung aller Unterrichtsanstalten und die abwechslungsreiche Abhaltung der Tagungen in den verschiedenen kreisfreien Städten Oberschlesiens gewährleisten eine innige Fühlungnahme und einen regen Gedankenaustausch der Lehrerkollegien untereinander. Wie sehr diese Zusammenkünfte geeignet sind, dem Unterricht jene Lebenswärme zu geben, deren er so nötig bedarf, mögen zwei Berichte über die Tagungen im Dezember 1929 und im Januar 1930 zeigen.

Im Dezember fanden in Oppeln zwei Tagungen statt, deren eine dem Einzelhandel und der Berücksichtigung seiner Belange im Berufsschulunterricht gewidmet war, während sich die andere mit dem Unter-

richt an den Handels- und Höheren Handelsschulen befaßte. Dabei wurden folgende Lektionen und Vorträge gehalten:

- I. 1. „Die Buchführung des Einzelhändlers im Unterricht.“
2. „Die Einzelhandelsreklame und ihre unterrichtliche Darstellung.“
3. Eine Lektion in der kaufmännischen Berufsschule über den „Kaffee“.
4. Eine ebensolche über „das Leinen“.
- II. 1. „Bürokunde als Unterrichtsfach in der Handels- und Höheren Handelsschule“.
2. „Zur Methodik des Maschinenschreibunterrichts.“
3. Probelektion im Maschinenschreiben.
4. „Der Reichsbankausweis“, Probelektion in der Höheren Handelsschule.
5. „Die wirtschaftlichen Ereignisse des letzten Monats und ihre unterrichtliche Verwertung.“
6. „Das bevorstehende Berufsausbildungsgeß.“

Die Januartagung 1930 fand in Ratibor statt mit folgendem Programm:

1. „Der Buchführungsunterricht in der Berufs- und Handelsschule.“

In Hand von vielseitigem Material und zahlreichen Abzügen wurden dabei die Wege gezeigt, die der Buchführungsmethodiker gehen muß, um die Schwierigkeiten bei Heranbringung des Stoffes an die Schüler zu überwinden.

2. „Der Tee“, eine warenkundliche Probelektion in der dreijährigen Handelsschule.

Das Thema wurde nach folgenden Gesichtspunkten behandelt: Heimat und Anbau des Teestrauches, Ernte, Aufbereitungsarten, Sorten und Teehandel. Als Anschauungsmaterial dienten Landkarten, Bilder, Teepackungen und Warenproben.

3. „Emaillierte Küchengeräte“, Probelektion in einer eigens zusammengestellten Fachklasse der Berufsschule.

Unter Verwendung von reichlichem Anschauungsmaterial, das in bereitwilliger Weise von der Ratiborer Kaufmannschaft zur Verfügung gestellt worden war, konnten aus dem Herstellungsgang sowie durch Vergleich mit anderen Waren die Verkaufsargumente sehr klar erarbeitet werden, deren Verwendung im Verkaufsgespräch dann Angelegenheit des werdenden Verkäufers ist.

4. „Textilwaren-Bindungen.“ Zur Anschauung war ein Webstuhl sowie Proben mit Leinen-, Köper- und Atlasbindung, ferner Bindungstafeln vorhanden. Die Grundbindungen wurden unter Betonung der Selbsttätigkeit der Schüler richtig erkannt und zeichnerisch dargestellt.
5. Das sich bei allen Tagungen wiederholende Referat über „die wichtigsten Tagesfragen der Wirtschaft und ihre unterrichtliche Verwertung“ befaßte sich mit einer gedrängten Übersicht über wirtschaftliche Besonderheiten und allgemeine Tendenzen des Jahres 1929 und legte im einzelnen die gegenwärtige Lage des Arbeits-, Waren-, Geld- und Kapitalmarktes dar. Erwähnung fanden wirtschaftspolitische Tagesfragen: Getreide- und Industriezölle, Zollverhandlungen mit Polen usw.

Zwei Arbeitsgemeinschaften von Wochen- dauer waren der unterrichtlichen Behandlung des Einzelhandels gewidmet. Durch die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin wurde auf Anregung der Kammer und mit Unterstützung der Regierung in der letzten Maiwoche 1929 ein Kursus abgehalten, der sich mit dem Wesen der Marktfaktulation und des Verkaufs im Einzelhandel befaßte. Er vollzog sich in der Form von Vorträgen und Aussprachen unter folgenden Gesichtspunkten:

- a) Verkaufspsychologie und Verkaufstechnik,
- b) Verkaufsorganisation,
- c) Verkaufsrecht,
- d) Verkaufsunterricht.

Dabei wurde im einzelnen hingewiesen auf die Eignung zum Verkaufsberuf, die psychologische Kundenbehandlung, die Verkaufsmethode, die Nebentätigkeiten der Verkäufer; ferner ist eingehend gesprochen worden über organisatorische Probleme des Einzelhandelsgeschäftes, Umsatz- und Lagerstatistik, Personal- und Unkostenstatistik, Faktulation und Selbstkostenberechnung, Prämienwesen, Buchhaltung und endlich über das Verkaufsrecht. Als rein fachpädagogische Themen standen zur Behandlung: der warenkundliche Unterricht in Verbindung mit dem Verkaufsunterricht sowie Ziele und Wege der Verkaufsbildung in der Mädchenberufsschule.

65 Damen und Herren aus dem Bezirk haben daran teilgenommen.

Im Januar 1930 fand dann in Beuthen noch ein Wochenkursus statt, der dem **W e r b e w e s e n** und der Möglichkeit seiner Auswertung im Unterricht gewidmet war.

In Gleiwitz wurde im Berichtsjahr ein Fortbildungs-
kursus in Bürokunde für die zuständigen Fachlehrer der Unter-
richtsanstalten der Provinz abgehalten.

Die Umgestaltung des Unterrichtsstoffplanes
wurde im Anschluß an die verschiedenen oben genannten Veranstaltun-
gen begonnen und wird im nächsten Jahre zum Abschluß kommen.

Zur Förderung des Berufsschulunterrichts der
kleineren und auch der kleinsten Orte sind Fortbildungs-
kurse für die dort nebenamtlich unterrichtenden Lehrkräfte in Oppeln
und Gleiwitz abgehalten worden.

Der innere Zusammenhang der gesamten Berufsbildungsarbeit
unseres Bezirkes wurde durch mehrfache Direktoren- und
Schulleiterkonferenzen gewährleistet. Organisatorische, ver-
waltungstechnische und rechtliche Fragen standen dabei namentlich zur
Diskussion.

Alle die genannten Maßnahmen konnten in ständiger gemein-
samer Arbeit von Regierung und Kammer mit wesentlicher Unter-
stützung der ersteren erfolgreich durchgeführt werden dank der auf die-
sem Gebiete zwischen beiden bestehenden Personal-Union in dem Direk-
tor des kaufmännischen Bildungswesens bei der Industrie- und Han-
delskammer.

Daß dadurch die von der Kammer ins Leben gerufenen Hand-
lungsgehilfenprüfungen eine nicht unwesentliche weitere
innere Ausgestaltung erfahren haben, ist verständlich. Die durch diese
Prüfungen gegebene Zusammenarbeit von Schule und Kaufmannschaft,
die in längstens halbjährlichen Zwischenräumen zwangsläufig geboten
ist, läßt immer wieder neue Mittel und Wege für eine gute theoretische
und praktische Ausbildung finden. Warenkunde, Verkaufskunde, Ver-
kaufsrecht, Dekorations- und Geschmackslehre usw. nehmen heute im
Interesse der zum größten Teile dem Einzelhandel entstammenden
Lehrlinge einen weiteren Raum in der theoretischen und praktischen
Berufsausbildung und damit auch in der Handlungsgehilfenprüfung
als früher ein. Das Verkaufsobjekt, die fertige Ware, soll Ausgangs-
und Zielpunkt der Behandlung sein sowohl im warenkundlichen Unter-
richt in der Schule als auch in der praktischen Ausbildung im Geschäft.
Die größeren Berufsschulen sind daher bereits dazu übergegangen, für
die verschiedenen Geschäftszweige des Handels nach Möglichkeit beson-
dere Fachklassen zu bilden, in denen sich der gesamte Unterricht
in Handelskunde, Rechnen, Buchführung und Wirtschaftskunde um die
betreffenden Warengruppen bewegt. Jedoch darf dabei niemals außer

acht gelassen werden, daß solche Fachklassen nur in Ergänzung zu dem allgemeinen grundlegenden Fachunterricht gebildet werden dürfen, an dem alle Schüler gleichermaßen zu beteiligen sind. Daß sie aber eine erhebliche Förderung des Berufsschulgedankens bedeuten, hat die Durchführung der oben erwähnten Tagesordnungen der Fachpädagogischen Arbeitsgemeinschaften bewiesen. — Diese neuerliche Ausgestaltung der Handlungsgehilfenprüfungen hat naturgemäß die Zahl der nicht bestehenden Prüflinge vergrößert. Das darf jedoch nicht davon abhalten, unbeirrt auf dem einmal beschrittenen Wege, an dessen Anfang wir erst stehen, weiter zu gehen. Mehr als 2000 Lehrlinge haben sich bislang in Oberschlesien freiwillig der Prüfung mit Erfolg unterzogen.

Die Zahl der geprüften *Industriehrlinge* ist im vergangenen Jahre von rund 100 auf 250 gestiegen. Die i. Bt. im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen der Regierung und der Wirtschaft für richtig erkannten Maßnahmen mit Bezug auf die Aufnahme der Lehrlinge der Industrie an einem einheitlichen Termine (Ostern), die Trennung dieser Lehrlinge von denjenigen des Handwerks, die Vermeidung überfüllter Klassen und die Zusammenlegung kleiner Berufsschulen benachbarter Orte zu Kreisberufsschulen werden systematisch durchgeführt. Der neuen *Kreisberufsschule* des Landkreises Beuthen sind die entsprechenden kaufmännischen Klassen angegliedert worden, in denen auch Unterricht durch Dipl.-Handelslehrer erteilt wird.

Um von vornherein möglichst brauchbare Lehrlinge in Handel und Industrie einzustellen, wird den zu Beginn der Lehre abgehaltenen *Eignungsprüfungen* verstärkte Bedeutung beigemessen. Sie lassen erkennen, daß die Vorbedingungen zur Aufnahme in die Lehre leider noch oft genug nicht erfüllt sind. Die grundlegenden Schulkenntnisse sind bei aller Anerkennung der bereits erfolgten Besserung noch durchaus entwicklungsfähig. — Hätte es früher schon Eignungsprüfungen gegeben, so würden wahrscheinlich heute im kaufmännischen Berufe einerseits nicht so viele Gehilfen arbeitslos sein, während es andererseits an wirklich tüchtigen Verkaufs- und Bürokräften mangelt.

Die erste von der Kammer abgehaltene Prüfung für *Geschäftsstenographen* fand am 8. Dezember 1929 in der kaufmännischen Berufsschule in Gleiwitz statt. Von den 40 Bewerbern traten gleich zu Beginn 7 zurück, von den übrigen 33 Prüflingen bestanden 26 die Prüfung. 50 Neuanmeldungen liegen bereits wieder vor.

Außerhalb der genannten Aufgabengebiete hat die Schulabteilung während des Berichtsjahres noch eine Reihe anderer fortlaufender Ge-

schäfte im Interesse der Wirtschaft zu erledigen gehabt. Insbesondere hat sie bei der Festsetzung der Berufsschulbeiträge durch die Gemeinden mitgewirkt, Vorschläge für die Besetzung von verschiedenen Schul- und Berufsausschüssen sowie von Schulvorständen gemacht, in dem vom Deutschen Industrie- und Handelstag eingesetzten Bildungsausschuß mitgearbeitet sowie sich in der vom Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungsweisen ins Leben gerufenen Vereinheitlichungskommission durch Referate betätigt.

Dazu kommt die im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten durchgeführte *Beaufsichtigung des gesamten kaufmännischen Fachschulbetriebes* der Provinz, die Abhaltung der Schulabschlußprüfungen an Handels- und Höheren Handelsschulen, die Überwachung des Privatschulwesens, ferner die Teilnahme an Bücherrevisoren-, Drogistenfachprüfungen usw. Die im vergangenen Jahre ins Leben gerufene einjährige Handelsschule in Neustadt O/S. ist zur zweijährigen erweitert worden. In Groß-Strehliß erfolgte die Gründung einer einjährigen Handelsschule.

Der Aufgabentkreis ist also denkbar weit gesteckt und kann, wie bereits betont, nur durchgeführt werden dank dem gemeinsamen wohlvollenden Interesse von Regierung, Gemeinden und Kammer an der Bildung des Nachwuchses für Industrie und Handel. In der gründlichen Ausbildung der gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge muß eine der besten Stützen und Sicherungen für unserer Wirtschaft und unseres Volkes Zukunft erblickt werden. Das hierfür aufgewandte Kapital bringt hohe Zinsen.

Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Koks

Der oberchlesische Steinkohlenbergbau hat auch im Berichtsjahre keine Förderung erhöhen können, wie bereits oben (S. 11) durch die Gegenüberstellung der Förderungsziffern für 1928 und 1929 dargelegt worden ist. Die Entwicklung in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres ist aus den folgenden Tabellen über die monatliche und die arbeits tägliche Förderung, sowie über den Schichtförderanteil ersichtlich. Zu vergleichen ist auch die Gestaltung der Halbenbestände in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres.

Monatliche Förderung	M o n a t	1929 t	1928 t	Zus. bezw. Abnahme 1929 gegen 1928 + bezw. — t
	Januar	1 826 002	1 665 132	+ 160 870
	Februar	1 681 669	1 501 734	+ 179 935
	März	1 911 416	1 763 605	+ 147 811
	April	1 821 080	1 434 301	+ 386 779
	Mai	1 625 130	1 546 290	+ 78 840
	Juni	1 723 028	1 579 675	+ 143 353
	Juli	1 937 515	1 688 292	+ 249 223
	August	1 935 857	1 751 555	+ 184 302
	September	1 826 215	1 640 035	+ 186 180
	Oktober	2 051 543	1 849 978	+ 201 565
	November	1 910 711	1 734 216	+ 176 495
	Dezember	1 745 653	1 543 179	+ 202 474
	Insgesamt	21 995 819	19 697 992	+ 2 297 827

Arbeits- tägliche Förderung	M o n a t	1929 t	1928 t	Zus. bezw. Abnahme 1929 gegen 1928 + bezw. — t
	Januar	70 231	66 605	+ 3 626
	Februar	72 486	62 572	+ 9 914
	März	76 764	65 319	+ 11 445
	April	72 843	62 361	+ 10 482
	Mai	67 714	61 852	+ 5 862
	Juni	71 793	65 276	+ 6 517
	Juli	71 760	64 934	+ 6 726
	August	71 698	64 872	+ 6 826
	September	73 049	65 601	+ 7 448
	Oktober	75 983	68 518	+ 7 465
	November	79 613	72 259	+ 7 354
	Dezember	75 898	68 282	+ 7 616
	Im Durchschnitt	73 295	65 704	+ 7 591

¹⁾ Nach der Statistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Gleiwitz.

	Dauer (Gruppe 1a der Lohnstatistik)		Belegschaft unter Tage (einschl. der Jugendlichen)		Gesamt- belegschaft		Schicht- förderanteil
	t	% von 1913	t	% von 1913	t	% von 1913	
1913.....	6,764	100,0	1,636	100,0	1,139	100,0	
1928.....	8,417	124,4	1,735	106,1	1,344	118,0	
1929							
Januar.....	8,426	124,6	1,731	105,8	1,350	118,5	
Februar.....	8,453	125,0	1,760	107,6	1,364	119,8	
März.....	8,794	130,0	1,816	111,0	1,404	123,3	
April.....	8,566	126,6	1,797	109,8	1,388	121,9	
Mai.....	8,422	124,5	1,766	107,9	1,354	118,9	
Juni.....	8,434	124,7	1,771	108,3	1,369	120,2	
Juli.....	8,498	125,6	1,783	109,0	1,389	121,9	
August.....	8,495	125,6	1,793	109,6	1,393	122,3	
September...	8,450	124,9	1,788	109,3	1,389	121,9	
Oktober.....	8,553	126,5	1,783	109,0	1,391	122,1	
November....	8,458	125,0	1,771	108,3	1,381	121,2	
Dezember....	8,374	123,8	1,735	106,1	1,347	118,3	
Jahresdurchschnitt	8,496	125,6	1,775	108,5	1,377	120,9	

Monat		1929 t	1928 t	Kohlen- bestände
Anfang	Januar	229 117	268 227	
Ende	Januar	289 354	322 604	
	Februar	133 645	335 007	
	März	28 975 ¹⁾	344 144	
	April	37 541	317 196	
	Mai	54 086	284 677	
	Juni	98 444	274 165	
	Juli	179 994	330 269	
	August	200 677	429 008	
	September . . .	149 472	398 083	
	Oktober	189 157	298 111	
	November . . .	215 174	236 432	
	Dezember . . .	271 088	229 117	

¹⁾ 43 028 t sind als Halbenminus abgesetzt.

Die Lage war zu Beginn des Berichtsjahres nicht ausgesprochen günstig. Wenngleich schon damals die Witterung winterlich war, so zeigte der Hausbrandbedarf doch eher Neigung zum Rückgang als zur Zunahme, da bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine nicht unbeträchtliche Voreindeckung stattgefunden hatte. Auch die Industrie hatte sich bevorratet. Da überdies die Konjunktur gerade um die Jahreswende besonders zur Schwäche neigte, war auch die Nachfrage nach Industriekohlen verhältnismäßig gering. Der Kohlenverbrauch der Gas- und Elektrizitätswerke hielt sich zwar auf dem durch die Saison bedingten normalen Stande, vermochte aber keinen Ausgleich zu schaffen, da anderseits die Bezüge der Kohle verbrauchenden Baustoffindustrien wiederum der Saison entsprechend zurückgingen. Trotz Einlegung von Feierschichten in den ersten beiden Dekaden des Januar wuchsen daher die Bestände. Schon im letzten Drittel des ersten Jahresmonats brachte jedoch die nunmehr einsetzende strenge Kälte, die dann bis in den März und darüber hinaus angehalten hat, einen völligen Umschwung. Schlagartig setzte eine geradezu stürmische Nachfrage nach allen Sorten Hausbrandkohle ein. Aber auch die Anforderungen der Industrie wuchsen trotz der bereits erwähnten saisonmäßigen Betriebs-einschränkungen zu ungeahntem Umfange. Förderung und Versand vermochten mit dieser Zunahme des Begehres zunächst kaum Schritt zu halten, zumal Störungen des Wagenumlaufs nicht zu vermeiden waren. Mit der im März nachlassenden Kälte wurden zwar zahlreiche Angstkäufe rückgängig gemacht, doch blieb die Nachfrage, vornehmlich um die überall stark reduzierten Läger wieder aufzufüllen, groß genug, um die Märzförderung zur größten des ersten Halbjahres 1929 zu machen. Die zu Anfang des Jahres gemachte Erfahrung hat dann während seines ganzen weiteren Verlaufes nachgewirkt. Während der folgenden Quartale und Monate haben wohl die einzelnen Abnehmergruppen in ihren Abnahmen gewisse Unterschiede gezeigt. Mehr oder minder aber wurde von allen auf Vorrat gekauft. Im besonderen haben auch die Abnahmen des Handels den Markt immer wieder gestützt und damit dazu beigetragen, die Förderung auf bemerkenswerter Höhe zu halten. Immerhin sind in der zweiten Jahreshälfte die Bestände dauernd gewachsen. Es war dies namentlich auch der Wasserknappheit der Ober zuzuschreiben, durch die der Abtransport der kleineren, besonders auf den Wasserweg angewiesenen Sorten, sehr erschwert war.

Im ganzen hat sich im Jahre 1929 wiederum die Spannkraft und Anpassungsfähigkeit unseres Bergbaus erwiesen, von der er bereits in den letzten Jahren vollgültige Proben abgelegt hat, wie sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Förderungsergebnisse 1913 und seit 1923 ergibt.

Förderung 1913		11 090 908 Tonnen
" 1923		8 744 679 "
" 1924		10 900 259 "
" 1925		14 272 687 "
" 1926		17 460 517 "
" 1927		19 377 830 "
" 1928		19 697 992 "
" 1929		21 995 819 "

Die Förderung hat also im Berichtsjahre diejenige von 1913 um 98,3 % übertroffen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist im gleichen Zeitraum um 90,3 % gestiegen, wenn man die Belegschaftsziffer Ende 1929 mit 60 413 Mann zu Grunde legt.

Jahr	Arbeiterzahl ¹⁾	gegen 1913 (%)
1913	31 739	
1923	49 026	+ 54,5
1924	42 734	+ 34,6
1925	44 694	+ 40,8
1926	48 739	+ 53,6
1927	52 022	+ 63,9
1928	54 694	+ 72,2
1929	57 729	+ 81,9

Diese Ziffern bezeugen die überragende Bedeutung, die der ober-schlesische Bergbau für unsere ober-schlesische Gesamtwirtschaft besitzt. Aus ihnen ist auch die große Gefahr zu erkennen, die das Polen nach allen Nachrichten über den polnischen Handelsvertrag zugebilligte Einfuhrkontingent von 300 000 bis 350 000 Tonnen monatlich in sich schließt, da dadurch der Absatzspielraum für deutsch-oberschlesische Rohle aller Wahrscheinlichkeit nach um fast 20 % verkleinert werden wird.

¹⁾ Ziffern nach Jahresdurchschnitten.

**Arbeiter-
verhältnisse**

Nach im Berichtsjahre wurde das Mehrarbeitsabkommen, das seine letzte Fassung durch zwei Schiedssprüche vom 19. März 1928 erhalten hatte, und zwar zum 31. März 1929 von den Bergarbeitern gekündigt. Der Arbeitgeberverband kündigte darauf den Manteltarif. Nachdem Verhandlungen zwischen den Parteien und vor dem Schlichter zu keiner Einigung geführt hatten, fällte die zu diesem Zwecke gebildete Schlichterkammer einen Schiedsspruch, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommen wurde. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit sowie der Manteltarif wurden in einigen Punkten geändert. Die Geltungsdauer der neuen Regelung wurde auf die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 1. Oktober 1930 festgesetzt. Sie kann von da ab mit sechswöchiger Frist gekündigt werden. Zum 31. Mai wurde auch der Lohntarif von den Gewerkschaften gekündigt und Forderungen gestellt, die auf eine Lohnerhöhung von etwa 14 % hinausliefen. Auch in dieser Angelegenheit mußte der Schlichter angerufen werden und die Schlichtungskammer am 7. Juni einen Schiedsspruch fällen. Er lautete auf eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 %. Da er von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, beantragten die Arbeitnehmer die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers, die mit Wirkung vom 1. Juni und mit Geltung bis 31. Oktober 1930 ausgesprochen wurde.

Von den Angestelltengewerkschaften wurde die Gehaltstafel zum 31. März 1929 gekündigt. Die Forderungen der Angestelltenorganisationen waren in der Hauptsache folgende: Erhöhung sämtlicher Gehälter um 10 %, frühere Erreichung des Höchstgehaltes, Heraushebung der Steigerungssätze auf mindestens 5,— RM., Erhöhung der Bezüge in den Übergangsjahren und der Vehringsgehälter, Fortfall des Abschlages für weibliche Angestellte. Hierüber fanden zahlreiche Verhandlungen zum Teil vor dem Schlichter statt, die zunächst ergebnislos verliefen. Erst am 12. Juli wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Tarifgehälter ab 1. Juni 1929 um 4 % vorsah. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedsspruch ab, während die Angestelltengewerkschaften seine Verbindlichkeitserklärung beantragten. Diese wurde jedoch unter dem 7. August vom Reichsarbeitsminister abgelehnt. Die Verhandlungen zwischen den Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberverband gingen weiter und führten schließlich zu einem Angebot des Arbeitgeberverbandes, die Gehälter mit Wirkung ab 1. Juli 1929 um 4 % zu erhöhen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Vereinbarung bis zum 31. Oktober 1930 Wirkung erhalte und der Manteltarif gleichzeitig bis zu demselben Zeitpunkt verlängert würde. Dieser

Vorschlag wurde von den Angestelltengewerkschaften schließlich angenommen. Die Neuregelung kann erstmalig zum 31. Oktober 1930 mit einmonatiger Frist gekündigt werden. Geschieht dies nicht, so läuft das Abkommen unter Beibehaltung der einmonatigen Kündigungsfrist stillschweigend jeweils um ein Vierteljahr weiter.

Die Bergarbeiterlöhne haben sich danach im Berichtsjahre, wie folgt, gestaltet:

Durchschnittslöhne der Häuer.					Bergarbeiter- löhne
Monat	Leistungslohn ¹⁾ je verjahrene Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters	Bruttolohn ⁴⁾ je vergütete Schicht	
1929	M	M	M	M	
Januar	8,64	0,32	8,98	9,25	
Februar	8,69	0,33	9,09	9,40	
März	8,82	0,33	9,27	9,50	
April	8,81	0,32	9,19	9,37	
Mai	8,76	0,32	9,14	9,35	
Juni	9,11	0,32	9,47	9,64	
Juli	9,04	0,32	9,40	9,59	
August	9,04	0,31	9,39	9,53	
September . . .	8,96	0,31	9,32	9,51	
Oktober	9,08	0,31	9,45	9,68	
November	9,13	0,32	9,50	9,81	
Dezember	9,07	0,32	9,45	9,83	
Jahresdurchschnitt					
1927	7,76	0,31	8,13	8,36	
1928	8,37	0,31	8,72	8,96	
1929	8,93	0,32	9,31	9,54	

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gehingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Überarbeiten, aber einschließlich der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzüglich aller Zuschläge für Überarbeiten, sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Bruttolohn ist der Barverdienst zuzüglich des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Durchschnittslöhne der Belegschaft unter Tage.

Monat 1929	Leistungslohn ¹⁾ je verjahrene Schicht <i>M</i>	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht <i>M</i>	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters <i>M</i>	Bruttolohn ⁴⁾ je vergütete Schicht <i>M</i>
Januar	6,53	0,20	6,77	6,96
Februar	6,56	0,21	6,86	7,07
März	6,61	0,21	6,96	7,13
April	6,62	0,20	6,90	7,06
Mai	6,60	0,20	6,89	7,05
Juni	6,86	0,20	7,12	7,27
Juli	6,85	0,20	7,11	7,26
August	6,85	0,20	7,11	7,24
September . . .	6,82	0,20	7,10	7,26
Oktober	6,85	0,20	7,12	7,31
November	6,87	0,20	7,16	7,39
Dezember	6,87	0,20	7,16	7,46
Jahresdurchschnitt				
1927	5,91	0,18	6,17	6,34
1928	6,33	0,19	6,58	6,76
1929	6,74	0,20	7,03	7,21

Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft.

Monat 1929	Leistungslohn ¹⁾ je verjahrene Schicht <i>M</i>	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht <i>M</i>	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters <i>M</i>	Bruttolohn ⁴⁾ je vergütete Schicht <i>M</i>
Januar	6,27	0,20	6,53	6,71
Februar	6,29	0,20	6,59	6,81
März	6,33	0,20	6,68	6,85
April	6,33	0,20	6,62	6,78
Mai	6,31	0,20	6,62	6,77
Juni	6,56	0,19	6,84	6,99
Juli	6,56	0,19	6,83	6,97
August	6,56	0,19	6,82	6,95
September . . .	6,55	0,19	6,83	6,98
Oktober	6,56	0,19	6,84	7,03
November	6,58	0,19	6,87	7,10
Dezember	6,57	0,20	6,88	7,18
Jahresdurchschnitt				
1927	5,68	0,18	5,95	6,11
1928	6,07	0,19	6,34	6,52
1929	6,46	0,20	6,75	6,93

1—4 Vergl. die Anmerkungen auf Seite 85.

Mit Ausnahme einer Erhöhung des Preises für Staubkohlen **Kohlenpreise** um RM. 0,60 je To., die mit Wirkung vom 1. März eintrat, sind die ober-schlesischen Steinkohlenpreise im Berichtsjahre unverändert geblieben. Sie stellten sich daher ab 1. März 1929 (für die Monate Januar und Februar vergl. die Tabelle im Jahresbericht für 1928 S. 82) wie folgt:

Flamm-Kohlenpreise der Königin-Luisegrube.

	ab 1. Oktober 1927 <i>M</i>	ab 1. Juli 1928 <i>M</i>	ab 1. März 1929 <i>M</i>
Stück, Würfel I . . .	16,63	18,00	18,00
Würfel II, Ruß Ia . .	16,90	18,30	18,30
Ruß Ib	15,35	16,35	16,35
Ruß II	15,04	16,00	16,00
Erbs	13,30	13,80	13,80
Grieß	11,70	12,20	12,20
Staubkohl n	6,35	6,90	7,50
Förderkohlen	13,40	14,90	14,90
Kleinkohlen	11,00	11,75	11,75
Rätterklein	10,00	10,75	10,75

Im ober-schlesischen Steinkohlensyndikat sind im Berichtsjahre Änderungen nicht eingetreten. Der Syndikatsvertrag, der zuletzt am 12. April 1927 beschlossen wurde, läuft noch bis zum 31. März 1930.

**Ober-
schlesisches
Steinkohlen-
syndikat**

Abgesehen von gewissen Störungen im Eisenbahntransport, die im Januar/Februar als Folge der plötzlich einsetzenden starken Nachfrage eintraten und deren oben bereits gedacht wurde (S. 82), hat sich im Berichtsjahr der Kohlenversand wiederum durchaus reibungslos vollzogen, wie im besondern aus der folgenden Tabelle über die Wagen-gestellung ersichtlich ist.

**Wagen-
gestellung**

Wagengestellungsziffern
(im Durchschnitt je Arbeitstag).
Wagen zu 10 Tonnen

Monat	1928	1929			Gegen 1928	
	gestellt	gestellt	gefehlt	o/o	gestellt +	o/o
Januar . . .	5 781	6 090	—	—	+ 309	5,3
Februar . . .	5 401	7 489	—	—	+ 2 088	38,7
März	5 709	7 388	—	—	+ 1 679	29,4
April	5 592	6 564	—	—	+ 972	17,4
Mai	5 592	5 974	—	—	+ 382	6,8
Juni	5 999	6 517	—	—	+ 518	8,6
Juli	5 735	6 417	—	—	+ 682	11,9
August	5 489	6 501	—	—	+ 1 012	18,4
September . .	6 067	6 913	—	—	+ 846	13,9
Oktober	6 613	6 854	—	—	+ 241	3,6
November . . .	6 654	7 081	—	—	+ 427	6,4
Dezember . . .	5 948	6 464	—	—	+ 516	8,7
Jahresdurchschnitt	5 882	6 682	—	—	+ 800	13,6

**Wasser-
erladung**

Die Schifffahrt ruhte während der beiden ersten Jahresmonate wegen der Vereisung der Oder und der mit ihr in Zusammenhang stehenden Wasserstraßen. Erst Mitte März begann die Oder eisfrei zu werden. Nachdem das Eis dank der günstigen Witterung und den getroffenen Vorichtsmaßnahmen in der Woche vom 17.—23. März abgeschwommen war, wurden für den 25. dieses Monats die ersten Ausgangsgenehmigungen in Cosel erteilt. Der Versand hielt sich jedoch zunächst in sehr engen Grenzen, da ein erheblicher Mangel an Raum bestand, weil erst jetzt eine große Anzahl verwinterter Rähne die Reise nach ihren Bestimmungsorten fortsetzen konnte. Erst in der zweiten Aprilwoche erreichten die Verschiffungen mit rund 75 000 To. das normale Ausmaß, das dann beibehalten und überschritten werden konnte. In der letzten Aprilwoche sind fast 100 000 To. umgeschlagen worden. Der Bahnzulauf war nunmehr durchaus befriedigend. Auch die für kleinere Ladungen stark begehrten Finowfähne

waren in genügender Anzahl verfügbar. Der Wasserstand ließ ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Eine Hochwasserwelle, die am 16. April das Regen der Wehre erforderlich machte, konnte die Schifffahrt nur vorübergehend behindern. Der Schleusenverkehr wurde in der zweiten Monatshälfte so umfangreich, daß die Betriebszeiten verlängert werden mußten. Der 21. April, ein Sonntag, wurde für die Durchschleusungen freigegeben. Bereits im März hatte der Frachtenauschuß für die Oder die Grundfrachten auf RM. 6,30 für die Strecke Cosel—Berlin/Oberspree sowie auf RM. 5,65 für die Strecke Cosel—Stettin festgesetzt und es damit bei den Sätzen des Vorjahres belassen. Auch im Mai hielt sich der Kohlenversand auf der Oder auf ansehnlicher Höhe. Der Wasserstand ging zwar zurück. Zwei Hochwasserwellen am 17. und 20. brachten jedoch eine Besserung, ohne ihrerseits die Schifffahrt länger als nur kurze Zeit zu behindern. Gegen Ende des Monats begann der Laderaum infolge der starken Verfrachtungen und der langsamen Rückkehr der Rähne knapper zu werden. Die Frachten blieben unverändert. Im Juni gestattete die Wasserführung der Oder bis zum 20. dieses Monats die volle Ausnutzung der Ladefähigkeit. Dann aber machte anhaltende Trockenheit die ständige Herabsetzung der Tauchtiefen bis auf (am 4. Juli) 1,08 m notwendig. Infolgedessen mußten umfangreiche Ableichterungen vorgenommen werden. Da hierfür ein nicht unbedeutender Teil des aufkommenden Leer- raumes in Anspruch genommen wurde, trat zu Beginn des Juli ein fühlbarer Mangel an Fahrzeugen in Cosel ein. Die erste Juliwoche brachte starken Wasserzuwachs. Die Oder wurde am 8. Juli wieder vollschiffig. Bald aber begann das Wasser von neuem zu fallen, und zwar so ständig und nachhaltig, daß nach fünfmaligen Herabsetzungen des höchsten zulässigen Tiefgangs (Juli 15.: 1,38 m, 16.: 1,28 m, 18.: 1,18 m, 19.: 1,08 m, 21.: 0,98 m) am 24. Juli nur noch eine Tauchtiefe von 0,88 m vorhanden war. Zu den oben genannten Frachtsätzen, die auch im Juli keine Änderung erfuhren, kam ein vom Frachtenauschuß festgesetzter Zuschlag für Ableichterungsbeihilfe von 1,— RM. je To. Bis zum 3. August trat dann nochmals eine Besserung des Wasserstandes (Tauchtiefe 1,08 m) und nach einer neuen Verschlechterung bis zum 19. (Tauchtiefe 0,98 m) sogar Vollschiffigkeit ein, so daß ab 21. August einige Tage mit dem normalen Tiefgang von 1,50 m gefahren werden konnte. Es entwickelte sich ein sehr starker

Berg- und Talverkehr. Anfang August mußte die Schleuse Kanfern Tag und Nacht arbeiten. Gegen Ende August wurde auch wieder mehr Schiffsraum für Neuverladungen frei. Doch schon am 2. September betrug die Tauchtiefe nur mehr 0,98 m, am 9. 0,88 m und Anfang Oktober nur noch 0,78 m, was einer Ladefähigkeit des 500 To.-Kähnes von nur einem Viertel entsprach. Ab 7. September war der Verkehr unterhalb Breslaus nahezu lahmgelegt. Am 22. September belief sich der Rang der oberhalb Kanfern versommerten Talfähne auf rund 500 Fahrzeuge und reichte bis zur Meißemündung. Auch auf der oberen kanalisierten Oder wurde die Schifffahrt trotz der garantierten Wassertiefe von 1,50 m in der ersten Septemberhälfte durch zu geringen Wasserstand unterhalb Brieg und Ohlau vorübergehend behindert. Im Oktober, in dem keine Besserung eintrat, erhöhte sich die Zahl der festliegenden Kähne auf 850 und erreichte damit fast die Ziffer des ganz besonders ungünstigen Vorjahres. Verladungen ab Cosel und Ableichtungen fanden im Oktober nur in geringem Umfange statt. Die in dieser Zwangslage von den Schiffen verlangten Kleinwasserzuschläge wurden nur in ganz dringlichen Bedarfsfällen bewilligt. Es wurde bei Beladung in Cosel auf einen Tiefgang von 1,30 m eine Vergütung von RM. 1,50 auf die unveränderte Grundfracht gezahlt. Für eilige Sendungen kam mehr und mehr die Verladung über Stettin in Aufnahme, wobei sich die Fracht einschließlich Umschlag und Versicherung auf RM. 3,80—3,90 je To. stellte. Vom 5. November ab gestattete dann ein geringer Wasserzuwachs, die Tauchtiefe unterhalb Breslaus auf 1,08 m heraufzusetzen. Nunmehr gelang es, einen Teil der versommerten Fahrzeuge durch die Kanferner Schleuse auf die freie Oder zu bringen. Am 16. November wurde die Oder sogar, jedoch wieder nur auf kurze Zeit, vollschiffig. Am 25. dieses Monats war die Wassertiefe von neuem auf 1,08 m gesunken. Es mußten daher noch etwa 200 tiefer beladene Kähne bis gegen Ende November/Anfang Dezember warten, zu welcher Zeit auch diesen der gebesserte, wenn auch wechselnde Wasserstand die Weiterfahrt erlaubte. Neue Verladungen wurden jedoch in Cosel nur in beschränkten Mengen vorgenommen. Am 23. Dezember begann auf der oberen Oder die Winterliegezeit, da infolge Vereisung die Staue abgelassen werden mußten.

Wasserverladung.

M o n a t	Cöfel-Hafen		Gleiwitz-Hafen		Sonstige Häfen	
	1928 t	1929 t	1928 t	1929 t	1928 t	1929 t
Januar . . .	—	—	—	—	—	—
Februar . .	36 466	—	—	—	—	—
März . . .	274 405	18 955	130	—	—	—
April . . .	286 644	275 715	790	1 055	—	—
Mai . . .	300 720	262 581	1 675	1 160	—	—
Juni . . .	258 200	259 342	1 390	1 020	—	—
Juli . . .	169 855	204 923	750	1 635	—	—
August . . .	5 070	214 460	1 255	890	—	—
September .	13 490	185 355	1 560	1 370	—	—
Oktober . .	51 141	46 490	1 020	1 015	—	—
November . .	55 045	38 545	1 150	885	—	—
Dezember . .	45 765	81 980	639	1 070	—	—
Insgesamt	1 496 801	1 588 346	10 359	10 100	—	—

M o n a t	Breslau-Hafen		Böpelwitz-Hafen		Oppeln-Hafen	
	1928 t	1929 t	1928 t	1929 t	1928 t	1929 t
Januar . . .	1 510	935	60	415	—	—
Februar . .	10 225	—	22 075	—	1 690	—
März . . .	4 238	—	8 930	1 135	310	1 325
April . . .	450	4 030	310	2 765	—	750
Mai . . .	420	—	—	730	—	560
Juni . . .	535	—	—	3 845	—	2 390
Juli . . .	—	—	230	2 615	—	—
August . . .	—	—	4 935	1 655	—	2 105
September .	—	—	4 175	—	—	—
Oktober . .	—	—	395	—	1 130	375
November . .	495	4 060	15	24 315	420	1 325
Dezember . .	5 750	3 243	16 860	18 810	1 785	—
Insgesamt	23 623	12 268	57 985	56 285	5 335	8 830

**Abfab-
verhältnisse**

Die Mehrförderung des Berichtsjahres ist selbstverständlich zum ganz überwiegenden Teile von dem außeroberschlesischen Deutschland aufgenommen worden. Doch hat sich auch der Absatz innerhalb Oberschlesiens sowie der Auslandsversand erhöht. Einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre weist lediglich der oberischlesische Eisenbahndienstkohlenverbrauch in der folgenden Tabelle auf.

M o n a t	Stein- kohlen- förderung insgesamt	Absatz innerhalb Deutsch-Oberschlesiens einschl. Selbstver- brauch u. Deputat		übriges Deutschland davon		Auslands- Versand insgesamt
		t	Davon Eisenbahn- dienstkohlen t	insgesamt t	Eisenbahn- dienstkohlen t	
1929	t	t	t	t	t	t
Januar	1 826 002	626 600	39 132	1 031 583	186 310	107 582
Februar	1 681 669	622 502	26 315	1 046 546	147 758	168 330
März	1 911 416	645 379	31 194	1 193 171	224 654	134 508
April	1 821 080	578 685	41 721	1 162 654	231 987	71 175
Mai	1 625 130	518 045	37 601	1 021 347	230 337	69 193
Juni	1 723 028	519 316	42 044	1 085 548	243 951	73 806
Juli	1 937 515	574 671	38 984	1 185 178	263 821	96 116
August	1 935 857	573 611	33 076	1 240 489	248 820	101 074
September	1 826 215	575 766	26 248	1 175 792	188 454	125 862
Oktober	2 051 543	640 087	24 581	1 212 964	187 099	158 407
November	1 910 711	597 971	22 568	1 133 293	164 754	153 430
Dezember	1 745 653	556 384	21 476	1 024 298	173 135	109 057
1929 Insgesamt	21 995 819	7 029 017	384 940	13 512 863	2 491 080	1 368 540
1928 Insgesamt	19 697 992	6 560 257	549 885	11 961 136	2 279 148	1 185 523
1927 Insgesamt	19 377 830	6 188 290	470 129	11 922 384	2 072 721	1 004 357

**Selbst-
verbrauch**

Der Selbstverbrauch der Werke hat sich entsprechend der gestiegenen Förderung, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, erhöht.

Monat	1928 t	1929 t
Januar	49 782	56 466
Februar	46 202	55 955
März	50 980	57 778
April	42 223	51 012
Mai	41 844	44 628
Juni	42 501	44 674
Juli	45 955	48 417
August	45 646	49 342
September	43 361	46 857
Oktober	48 865	51 106
November	47 799	49 690
Dezember	52 379	50 163
Insgesamt	557 537	606 088

Die Gegenüberstellung des Auslandsverandes in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres und des Vorjahrs läßt erkennen, daß, wie oben (S.12) bereits erwähnt, nur während des ersten Vierteljahres 1929 eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr stattgefunden hat. Es handelte sich hierbei im wesentlichen um Ersatzlieferungen für polnische Kohlen namentlich nach der Tschechoslowakei, nach Österreich und Ungarn, da der polnische Versand nach diesen Ländern durch Schneeverwehungen und Frost erheblich behindert worden war. Dann ist die Ausfuhr wieder, wie erwartet, stark zurückgegangen. Die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei erfolgte auf Grund des deutsch-tschechischen Kohlenabkommens, das Ende Juli 1929 ablief, aber bis zum 31. Dezember 1929, sowie dann nochmals auf ein Jahr verlängert wurde und nach dem für 2 Tonnen tschechischer nach Deutschland eingeführter Braunkohle eine Tonne Steinkohle aus Deutschland nach der Tschechoslowakei ausgeführt werden darf. Nach dem tschechischen Bedarfe wären wohl größere Lieferungen möglich gewesen. Die tschechische Regierung verhielt sich jedoch den Wünschen auf Erhöhung des deutschen Einfuhrkontingents gegenüber im allgemeinen ablehnend. Nur für November wurde ein Zusatzkontingent von 17 000 To. bewilligt. Ein stärkerer Export nach Ungarn und Deutsch-Österreich war bei der außerordentlich scharfen Konkurrenz der polnischen und Dombrowaer Kohlen auch im Berichtsjahre nicht möglich.

Auslands-
versand

Monat	1928 t	1929 t
Januar	58 047	107 582
Februar	84 981	168 330
März	66 702	134 508
April	55 094	71 175
Mai	67 293	69 193
Juni	89 362	73 806
Juli	98 022	96 116
August	112 669	101 074
September	123 257	125 862
Oktober	200 990	158 407
November	135 070	153 430
Dezember	94 036	109 057
Insgesamt	1 185 523	1 368 540

Die Verteilung der Ausfuhr auf die einzelnen Länder zeigt die folgende Tabelle über den Versand oberschleifischer Montanerzeugnisse in regionaler Hinsicht. Nach der Tschechoslowakei erreichten die Exporte des Berichtsjahres nicht einmal ganz den Umfang von 1928. Nach Deutsch-Österreich und Ungarn sind immerhin beträchtliche Steigerungen der Ausfuhr eingetreten. Absolut sind die Ziffern jedoch nach wie vor klein geblieben. Ganz unbedeutend war die Ausfuhr nach den übrigen Ländern.

Der Inlandsversand nach dem Osten Deutschlands zeigt durchweg eine erfreuliche Zunahme. Die oben (S. 45) erwähnten frachttarifari-schen Maßnahmen haben offenbar günstige Wirkungen gehabt. Aber auch in Berlin, sowie in Süddeutschland konnte die oberschleifische Kohle ihren Absatz zum Teil sogar beträchtlich verbessern. Daß ein näher ge-legenes wichtiges Verbrauchsgebiet wie Breslau im Berichtsjahre seine Bezüge nicht unerheblich vergrößert hat, braucht kaum erwähnt zu werden. Diesen Zunahmen gegenüber bleiben die in der Tabelle aus-gewiesenen geringeren Bezüge einzelner Relationen ohne Bedeutung. Aus der nur wenig gewachsenen Versandziffer nach Cosel ist zu ersehen, daß das Schifffahrtsjahr 1929 kaum günstiger als das besonders schwierige Vorjahr verlaufen ist.

**Oberschlesischer Kohlen-, Holz- und Brickett-Verband, nach Verkehrsbezirken getrennt,
in den Jahren 1928 und 1929. ¹⁾**

Nr.	Verkehrsbezirk	Verband in Tonnen		1929 gegen 1928			
		1928	1929	mehr		weniger	
				t	%	t	%
A. Deutsches Reich.							
1	Provinz Ostpreußen (ohne 2 u. 4)	674 412	791 719	117 307	17,3	—	—
2	Häfen Königsberg, Pillau u. Elbing	268 897	312 410	43 513	16,2	—	—
3	Provinz Pommern	666 795	734 045	67 250	10,1	—	—
4	Pommersche Häfen	470 515	493 369	22 854	27,3	—	—
5	Mecklenburg-Schwerin u. Strelitz .	164 901	183 037	18 136	10,9	—	—
6	Häfen Rostock bis Flensburg . .	34 671	32 192	—	—	2 479	7,1
7	Schleswig-Holstein (ohne 6 u. 8) .	5 557	1 918	—	—	3 639	65,4
8	Elbhäfen, Hamburg, Altona usw. .	1 025	760	—	—	265	25,8
9	Weserhäfen: Bremen, Vegeack usw.	72	—	—	—	72	~
11a	Regierungsbezirk Lüneburg usw. .	13 863	11 818	—	—	2 045	14,8
11b	Provinz Hannover usw.	134 788	133 985	—	—	803	6,0
12	Bosen, Westpreußen	103 739	118 754	15 015	14,4	—	—
13a	„ Oberschlesien	4 090 968	4 144 035	465 258	11,1	—	—
13b	„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	412 191	412 191	—	—	—	—
	davon nach: Cosel-Hafen	1 632 978	1 723 659	90 681	5,8	—	—
	Oppeln-Hafen	4 055	9 675	5 620	~	—	—
14	Stadt Breslau	655 158	864 307	209 149	31,9	—	—
15	Provinz Niederschlesien (ohne 14) .	2 290 256	2 404 160	113 904	4,8	—	—
16	Berlin Stadt	323 570	1 363 858	450 016	49,2	—	—
17	Provinz Brandenburg	590 272	665 948	100 161	17,7	—	—
18	Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt	565 787	130 875	10 356	8,6	—	—
19a	Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt usw.	120 519	122 117	44 101	56,5	—	—
19b	Kreise Biegenrück und Schleusingen	78 016	119 342	—	—	1 471	1,2
20	Freistaat Sachsen ohne Leipzig und Umgebung	120 813	540 537	49 785	10,1	—	—
20a	Leipzig und Umgebung	490 752	46 511	—	—	5 635	10,8
21	Provinz Hessen-Nassau usw. . . .	52 146	37 810	7 017	22,7	—	—
21a	Frankfurt a. Main u. Umgebung . .	30 793	4 942	1 031	~	—	—
22	Ruhrgebiet (Westfalen)	3 911	40	—	—	10	~
23	Ruhrgebiet (Rheinprovinz)	50	—	—	—	15	~
24	Provinz Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	15	1 075	—	—	32	2,5
25	Rheinprovinz rechts des Rheins (ohne Köln)	1 107	—	—	—	132	~
26	Rheinprovinz links des Rheins (ohne Köln)	132	200	185	~	—	—
26a	Stadt Köln	15	40	—	—	20	33,3
	Übertrag	11 953 575	13 671 995	1 718 420	—	—	—

¹⁾ Die Tabelle weist lediglich den Hauptbahnversand ohne Eisenbahndienstkohlen aus und ist insofern mit der vorher gegebenen nicht unmittelbar zu vergleichen.

Nr.	Verkehrsbezirk	Versand in Tonnen		1929 gegen 1928			
		1928	1929	mehr		weniger	
				t	%	t	%
	Übertrag	11 953 575	13 671 995	1 718 420		—	—
31	Bayerische Pfalz (ohne Ludwigshafen)	9 502	26 726	17 224	~	—	—
32	Hessen (ohne Oberhessen)	13 096	14 756	1 660	16,7	—	—
33	Baden (ohne Mannheim u. Rheinau)	44 762	46 449	1 687	37,6	—	—
34	Mannheim, Rheinau u. Ludwigshafen	1 098	1 135	37	3,4	—	—
35	Württemberg und die Hohenzollernschen Lande	184 423	198 969	14 546	7,9	—	—
36	Oberbayern (ohne München)	307 843	402 863	95 020	30,8	—	—
36a	München	151 019	177 229	26 210	17,4	—	—
37	Nordbayern	257 001	323 210	66 209	25,6	—	—
	Summe Deutsches Reich	12 922 319	14 863 332	1 941 013	—	—	—
	B. Ausland.						
44	Elfaß-Lothringen	—	100	100	~	—	—
45	Memelgebiet	80	—	—	—	80	~
46	Freistaat Danzig	—	2 860	2 860	—	—	—
47a	Polnisch-Oberschlesien	3 342	4 761	1 419	~	—	—
51	Ostpolen (ohne Galizien)	940	2 500	1 560	~	—	—
52a	Rumänien	3 094	6 040	2 946	~	—	—
53	Ungarn	21 011	57 298	36 287	~	—	—
53a	Jugoslawien, Bulgarien, Türkei und Griechenland	518	850	332	—	—	—
54	Tschechoslowakei	1 102 652	1 067 214	—	—	35 438	3,2
55	Deutsch-Österreich	156 384	407 054	250 670	—	—	—
56	Schweiz	3 208	180	—	—	3 028	~
57	Italien	698	363	—	—	335	~
58	Frankreich	45	—	—	—	45	~
63	Schweden und Norwegen	15	—	—	—	15	~
64	Dänemark	—	15	15	~	—	—
	Summe Ausland	1 291 987	1 549 235	—	—	—	—
	Deutsches Reich	12 922 319	14 863 332	—	—	—	—
	Insgesamt:	14 214 306	16 412 567	—	—	—	—

Die Erzeugung von Steinkohlenbriketts konnte zwar ebenfalls **Steinkohlenbriketts** im Berichtsjahre vergrößert werden. Die bisherige Höchstziffer des Jahres 1926, das eine Produktion von 421 333 To. aufgewiesen hatte, ist jedoch auch in 1929 bei weitem nicht erreicht worden.

Monat	1929 t	1928 t	Zu- bzw. Abnahme 1929 gegen 1928 + bzw. — t
Januar	29 906	30 398	— 492
Februar	29 347	21 346	+ 8 001
März	33 874	27 886	+ 5 988
April	26 108	21 300	+ 4 808
Mai	19 503	26 427	— 6 924
Juni	20 110	25 329	— 5 219
Juli	29 403	31 162	— 1 759
August	31 163	32 355	— 1 192
September	33 892	27 641	+ 6 251
Oktober	40 040	34 081	+ 5 959
November	37 563	31 185	+ 6 378
Dezember	26 564	22 522	+ 4 042
Insgesamt	357 473	331 632	+ 25 841

Die Zunahme der Roßerzeugung betrug im Berichtsjahre 17,6%. **Roß** Bemerkenswert ist in der Tabelle über den Absatz der bereits im Vorjahre wahrzunehmende Rückgang des oberschlesischen Verbrauches, sowie die starke Zunahme des Auslandsverlades, die über 107% betrug und nach ihrem ziffernmäßigen Umfang fast so groß war wie die Zunahme des Absatzes in Deutschland. Auch von den Auslandsversendungen von Roß wurden die Hauptmengen von der Tschechoslowakei, Deutsch-Österreich und Ungarn aufgenommen. Kleinere Mengen gingen nach den meisten der in der oben gegebenen Tabelle über den Versand nach Verkehrsbezirken aufgeführten Staaten.

Stoßerzeugung 1929 und 1928.

Monat	1929 t	1928 t	Zus. bezw. Abnahme 1929 gegen 1928 + bezw. — t
Januar	138 975	123 911	+ 15 064
Februar	125 721	116 116	+ 9 605
März	163 273	119 517	+ 43 756
April	148 123	108 439	+ 39 684
Mai	136 030	112 466	+ 23 564
Juni	135 366	109 962	+ 25 404
Juli	141 492	115 646	+ 25 846
August	146 547	117 013	+ 29 534
September	136 814	114 212	+ 22 602
Oktober	136 752	132 197	+ 4 555
November	136 213	132 163	+ 4 050
Dezember	141 653	132 623	+ 9 030
Insgesamt	1 686 959	1 434 265	+ 252 694

Stoßerzeugung und Gesamtabsatz.

Monat 1929	Stoß- Produk- tion insgesamt t	Absatz innerhalb Deutsch-Oberschlesiens (einschl. Selbst- verbrauch u. Deputate)		übriges Deutschland davon		Auslands- Verwand insgesamt t
		t	davon Eisenbahn- dienststoß t	insgesamt t	Eisenbahn- dienststoß t	
Januar	138 975	49 792	2 664	79 944	1 881	15 806
Februar	125 721	41 979	3 289	102 437	5 577	23 282
März	163 273	37 944	3 252	119 099	3 079	34 166
April	148 123	28 362	365	80 926	4 858	24 040
Mai	136 030	23 539	15	59 801	807	21 395
Juni	135 366	30 475	20	84 518	3 650	27 492
Juli	141 492	27 540	331	83 259	5 900	43 221
August	146 547	29 437	440	67 026	3 060	57 280
September	136 814	33 670	1 733	63 127	1 234	55 120
Oktober	136 752	33 188	972	76 706	2 644	25 495
November	136 213	33 356	1 202	64 314	2 264	31 096
Dezember	141 653	33 160	1 414	61 462	2 606	15 843
1929 Insgesamt	1 686 959	402 442	15 697	942 619	37 560	374 236
1928	1 434 265	474 612	8 561	740 987	25 644	180 685
1927	1 238 837	514 792	8 568	572 499	17 756	145 617

Stoksbestände.

Monat		1929 t	1928 t
Anfang	Januar . .	102 731	62 302
Ende	Januar . .	96 164	50 299
	Februar . .	56 287	45 992
	März . . .	36 320	45 636
	April . . .	51 115	68 081
	Mai . . .	82 410	78 523
	Juni . . .	75 291	70 054
	Juli . . .	63 279	69 666
	August . .	56 083	80 065
	September .	40 980	71 003
	Oktober . .	42 343	67 572
	November .	49 790	84 635
	Dezember .	80 978	102 731

Selbstverbrauch an Stoks.

M o n a t		1929 t	1928 t
	Januar	1 539	1 240
	Februar	1 246	1 175
	März	876	1 107
	April	1 011	840
	Mai	1 219	1 269
	Juni	900	1 199
	Juli	1 152	1 171
	August	3 506	1 051
	September	2 130	1 122
	Oktober	792	664
	November	888	988
	Dezember	1 156	1 261
Insgesamt		16 415	13 087

Die Stoksrichtpreise sind seit dem 1. Januar 1929 unverändert geblieben (vergl. Jahresbericht für 1928 S. 96).

Eisen und Eisenverarbeitung.

Allgemeines

Die Entwicklung der Beschäftigungslage der ober-schlesischen Eisenindustrie zeigte im Berichtsjahre im ganzen eine ähnliche Bewegungsrichtung, wie sie in der gesamtdeutschen Herstellung und Verarbeitung von Eisen und Stahl erkennbar ist. Der Januar brachte eine leichte Besserung der konjunkturellen Situation, die gegen Ende des Vorjahres unverkennbare Zeichen starker Verflauung getragen hatte. Es war aber wohl nur der Ausgleich der im November 1928 durch die Ausperrungen im Westen unterbrochenen Bedarfsdeckung, der nunmehr vor sich ging und den Auftragszugang vergrößerte. Denn schon im Februar trat für die meisten Erzeugnisse eine neuerliche Verschlechterung ein. Sehr ungünstig wirkte auch hier der ungewöhnlich scharfe und lange anhaltende Frost, der im Februar einsetzte. Er brachte nicht nur die Binnen- und Seeschifffahrt zum Erliegen, sondern machte auch jede Arbeit im Freien unmöglich und verzögerte die Aufnahme der Arbeiten in der Landwirtschaft und im Baugewerbe. Auch nach Eintritt milderer Witterung kam das Frühjahrsgeschäft nur langsam in Gang, zumal die Preise der industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate, die bisher schon in Anbetracht der allgemein abgeschwächten Konjunktur verhältnismäßig hoch gestanden hatten, sich durch die Kupferhauffe und die Aufwärtsbewegung der übrigen Nicht-eisenmetalle noch verteuerte. Es ist charakteristisch, daß sich im März die Vörsenwerke A.-G. zur Einstellung ihrer Erzeugung von Roheisen entschloß, um damit eine weitere Erhöhung der Bestände bei der nach wie vor geringen Aufnahmefähigkeit des Marktes und des verminderten Bedarfs ihres Stahlwerks zu vermeiden. Erst Ende März setzte eine leichte Aufwärtsbewegung ein. Die Sommer- und die ersten Herbstmonate waren, an der Beschäftigung gemessen, im Durchschnitt als leidlich zufriedenstellend zu bezeichnen. Seitdem ist wieder ein Rückgang bemerkbar geworden.

Das Nachlassen des Inlandsgeschäfts ist auch in der ober-schlesischen Eisenindustrie, und zwar um so mehr empfunden worden, als der Geld- und Kapitalmangel nicht nur die privaten Verbraucher, sondern auch die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie im besonderen die Reichsbahn zu stärkerer Zurückhaltung bei der Erteilung von Aufträgen gezwungen hat. Nicht nur wurden oft die bereits in Aussicht stehenden Vergabungen auf das nächste Etatsjahr zurückgestellt,

sondern es wurden auch bereits erteilte Bestellungen rückgängig gemacht. Dem Auslandsgeschäft wurde unter diesen Umständen auch in Oberschlesien große Aufmerksamkeit gewidmet und damit die Erzeugung in gewissem Umfange gestützt. Jedoch haben sich auch im Berichtsjahre Einschränkungen mancher Betriebe nicht und damit auch nicht Entlassungen von Arbeitern und Angestellten vermeiden lassen, so unerwünscht dies nicht nur aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern auch vom unmittelbaren Interessenstandpunkt der Industrie gesehen ist. Denn immer wieder hat sich gezeigt, daß die entlassenen Werksangehörigen in andere Reviere oder in andere Berufe abwandern und daß damit, wenn die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Anlagen oder die bessere Beschäftigung eingeschränkt arbeitender Werksteile möglich ist, es an fachlich vorgebildeten Kräften fehlt. Die Neuankunft von Arbeitern erfordert aber Kosten und einen Zeitaufwand, der bei den schwankenden Marktverhältnissen oft ohne entsprechenden Nutzen bleibt.

Wenn es gelungen ist, die Beschäftigung der ober-schlesischen Eisenindustrie in 1929 etwa auf dem Stande des Vorjahres zu halten, so war dies nur unter erheblichen Preiszugeständnissen möglich, da die ungünstige Frachtlage auch im Berichtsjahre wieder dem Absatz größte Schwierigkeiten bereitet hat. Die frachtlche Benachteiligung der ober-schlesischen Eisenindustrie ist in Mittel- und Ostdeutschland wie Übersee gleich fühlbar in Erscheinung getreten. Der Ausbau der Oderwasserstraße und ihr Anschluß an das Industriegebiet, der hierin Wandel schaffen könnte, bleibt daher nach wie vor eine Lebensfrage unserer Werke. Daneben werden eisenbahntarifische Maßnahmen weiter angestrebt werden müssen. Im einzelnen ist noch folgendes zu bemerken:

Das Erzgeschäft lag zu Beginn des Berichtsjahres und weiterhin während seines ganzen ersten Viertels sehr ruhig. Ursache war namentlich die strenge winterliche Witterung, die die Zufuhren erschwerte, ja sogar sie fast unmöglich machte. Die Ostsee war vollständig zugefroren. Die große Kälte behinderte auch die Bahntransporte. Neuabschlüsse nennenswerten Umfangs wurden im ersten Quartal 1929 nicht getätigt. Immerhin begann sich schon im März eine gewisse Belebung des Erzmarktes bemerkbar zu machen. Sie hing noch mit dem schwedischen Streik des Vorjahres (1928) zusammen. Die italienischen, spanischen und griechischen Gruben hatten, ebenso wie die schwedischen,

Erze

ihre Bestände vollständig räumen können. Die Produktion 1929 war bei Beginn des Berichtsjahres bereits zum größten Teil an den Markt gebracht. Da sich nun noch bereits gegen Ende des ersten Vierteljahres die Meinung verbreitete, daß der internationale Roheisenmarkt eine befriedigende Entwicklung nehmen würde, setzte seit April eine Befestigung der Tendenz ein, die dann bis zum Ende des Berichtsjahres angehalten hat. Der Mai-Monat brachte nicht unerhebliche, zum Teil langfristige Neuabschlüsse der englischen Hochofenwerke. Im Juni gingen auch die deutschen eisenerzeugenden Unternehmungen zu langfristiger Deckung des Bedarfs über, so daß sich im zweiten wie weiterhin auch im dritten Vierteljahr das Geschäft recht lebhaft bei anziehenden Preisen gestaltete. Obwohl in den letzten Monaten des Berichtsjahres wegen jener Voreindeckungen, zum Teil sogar für das Jahr 1930, die Verkaufstätigkeit nachgelassen hat, ist der Erzmarkt auch im vierten Quartal 1929 durchaus fest gewesen.

Die Anfuhr der Erze zu den obereschleischen Hochofen litt im Januar bis März des Berichtsjahres, wie bereits bemerkt, unter den durch die Kälte bedingten Schwierigkeiten. Nach Eintritt wärmeren Wetters haben sich die Zufuhren das Jahr über im allgemeinen reibungslos vollzogen. Sie waren im dritten Vierteljahr besonders umfangreich. Dies war allerdings zum Teil saisonmäßig bedingt, da die Verschiffungen, besonders aus Schweden und Neufundland, sich infolge der frühzeitigen Vereisungen, mit denen in den dortigen Häfen zu rechnen ist, im dritten Quartal erheblich zusammenzudrängen pflegen.

Schrott

In der Schrottversorgung der rheinisch-westfälischen Werke trat im Berichtsjahre eine wichtige organisatorische Änderung ein. Bis Juni 1929 wurden die westdeutschen Schrottverbraucher wie im vorhergehenden Jahre durch das Zusammenwirken der bei den Vereinigten Stahlwerken in Dortmund bestehenden Abteilung Schrottversorgung mit der Verkaufsgesellschaft des westdeutschen Schrottgroßhandels beliefert. Der Bezugspreis von RM. 58,75 je To. Stahl bzw. Kernschrott franko westdeutschem Verbrauchswerk, der für das vierte Quartal 1928 festgesetzt worden war, blieb auch für das erste Quartal 1929 gültig. Für das zweite Quartal wurde von Neuabschlüssen Abstand genommen. Die Großhandelsfirmen wurden lediglich verpflichtet, bis Ende Juni die infolge der abnormen winterlichen Witterung der ersten Monate des Berichtsjahres sehr erheblichen Rückstände aus den Käufen für das erste Quartal 1929 auf der für dieses bestehenden Preisbasis von RM. 58,75 auszuliefern. Um der durch die Lieferungsrückstände bei

den Werken hervorgerufenen unzureichenden Versorgung abzuhelpfen, wurden bereits im Februar nebenher in erheblichem Umfange Abschlüsse in sogenanntem Rußeisen, welches als Schrott Verwendung fand, zu wesentlich höheren Preisen getätigt. Das gab dem Markt eine Beunruhigung, die sich bis in das dritte Quartal hinein auswirkte. Im Juni führten Differenzen zwischen verschiedenen in der Dortmunder Schrottversorgung zusammengeschlossenen rheinisch-westfälischen Verbraucherwerken zur Auflösung der westdeutschen Einkaufszentrale, während auf der anderen Seite auch die Vereinbarungen innerhalb des zugehörigen Großhandelskonfortiums und zwischen dieser Händlergruppe und den Verbrauchern zu bestehen aufhörten. Den Vereinigten Stahlwerken nebst einigen anderen Werken, deren Schrotteinkauf nach wie vor gemeinsam durch die Dortmunder Einkaufszentrale erfolgte, gelang es jedoch bald, mit 4 westlichen Großhandelsfirmen zu neuen vertraglichen Vereinbarungen zu kommen. Diesen Firmen wurde die Bedarfsdeckung für die erwähnten Werke, die ca. 50 % des Gesamtchrottverbrauchs in Rheinland-Westfalen repräsentieren, für das dritte Quartal 1929 auf einer Preisbasis von RM. 70,— je To. Stahlchrott franko Verbrauchswerk übertragen. Dabei verständigten sich die fraglichen 4 Großhandelsfirmen zwecks Wahrung ihrer Verdienstspanne für die Eindeckung auf einen Stahlchrottpreis von ca. RM. 67,— je To. Der sonstige westdeutsche Großhandel, der bisher mit der Dortmunder Schrottversorgung im Vertragsverhältnis gestanden hatte, schloß Lieferungsabkommen mit den noch freien westlichen Werken ab. Die weitere Entwicklung führte im Westen zu einer Ermäßigung der obigen Preise für das vierte Quartal um zunächst RM. 1,— je To. auf RM. 69,— je To., franko Verbrauchswerk. Die Abschwächung machte im Verlaufe dieses Zeitraums weitere Fortschritte, so daß bereits Mitte November der vorerwähnte Abschluß der westlichen Werke für das vierte Quartal in Verbindung mit neuen Abschlüssen für das erste Quartal 1930 preislich auf ca. RM. 66,— pro To., franko Verbrauchswerk, zurückgesetzt wurde.

Die Versorgung der oberchleßischen Unternehmungen mit Schrott ist auch im Jahre 1929 durch die Deutsche Schrott-Vereinigung G. m. b. H. in Berlin erfolgt, an deren Organisation sich nichts geändert hat.

Die Einkaufspreise der Deutschen Schrott-Vereinigung stellten sich im Berichtsjahr für Kernschrott und Drehspäne auf Frachtbasis Essen bezw. Siegen, für Schmelzeisen auf Frachtbasis Essen bezw. Weisweid wie folgt:

		Kernschrott Frachtbasis Effen H.M. p. To.	Drehspäne Frachtbasis Effen H.M. p. To.	Schmelzeisen Frachtbasis H.M. p. To.
Januar		58,—	51,—	38,— Weizweid
Februar		58,—	51,—	38,— "
März		58,—	51,—	38,— "
April	bis 12.	58,—	51,—	38,— "
April	ab 13.	58,—	53,— Effen bzw. Siegen	38,— "
Mai		58,—	51,— Effen bzw. Siegen	38,— "
Juni	bis 14.	58,—	51,— Effen bzw. Siegen	38,— "
Juni	ab 15.	63,—	55,—	43,— "
Juni	ab 19.	65,—	57,—	43,— "
Juni	ab 20.	65,—	59,—	43,— "
Juli	bis 2.	65,—	59,—	43,— "
Juli	ab 3.	65,—	59,—	47,— Effen bzw. 45,— Weizweid
August		65,—	59,—	47,— Effen bzw. 45,— Weizweid
September	bis 23.	65,—	59,—	47,— Effen bzw. 45,— Weizweid
September	ab 24.	65,—	57,—	46,— Effen bzw. 44,— Weizweid
September	ab 28.	64,—	57,—	46,— Effen bzw. 44,— Weizweid
Oktober	bis 20.	64,—	57,—	46,— Effen bzw. 44,— Weizweid
Oktober	ab 21.	64,—	56,—	44,— Effen bzw. 42,— Weizweid
Oktober	ab 24.	63,—	55,—	44,— Effen bzw. 42,— Weizweid
November	bis 14.	63,—	55,—	44,— Effen bzw. 42,— Weizweid
November	ab 15.	61,50	53,50	43,— Effen bzw. 41,— Weizweid
November	ab 20.	61,50	52,—	43,— Effen bzw. 41,— Weizweid
Dezember	1.	60,—	50,—	43,— Effen bzw. 41,— Weizweid
Dezember	ab 2.	60,—	50,—	42,— Effen bzw. 40,— Weizweid

Die Errechnung der an die Schrottabnehmer resp. -lieferanten gezahlten Lokopreise waggonfrei Versandstation erfolgte in der Weise, daß von den vorgenannten Basispreisen die Schrottfracht von der jeweiligen Lieferstation bis Essen bezw. Siegen bezw. Geisweid in Abzug gebracht wurde. Für Groß-Berlin als dem Schnittpunkt zwischen Westen und Osten ergaben sich hiernach im Berichtsjahre waggonfrei Versandstation folgende Preise:

		Sternschrott	Drehspäne	Schmelzeisen
		NM. p. To.	NM. p. To.	NM. p. To.
Januar		41,—	34,—	20,—
Februar		41,—	34,—	20,—
März		41,—	34,—	20,—
April	bis 12.	41,—	34,—	20,—
April	ab 13.	41,—	36,—	20,—
Mai		41,—	34,—	20,—
Juni	bis 14.	41,—	34,—	20,—
Juni	ab 15.	45,—	37,—	24,50
Juni	ab 19.	47,—	39,—	24,50
Juni	ab 20.	47,—	41,—	24,50
Juli	bis 2.	47,—	41,—	24,50
Juli	ab 3.	47,—	41,—	29,—
August		47,—	41,—	29,—
September	bis 23.	47,—	41,—	29,—
September	ab 24.	47,—	39,—	28,—
September	ab 28.	46,—	39,—	28,—
Oktober	bis 20.	46,—	39,—	28,—
Oktober	ab 21.	46,—	38,—	26,—
Oktober	ab 24.	45,—	37,—	26,—
November	bis 14.	45,—	37,—	26,—
November	ab 15.	43,50	35,50	25,—
November	ab 20.	43,50	34,—	25,—
Dezember	1.	42,—	32,—	25,—
Dezember	ab 2.	42,—	32,—	24,—

Das Schrottgeschäft gestaltete sich im Berichtsjahre sehr wechselvoll. Bestimmend waren im ersten Vierteljahr die Verladebeschwerden, die sich infolge des strengen Winterwetters ergaben. Trotz Gewährung von Schnee- und Verladeprämien, die je nach den vorliegenden Verhältnissen im Ausmaße von NM. 2,— bis NM. 4,— je To.

bezahlt wurden, war der Handel zu größeren Lieferungen nicht in der Lage. Nachdem daher die Werke schon im Januar auf ihre eigenen Bestände zurückgegriffen hatten, mußte die Deutsche Schrott-Vereinigung im Februar, ebenso wie es auch im Westen geschah, dazu übergehen, große Mengen Rußeisen von der Reichsbahn und anderen Entfallstellen sowie Auslandsmaterial zu erheblich höheren Preisen heranzuziehen. Außerdem waren die Werke gezwungen, in bei weitem größerem Umfange als schon vorher, an Stelle von Schrott Roheisen einzusetzen. Der März brachte trotz milderem Wetters keine grundlegende Änderung der Lage. Wenn auch die Schrottzufuhren langsam zunahmen, so konnte doch auf die Ergänzung des Versorgungsmaterials durch größere Rußeisenmengen und Auslandsschrott einstweilen nicht verzichtet werden, weil eine Aufholung der aus der Frostperiode verbliebenen Lieferungsrückstände neben der Deckung des laufenden Bedarfs notwendig war. Diese Maßnahmen ließen sich nur mit großen Preisopfern durchführen, was angesichts der damaligen festen Tendenz des Weltmarktes besonders für den Auslandsschrott galt. Daneben mußten auch im Inlande weiterhin auf die zunächst unveränderten offiziellen Notierungen PreiskonzeSSIONen eingeräumt werden. Im April brachte zwar der schon erwähnte Beschluß der westdeutschen Einkaufsvereinigung, von Neuabschlüssen für das zweite Quartal abzusehen, eine gewisse Entspannung der Lage. Sie setzte sich jedoch erst allmählich durch, so daß nach wie vor preisliche Zugeständnisse, nunmehr allerdings nur noch von etwa RM. 2,— pro Tz. notwendig blieben. Ein Abbau der Grundpreise ließ sich überhaupt nicht erreichen. Im Gegenteil mußte seit Mitte April der Preis für Drehspäne sogar noch, wie aus den vorstehenden Tabellen ersichtlich ist, erhöht werden, um der wieder zunehmenden westlichen Konkurrenz zu begegnen. Im Mai ließen die Umsätze und Lieferungen ebenfalls noch erheblich zu wünschen übrig, während der Schrottbedarf eher eine Steigerung erfuhr. Es erwies sich von neuem, daß bei stärkerer Beschäftigung der schrottverbrauchenden Industrie das inländische Schrottaufkommen hinter den Anforderungen zurückblieb. Trotz Preiszugeständnissen waren daher Käufe von erheblichen Mengen Rußeisen und Auslandsmaterial nach wie vor unvermeidlich. Das Verfahren des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, der in den vorausgegangenen Monaten die Erlaubnis zur Schrottausfuhr gegeben hatte, war daher Gegenstand lebhafter Klagen und veranlaßte die Schrottverbraucher, hiergegen bei den maßgebenden Stellen mehrmals Protest einzulegen.

Die Anfang Juni erfolgte Auflösung der westlichen Schrottversorgungszorganisation stimmte den Markt wieder wesentlich fester.

Das Schutz- und Grenzabkommen zwischen dem Westen und der Deutschen Schrott-Vereinigung wurde illusorisch und hatte ein verstärktes Eindringen westdeutscher Handelsfirmen in die mittel- und ostdeutschen Versorgungsgebiete zur Folge, die hier durch höhere Gebote den Markt beunruhigten. Diese Entwicklung zwang die Berliner Einkaufsstelle zur Vornahme genereller Preiserhöhungen, um das Abfließen von Schrott nach Möglichkeit zu verhüten. Der neue teilweise Zusammenschluß im Westen, der im Juli erreicht wurde, setzte dann der sprunghaften Aufwärtsbewegung der Preise eine Grenze. Von nun an begann die Tendenz eher, wenn auch zunächst noch mit starken Schwankungen nach oben, nachzugeben. So ließen sich auch im August Preisentfaltungen noch nicht erreichen. Die westdeutsche Konkurrenz, im besonderen von denjenigen Schrotthandelsfirmen, die zu der Dortmunder Schrottversorgung in keinem Vertragsverhältnis standen, machte es sogar vielfach, und zwar bis September, noch notwendig, über die offiziellen Einkaufsnotierungen hinauszugehen. Erst seit Mitte des letzteren Monats setzte sich eine dann immer mehr zunehmende Abschwächung des Marktes durch, die entsprechend der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage sich über das Jahresende hinaus erstreckte und aus den Preisreduktionen der vorstehenden Tabellen ersichtlich ist. Die Abgaben des Handels nahmen in der zweiten Hälfte des Oktober stoßweisen Charakter an und sicherten bis zum Ende des Berichtsjahres eine ausreichende Versorgung der Werke, so daß außergewöhnliche Maßnahmen, wie Käufe von Rohmaterial und Auslandsschrott, wieder vollständig entbehrlich wurden.

Der Januar des Berichtsjahres brachte eine weitere Versäuerung der Nachfrage, die bereits im Dezember 1928 zu bemerken gewesen war. Daran änderte sich auch in den beiden folgenden Monaten nichts, wofür auf die ungewöhnliche Kälte des ersten Vierteljahres 1929, aber auch auf die finanziell bedrängte Lage der meisten Abnehmergruppen von Roheisen als Ursachen zu verweisen ist. Im ersten Quartal des Berichtsjahres wurde nur der dringendste Bedarf gedeckt. Die festere Haltung, in der sodann der Welteisenmarkt, im besonderen infolge der besseren Beschäftigung der englischen Roheisenindustrie, zu verfahren begann, ließ für das zweite Vierteljahr 1929 auch eine bessere Nachfrage für oberischlesisches Roheisen erwarten. In gleichem Sinne wirkte die Erwägung, daß der aufgestaute Bedarf doch endlich seine Deckung

Roheisen

finden müsse. Die erwartete Besserung setzte sich jedoch nur langsam durch, hielt dann aber allerdings seit etwa Mai bis zum Ende des Jahres an. Zunächst vergrößerte sich der Roheisenbedarf für Maschinengußzwecke, namentlich als seit Juni die Reichsbank ihre Kreditrestriktionen aufhob, die im Mai im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Young-Plan notwendig geworden waren. Später machte sich auch die Belebung des Baumarktes in vergrößerten Aufträgen für Roheisen bemerkbar. Der Baueisenbedarf hat auch den Roheisenmarkt gestützt, als seit etwa Ende des dritten Vierteljahres der Geschäftsgang in der Maschinenindustrie wieder verflaute.

Die Ausfuhr nach Ostoberschlesien, das für die deutsch-oberschlesische Hochofenindustrie in erster Reihe als Exportgebiet in Frage kommt, war infolge des polnischen prohibitiv wirkenden Einfuhrzollens unmöglich. Lediglich nach Deutsch-Österreich konnte im ersten Quartal des Berichtsjahres eine kleine Partie oberschlesischen Roheisens geliefert werden.

Trotz der etwas gebesserten Absatzlage hat der Roheisenverband mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Berichtsjahres seine Preispolitik mit großer Vorsicht gehandhabt. Die Preise sind nur einmal, mit Wirkung vom 15. Mai 1929 um RM. 1—4 für die T., je nach Sorte und Verbrauchsort erhöht worden. Damit wurden noch nicht einmal ganz die Preisabschläge ausgeglichen, die im Jahre 1927 infolge von Konkurrenzkämpfen mit Außenseibern notwendig geworden waren. Die Roheisenpreise lagen das ganze Berichtsjahr über unter den Weltmarktpreisen.

Walzeisen

Die Produktion hat sich im Berichtsjahre zu Gunsten des Stabeisens zugunlich des Qualitätsmaterials und zu Gunsten des Formeisens sowie der Bimetallplatten verschoben, während die Produktion in Bandeisen und Oberbaumaterial zurückgegangen ist. Im ganzen sind Produktion und Versand hinter dem Vorjahre zurückgeblieben. Die außerordentlich spät einsetzende Frühjahrskonjunktur des Jahres 1929 wurde durch Vereinnahmung von Aufträgen nach Rußland überbrückt. Störungen durch Auslandsmaterial konnten, wenn auch nicht unterbunden, so doch eingeschränkt werden. Während es trotz absinkender Konjunktur gelungen war, die Versand- und Produktionsziffern während der ersten 3 Quartale des Jahres 1929 auf annähernd gleicher Höhe wie im vorangegangenen Kalenderjahr zu halten, brachten die letzten Monate des Jahres bezüglich Versand und Produktion einen

erheblichen Rückschlag, der, wenn auch nicht allein, so doch in der Hauptsache auf die Unsicherheit bezüglich des Schicksals der Verbände zurückzuführen sein dürfte. Nachdem es gelungen ist, diese Verbände zu erneuern, steht zu hoffen, daß es den deutsch-oberschleisischen Werken durch die getroffenen Abmachungen wenigstens möglich sein wird, ihre Stellung im Rahmen der gesamten deutschen Eisenwirtschaft zu erhalten.

Für die Erzeugnisse der Kaltwalzwerke war die Geschäftslage **Kaltgewalztes Bandedeisen** während des ganzen Berichtsjahres außerordentlich schlecht. Der Bedarf der hauptsächlich ins Gewicht fallenden Verbraucherkreise wie der Metallwaren-, Nähmaschinen-, Kinderwagen-, Fahrrad-, Musik-, Papier- und Kabelindustrie ist zwar nicht wesentlich zurückgegangen, doch waren die Preise allgemein außerordentlich gedrückt. Das erklärt sich wenigstens zum Teil daraus, daß die kaltgewalztes Bandedeisen verarbeitenden Industrien in großem Umfange auf den Auslandsmarkt angewiesen sind und deshalb, um wettbewerbsfähig zu bleiben, so billig wie möglich einkaufen müssen. Unter diesen Verhältnissen hat Oberschlesien bei seiner ungünstigen Frachtlage zum Hauptabsatzgebiet in Mitteldeutschland besonders stark gelitten. Um den obererschleisischen Kaltwalzwerken auch nur eine notdürftige Beschäftigung zu sichern, war es unvermeidlich, noch größere Zugeständnisse bei der Preisstellung als die Konkurrenz zu machen. Trotz großer Opfer in dieser Hinsicht konnte jedoch die Leistungsfähigkeit der Anlagen nur teilweise ausgenutzt werden, so daß auch die Betriebslage das ganze Jahr hindurch ungünstig blieb. Ein Ausgleich wurde im Exportgeschäft zu finden versucht. Aber auch hier ließen die erzielbaren Erlöse wegen der obererschleisischen ungünstigen Frachtlage zu den Ausfuhrhäfen, ungeachtet der bestehenden Ausnahmetarife, keinen Nutzen. In welchem Ausmaße die Verlängerung der Stahlwerksverbände den Kaltwalzwerken zugute kommen wird, ließ sich am Ende des Berichtsjahres noch nicht beurteilen.

Die leichte Belebung des Auftragseingangs in Blechmaterial, die gegen Ende Januar zu verzeichnen war, mußte unter dem Einbruch der Frostkatastrophe im Februar einem neuen starken Niedergang weichen. Infolgedessen erreichte der Auftragsbestand zu Anfang März ein ganz ausgeprägtes Tief, das wesentlich unter den entsprechen-

Blech

den Zahlen des Vorjahres lag. Ende März setzte eine leichte Aufwärtsbewegung ein, die sich, abgesehen von einer leichten Flaute gegen Ende April, in den folgenden Monaten immer mehr verstärkte, um in der zweiten Junihälfte ihren Höhepunkt zu erreichen. Anfang Juli war ein Auftragsbestand zu verzeichnen, der ganz erheblich über den Vorjahreszahlen lag. Von da ab fiel der Auftragsseingang ziemlich gleichmäßig bis in die ersten Oktobertage, um dann bis Anfang Dezember erneut anzusteigen. Saisonmäßige Einflüsse, die Eisenverbandsverhandlungen und endlich der Ausfall größerer, bisher namentlich aus Rußland eingegangener Mittelblechaufträge verminderten den Auftragsbestand gegen Ende des Jahres ganz beträchtlich.

Die Auftragsbestände in Feinblechen zeigten während des ganzen Jahres ein durchaus uneinheitliches Bild mit scharfen Spitzen nach oben und unten, die oberen Punkte im April und stark erhöht im Juni, Juli bis Oktober, die unteren im März, November und Dezember. Getragen wurde das Geschäft, abgesehen von den ersten beiden Monaten, von der Auslandskonjunktur, die seit November in ein mehr oder weniger starkes Abflauen überging. Die Durchschnittserlöse zeigten seit März leicht sinkende Tendenz.

Der Auftragsbestand in Grobblechen läßt von Beginn des Jahres bis etwa Mitte August eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung, von da ab ein ebenso gleichmäßiges Absinken bis Mitte November erkennen, darauf erneutes Ansteigen, sodaß gegen Ende des Jahres die Aufträge nicht unerheblich über denen für Mittelbleche lagen. Am Auslandsgeschäft konnte Oberschlesien durch den Grobblechverband nur in geringem Umfange beteiligt werden.

Die Durchschnittserlöse tragen während des ganzen Jahres uneinheitliche, teils leicht sinkende, teils leicht steigende, gegen Ende des Jahres stärker abfallende Tendenz.

Der obereschlesiache Feinblechverband, der an dem gesamten Blechverband unseres Bezirks nur unwesentlich beteiligt ist, ging überwiegend nach dem Inland. Ein stärkerer Auslandsverband ist nur für die Monate August bis Oktober zu verzeichnen. Die Durchschnittserlöse bewegten sich ebenfalls leicht abwärts.

Die Hoffnungen, die auf den neugegründeten Mittelblechverband und den Feinblechverband, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Jahre 1930 zustande kommen wird, gesetzt werden, richten sich in der Hauptsache auf eine Steigerung und Stabilisierung der Mittel- und der völlig ungenügenden Feinblechpreise. Für Grobbleche ist eine gleiche Steigerung wohl kaum zu erwarten.

Die Marktlage in schmiedeeisernen Röhren war im ganzen Kalenderjahr 1929 wenig befriedigend. In den Monaten Januar und Februar wirkte sich noch der vermehrte Auftragszugang, den die Stilllegung der westlichen Werke im vierten Quartal 1928 mit sich brachte, durch eine erhöhte Verladung aus. Im übrigen lag aber der Inlandsmarkt recht darnieder. Die große Kälte, welche bis Ende März anhielt, verhinderte fast jegliche Bautätigkeit. Infolgedessen fanden die Händler nur ungenügenden Absatz und bestellten nur das Allernotwendigste. Die Ostsee war fast ein Vierteljahr lang zugefroren, sodaß in dieser Zeit der oberschlesische Export nach den skandinavischen Ländern nahezu ruhte. Auch in den übrigen Monaten zeigte das Röhrengeschäft eine stark sinkende Tendenz. Das Frühjahrsgeschäft setzte sehr spät ein und hielt sich in mäßigem Umfange. Die während des ganzen Jahres herrschende Geldknappheit hemmte im Inlande jegliche geschäftliche Entwicklung. Das Auslandsgeschäft blieb ebenfalls unterbrochen recht schwach. Besonders ungünstig lag das letzte Quartal. Die Händler hielten wegen der ungeklärten Verbandslage und bevorstehenden Inventur am Jahresende mit der Erteilung von Aufträgen sehr zurück und schrieben für einen großen Teil der Bestellungen Lieferung zu Beginn des neuen Jahres vor.

Schmiedeeiserne Röhren

In gußeisernen Röhren und Formstücken brachte das Jahr 1929 einen geringeren Versand als das Vorjahr, eine Erscheinung, welche auf die Verschlechterung der Lage auf dem Baumineralmarkt hinweist, die wiederum durch die Kapitalnot der Städte und Gemeinden bedingt ist. Trotz des regen englischen Wettbewerbs auf dem Weltmarkte konnte infolge Anpassung an die außerordentlich gedrückten Preise eine Erhöhung der Ausfuhr erzielt werden, denn der Export umfaßte 16,25 % des Inlandaufkommens gegen 6,41 % im Jahre 1928. Der Grund für diese Anpassung ist darin zu suchen, daß der Rückgang des innerdeutschen Verbrauches eine Ausnutzung der Betriebe nicht gestattete, sodaß mehr als bisher Auslandsaufträge, auch zu schlechten Preisen, hereingenommen werden mußten. Die bestehenden internationalen Kartelle, mit England als Außenseiter, haben wohl der gegenseitigen Bekämpfung der Werke auf dem Auslandsmarkte vorgebeugt, konnten indessen dem Wettbewerb der Engländer, besonders in den skandinavischen Ländern, nicht immer wirksam begegnen. Die Aussichten für 1930 sind im günstigsten Falle als mittelmäßig zu bezeichnen, da die Sparmaßnahmen der Gemeinden in erster Linie den Baumineralmarkt in Mitleidenschaft ziehen und selbst dringend notwendige Arbeiten zurückgestellt werden dürften.

Gußeiserne Röhren

Draht

Beschäftigung und Absatz der Drahtherstellung haben sich im Berichtsjahre in absteigender Linie bewegt. Schon im Januar waren Feierlichkeiten in einigen kleineren Spezialbetrieben nicht zu vermeiden, obwohl im 1. Jahresmonat der Auftragseingang noch zufriedenstellend war, wenn er auch unter der normalen Durchschnittsziffer lag. Im Februar ließen die Bestellungen noch weiter nach, so daß, trotzdem der Versand noch einen gewissen Umfang hatte, auch in diesem Monat in der Drahtstiftesfabrikation, aber auch im Grobdrahtzug, vereinzelt gefeiert werden mußte. Im März zeigte sich eine stärkere Nachfrage in vermehrten Spezifikationen, doch wurden zahlreiche Orders für April und Mai zurückgestellt. Das zweite Quartal des Berichtsjahres brachte keine wesentliche Besserung des Geschäfts. Auch die Auslandsaufträge blieben relativ unbedeutend. Auch im zweiten Quartal waren daher Feierlichkeiten unvermeidlich. Nach einer geringen Belebung des Absatzes im Juli trat im August wieder ein Rückschlag ein. Im September mußten Entlassungen von Arbeitern vorgenommen und die schon bisher notwendigen Unterbrechungen der Produktion beibehalten werden. Immerhin gelang es in diesen letzten Monaten des dritten Vierteljahres wie auch im vierten Quartal des Berichtsjahres, namentlich durch Auslandsabschlüsse eine leidliche Beschäftigung der reduzierten Belegschaft der Drahtwerke sicherzustellen.

Auch im Drahtgeschäft waren die erzielten Preise außerordentlich unbefriedigend. Das gilt selbst für die syndizierten Artikel. So war der Drahtverband, in dessen Händen der Verkauf der obererschlesischen Haupterzeugnisse liegt, infolge des Wettbewerbs der Außenseiter Anfang September des Berichtsjahres gezwungen, als Kampfmaßnahme die Preise mit Gültigkeit ab 20. August für die einzelnen Artikel um RM. 0,50 bis RM. 1,25 je 100 kg herabzusetzen. Auch die übrigen Verbände konnten Preiszugeständnisse wegen des Vorgehens der Außenseiter nicht vermeiden. Auch der ausländische Wettbewerb machte sich bemerkbar. So drang namentlich in Holzschrauben die schwedische Konkurrenz, begünstigt durch den geringen Einfuhrzoll, bis Oberschlesien vor und drückte ihrerseits auf die Preise. Diese Verhältnisse erwiesen von neuem die unbedingte Notwendigkeit fester Preisregelungen durch starke Verbände möglichst auf internationaler Grundlage. Es ist daher erfreulich, daß es Ende Dezember gelang, den Walzdrahtverband auf 10 Jahre zu verlängern. Damit ist auch die Grundlage für die Erneuerung des Verbandes für die verfeinerten Drahterzeugnisse geschaffen worden. Die Vorarbeiten hierfür wurden bereits im Berichtsjahre aufgenommen, obwohl dieser Verband noch

bis Ende 1930 läuft. Es bleibt zu hoffen, daß auch die übrigen Verbände, der Handelskettenverband, der Rielenverband und der Holzschraubenverband wieder erneuert werden. Um die Jahreswende kam bereits der internationale Holzschraubenverband zustande, dem sich auch die schwedischen Fabriken angeschlossen haben, so daß in Zukunft mit dem Aufhören des Preisdruckes von dieser Seite zu rechnen sein wird.

Die Lage der oberschlesischen Drahtseilfabrikation hat sich im Berichtsjahr gegenüber 1928 nicht unerheblich verschlechtert. Der allgemeine Abstieg der Konjunktur, anhaltende Kapitalknappheit, hohe steuerliche und soziale Belastung sowie die Erhöhung der Arbeitslöhne, für die in den Preisen an keiner Stelle ein Ausgleich zu erzielen war, haben den Umsatz und in noch höherem Maße auch das geschäftliche Ergebnis beeinträchtigt. Die Drahtseilerei war im Durchschnitt nur etwa zu 50 % ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Das Inlandsgeschäft brachte ihr wie auch den anderen deutschen Drahtseilereien nur eine recht schwache Beschäftigung. Auch Auslandsaufträge gingen spärlicher ein als im Vorjahr, da der Betrieb infolge seiner geringen Ausnutzung mit zu hohen Unkosten arbeitete und daher auf den stark umkämpften Auslandsmärkten nicht mehr wettbewerbsfähig war. Auch der Absatz nach Polen, der bereits im Vorjahre stark im Rückgang begriffen war und sich nur noch auf unbedeutende Mengen beschränkte, die im Veredelungsverkehr ausgeführt werden konnten, ist weiter zusammengeschrumpft, nicht zuletzt wohl auch infolge des Bestrebens der polnischen Verbraucher, möglichst einheimische Fabrikate zu verwenden. Preissteigerungen sind dank der zurückhaltenden Preispolitik des Drahtseilverbandes im allgemeinen nicht erfolgt. Der Drahtseilverband, dessen Dauer Ende 1928 ablief, ist nach Überwindung größerer Schwierigkeiten um 5 Jahre verlängert worden. Mit Ausnahme einiger unbedeutender Werke gehören ihm sämtliche maßgebenden deutschen Drahtseilwerke an, sodaß eine Beunruhigung des deutschen Drahtseilmarktes wie der Drahtseilindustrie, zu welcher der bei Nichtverlängerung des Verbandes auch im Inland einsetzende scharfe Konkurrenzkampf geführt hätte, vermieden ist. Nicht besser lagen die Verhältnisse in der Drahtzieherei. Der Auftragszugang aus dem Inland war noch geringer als in der Drahtseilerei. Doch brachten russische Aufträge einen gewissen Ausgleich. Da sie jedoch ebenfalls stark umstritten waren, ließen sie infolge des erheblichen Risikos und des langen Zahlungszieles keinen rechten Nutzen. Gegen Ende des Berichtsjahres ist es gelungen, mit Rußland ein Abkommen über die

Drahtseile

Lieferung eines weiteren Jahresbedarfs zu treffen, für welches das Reich und Preußen eine Ausfallgarantie übernommen haben. Dadurch ist der oberschlesischen Drahtseilindustrie eine teilweise Beschäftigung im kommenden Jahre gesichert. Das Geschäft in feinen Drähten, wie Webeligen, Krahendrähnen, die erst in jüngster Zeit in das Fabrikationsprogramm aufgenommen wurden, hat sich bisher noch nicht so entwickelt, wie erwartet wurde. — Auch die Spinnerei war im Berichtsjahr schwächer beschäftigt als 1928. Infolge der starken Konkurrenz und der ungünstigen Frachtlage ließen sich auch hier die erzielbaren Preise mit den Selbstkosten nicht recht in Einklang bringen. Auch die oberschlesische Drahtseilindustrie ist somit von der allgemeinen Wirtschaftsdepression in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst wenn der Steuerdruck gemildert wird und wenn es gelingt, mit Polen zu einem erträglichen Handelsvertrag zu kommen, wird es möglich sein, die Betriebe wieder einigermaßen rentabel zu beschäftigen.

Eisen- und Metallguß

Die Lage der Eisen- und Metallgießereien, die bereits in den Vorjahren unzureichend beschäftigt waren, hat sich im Berichtsjahr weiter verschlechtert. Insbesondere in den ersten Monaten fehlte es nahezu an jeder Beschäftigungsmöglichkeit. Die Maschinenindustrie, vor allem die Landmaschinenindustrie, litten einen guten Teil des Jahres über selbst unter Auftragsmangel und hatten daher nur geringen Bedarf. Die Bautätigkeit war schwach. Die wenigen vorkommenden Lieferungen wurden auch noch zum Teil nach dem Westen vergeben, mitunter wegen geringer Preisdifferenzen. Das Aufsuchen entfernterer Märkte war durch die hohen Frachten für Gießereierzeugnisse, welche den Wettbewerb gerade in den Hauptbedarfsgebieten, oft auch schon in Niederschlesien unmöglich machten, nicht angängig. Die Betriebe konnten daher fast das ganze Jahr nur in stark beschränktem Umfange und bei verkürzter Arbeitszeit aufrecht erhalten werden. Einzelne lagen auch zeitweise nahezu völlig still.

Maschinen und Apparate, Eisen- konstruktion

Die Beschäftigung der Betriebe war ungleichmäßig. Während einzelne Betriebe das ganze Jahr hindurch gut zu tun hatten und sowohl Arbeitsverkürzungen wie Feierschichten nicht eintreten zu lassen brauchten, hatten andere, insbesondere soweit sie für die Waggon-, Lokomotiv-, Automobil- und Maschinenindustrie arbeiteten, mit Arbeitsmangel zu kämpfen. Einzelne Betriebe waren in ihrer Produktion auch durch die Schwierigkeiten behindert, welche die Beschaffung von bestimmten Rohmaterialien (Stab- und Formeisen sowie Bleche) bereitete, da oft nur mit Fristen geliefert wurde, welche die Erledigung

der Aufträge in Frage stellten und zu Differenzen mit den Bestellern führten.

Die Absatzmöglichkeiten beschränkten sich im wesentlichen auf den engeren Bezirk. Ein Absatz nach dem weiteren Inland und nach dem Ausland war kaum möglich, da die hohen Frachten für die Fertigfabrikate wie die hohen Preise für die Rohstoffe, die sich aus dem Zwang, ab westlicher Frachtbasis zu kaufen, ergeben, einen erfolgreichen Wettbewerb mit den günstiger gelegenen Produktionsgebieten nicht zuließen. Die Preise waren infolge starker Konkurrenz außerordentlich gedrückt und ließen keinen rechten Nutzen, zumal auch im Berichtsjahr wieder Löhne und Gehälter erhöht wurden.

Die obereschlesische Werkzeugmaschinenindustrie litt in den ersten Monaten unter starkem Auftragsmangel. Um die Arbeiterschaft durchzuhalten, wurden während dieser stillen Zeit die gangbarsten Maschinentypen auf Vorrat gearbeitet. Erst im Mai bezw. in den Sommermonaten besserte sich der Auftragsseingang und gewährleistete den Betrieben bis zum Jahresjluß und auch für die ersten Monate des neuen Jahres Beschäftigung.

Werkzeug-
maschinen

Der Absatz stieß auch im Berichtsjahr auf die allergrößten Schwierigkeiten. Die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Inland machte es der Inlandskundenschaft mehr und mehr unmöglich, Neuinvestitionen vorzunehmen. Die Schwerindustrie, sonst ein guter Abnehmer, sah wegen Kapitalmangels von Bestellungen ab, und auch die Reichsbahn, früher der Hauptkunde, hielt damit aus Sparsamkeitsgründen stark zurück. Trotz Verzichts auf jeden Verdienst fand sich bis zum Jahresende kein genügender Absatz im Inlande. Die Betriebe waren daher im Berichtsjahr noch mehr als in den Vorjahren auf den Export angewiesen. Auf den Auslandsmärkten stießen sie jedoch auf stärkste ausländische Konkurrenz, die über billigeres Rohmaterial und billigeres Geld, zum Teil auch über niedrigere Löhne verfügt, auch nicht die hohen Lasten der deutschen Industrie aufzubringen hat und daher den Abnehmern entgegenkommendere Zahlungsbedingungen gewähren konnte als die obereschlesischen Betriebe. Dazu kommt, daß in den Fällen, wo unbedingt deutsche Fabrikate verlangt wurden und es sich um normale Maschinen handelte, auch die deutsche Konkurrenz die Preise stark unterbot, selbst dort, wo es nicht nötig gewesen wäre, um nur den Auftrag an sich zu bringen. Der Export beschränkte sich daher im wesentlichen auf Spezialmaschinen und besonders hochwertige Maschinen, für die der

Bedarf an sich schon geringer ist als in normalen Typen. Sehr empfindlich machte sich auch im Berichtsjahr die verhältnismäßig geringe Absatzmöglichkeit in Polen bemerkbar, auf die sich die lange Dauer des Zollkrieges ungünstig ausgewirkt hat. Selbst wenn der Handelsvertrag in der nächsten Zeit zustande kommen sollte, wird infolge der ungeklärten innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage in Polen zunächst kaum mit einem größeren Bedarf gerechnet werden dürfen. Auch nach der Tschechoslowakei war der Export infolge des Fehlens eines Handelsvertrages erschwert. Besondere Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß in allen Ländern, mit denen die wirtschaftlichen Beziehungen nicht geklärt bzw. schlecht sind, eigene Industrien entstanden sind, die nicht mehr verschwinden werden, sondern eine dauernde Konkurrenz bedeuten.

Die Frachtsätze, zu denen die obererschlesischen Maschinenfabriken ihre Rohmaterialien beziehen und ihre Fabrikate verfrachten müssen, erwiesen sich, wie schon in den früheren Jahren, als ein bedeutendes Hemmnis für den Absatz. Auch die ermäßigten Ausnahmetarife nach den Seehäfen für Exportgüter erwiesen sich für die obererschlesischen Betriebe als nicht ausreichend, da sie die Ungunst der Frachtlage Oberschlesiens gegenüber der günstiger gelegenen Berliner, rheinisch-westfälischen und auch sächsischen Konkurrenz nicht ausgleichen. Die Finanzierung von Produktion und Absatz bereitete stets große Schwierigkeiten, da die Werke selbst nicht über genug Geldmittel verfügten, Anzahlungen jedoch nur selten, bei staatlichen Aufträgen fast gar nicht zu erhalten und Bankkredite nur schwer oder nicht im benötigten Umfange zu erhalten waren. Der Mangel an flüssigen Mitteln wie an ausreichendem Kredit hat des öfteren dazu geführt, daß auf gute und größere Geschäfte verzichtet werden mußte, wenn eine Anzahlung nicht zu erhalten war.

Landwirtschaftliche Maschinen

Infolge des strengen und anhaltenden Winters litt die Industrie landwirtschaftlicher Maschinen in den ersten Monaten des Berichtsjahres unter starkem Auftragsmangel. Die Umsätze blieben in dieser Zeit beträchtlich hinter den Umsätzen in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Eine Belebung des Geschäfts trat erst im Mai ein. Sie verstärkte sich im Juni und nahm im Juli teilweise einen Umfang an, daß die Aufträge nur mit Hilfe von Überstunden erledigt werden konnten. Bereits im August war das Geschäft jedoch wieder normal. Die letzten Monate zeigten wieder eine recht schwache Beschäftigung. Die Industrie landwirtschaftlicher Maschinen in Ober-

Schlesien erlebte 1929 demnach nur ein verhältnismäßig kurzes Saisongeschäft, da die Landwirtschaft infolge des späten Eintritts wärmeren Wetters mit der Deckung ihres Bedarfs an Maschinen recht lange zögerte und nach der Ernte infolge der gedrückten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Neuanschaffungen zurückhielt. Pflüge und Säter wurden, wie im Vorjahre, wenig gekauft. Auch nach Pflanzenschutzmaschinen bestand nur geringe Nachfrage. Sehr viel verlangt wurden jedoch Gras- und Getreidemäher. Der Absatz in Dreschmaschinen, Kartoffelgrabern und Kartoffelfortierern war sehr mäßig. Große Zurückhaltung zeigte die Landwirtschaft auch bei Bestellung größerer Maschinen wie Rad- und Raupenschleppern, Anhängegerät u. a. Das Hackmaschinengeschäft entwickelte sich nur bis zur Ernte zufriedenstellend. Wie die Landwirtschaft, war auch der Maschinenhandel aus Kapitalmangel in seinen Dispositionen sehr vorsichtig. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Maschinen war nur in geringem Umfang möglich, da das in Betracht kommende Ausland, insbesondere Polen und die Tschechoslowakei, die Einfuhr fremder landwirtschaftlicher Maschinen und ihrer Ersatzteile durch hohen Zollschatz bzw. Einfuhrverbote verhinderte. Alles in allem genommen, dürften im Berichtsjahre die Umsätze des Vorjahres nicht ganz erreicht worden sein.

Wie der Kapitalmangel bei Landwirten und Händlern den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen einengte, erschwerte er auch die Abwicklung der getätigten Verkäufe. Die Kundschaft kam ihren Verpflichtungen zwar nach, die Zahlungen gingen jedoch nur langsam, häufig nach mehrfachem Mahnen ein. In großem Umfange wurde auch mit Wechseln gezahlt, die oft prolongiert oder vom Verkäufer eingelöst werden mußten. Den Betrieben erwuchsen hieraus nicht geringe Schwierigkeiten. Die Löhne für Angestellte erfuhren auch im Berichtsjahr eine Erhöhung, während die Preise nur z. T. erhöht werden konnten, im übrigen jedoch infolge der großen Konkurrenz stark gedrückt waren. Trotzdem waren die Betriebe bemüht, ihre Arbeiterschaft durch Arbeiten auf Vorrat auch während der stilleren Monate zu beschäftigen, wenn auch Entlassungen und Arbeitszeitbeschränkungen nicht ganz zu vermeiden waren.

Die Lage der oberschlesischen Waagenindustrie war unverändert schlecht. Trotz größter Anstrengungen war es ihr auch im Berichtsjahr nicht möglich, einigermaßen gleichmäßige Beschäftigung zu finden. Immer wieder gab es Wochen und Monate, in denen sie empfindlich unter Arbeitsmangel zu leiden hatte und Betriebseinschränkungen

Waagen

vorgenommen werden mußten. Die erzielten Preise waren unzulänglich und deckten oft kaum die Selbstkosten. Zu der schlechten Lage der obereschlesischen Waagenindustrie trug nicht wenig die starke Konkurrenz westdeutscher Fabrikate bei, die, gestützt auf niedrigere Preise selbst in Oberschlesien immer stärker Fuß fassen konnten. Dadurch sind der obereschlesischen Waagenindustrie Aufträge seitens der obereschlesischen Industrie wie auch der Reichsbahn, auf die sie bei ihrer Lage und infolge der Unmöglichkeit, Ostoberschlesien und Polen zu beliefern, angewiesen ist, in einem Umfange entgangen, daß Betriebsstillegungen ernstlich erwogen wurden. Es wäre zu bedauern, wenn diese Spezialindustrie, an deren Erhaltung Oberschlesien ein starkes Interesse haben sollte, ganz oder teilweise zum Erliegen käme.

**Dampfkeisel,
Dampfkeisel-
bedarf**

Die Beschäftigung der Betriebe war im ersten Halbjahr ungenügend. Das zweite Halbjahr brachte zwar eine Belebung, die vorübergehend eine Verstärkung der Belegschaft ermöglichte; die Besserung hielt jedoch nicht an. Die letzten Wochen des Berichtsjahres brachten bereits wieder einen erheblichen Rückgang der Aufträge wie der Anfragen, sodaß Entlassungen notwendig wurden. In den Absatzverhältnissen sind Änderungen nicht eingetreten. Das Inlandsgeschäft war infolge der ungünstigen Frachtlage weiter wenig rentabel, das Auslandsgeschäft infolge des Verlustes des ostoberschlesischen und polnischen Absatzgebietes gering.

Baubeischläge

Infolge der noch verhältnismäßig regen Bautätigkeit war die obereschlesische Fabrikation von Baubeischlägen fast während des ganzen Jahres reichlich beschäftigt. Besonders lebhaft war der Auftragszuwachs in den Sommermonaten. Die geringe Lagerhaltung der Händler, eine Folge des allgemeinen Kapitalmangels, hatte zur Folge, daß meist recht kurzfristige Lieferfristen gefordert wurden. Um diesen zu genügen, mußte die Belegschaft zeitweise vermehrt und ein Teil derselben auch in Überstunden beschäftigt werden.

Im Gegensatz zur guten Beschäftigung standen die Erlöse. Die bestehenden Preiskonventionen erwiesen sich als unzulänglich und vermochten die Unterbietung der festgesetzten Preise auf dem Inlandsmarkt nicht zu verhindern. Die Bemühungen, feste Verbände zu schaffen, sind bisher ohne Erfolg geblieben, sodaß die Preise ständig unzureichend waren. Das Ergebnis wurde nach wie vor auch dadurch ungünstig beeinflusst, daß die obereschlesische Fabrikation von Bau-

beischnlägen ihren Bedarf an Rohmaterial weiter auf westlicher Frachtgrundlage zu kaufen gezwungen und dadurch den rheinisch-westfälischen Betrieben gegenüber, mit denen sie nicht nur in Mitteldeutschland, sondern auch in Ostdeutschland im Wettbewerb steht, im Nachteil war.

Das Exportgeschäft beschränkte sich auf den Freistaat Danzig. Aber auch hier konnte das Ergebnis nicht befriedigen. Da sich die polnische Konkurrenz mehr und mehr vervollkommenet hat und billiger sein kann, ist der Umsatz nach Danzig geringer geworden. Auch Zoll-erhöhungen und Einfuhrbeschränkungen haben den Absatz dahin immer schwieriger gestaltet. Die Erlöse aus dem Export ließen sehr zu wünschen übrig, blieben teilweise sogar unter den Gestehungskosten.

Auch im abgelaufenen Jahr hat die deutsche Reichsbahngesellschaft in ihrer Materialbeschaffung große Zurückhaltung gezeigt und dadurch jene Fabrikationszweige, die wie die Fabrikation von Oberbauschrauben speziell auf ihre Bestellungen angewiesen sind, in eine trostlose Lage versetzt. Die eingegangenen Bestellungen erreichten knapp ein Drittel der Produktionsmöglichkeiten. Um den Betrieb überhaupt aufrecht zu erhalten, mußten die geringen Arbeitsmengen durch Verkleinerung der Belegschaft und zeitweise Kurzarbeit gestreckt werden, obwohl dadurch ein rationelles Arbeiten unmöglich wurde. Unter diesen Verhältnissen mußten sich die bewilligten, von einem Syndikat festgesetzten Preise, die bei normaler Beschäftigung genügt hätten, als unzureichend erweisen.

**Oberbau-
schrauben**

Sonstige Metalle und Metallverarbeitung.

Von den obererschlesischen Erzbergwerken waren auch im Jahre 1929 nur die Deutsch-Bleischarleygrube der Bergwerks-gesellschaft Georg v. Giesche's Erben und die Fiedlersglückgrube der Schlesischen Bergwerks- und Hütten Aktiengesellschaft in Betrieb. Die ebenfalls dieser Gesellschaft gehörige Neue Viktoriagrube hat weiter stillgelegt. Die auf der Fiedlersglückgrube gewonnenen Erze wurden bis Mitte April 1929 in der Aufbereitungsanlage der Neuen Viktoriagrube, von da ab in derjenigen der Neuhoßgrube verarbeitet, die im Jahre 1928 von der Schlesischen Bergwerks- und Hütten A. G. übernommen

Zinierz

worden war. Zum Abtransport der Erze der Fiedlersglückgrube nach der Neuhoß-Aufbereitung war die Errichtung einer etwa 800 m langen Verbindungsseilbahn zwischen der Neuhoß-Aufbereitung und der alten Seilbahn Fiedlersglückgrube/Neue Viktoriagrube notwendig. Die Verlegung des Aufbereitungsbetriebes nach der Neuhoßgrube wurde dadurch hervorgerufen, daß die Neuhoß-Aufbereitungsanlage während der Zeit, in der sie still lag, durch Ergänzungsbauten zu einer technisch modernen Einrichtung, die auch wirtschaftlich bessere Ergebnisse zu geben verspricht, ausgestattet worden war. Die Aufbereitung hatte bis zur Stilllegung der Neuhoßgrube zur Verarbeitung von deren Erzen gedient. Bei dem anders gearteten Charakter der Erze der Fiedlersglückgrube, insbesondere infolge des höheren Bleigehalts derselben, mußte die Aufbereitungsanlage vor ihrer Verwendung für die Fiedlersglückerze umgebaut und ergänzt werden. Dieser Erweiterungsbau erstreckte sich insbesondere auf die Flotationsanlage, da in dieser jetzt nicht, wie früher, nur Zinkerze, sondern auch Bleierze gewonnen werden müssen. Es wurde also von der einfachen Flotation zur differenziellen Flotation übergegangen. Im Zusammenhang damit wurde die Erneuerung des Schmalspurbahnanschlusses der Neuhoßgrube sowie die Verbindung desselben mit den an der Landesgrenze verlegten Reichsschmalspurbahngleisen notwendig, ferner die Errichtung einer umfangreichen Eindickeranlage zur Klärung der Betriebswasser der Aufbereitungsanlage. Endlich wurde die Aufbereitungsanlage hinsichtlich der elektrischen Stromversorgung an das deutsche Netz der Oberschlesischen Elektrizitätswerke (D. E. W.) angeschlossen, während sie bis dahin den Strom über die polnisch-oberschlesische Radzionkaugrube der Voreigentümerin, der The Hendel von Donnersmarck Beuthen Estates Limited bezog.

Auf der Fiedlersglückgrube wurden an Neubauten eine Zubringewasserhaltungsanlage errichtet, durch welche die dem Betriebe zufließenden Grubenwasser der Wasserhaltungsanlage der Neuhoßgrube zugeführt werden. Bis zu dieser Betriebsumstellung wurden die Grubenwasser über das polnisch-oberschlesische Zinkerzbergwerk „Cecilie“ abgeleitet.

Auf der Deutsch-Bleischarlengrube wurde die Anfang 1929 fertiggestellte Versuchsflotationsanlage in Betrieb genommen, wodurch die Konzentraterzeugung verstärkt wurde. Die sonstigen Neuerungen stellen hauptsächlich Umbauten und Ergänzungen dar, die teilweise sich aus betrieblichen Gründen notwendig machten, wie z. B. die Erweiterung des Kesselhauses, teilweise auf bergpolizeiliche Forderungen zu-

rückzuführen sind, wie die verschiedenen Bauten in der Wälzanlage. Die geologische Bearbeitung des im Jahre 1928 von Hendel erworbenen Zinkerzfelderbesitzes ist wohl in Angriff genommen worden, konnte jedoch noch zu keinem Abschluß führen, da das zu bearbeitende Gebiet zu umfangreich ist. Aus diesem Grunde kann über die Erfahrungen mit diesen Neuerwerbungen noch nicht berichtet werden.

Da mit der Teilung Oberschlesiens im Jahre 1922 sämtliche Zinkhütten an Polen gekommen sind, hat sich seitdem die Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesche's Erben mit Plänen für eine neue Zinkhütte in Deutschland getragen. Leider ist im Berichtsjahre die Entscheidung dahin gefallen, daß diese Anlage nicht in Oberschlesien, sondern in Magdeburg errichtet werden wird. Georg v. Giesche's Erben werden zusammen mit der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau und der Magdeburger städtischen Verwaltung auf einem neu erschlossenen Industriegelände in der Nähe der Stadt Magdeburg ein neues großes Kraftwerk errichten, wodurch die Möglichkeit geschaffen werden wird, die neue Elektrolitzzinkhütte mit billigem Strom zu versorgen und günstige Gelegenheit sowohl für den Bezug der Erze als auch für den Abtransport des fertigen Zinks und seiner Nebenprodukte zu schaffen. Die zentrale Lage Magdeburgs im Herzen Deutschlands und an der Einmündung des Mittellandkanals in die Elbe waren für den Entschluß, den Bau der Hütte dort vorzunehmen, maßgebend. Mit dem Bau selbst wird erst im Laufe 1930 begonnen werden.

Der Betrieb der Bergwerke und der Aufbereitung ging glatt von statten, da auch im Jahre 1929 der Erzbergbau von Streiks und Aussperrungen verschont blieb. Dagegen setzte, wie üblich, mit Ablauf des Lohntarifs eine Lohnbewegung ein, die zur Folge hatte, daß die Löhne der oberschlesischen Erzbetriebe mit Wirkung vom 1. 6. 1929 um 5 % bzw. 10 % erhöht wurden. Bezüglich der Arbeitszeit trat eine Kürzung derselben bei den 10-stündig beschäftigten Arbeitern um $\frac{1}{2}$ Std. ein. Im übrigen blieben die Arbeitszeiten unter und über Tage unverändert.

Daß im Dezember 1928 gegründete Zinksyndikat hat seine Aufgabe, den Zinkpreis zu stabilisieren, nicht erfüllen können, so daß es schon zum 31. Dezember 1929 aufgelöst wurde. Während noch zu Beginn des Jahres sich der Zinkpreis zwischen £ 26 und £ 27 durchschnittlich halten konnte, gab er im Laufe der 2. Jahreshälfte immer mehr nach und sank schließlich im Dezember auf £ 20,8.— im Durchschnitt. Die genaue Preisbewegung für das Jahr 1929 zeigt folgende Tabelle:

Monatsdurchschnitt		£
Januar		26. 4. 3
Februar		26. 5. 11
März		27. 3. 5
April		26. 13. 9
Mai		26. 13. 5
Juni		26. 2.—
Juli		25. 7. 7
August		25.—. 7
September		24. 8. 11
Oktober		23. 2. 6
November		21. 2.—
Dezember		20. 8.—

Der höchste Tagesdurchschnitt fiel auf den 18. März mit £ 29.1.10, der niedrigste auf den 29. November mit £ 19.18.1.

Die vom Syndikat verfüigten Einschränkungen betrugen zwischen 5 und 10 %. Diese Einschränkungen reichten jedoch nicht so weit, daß die Erzeugung sich dem Konsum anpassen konnte, zumal für das Elektrolitzink besondere Konzessionen gemacht werden mußten, die sogar zu einer Steigerung der Gesamtproduktion gegenüber 1928 führten. Die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage in allen Ländern, namentlich Einschränkungen auf dem Baumarkt führten zu einer allgemeinen Zurückhaltung des Konsums. Die Folge davon war ein unaufhaltbarer Rückgang des Zinkpreises. Dazu kamen noch Gegensätze innerhalb des Syndikats selbst zwischen den einzelnen Produzentengruppen, und zwar den Grubenhütten einerseits und den reinen Lohnhütten andererseits, die schließlich zur Auflösung des Syndikates führten. Es wurde jedoch eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit einer Wiedererrichtung des Syndikats bezw. ein Zusammenarbeiten der einzelnen Produzentengruppen auf anderer Grundlage erforschen soll.

Zinkblech

Der Zinkblechabsatz entwickelte sich auch in 1929 in der seit Jahren üblichen Kurve, da im Berichtsjahre größere Veränderungen am Baumarkte und in der weiterverarbeitenden Industrie nicht eingetreten sind. Er bewegte sich von seinem Tiefstande zu Beginn des Berichtsjahres, allerdings mit starken Schwankungen, aufwärts bis August/Oktober und ist dann bis Ende 1929 wieder ziemlich stark zurückgegangen. Die Geschäftsstille der ersten beiden Monate wurde auch am Zinkblechmarkte durch das strenge Winterwetter vertieft, das den Transport stark behinderte. Im März trat dann eine unerwartet rege

Nachfrage ein, die den Zinkblechabsatz auf etwa das 8-fache der geringen Verkaufsmengen der Vormonate ansteigen ließ und damit an die besten Monate des Vorjahres heranreichte. Diese Verstärkung der Nachfrage war jedoch weniger auf den Beginn der Bauzeit als in der Hauptsache auf die Verlängerung der internationalen Zinkkonvention sowie auf die kräftige Anregung zurückzuführen, die der Zinkmarkt von der im Monat März eintretenden Kupferhaube erfahren hat. Überhaupt sind die schon erwähnten, in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres erkennbaren Schwankungen der Verkaufsziffern in erster Linie wiederum auf die Bewegungen der Londoner Rohzinknotiz zurückzuführen, die bald zu größeren Eindeckungen Veranlassung gaben, bald größere Zurückhaltung beim Einkauf hervorriefen. Fast in allen Monaten des Berichtsjahres hat ein mehrmaliges Auf und Ab des Zinkblechpreises stattgefunden. Die Erhöhungen und Ernie-
drigungen schwankten zwischen 0,25 RM. und 1,50 RM. Im März erhöhte sich der Preis als Folge der schon gedachten Verhältnisse sogar um 3,— RM. Im April trat ein Rückgang um 4,50 RM. je 100 kg ein. Das Jahr 1928 hatte mit einem Zinkblechpreise von 68,25 RM. je 100 kg geschlossen. Am Ende des Jahres 1929 betrug der Zinkblechpreis 56,— RM.

Die Beschäftigung war bis in den Herbst hinein verhältnismäßig **Mittel, Kupfer,**
gut, flaute jedoch gegen Ende des Jahres merklich ab, sodaß Feuer- **Aluminium**
schichten eingelegt und Kündigungen ausgesprochen werden mußten. Die Preise waren nicht immer mit den Fabrikationskosten in Einklang zu bringen, zumal der Geldeingang außerordentlich zu wünschen übrig ließ. Exportaufträge konnten nur auf Kosten des Erlöses herein-
genommen werden.

Industrie der Steine und Erden.

Für die deutsche Zementindustrie war der geschäftliche Verlauf des Jahres 1929 nur insofern befriedigend, als der Fortbestand der Verkaufsverbände diesen Industriezweig vor dem Zusammenbruch schützte. Die dem Baugewerbe bis in das späte Frühjahr hinein abträgliche Witterung, das teure Geld und die immer mehr zunehmende Kapitalnot haben die Absatzverhältnisse sehr nachteilig beeinflusst, sodaß die Versandziffern gegen das Vorjahr zurückblieben und namentlich in den letzten Monaten des Jahres einen erheblichen Rückfall auf-

Zement

wiesen. Die in der Zementindustrie vorhandene Überproduktion machte sich daher in verstärktem Maße bemerkbar und hatte zahlreiche Betriebsstillegungen zur Folge. Nicht wenig kamen dabei auch die für die deutsche Zementindustrie sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse auf dem Weltmarkt zum Ausdruck. Anstatt einer Steigerung ihres Anteiles an der Versorgung des zunehmenden Weltbedarfes an Zement, sah sich die deutsche Zementindustrie von vielen Auslandsmärkten weiter zurückgedrängt, während gleichzeitig die Einfuhr von ausländischem Zement in Deutschland zunahm. Die Ursache ist in der billigeren Produktion des Auslandes zu suchen, wo der bei der Herstellung des Zementes sehr ins Gewicht fallende Lohnfaktor durchweg erheblich niedriger liegt als in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der skandinavischen Länder, die dafür aber die billig arbeitenden Wasserkräftenanlagen und über See wesentlich günstigere Verfrachtungsmöglichkeiten besitzen.

Die obereschlesische Zementindustrie hatte unter diesen Verhältnissen in ihrem Bestreben, sich neue Absatzgebiete zu eröffnen, nicht den erhofften Erfolg. Die großen Aufwendungen, die sie in den letzten Jahren für den neuzeitlichen Ausbau ihrer Produktionsanlagen gemacht hat, haben sich vorläufig nur nach der Richtung hin als nützlich erwiesen, daß die Werke in der Herstellung hochwertiger Erzeugnisse fortschreiten konnten. Der von der Zementindustrie längst als wünschenswert erkannten Senkung der Verkaufspreise standen neben der unzureichenden Beschäftigung der Werke hauptsächlich die hohen Steuerlasten entgegen, mit welchen die Industrie überbürdet ist. Trotz dieser Tatsachen werden fortwährend Neugründungen von Zementfabriken versucht, deren Verwirklichung die ohnehin gespannte Lage der Zementindustrie bis zum Brechen verschärfen könnte. Daß damit niemandem gedient wäre, würde der Verlauf der Dinge bald ergeben. Ein Rückgang der Erträgnisse der Zementfabriken würde nicht nur von diesen, sondern auch überall dort nachteilig empfunden werden, wo das eigene Interesse mehr oder weniger von der Lage der Industrie abhängt.

Die Werke haben auch im vergangenen Jahre ihre Bemühungen fortgesetzt, den Zementverbrauch durch die Schaffung neuer Verwendungszwecke zu steigern. Dabei haben sie insbesondere dem Betonstraßenbau ihre Aufmerksamkeit zugewendet und für dessen Förderung nicht unwesentliche finanzielle Opfer gebracht. Aber selbst ihre Bereitwilligkeit, den Betonstraßenbau in angemessenem Umfange zu finanzieren, hat das Vorurteil der Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden des Ostens gegen diese Straßenbauweise nicht brechen kön-

nen, trotzdem im Westen und Süden Deutschlands die Betonstraße immer mehr zur Ausführung gelangt und sich nicht nur bewährt, sondern auch in der Anlage und den Unterhaltungskosten jeder anderen Straßenbauweise überlegen ist.

Auch durch die unzureichenden östlichen Verkehrsverhältnisse sah sich die oberschlesische Zementindustrie in ihrer Entwicklung stark behindert. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß der wirtschaftliche Fortschritt Oberschlesiens unmöglich ist, solange nicht bessere und billigere Transportwege nach dem Innern des Reiches geschaffen werden. Zu den Industrien, die hiervon betroffen werden, gehört mit in erster Reihe die oberschlesische Zementindustrie. Der Verfrachtung ihrer Erzeugnisse auf dem Eisenbahnwege sind, solange die Reichsbahn sich gegen die Gewährung billigerer Tarife für oberschlesischen Zement nach dem Innern des Reiches ablehnend verhält, verhältnismäßig enge Grenzen gezogen; dagegen wären für die oberschlesische Zementindustrie wesentlich erweiterte Absatzmöglichkeiten als Ersatz für die verlorenen Absatzgebiete gegeben, wenn ihr ein leistungsfähiger Großschiffahrtsweg auf der Oder zur Verfügung stände. Der beschleunigte Ausbau der Oder zum Großschiffahrtsweg wird daher auch für die oberschlesische Zementindustrie immer mehr zur dringenden Notwendigkeit. Es ist vollkommen abwegig, diese Notwendigkeit immer nur mit den dem Osten durch den Mittellandkanal drohenden Gefahren zu begründen. Diese Notwendigkeit ist auch, vom Mittellandkanal abgesehen, geboten, wenn das oberschlesische Wirtschaftsleben nicht verkümmern soll; sie wird durch die Gefahr des Mittellandkanals nicht erst geschaffen, sondern nur verstärkt.

In größter Sorge ist die oberschlesische Zementindustrie wegen der Gestaltung der Zollverhältnisse mit Polen und der Tschechoslowakei. Ein Wiederaufleben der früheren Zollungleichheit für Zement dergestalt, daß z. B. Polen auf deutschen Zement einen hohen Zoll erhebt, während polnischer Zement in Deutschland mit einem niedrigeren Zoll eingeht, wäre für die oberschlesische Zementindustrie geradezu vernichtend. Zollparität ist ihr Verlangen, das den maßgebenden Regierungsstellen immer wieder als berechtigt und dringend geboten vor Augen geführt werden muß.

Die geringe Zunahme des Kalkabsatzes im Jahre 1928 hat sich in 1929 nicht fortgesetzt. Dementsprechend weisen die Absatzziffern der oberschlesischen Kalkindustrie gegen das Vorjahr eine Verminderung des Versandtes auf. Neben der Beeinträchtigung der Bautätigkeit durch

die schwierige Beschaffung von Baugeldern und die hohen Hypotheken-Zinssätze wirkte sich besonders für die Abnahmen seitens der Landwirtschaft der ungewöhnlich starke und langandauernde Frost im Frühjahr nachteilig aus. Die Tatsache, daß sich der Hauptbedarf an Düngerkalk immer noch auf wenige Monate im Frühjahr zusammendrängt, wird auch in Zukunft ein starkes Hemmnis für einen gleichmäßigen Absatz bleiben. Die erhoffte bessere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeit, die sich gerade im Jahre vorher infolge Umstellung auf neuere Brennweisen vergrößert hatte, blieb aus, und die Werke sahen sich nur mit 50—60 % ihrer vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Hieraus ergaben sich teilweise ungünstige Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und die auf diese aufgebaute Rentabilität der Betriebe. Es kam hinzu, daß sich die Aussichten der ostdeutschen Kalkindustrie auf neue Absatzgebiete nicht gebessert haben. Die Nachbarländer blieben ihr weiter versperrt, so daß sie wieder nur auf den Inlandsmarkt angewiesen war; insbesondere war jede Ausfuhr von Kalk nach Polen auch im Jahre 1929 unmöglich.

Wenn hiernach von einer Ausfuhr der obererschlesischen Kalkindustrie überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte, so machten sich andererseits erneute erhebliche Erschwernisse für den Inlandsabsatz bemerkbar. Schon im Vorjahre hatte der schwedische Kalk, der mit Seglern in Pillau und Königsberg eingeführt wird, sich für den Absatz obererschlesischen Kalkes sehr unangenehm bemerkbar gemacht. Nachdem der Transport von Gotland nach Ostpreußen durch Schaffung kleinerer Schiffe von etwa 100 bis 150 To., die mit Motoren ausgestattet sind, erleichtert worden ist, bedeutet die Konkurrenz des schwedischen Kalkes für die obererschlesische Kalkerzeugung eine ernste Gefahr. Infolge der sehr niedrigen Wasserfracht stellt sich schwedischer Kalk nach Ostpreußen um etwa RM. 5,— je To. franko ostpreuß. Häfen billiger als obererschlesischer Kalk, und da die Abnehmer nicht mehr wie früher gezwungen sind, große Posten von 4—500 To. auf einmal zu beziehen, so findet der schwedische Kalk insbesondere bei der Kalk verbrauchenden Industrie leider steigende Verwendung. Es wird von der obererschlesischen Kalkindustrie der Versuch gemacht werden müssen, nach den ostpreußischen Häfen Frachterleichterungen für Kalk zu bekommen; mit welchem Erfolge, muß abgewartet werden.

Um bei der ungünstigen Frachtlage der obererschlesischen Kalkindustrie gegen den Wettbewerb der wesentlich günstiger liegenden niederschlesischen, Rüdersdorfer und pommerischen Kalkindustrien aufzukommen, waren vielfach Zugeständnisse an die Abnehmerschaft in den

stark umkämpften Gebieten notwendig, die den Gesamterlös beeinträchtigten.

Mit dem am 1. Oktober d. Js. eingeführten neuen, beträchtlich erhöhten polnischen Eisenbahn-Gütertarif haben die Ausnahmefrachtsätze nach Pommern und Ostpreußen eine ganz wesentliche Einschränkung, zum Teil gänzliche Aufhebung erfahren. Dieses bedauerliche Moment wirkt sich schon jetzt für Absatz obererschlesischen Kalkes auf weitere Entfernungen ungünstig aus.

Im Laufe des Jahres notwendig gewordene Lohnerhöhungen machten auch eine Erhöhung der Verkaufspreise notwendig. Das Ausmaß der Preiserhöhung ist jedoch auf das alleräußerste beschränkt worden, um die ohnehin stark gefährdete Wettbewerbsfähigkeit des obererschlesischen Kalkes nicht noch mehr einzuschränken.

In Ostpreußen sind die masurischen Kalkwerke in Pieponken weiter ausgebaut worden. Dieses Kalkmergelwerk findet in Ostpreußen weitgehende behördliche Unterstützung. Mit dieser in Ostpreußen heimischen Konkurrenz muß für die Folge ernsthaft gerechnet werden.

Die Entwicklung der obererschlesischen Kalkindustrie im Jahre 1930 wird durch die zu erwartende Bautätigkeit und die finanzielle Lage der Landwirtschaft bestimmt werden. Gegenwärtig sind die Aussichten für die Belebung der Bautätigkeit recht ungünstige, und auch die Landwirtschaft wird ihren Bedarf an Düngemitteln, insbesondere an Kalk, auf das äußerste einschränken müssen. Wenn nicht eine allgemeine Hebung der gegenwärtig sehr ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt, wird für das kommende Jahr mit einer sehr schwierigen Wirtschafts- bzw. Geschäftslage der Kalkindustrie gerechnet werden müssen.

Der lange Winter gestattete erst Ende April die Aufnahme eines geregelten Betriebes. Vorher waren Verladungen nicht möglich, ein Verlust, der sich empfindlich auswirkte. Der Absatz im Inland blieb sehr gering. Der Export war lange Zeit infolge Streiks und Betriebseinschränkungen bei den Abnehmern unterbrochen. Infolgedessen blieb der Gesamtumsatz hinter dem des Vorjahres zurück, was sich auf die Lage des Betriebes umso ungünstiger bemerkbar machte, als die Rohgipspreise rückgängige Tendenz aufwiesen, während die Betriebskosten aller Art erhöhte Aufwendungen erforderten. Die Aussichten für das kommende Jahr werden zuversichtlich beurteilt, da die Gewährung von Ausnahmetarifen für die Ausfuhr und die beträchtlichen Betriebserweiterungen in der benachbarten tschechischen Zementindustrie eine Steigerung des Exportes erhoffen lassen. (Stps)

Steinindustrie

Der ungewöhnlich harte Winter wie die ungünstige Wirtschaftslage zu Anfang des Berichtsjahres zwangen dazu, fast alle Betriebe bis in den März hinein geschlossen zu halten. Nach Wiedereröffnung der Betriebe setzte das Geschäft in Pflastersteinen nur langsam ein und blieb auch in den Sommermonaten gering, da die Kommunen, die fast ausschließlich als Besteller in Frage kommen, im Berichtsjahr nur ganz unzureichende Mittel für den Ausbau von Straßen mit Steinpflaster zur Verfügung zu stellen vermochten. Bereits im Juli mußten vereinzelt Betriebe wieder zu Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen übergehen, eine Tatsache, die in anderen Jahren kaum jemals zu verzeichnen war. Da sich die Absatzstörung in den Herbstmonaten weiter verschärfte und die Lagervorräte immer größer wurden, waren weitere Betriebseinschränkungen unvermeidlich. Im Oktober war wohl bei allen Betrieben Kurzarbeit eingeführt. Nicht viel besser war das Geschäft in Schotter. Nach Eröffnung der Betriebe lag zwar ein gewisser Bedarf an Schotter vor; er war jedoch infolge der schlechten Beschäftigung der Industrie, des Kapitalmangels der wegebaupflichtigen Stellen sowie der Zurückhaltung der Reichsbahn zu gering, um allen Betrieben genügend Beschäftigung zu bieten. Infolge Überangebots waren daher auch die Preise stark gedrückt. Sie waren umso unzureichender, als die moderne Entwicklung des Straßenbaues an die Schotterindustrie fortgesetzt steigende Ansprüche hinsichtlich der Qualität des Materials stellt und die Betriebe immer mehr zur Rationalisierung und Mechanisierung sowie überhaupt zur Steigerung der Leistungsfähigkeit zwingt, um eine einwandfreie und gleichmäßige Belieferung der Abnehmer zu gewährleisten. Um diesen Ansprüchen zu genügen, haben sich die obereschlesischen Basaltwerke in der Vereinigung Schlesischer Schotterwerke G. m. b. H. Breslau XIII zusammengeschlossen, welcher der alleinige Verkauf der gesamten Produktion übertragen ist. Der Zusammenschluß bezweckt eine Vereinfachung im Verkehr mit den Abnehmern und dadurch die Ersparnis von Kosten, eine gleichmäßige Beschäftigung der Betriebe und schließlich auch eine stabilere Preisbildung.

Ziegeleien

Die Beschäftigung der Ziegelindustrie in Oberschlesien war im Berichtsjahr außerordentlich verschieden. Während in einzelnen Bezirken wie in den Städten Beuthen und Ratibor, in einem Teil des Jahres auch in Hindenburg guter Absatz vorhanden war, hatten die übrigen Teile der Provinz, besonders die Kreise Gleiwitz, Reisse und Oppeln mehr oder weniger unter Absatzschwierigkeiten zu leiden.

jodaß in einzelnen Gegenden die Werke zur vorzeitigen Stilllegung ihrer Betriebe genötigt waren. Die Verkaufspreise konnten daher auch nur an den Stellen, wo noch Absatz vorhanden war, auf einer angemessenen Höhe gehalten werden, während sie in den anderen Gebieten durch Unterbietungen außerordentlich gedrückt waren. — Die Aussichten für das kommende Jahr sind außerordentlich trübe, da infolge des Sparbeschlusses der Kommunen, der allgemeinen Einschränkung von Staatsbauten sowie der Schwierigkeit, für die mit Hauszinssteuernmitteln bezuschußten Bauten die erforderlichen Hypotheken zu erlangen, ein allgemeiner Stillstand in der Bautätigkeit zu befürchten ist. Hierzu kommt noch die Befürchtung, daß nach Beendigung des Bollkrieges die schlecht beschäftigte polnische Ziegelindustrie, die unter viel günstigeren Lohn- und Steuerverhältnissen arbeitet, ihre Produktion auf den Markt des deutschoberschlesischen Industriegebiets werfen wird.

Die obererschlesische Marmorindustrie konnte im Jahre 1929 trotz mancherlei Schwierigkeiten ohne Betriebseinschränkung und befriedigend arbeiten. Sie verdankt dieses günstige Ergebnis vor allem der immer weiter Anerkennung findenden Güte ihrer Erzeugnisse und der gründlichen Werbung für sie.

Marmor

Der lange Winter verursachte in den Marmorbrüchen empfindliche Ausfälle in der Gewinnung von Marmorblöcken; durch Vergrößerung der Anlagen und weiteres Aufschließen der Brüche gelang es indessen, vom Frühjahr ab nicht nur den Ausfall einzuholen, sondern auch die Jahresgewinnung gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Der Absatz von Grabdenkmälern wurde ebenfalls durch die ungünstige Witterung beeinträchtigt. Doch sind die weiter fortgesetzten Bestrebungen, nur durch saubere Arbeit und künstlerische Formgebung ausgezeichnete Erzeugnisse zu liefern, für die Verbreitung und Wertschätzung des obererschlesischen Marmors nicht ohne Erfolg geblieben. Geringer war der Eingang von Aufträgen für Bauarbeiten. Der Absatz von Waschtischplatten und Schalttafeln litt, wie bereits in den Vorjahren, unter der Einfuhr ausländischen, insbesondere italienischen Materials. Auch die Nachfrage nach Marmorfalk blieb infolge der langen Kälte, der Not der Landwirtschaft wie der geringen Bautätigkeit hinter jener des Vorjahres zurück.

Eine Ausfuhr nach den östlichen Nachbarstaaten war auch im Berichtsjahr nicht möglich. Das Hauptabsatzgebiet für die Erzeugnisse der obererschlesischen Marmorindustrie blieb daher, da sich auch Ost-

deutschland als wenig aufnahmefähig erwies, der deutsche Westen. Von der Möglichkeit, dorthin zu liefern, hängt die Existenz der ober-schlesischen Marmorindustrie ab. Seit langem wird daher die Schaffung eines Ausnahmetarifes für ihre Erzeugnisse gefordert, der ihr einen Ausgleich für ihre ungünstige Frachtlage zu schaffen vermag.

Porzellan

Die ober-schlesische Porzellanindustrie wandte sich im Berichtsjahr wieder stärker der Versorgung des Inlandsmarktes zu und vermochte hier gute Erfolge zu erzielen. Die Beanspruchung übermäßig langer Ziele stellte jedoch außerordentliche Anforderungen an ihre Kapitalkraft, sodaß die Beschaffung der benötigten Geldmittel nicht leicht war.

Der Absatz nach Nordamerika konnte ebenfalls gesteigert werden. Auch neu aufgenommene Verbindungen nach Italien waren erfolgreich und führten, da die Waren guten Anklang fanden, zu einem befriedigenden Umsatz. Gleichwohl hat sich die im vorjährigen Bericht zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine Erhöhung des Exports nicht in vollem Umfange erfüllt, da die zu Anfang des Jahres 1929 von Nordamerika geplante Erhöhung des Einfuhrzolles die amerikanischen Importeure stark beunruhigte. Wenn diese Absicht auch infolge des Einspruchs einer großen Anzahl von Staaten, auch Deutschlands, in letzter Stunde aufgegeben wurde, so waren die dadurch verursachten Schäden doch nicht mehr einzuholen, zumal der nordamerikanische Markt infolge der großen Spekulationsverluste stark geschwächt war. Immerhin steht zu erwarten, daß auch im kommenden Jahr ein größerer Export nach Nordamerika, dem wichtigsten ausländischen Absatzgebiet der ober-schlesischen Porzellanindustrie, möglich sein wird.

Chamotte und andere feuerfeste Erzeugnisse

Die ober-schlesische Chamotte-Industrie war im allgemeinen ausreichend beschäftigt, wenn auch schwächer als 1928. Das ganze Jahr über konnte mit voller Belegschaft gearbeitet werden. Auch der Absatz war zufriedenstellend, die Preise der starken Konkurrenz wegen jedoch sehr gedrückt. Der Export nach Polen war noch mehr erschwert als im Vorjahre, da die feuerfeste Industrie Polens mit staatlicher Unterstützung erstarkt ist und die deutschen Erzeugnisse immer mehr verdrängt. Infolge des Fehlens eines Handelsvertrages genießt die Chamotteindustrie anderer Länder bei der Einfuhr nach Polen Zollvorteile, welche die Absatzmöglichkeiten für deutsche Waren weiter beschränken.

Die Fensterglassfabrikation nach dem Mundblasverfahren ist im Berichtsjahr weiter eingeschränkt und mit dem Ende des Jahres ganz aufgegeben worden. Die Betriebe sind teils bereits auf maschinelle Produktion umgestellt, zum Teil sind sie in der Umstellung begriffen, nachdem es gelungen ist, die notwendigen Kredite zu beschaffen. Nach Beendigung der Umstellung wird die oberschlesische Fensterglasindustrie, die in den letzten Jahren zwar immer noch Absatz fand, jedoch unrentabel arbeitete, wieder wettbewerbsfähig sein und bei den Verkaufspreisen für Ziehglas nicht nur Beschäftigung, sondern auch ausreichenden Nutzen finden. Glas

Industrie der Nahrungs- und Genußmittel.

Die Beschäftigung der oberschlesischen Mühlen war im Berichtsjahr recht schwankend und uneinheitlich. Mehl

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren machte die Beschaffung der benötigten Getreidemengen den Mühlen 1929 keine Schwierigkeiten. Bis zur neuen Ernte standen noch ausreichende Getreidemengen aus der Ernte 1928 zur Verfügung, da der Bedarf Polens und der Tschechoslowakei an oberschlesischem Getreide infolge der eigenen guten Ernte 1928 geringer war als in den vorhergehenden Jahren. Die neue Ernte selbst war ebenfalls nach Qualität und Menge nicht unbefriedigend. Das Angebot an Getreide war daher fast immer ausreichend, teilweise sogar stärker als die Nachfrage, besonders als Polen seine Getreidereserven aus der Ernte 1928 zu billigen Preisen auf den Markt brachte. Die Preise für Brotgetreide, besonders für Roggen, waren infolgedessen fast das ganze Jahr über rückgängig. Das führte jedoch nicht nur in der Landwirtschaft zu unhaltbaren Zuständen, sondern auch in der Mühlenindustrie, deren Mehlabsatz dadurch außerordentlich erschwert wurde. Wie immer bei rückgängiger Tendenz der Getreidepreise machten die Abnehmer bei der Abnahme vorverkaufter Ware größte Schwierigkeiten. Einen schweren Schlag für die oberschlesische Mühlenindustrie bedeutete weiter die Aufhebung des polnischen Ausfuhrzolles für Kleie im Juni, die zur Überschwemmung des deutschen Marktes mit billiger polnischer Kleie führte und den oberschlesischen Mühlen den Absatz ihrer Kleie in den Sommermonaten nahezu unmöglich machte.

Zu den Schwierigkeiten, welche gerade im Berichtsjahr die Verwertung der Mühlenerzeugnisse aus den angeführten Gründen machte, traten die allgemeine Kapitalnot der Verbraucherſchaft, die ſich um ſo fühlbarer machte, als das Mehlgeſchäft, die Gewährung langfriſtiger Kredite erfordert, ſowie Verluſte aus zahlreichen Inſolvenzen. Auch die Überproduktion machte ſich wieder empfindlich bemerkbar, für die nach dem Verluſt wichtiger Abſatzgebiete das engere Abſatzgebiet nicht aufnahmefähig genug iſt. Die oberſchleſiſche Mühleninduſtrie war daher weiter auf die entfernter gelegenen innerdeutſchen Verbrauchsgebiete Sachſen und Mitteldeutſchland angewieſen, ohne jedoch auf dieſen Märkten gegen die oſtpreußiſchen und pommerſchen Mühlen recht konkurrenieren zu können, da ihr noch immer nicht ausreichende Frachtabbilligungen nach dieſen Abſatzgebieten eingeräumt wurden. Unter dieſen Umſtänden war die Lage der oberſchleſiſchen Mühleninduſtrie auch im Berichtsjahr überwiegend unbefriedigend. Eine Beſſerung trat erſt gegen Ende des Jahres ein, als die Regierung zu Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwiſchaft ſchritt und vor allem, als Polen Anfang Dezember die Ausfuhr von Kleie ſperrte. Die Ungewißheit über den Umfang der behördlichen Maßnahmen und ihre Auswirkungen trug jedoch auch dann noch mancherlei Unſicherheit in das Geſchäft, ſodaß die Beſſerung weder nachhaltig noch anhaltend war. Das Berichtsjahr hat demnach wieder gezeigt, daß die Lage der oberſchleſiſchen Mühleninduſtrie nur beſſer werden kann, wenn ihr durch günſtigere Tarifiergeſtaltung der Abſatz nach entfernteren Märkten mehr als biſher ermöglicht wird und es gelingt, die Preiſe für Getreide und damit auch die Preiſe für Mülkereierzeugniſſe auf einer Höhe zu ſtabilifieren, die den Bedürfniſſen ſowohl der Landwiſchaft wie der Mühleninduſtrie Rechnung trägt.

Bier

Die Kälte und der außergewöhnlich ſtarke Schneefall wirkten ſich zu Anfang des Jahres ſehr ungünſtig auf den Bierabſatz aus. In manchen Brauereien wurde in einzelnen Monaten etwa ein Drittel der normalen Menge ausgeſtoßen. Das anhaltend ſchöne und warme Sommer- und Herbſtvetter bot jedoch Gelegenheit, die im erſten Quartal erlittenen Ausfälle wieder auszugleichen, wenn auch nicht überall der Umſatz des Vorjahres erreicht worden ſein dürfte. Die Bezahlung des Bieres ſeitens der Kundschaft ließ weiter viel zu wünſchen übrig. Inſbeſondere den ländlichen Abnehmern machte die Aufbringung der erforderlichen Mittel inſolge der ungünſtigen

Lage der Landwirtschaft Schwierigkeiten. Da auf dem Geldmarkt Hypotheken kaum zu erhalten waren, waren die Brauereien auch im vergangenen Jahre genötigt, in großem Umfange Darlehen zur Instandsetzung von Wirtschaften an Hausbesitzer zu vergeben. Die Ansprüche, die so an die Kapitalkraft der Brauereien gestellt wurden, waren daher sehr erheblich, zumal auch durch Lohnerhöhungen das eigene Betriebskapital stärker beansprucht war. Die Lohnerhöhung betrug 8—9 % im Industriegebiet, 3—4 % in den ländlichen Gebieten und trat am 18. April 1929 in Kraft. Dadurch wurde ein Übergreifen des Streiks der mittelschlesischen Brauereiarbeiter auf Oberschlesien verhütet. Die Beschaffung der Rohstoffe für die Biererzeugung gestaltete sich im Berichtsjahr leichter als in den Vorjahren, da Gerste und Hopfen in ausreichenden Mengen und zu niedrigeren Preisen als 1928 auf dem Markt waren.

Die Lage des ober-schlesischen Destillationsgewerbes hat sich auch **Destillation** im Berichtsjahr nicht gebessert. Die Umsätze sind weiter zurückgegangen. Nach dem Bekanntwerden des Planes, die Branntweinverbrauchsabgabe zu erhöhen, setzte in dem Bestreben, sich vor der Preiserhöhung noch reichlich einzudecken, bereits zu Anfang des Jahres eine lebhafteste Nachfrage nach Spirituosen ein. Wurde schon dadurch der Bedarf der Destillationen an Sprit erhöht, so zeigte sich auch bei ihnen ein starkes Streben nach Vorversorgung. Die Monopolverwaltung sah sich daher schon zu Anfang des Jahres gezwungen, die Abgabe von Sprit zu kontingentieren. Infolge der Kontingentierung des Sprits war die Versorgung mit Sprit im ersten Halbjahr zeitweise mit Schwierigkeiten verbunden, und es war nur schwer möglich, dem starken Bedarf der Kundschaft zu entsprechen. Nachdem die Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe um eine Mark je Liter Weingeist am 1. Juni in Kraft getreten war, ließ das bis dahin recht flotte Geschäft sofort beträchtlich nach und schrumpfte in den kommenden Monaten auf ein Minimum zusammen. Gegen Ende des Jahres trat zwar wieder eine Belebung ein; die Umsätze erreichten jedoch trotz des Weihnachtsgeschäfts auch dann nicht ihre normale Höhe, da die Notlage der Landwirtschaft und die zunehmende Arbeitslosigkeit den Konsum beeinträchtigten. Abgesetzt wurden überwiegend nur billige Preislagen, aber auch in diesen ist der Konsum nach der Preiserhöhung zurückgegangen. Süße Liköre fanden immer weniger Nachfrage. Die Preise waren infolge der starken Konkurrenz sehr gedrückt und um so weniger ausreichend, als Zahlungseinstellungen der Kundschaft Verluste brachten

und in großem Umfange Waren kreditiert werden mußten. Infolge der Festsetzung von Mindestpreisen für einfache Qualitäten waren die Preise jedoch wenigstens stetig.

Fruchtsäfte, Obstweine

Die Fruchtsaftpresserei und Obstweinerzeugung stand auch im Berichtsjahr wieder im Zeichen unzureichender Obst- und Beerenernten, da die scharfe Kälte unter den Baum- und Strauchbeständen schwerste Schäden angerichtet hatte. Noch am besten hatten die Heidelbeeren die Kälte überstanden. Sie ergaben eine gute Mittelernte. Die aufkommenden Mengen fanden restlos Abnehmer. Die Himbeerernte war geringer. Da jedoch noch große Bestände an vorjährigem Himbeermost vorhanden waren, zogen die Preise nicht an. Kirschen fielen in Oberschlesien ganz aus, da der Frost mit unbedeutenden Ausnahmen die Kirschbaumbestände völlig vernichtet hatte. Von auswärts kamen nur verhältnismäßig geringe Mengen herein. Die Johannisbeerenernte war gut, konnte jedoch der großen Nachfrage nicht genügen. Die Apfelernte war gering, doch lagen genügend Angebote aus dem Westen Deutschlands vor, wo die Ernte besser war. Mit Rücksicht auf die hohen Frachtkosten, die dabei entstanden, stellte sich tschechisches Obst trotz des Zollses vielfach noch preiswerter als Inlandsware.

Nach Apfelwein und anderen Obstweinen bestand auch im vergangenen Jahr wieder gute Nachfrage. Die Preise zeigten infolge billiger Angebote aus Mitteldeutschland sinkende Tendenz.

Preßhefe

Der Hauptrohstoff Melasse stand den Preßhefefabriken im Jahre 1929 stets in ausreichender Menge zur Verfügung. Die Preise zogen zwar in den Sommermonaten etwas an, gingen jedoch gegen Ende des Jahres infolge der guten Rübenenernte zurück. Auch die sonstigen zur Fabrikation benötigten Rohstoffe bezw. Chemikalien waren jederzeit hinreichend angeboten. Eine Vertenerung erfuhr die Produktion durch die Erhöhung der Kohlenpreise sowie die zweimalige Erhöhung der Löhne um 5 und 3 %. Schwierigkeiten bereitete die Kapitalbeschaffung, da im Berichtsjahr in steigendem Maße auch solche Abnehmer, die sonst prompt bezahlten, längere Kredite in Anspruch nahmen. Der Absatz gestaltete sich in der ersten Hälfte des Jahres zufriedenstellend, ließ dann mit zunehmender Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage mehr und mehr nach. Die Preise blieben nahezu unverändert. Der Versand erfolgte überwiegend im Güterverkehr durch die Eisenbahn, zum Teil durch die Post. Irigendwelche Unzuträglichkeiten haben sich dabei nicht ergeben.

Die Lage auf dem Weltmarkt für Zucker hat sich im Berichtsjahr weiter verschlechtert, da es auch im vergangenen Jahre nicht gelungen ist, die Weltzuckererzeugung dem Weltbedarf an Zucker durch internationale Vereinbarungen anzupassen. Infolgedessen sanken die Zuckerpreise am freien Weltmarkt, d. h. für den durch keine Zölle geschützten Zucker weiter und erreichten einen Tiefstand, wie er bisher nicht zu verzeichnen war. Von dieser Entwicklung blieb auch die deutsche Zuckerindustrie trotz des Zollschatzes nicht ganz unberührt, da auch im Berichtsjahr eine erhebliche Menge von Zucker, u. z. 13 % der Erzeugung, zu den niedrigen Weltmarktpreisen ausgeführt werden mußte, die der inländische Konsum nicht aufzunehmen vermochte. Im Inlande waren die Preise infolge des erhöhten Zollschatzes besser und auch stetiger als im Vorjahre. Zu Anfang des Jahres vermochte sich die Zollerhöhung allerdings noch nicht recht auszuwirken, da noch vor der Erhöhung in Erwartung derselben große Mengen von Auslandszucker zu dem niedrigeren Zollsatz eingeführt und eingelagert worden waren, der noch längere Zeit auf die Preise drückte. Auch das dem Freistaat Danzig zugestandene Einfuhrkontingent von 350 000 To. belastete den Inlandsmarkt. Mit zunehmender Verringerung dieser Bestände besserten sich die Preise allmählich. In der gleichen Richtung wirkten die Zusammenschlußbestrebungen der deutschen Zuckerindustrie zwecks Regulierung des Absatzes und der Preise. Solche Bestrebungen setzten in Schlesien bereits im Frühjahr ein und führten im Juni zur Schaffung einer Organisation, an der neben sämtlichen schlesischen Verbrauchszuckerfabriken auch der Großhandel beteiligt ist. Infolge dieses Zusammenschlusses ist es in Schlesien früher als im Reich gelungen, die Zuckerpreise den nach dem Gesetz vom 14. Dezember 1928 zulässigen Zuckerpreisen anzunähern. Eine weitere Folge dieses Zusammenschlusses war die Beseitigung der gegenseitigen Konkurrenz sowie der Ausschluss des Zuckers anderer Produktionsgebiete aus dem schlesischen Markt, der umso notwendiger war, als Schlesien selbst überschußgebiet ist. Im Laufe des Sommers kam es dann auch im Reich zu einem Zusammenschluß der Monzernraffinerien und freien Verbrauchszuckerfabriken, zunächst in looserer, später in fester Form, der „Vereinigung für Verbrauchszuckerverteilung“, der ebenfalls die Anpassung des Angebots an den Verbrauch und die Befestigung der Preise obliegt. Von diesem Zusammenschluß, der erst für Verkäufe neuer Ernte, d. h. ab 1. Oktober 1929, in Kraft trat, erwartet die Zuckerindustrie eine weitere Besserung der Zuckerpreise im Rahmen der Vorschriften des Gesetzes vom 14. Dezember 1928, die sie in die Lage versetzt, nicht nur

selbst mit Nutzen zu arbeiten, sondern auch der Landwirtschaft einigermaßen ausreichende Rübenpreise zu zahlen. Ob dieses Ziel zu erreichen sein wird, wird von der weiteren Entwicklung des Weltmarktpreises abhängen, da bei einem weiteren Absinken der Weltmarktpreise auch der gegenwärtige Zuckerzoll nicht ausreichen dürfte, ausländischen Zucker fern zu halten, insbesondere in den Grenzgebieten, und die Inlandspreise auf der für Industrie und Landwirtschaft notwendigen Höhe zu halten.

Zur Verarbeitung gelangten im Berichtsjahr nicht unerheblich mehr Rüben als im Vorjahr. Da das Wetter in Schlesien dem Wachstum der Rüben förderlich war, wurden in Oberschlesien recht gute, und zwar höhere Rübenenerträge mit hohem Zuckergehalt geerntet als im Vorjahr. Unter Schwierigkeiten bei der Beschaffung der benötigten Rübenmengen litten auch im vergangenen Jahr jedoch wieder jene Betriebe, deren Versorgungsgebiet durch die Abtretung Ostoberschlesiens und des Hultschiner Ländchens eingeengt worden ist, da Rüben aus Ostoberschlesien fast gar nicht, aus der Tschechoslowakei nur mit behördlicher Genehmigung unter Schwierigkeiten und in beschränkten Mengen bezogen werden konnten. Infolge der reicheren Rübenenernte wird die Kampagne 1929/30 ergiebiger ausgehen als die Kampagne 1928/29. Mit der Erzeugung hat jedoch der Konsum nicht Schritt gehalten. Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage hat insbesondere in den letzten Monaten des vergangenen Jahres einen deutlichen Rückgang des Verbrauchs im Gefolge gehabt. Eine Herabsetzung oder völlige Aufhebung der Verbrauchsabgabe auf Zucker, wie sie Ende 1929 geplant war, wäre geeignet, den Verbrauch von Zucker wesentlich zu fördern.

**Zigarren
und andere
Tabak-
fabrikate**

Für die oberschlesische Zigarrenindustrie verlief das Geschäftsjahr 1929 wenig befriedigend. Die Beschaffung der Rohtabake machte infolge guter Tabakernten und der Zubilligung niedriger Frachttarife wohl keine Schwierigkeiten. Die Produktion war jedoch das ganze Jahr durch die geringen Absatzmöglichkeiten für Zigarren stark behindert. Der Konsum litt sowohl unter der strengen Kälte im ersten Vierteljahr wie durch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage und unter der größeren Arbeitslosigkeit. Kurzarbeit ließ sich daher auch in der Zigarrenindustrie nicht vermeiden. In der Hauptsache waren billigere Sorten verlangt, deren Herstellung den Fabrikanten wenig Nutzen läßt. Die Löhne sind auch im Berichtsjahr wieder erhöht worden, und zwar um 4 % ab 1. Juli. Die Mundschacht beanspruchte in größerem Um-

fange Kredit als im Vorjahre. Überschreitungen des vereinbarten Vieles waren an der Tagesordnung. Die Beschaffung des benötigten Kapitals war daher stark erschwert. Das Geschäftsergebnis der Zigarrenindustrie dürfte erheblich hinter dem des Vorjahres zurückbleiben.

Auch die oberschlesische Zigarettenindustrie hatte ein schlechtes Jahr zu verzeichnen. Die starke Kälte zu Anfang des Jahres hatte einen starken Konsumausfall zur Folge, der während des Jahres nicht mehr einzuholen war. Im späten Frühjahr trat zwar eine Belebung des Absatzes ein; sie hielt sich jedoch in bescheidenen Grenzen. Das Geschäft lag daher das ganze Jahr über ruhig, selbst in den Monaten, in denen sonst infolge der Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft Hochkonjunktur herrscht. Erst gegen Ende des Jahres wurde der Bedarf lebhaft, da der Handel im Hinblick auf die bevorstehende Steuererhöhung für Zigaretten in großem Umfange zu Voreindeckungen schritt.

Der Absatz in Schnupftabak hat weiter nachgelassen. Ebenso hat der Verbrauch von Rahtabak um ein geringes abgenommen. Der Verbrauch von Rauchtabak hielt sich etwa auf der Höhe des Vorjahres.

Zellstoff- und Papierindustrie.

Das Jahr 1929 verlief für die oberschlesische Zellstoffindustrie Zellstoff nicht so zufriedenstellend wie die vorhergehenden Jahre. Es gelang zwar, die Betriebe das ganze Jahr über ohne Kurzarbeit voll zu beschäftigen, bei einzelnen Betrieben jedoch nur dadurch, daß zeitweise auf Lager gearbeitet wurde. Nur wenige Betriebe verfügten noch über einen im großen und ganzen ausreichenden, gegenüber den Vorjahren jedoch ebenfalls geringeren Auftragsbestand. Vor allem entsprachen die Abrufe der Kundschaft in vielen Fällen nicht den erteilten Auftragsmengen. Der Rückgang des Zellstoffbedarfs wurde hervorgerufen durch die geringere Beschäftigung der Papierindustrie, die ebenfalls auf ein wenig günstiges Geschäftsjahr zurückblickt. Besonders schwierig gestaltete sich die Lage der Natronzellstoffindustrie. Von unheilvollen Folgen war für sie insbesondere die langanhaltende Kälte, die das Einsetzen der Bautätigkeit und dadurch die Nachfrage nach Sackpapier zur Anfertigung von Zementsäcken für die oberschlesische Zementindustrie verzögerte. In der gleichen Richtung wirkte die Einfuhr ausländischen Straftpapiers, das, begünstigt durch den deutsch-schwedischen Handels-

vertrag, das inländische Erzeugnis mehr und mehr zurückdrängte. Auch die tschechoslowakische Konkurrenz hat sich infolge unzureichenden Zollschutzes und gestützt auf billigere Löhne und Frachten in Schlesien Absatz gesichert. Durch ein Abkommen zwischen der deutschen und der tschechischen Zellstoffindustrie konnte der Wettbewerb tschechischer Erzeugnisse zwar abgeschwächt, jedoch nicht beseitigt werden. Um so härter wird daher von der deutschen und obererschlesischen Zellstoffindustrie die erneute Senkung des bisherigen Vertragszollsatzes für Zellstoff im Zusatzabkommen zum deutsch-finnischen Handelsvertrag empfunden.

Die Weltmarktpreise für Zellstoff zeigten in der ersten Hälfte des Jahres eine bemerkenswerte Festigkeit. Infolgedessen konnten auch die Zellstoffpreise in Deutschland eine geringe Aufbesserung erfahren. Gleichzeitig erfuhren indessen auch die Löhne eine weitere Erhöhung. Die Selbstkosten erhöhten sich weiter dadurch, daß der niedrige Wasserstand der Oder nahezu das ganze Jahr über zur Benutzung des teuren Bahntransportes anstelle des billigeren Wassertransportes zwang. Die Preiserhöhung für Zellstoff brachte daher nur einen teilweisen Ausgleich für die gestiegenen Selbstkosten.

Papier

Auch für die obererschlesische Papierindustrie war der Verlauf des Berichtsjahres wenig erfreulich. Die Betriebe waren zwar noch das ganze Jahr über voll beschäftigt; das Darniederliegen so vieler Wirtschaftszweige wirkte sich jedoch allmählich auch in der Papierindustrie aus. Sowohl der Absatz wie die erzielbaren Preise ließen gegenüber dem Vorjahre sehr zu wünschen übrig. Nach Zeitungsdruckpapier bestand allerdings auch im Berichtsjahr lebhafte Nachfrage, sodaß die Produktion glatt abgesetzt werden konnte. Auf andere Papierarten wie Backpapier, Pergamyn, Pergamentersatz, Briefumschlagpapier und einseitig glatte Zellstoffpapiere gingen indessen nur im ersten Vierteljahr genügend Bestellungen ein. Später nahmen sie von Monat zu Monat ab, so daß zeitweilig auf Lager gearbeitet werden mußte. — Zeitungsdruckpapier wurde restlos im Inland untergebracht. Für die übrigen Papierarten war das Inland wenig aufnahmefähig. Eine Verstärkung der Ausfuhr, wie sie in den Vorjahren des öfteren zum Ausgleich erfolgt war, verbot sich nicht nur durch die zu niedrigen, auf den Auslandsmärkten erzielbaren Preise, sondern war auch aus anderen Gründen nicht möglich. Polen, das seine eigene Papierindustrie immer mehr entwickelt hat, fiel als Abnehmer völlig aus. Ebenso die Tschechoslowakei und Österreich, das ebenfalls eine leistungsfähige Papierindustrie besitzt. Nur nach Ungarn und dem Balkan konnten in

geringem Umfange Lieferungen ausgeführt werden. Daß die Exportpreise ungenügend waren, wurde bereits erwähnt. Aber auch die Inlandspreise erwiesen sich allgemein als unzureichend. Obwohl die Löhne auch im Berichtsjahr wieder erhöht wurden und infolge des Darniederliegens der Oderschiffahrt auch die hohen Frachten des Bahntransports, auf den die Betriebe fast das ganze Jahr über angewiesen waren, die Produktionskosten erheblich belasteten, war eine Erhöhung der Papierpreise infolge der geringeren Nachfrage, z. T. auch wegen der Konkurrenz ausländischer Erzeugnisse, nicht zu erzielen. Die Steigerung der Selbstkosten, zu der auch der hohe Zinssatz für Leihkapital, auf dessen Inanspruchnahme die Betriebe infolge des schleppenden Zahlungseinganges mehr als früher angewiesen waren, mußte daher ausschließlich von den Betrieben getragen werden. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres ist infolgedessen allgemein wesentlich schlechter gewesen als in den Vorjahren.

In der Maschinen-Pederpappenindustrie haben sich die Absatzverhältnisse noch schwieriger gestaltet, als sie bereits im Vorjahre waren. Das Angebot auf dem Inlandsmarkt überstieg wesentlich den Bedarf und drückte daher stark auf die Preise. In der gleichen Richtung wirkte der ergebnislose Ausgang der zu Anfang des Jahres erneut aufgenommenen Zusammenschlußbestrebungen. Die Preise zeigten infolgedessen ständig sinkende Tendenz. Auf der anderen Seite aber erfuhren die Produktionskosten im Laufe des Jahres durch Erhöhung der Preise für Kohle und Schleifholz sowie der Löhne eine nicht unbeträchtliche Steigerung. Die Gewinnspanne wurde dadurch auf ein Minimum vermindert. Im Export lagen die Verhältnisse nicht günstiger. Auch auf dem Weltmarkt waren die erzielbaren Preise unzulänglich, sodaß kein Anreiz zu verstärktem Export zum Ausgleich des fehlenden Inlandsabsatzes vorlag. Unter diesen Umständen waren während der Sommermonate vorübergehend Betriebseinschränkungen unvermeidlich.

Pappe

Der anhaltenden Kälte wegen konnte die Dachpappenindustrie erst wesentlich später ihre Fabrikation aufnehmen als in normalen Jahren. Infolge dieser Verzögerung der Betriebsaufnahme in der Dachpappenindustrie waren die Absatzmöglichkeiten für Rohpappe in den ersten Monaten nur gering. Die Rohpappenindustrie erlitt dadurch Ausfälle, die bei der kurzen, nur bis September dauernden Saison in der Dachpappenindustrie nicht mehr einzuholen waren. Auch der sonstige Bedarf, insbesondere nach Packungen für Kägel, war

schwach, da die Bautätigkeit weniger groß war als im Vorjahr. Der Rohpappen-Verband war daher bemüht, für den fehlenden Inlandsabsatz durch Vereinnahmung von Auslandsaufträgen Ersatz zu schaffen. Die dabei zu erzielenden Preise waren jedoch sehr gedrückt.

Textilindustrie.

Flachs

Da die verhältnismäßig gute Flachs-ernte 1928 der ober-schle-sischen Flachsindustrie eine reichlichere Versorgung mit Flachs ermög-licht hatte als in früheren Jahren, waren die Betriebe auch im ersten Halbjahr 1929 ausreichend beschäftigt. Kennenswerte neue Einkäufe waren jedoch nicht möglich, da die Tschechoslowakei in dieser Zeit als Käufer auftrat zu Preisen, welche die ober-schle-sischen Betriebe nicht anzulegen vermochten. Diese Verhältnisse besserten sich indessen mit der neuen Ernte, die außergewöhnlich große Erträge brachte. In den Tagespreisen setzte infolgedessen und auch unter dem Einfluß der Preis-herabsetzung für russischen Flachs um die Jahresmitte ein Rückgang ein, der erst im Spätherbst zum Stillstand kam. Von diesem Preis-rückgang wurde zwar auch die Flachsindustrie betroffen, die reiche Ernte gestattete jedoch den Einkauf von Rohflachs zu so günstigen Preisen, daß Verluste nicht entstanden sind. Der Absatz war gut. Ob-wohl seit Mitte des Jahres die Produktion erhöht wurde, gelang es stets, sie ohne alle Schwierigkeiten unterzubringen. Der bessere Ge-schäftsgang ermöglichte auch weitere Fortschritte in der Rationalisie-rung und Mechanisierung der Betriebe, die zwar Arbeitskräfte frei-stellte, im Interesse des Fortbestandes der ober-schle-sischen Flachs-industrie jedoch unvermeidlich war.

Leinen-industrie

Im Jahre 1929 hat die Lage der deutschen und der ober-schle-sischen Leinenindustrie eine weitere bedrohliche Zuspitzung erfahren. Die Flachs-spinnerei hat teilweise zur vollständigen Betriebsstillegung schreiten müssen, der Rest der Betriebe hat seine Kapazität zu kaum 40 % ausnützen können. Die Leinenweberei, die bereits in den ver-gangenen Jahren in hohem Maße zu Ersatzstoffen (Baumwolle und Kunstseide) übergegangen war, hat nicht nur unter dem weiter zurück-gehenden Verbräuche von Leinen zu leiden gehabt, sondern auch die Produktion an Ersatzstoffen einschränken müssen, weil in diesem Jahre auch die Baumwollindustrie, die bisher noch leidlich günstig gearbeitet hatte, von der allgemeinen Depression erfaßt wurde.

Die schlesische Textilindustrie ist im vergangenen Jahre von einem schweren Arbeitskämpfe heimgesucht worden, da unerachtet der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Lage und der dauernden Verluste gerade im schlesischen Bezirk die Arbeiterschaft Forderungen auf unverhältnismäßige Lohnerhöhungen stellte. Zur Abwehr dieser Forderungen hat sich die gesamte schlesische Textilindustrie zu einer Aussperrung entschließen müssen, die nach siebenwöchigem Kampfe durch einen vom Reichsarbeitsminister, unerachtet aller dringenden Vorstellungen, für verbindlich erklärten Schiedsspruch beendet wurde, in dem der schlesischen Textilindustrie untragbare Lohnerhöhungen aufgebürdet wurden, die absolut und prozentual höher waren, als sie in den 10 Monaten vorher in irgend einem Bezirke Deutschlands vorgekommen waren. Die Folge war, daß in Schlesien etwa 6500 Arbeiter weniger beschäftigt werden konnten und der Arbeitslosigkeit anheim fielen. Der Ausfall von 8 Wochen Arbeit (einschließlich der Ferien) hat es zwar ermöglicht, die übrig gebliebene Arbeiterschaft in Erwartung des Weihnachtsgeschäftes voll zu beschäftigen. Es setzten aber gegen Jahresende bereits Entlassungen und Arbeitskürzungen ein, die im kommenden Jahre sich zweifellos verstärken werden.

Die Kapital- bzw. Kredit-Beschaffung stieß angesichts der allgemein schwierigen Lage der Industrie auf immer größere Schwierigkeiten. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die wertvolle und darum teure Leinenware ist weiter gesunken. Seit der Lohnerhöhung und der dadurch bedingten Preiserhöhung ist auch die Absatzmöglichkeit nach dem Ausland, besonders nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, zurückgegangen. Die tschechische, belgische, französische und irische Leinenindustrie haben den Vorteil von den Lohnerhöhungen in Deutschland gehabt.

Die Kundschaft, der die Notlage der Industrie bekannt war, drückte stark auf die Preise, und die Industrie selbst ging, um Aufträge zu bekommen und wenigstens den übriggebliebenen Teil ihrer Belegschaft beschäftigen zu können, mit Angeboten bis weit unter die eigenen Herstellungskosten auf den Markt.

Die russische Flachsernte in diesem Herbst dürfte sehr viel umfangreicher gewesen sein als im Vorjahre, und die Flachspreise sind um ungefähr 30 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Da die deutsche Spinnerei jedoch diese Ermäßigung braucht, um die Verlust-Marge, die seit Jahr und Tag auf jedem Schoß gesponnenen Garnes lag, auszugleichen, betrug der Rückgang der Garnpreise je nach Qualität nur ungefähr 3—6 %. Angesichts der vielen bisherigen Verlustgeschäfte

war auch der Weber nicht in der Lage, seine Ware zu verbilligen. Falls die Flachspreise sich weiter niedrig halten, würden diejenigen Betriebe, die in Gang bleiben können, wenigstens nicht weiter mit Verlust zu arbeiten gezwungen sein. An eine Belebung des Marktes glaubt man in fachverständigen Kreisen jedoch nicht.

Teppiche

Der obererschlesischen Teppichindustrie ist es im vergangenen Jahre nicht gelungen, für ihre Erzeugnisse genügend Absatz zu finden. Im Inland ging der Absatz trotz der Billigkeit der Erzeugnisse von Monat zu Monat zurück, und auch im Ausland wurde viel Boden an die tschechoslowakische Konkurrenz verloren, da die obererschlesischen Betriebe mit den tschechischen nicht zu konkurrieren vermochten. Die Beschäftigung der Betriebe ging daher im Laufe des Jahres ständig zurück. In der zweiten Jahreshälfte wurde im Durchschnitt nur noch 35 Stunden in der Woche gearbeitet. Infolge des fehlenden Absatzes waren auch die Preise stark gedrückt. Im Hinblick auf die sinkende Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung als Folge der großen Arbeitslosigkeit werden auch die Aussichten für das neue Betriebsjahr außerordentlich trübe beurteilt.

Plüsch- und Krimmer- fabrikation

Auch die obererschlesische Plüsch- und Krimmerfabrikation hat einen Abjahrungsgang zu verzeichnen. Abgesehen von gewissen Veränderungen der Mode führten die Witterungsverhältnisse in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, die kein richtiges Wintergeschäft aufkommen ließen, sowie der außerordentlich hohe Stand der Fellbehandlung, die aus minderen Fellen wertvolle Felle täuschend nachzunahmen versteht, dazu, daß der Umsatz in Plüschartikeln im Berichtsjahr wesentlich hinter den Umsätzen des Jahres 1928 zurückblieb. Dazu kam noch, daß die westdeutsche Konkurrenz in Kunstseidenplüsch ganz besonders vorteilhafte und preiswerte Artikel auf den Markt brachte zu Preisen, die noch unter den Herstellungskosten der obererschlesischen Betriebe lagen. Die obererschlesischen Betriebe werden daher, um lebensfähig bleiben zu können, in Zukunft darauf bedacht sein müssen, ihre Produktionskosten erheblich zu verringern. Unter diesen spielen die Frachtkosten für den Transport der Rohmaterialien von Hamburg bezw. Westdeutschland nach Ratsher und der Fertigfabrikate von Ratsher nach Berlin, wo die in Ratsher hergestellten Rohwaren appretiert, gefärbt und das Fertigfabrikat zum Verkauf gestellt wird, eine große Rolle. Hinzu kommt schließlich noch, daß Ratsher keinen Anschluß an die Reichsbahn hat, die Ware vielmehr ab bezw. nach Groß-Peterwitz mit der Klein-

bahn zu den hohen Frachtsätzen für nahe Entfernungen befördert werden muß. Auch der Zinsverlust während der langen Dauer der Transporte fällt verteuern ins Gewicht.

Obwohl die Hutindustrie eine ausgesprochene Saisonindustrie ist, verfügte sie im vergangenen Jahre stets über einen ausreichenden Auftragsbestand, der den Arbeitern gleichmäßige Beschäftigung während des ganzen Jahres bot. Der Absatz litt unter der sinkenden Kaufkraft des Publikums und unter der dadurch bedingten Knappheit der liquiden Mittel beim Handel, die zu einer merklichen Zunahme der Insolvenzen im Huthandel führte. Die Preise hielten sich unverändert, obwohl im April eine Erhöhung der Löhne um 4 % eintrat. Das geschäftliche Ergebnis entsprach daher nicht dem Beschäftigungsgrad. Gegen Ende des Jahres machten sich Anzeichen einer stärkeren Depression bemerkbar. Hüte

Leder- und Lederwarenindustrie.

Im Gegensatz zu den Vorjahren gingen die Preise für einheimische Häute ständig zurück. Auch die Preise für ausländische Häute zeigten im allgemeinen die gleiche Tendenz. Die Lederverbraucher übten daher bei ihren Einkäufen große Zurückhaltung. Infolgedessen sammelten sich in den Lederfabriken verhältnismäßig große Läger an, die bei der sinkenden Konjunktur zu Verlustpreisen abgestoßen werden mußten. — Obwohl 1929 die Beschaffung der benötigten Rohmaterialien wie Häute, Gerbstoffe, Fette u. a. im allgemeinen zu günstigeren Preisen möglich war als 1928, war jedoch eine volle Ausnutzung der Betriebsanlagen nicht möglich, da es nicht gelang, für die Produktion laufend Absatz zu finden. Der Verlust der abgetretenen Ostprovinzen, vor allem Ostoberschlesiens hat durch Gewinnung anderer Absatzmöglichkeiten sich bisher nicht wett machen lassen. Die Betriebe mußten daher teils ver- Leder

Die Lage der oberschlesischen Schuhindustrie hat sich nicht ge- bessert, sondern weiter verschlechtert. Die Hoffnung, daß der reiche Schneefall im Winter 1928/29 das Geschäft beleben würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Das erste Vierteljahr war als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen. Später wurde die Beschäftigung etwas besser, Schuhwaren

änderte sich aber nicht grundlegend. Das Herbstgeschäft ließ sich zuerst gut an, konnte sich jedoch infolge des milden Wetters nicht entwickeln. Die Aufträge verringerten sich, bereits erteilte Aufträge wurden zu streichen versucht. Die ungünstige Lage der obererschlesischen Schuhindustrie zu den Rohstoff- und Absatzgebieten beeinträchtigte die Wettbewerbsfähigkeit weiter. Ausgeführt wurden obererschlesische Schuhwaren nicht, da Ostoberschlesien wie überhaupt ganz Polen als Abnehmer wieder völlig ausfiel. Die Preise waren infolge des Absatzmangels wie der Einfuhr ausländischer Ware gedrückt. Das Jahr 1929 muß für die obererschlesische Schuhindustrie als ein Krisenjahr bezeichnet werden.

Ledertreib- riemen

Auch die obererschlesische Ledertreibriemenindustrie blickt auf ein ungünstiges Geschäftsjahr zurück. Der Inlandsbedarf an Ledertreibriemen war gering. Die Umsätze blieben wesentlich hinter denen des Vorjahres zurück. Das Ausland zeigte wohl Bedarf; im Wettbewerb mit billigeren Produktionsländern mußten jedoch Preise bewilligt werden, die einen Verdienst fast ausschlossen. Die stärkste Konkurrenz im Ausland bereiteten dem deutschen Erzeugnis Holland und die Tschechoslowakei, deren wesentlich niedrigere Löhne den Absatz zu Preisen zulassen, bei denen die obererschlesische Industrie nicht bestehen kann. Beklagt wird von der obererschlesischen Treibriemenindustrie, daß sie von der obererschlesischen Verbraucherschaft nicht genügend unterstützt werde.

Holzindustrie und Holzhandel.

Sägewerks- industrie

Der Absatz von Schnittmaterial hielt sich im ersten Vierteljahr 1929 infolge der starken Kälte, welche die Bautätigkeit behinderte, in engen Grenzen. In den Monaten Mai bis Ende August wurde das Geschäft lebhafter, nahm jedoch auch dann keinen großen Umfang an, da die Bautätigkeit trotz günstigsten Bauwetters verhältnismäßig schwach blieb. Die in der Holzbranche erfolgten Zusammenbrüche zwangen auch zu großer Zurückhaltung in der Kreditgewährung, wodurch der Absatz ebenfalls verringert wurde. Die Preise waren verschiedenen Schwankungen unterworfen, im allgemeinen jedoch sowohl im Verhältnis zu den Rundholzpreisen wie den durch Lohnerhöhungen gesteigerten Herstellungskosten unzureichend. Der Wettbewerb der obererschlesischen Sägewerksindustrie mit dem Schnittmaterial des benachbarten Auslands war durch die hohen Inlandsfrachten sehr

erschwert. Da die polnischen Sägewerke bereits bei der Zufuhr des Holzes zum Sägewerk Frachtvergünstigungen genießen, vermochten sie Schnittmaterial zu Preisen einzuführen, welche den inländischen Sägewerken keinen ausreichenden Nutzen mehr ließen. Die Wettbewerbsfähigkeit der überwiegend in den östlichen Wald- und Grenzgebieten ansässigen deutschen Sägewerksindustrie mit dem unter erheblich billigeren Arbeits- und Frachtkosten arbeitenden Auslande wird nur dann wieder hergestellt werden können, wenn für sie wesentlich billigere Ausnahmesätze für Holzfrachten aus diesen Gebieten erstellt werden. Dadurch würde die große Zahl der in Oberschlesien stillgelegten bzw. eingeschränkt arbeitenden Sägewerksbetriebe eine Wiederbelebung erfahren und der deutschen Reichsbahn selbst größere Mengen von Holzfrachten zugeführt werden. Leider wartet die obereschlesische Holzwirtschaft bereits seit mehr als zwei Jahren vergeblich auf eine entsprechende Berücksichtigung.

Im Grubenholzhandel lagen die Verhältnisse günstiger. Der strenge Winter 1928 brachte eine Erhöhung der Kohlenförderung mit sich und bedingte dadurch auch einen größeren Bedarf an Grubenholz. Auch im Sommer blieb der Kohlenabsatz und damit auch der Verbrauch an Grubenholz gut. Die Preise haben sich gegenüber dem Vorjahre wenig oder gar nicht geändert.

Der Einkauf des Rohmaterials für Waldbwolle machte im vorigen Jahre außergewöhnliche Schwierigkeiten. Das Rohmaterial „frische Kiefernadeln“ kann nur von frischgeschlagenen Bäumen geerntet werden. Der außergewöhnlich strenge Winter behinderte jedoch die Arbeiten im Walde und die Bäume schneiten außerdem bald zu, sodaß die Sammler von Kiefernadeln nichts fanden. Deshalb mußte die Produktion von Ende Januar bis Mitte März wegen Mangel an Rohmaterial stillgelegt werden. Späterhin konnte das Versäumte nachgeholt werden, nachdem die Zufuhren von Rohmaterial wieder gestiegen waren. Infolge der bekannten Umänderung der Klassen-Einteilung bei der Reichsbahn sind den Waggonfabriken größere Aufträge in Polsterwagen erteilt worden, welche das Geschäft in Waldbwolle wesentlich belebten. Im Monat September brach infolge von Lohnkämpfen ein Streik aus, nachdem die Arbeiterschaft einen bereits gefällten Schiedsspruch abgelehnt hatte. Der Streik wurde nach dreiwöchiger Dauer durch Eingreifen des Schlichters der Provinzen Ober- und Niederschlesien beendet. Im Ganzen läßt sich das Ergebnis des Jahres als gut bezeichnen.

Waldbwoll-
fabrikation

Holz-
verwertung
und Holz-
waren

Die Beschaffung der Rohmaterialien für die Möbelindustrie erfolgte ohne Schwierigkeiten. Die Beschäftigung war uneinheitlich. Während sie in einigen Betrieben noch befriedigte, sahen sich andere bereits zu Anfang des Jahres gezwungen, die Arbeit stark einzuschränken, da es an Absatz fehlte. Infolge der ständig ungünstiger werdenden Lohnverhältnisse wie der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage wurde es immer schwieriger, auch nur annähernd ausreichende Preise zu erzielen. An Preiserhöhungen war im Hinblick auf die geringe Kaufkraft der Bevölkerung nicht zu denken. Absatzmöglichkeiten nach Ostoberschlesien ergaben sich infolge der Fortdauer des Bollkrieges mit Polen im Berichtsjahr nicht.

In der Stuhlfabrikation hat der Rückgang der Nachfrage, der bereits Ende 1928 zu verzeichnen war, im Berichtsjahr angehalten. Insbesondere der Absatz besserer Fabrikate ist geringer geworden. Verlangt wurden in der Hauptsache nur einfachere Stapelartikel und mittlere Qualitäten. Infolge des geringen Absatzes mußten weitere Entlassungen vorgenommen werden. Da die Holz- und Materialpreise sich nur wenig niedriger stellten, dafür jedoch die Löhne zweimal erhöht werden mußten, ist das Geschäftsergebnis im Berichtsjahr ebenso ungünstig wie im Vorjahr.

In der Holzstiftfabrikation haben sich zwar nicht die Absatzmöglichkeiten gebessert; es konnten jedoch auskömmliche Preise erzielt werden. Vor allem im Ausland sind Preisunterbietungen nicht mehr so in Erscheinung getreten wie in den Vorjahren.

Die Beschäftigung der Zeichen-, Mal- und Schulgeräteindustrie war dem allgemeinen Konjunkturrückgang entsprechend recht gering. Auch der Absatz ist gegenüber dem Vorjahre zurückgeblieben. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandes erwies sich sehr schwach. Das Auslandsge schäft war zwar lebhafter als 1928, die dabei erzielten höheren Umsätze vermochten jedoch den Ausfall im Inlandsge schäft nicht auszugleichen. Während man im Inland infolge der Kapitalarmut nur billige Waren zu kaufen bemüht war, legte das Ausland gerade auf beste Qualität größten Wert und nur der zum Export gelangenden guten Beschaffenheit der Ware ist es zu verdanken, wenn es möglich war, im Ausland gegenüber der billiger arbeitenden Konkurrenz wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine schwere Belastung der Produktion bedeutete die zweimalige Lohnerhöhung, die den Betrieben aufgezwungen wurde und für die ein Ausgleich in den Preisen nicht zu erzielen war. Wurden die Gewinnmöglichkeiten schon dadurch erheblich beschränkt, so erfuhren sie eine weitere Beeinträchtigung durch die umfangreichen

Verluste, die das Jahr 1929 infolge Zahlungseinstellungen der Kundschaft mit sich brachte. Das Jahr 1929 schloß daher noch ungünstiger ab als das Vorjahr.

Die Nachfrage nach Faßpunden hat im Berichtsjahre infolge steigender Verwendung von Metallverschlüssen und Metallfässern z. B. in der Öl-, Petroleum- und Lackindustrie einen weiteren Rückgang erfahren. Auch der Export ist kleiner geworden, weil namentlich die tschechischen Fabriken billiger zu liefern vermochten. Die Arbeiterzahl mußte unter diesen Umständen stark verringert werden. Trotz verkleinerter Belegschaft mußten in den letzten Monaten des Berichtsjahres auch Feierschichten eingelegt werden.

In der Flaschen-Kistenfabrikation hielten sich die Umsätze auf der Höhe des Vorjahres. Im allgemeinen konnte normal gearbeitet werden. Nur an einigen Tagen mußte wegen Auftragsmangel ausgesetzt werden. Der Bedarf an Packkisten ist weiter stark zurückgegangen, nachdem eine Reihe von Firmen der Schokolade- und Zuckerwarenindustrie eingegangen ist. Die Zigarrenkistenfabrikation war infolge der allgemein schwierigen Wirtschaftslage, die den Verbrauch von Zigarren beeinträchtigte, schlecht beschäftigt. In den ersten und auch in den beiden letzten Monaten des Jahres wurde nicht nur die Arbeitszeit verkürzt, sondern auch die Belegschaft vermindert. Der Absatz beschränkte sich auf die Provinz Schlesien. Darüber hinaus zu liefern, war nicht möglich, da dort das oberschlesische Erzeugnis infolge der west- und mitteldeutschen, in den Hauptgebieten der Zigarrenfabrikation ansässigen Konkurrenz nicht wettbewerbsfähig war. Hinzu kommt, daß diese Betriebe das wichtigste Rohmaterial, das Gabunholz, wesentlich billiger ab Bremen und Hamburg beziehen können als Oberschlesien. Auf diese Ungunst der Frachtlage ist es auch zurückzuführen, daß es an jeder Exportmöglichkeit für Zigarrenkistenfurniere fehlte. Frachtermäßigungen sowohl für den Bezug von Gabunholz wie für den Versand der Furniere sind daher dringend erforderlich. Die Nachfrage nach Wagen und Wagenteilen hat sich wieder erheblich abgeschwächt. Bestellungen gingen fast nur während der Sommermonate ein. In den Wintermonaten mußte die Arbeiterschaft stark vermindert werden. Der Absatz blieb infolge der hohen Frachtkosten aus Oberschlesien beschränkt. Den Absatz ins Ausland verhinderten die hohen Preise.

Verschiedene Industriezweige.

Zündhölzer

Die obereschlesiſche Zündholzindustrie iſt im vergangenen Jahre, wie die geſamte deutſche Zündholzindustrie, durch die Einfuhr der billigeren ruſſiſchen Zündhölzer ſtark geſchädigt worden. Sowohl im Januar wie im Juli und auch während der erſten Hälfte des Auguſt mußte die Produktion wegen Auftragsmangels ſtillgelegt werden. Während der übrigen Zeit wurde im allgemeinen nur 40 Stunden die Woche gearbeitet. Erſt gegen Ende des Jahres belebte ſich der Markt, da der Großhandel in Erwartung des Monopols zu großen Einkäufen ſchritt. Die Konkurrenz ruſſiſcher Ware zwang auch zu einer Senkung der Preiſe, die kaum noch für die Unkoſten Deckung finden ließ.

Wachſwaren

Die Verhältniſſe in der obereschleſiſchen Wachſwarenindustrie haben ſich im Berichtsjahr gegenüber 1928 nicht geändert. Der Abſatz blieb gut. Die Betriebe fanden das ganze Jahr über Beſchäftigung. Nur die allgemeine Geldknappheit machte ſich ſtärker in der Zahlungsweiſe der Kundschaft bemerkbar. Die vereinbarten Ziele wurden in der Regel weit überſchritten, ſodaß die Betriebe mit ihren Mitteln außerordentlich ſparsam umgehen mußten.

Seifen- industrie

Nach dem ſcharfen Preiskampfe in der deutſchen Seifenindustrie im Jahre 1928, der auf einen Zuſammenschluß der geſamten deutſchen Seifenindustrie abzielte, aber ergebnislos blieb, trat 1929 eine gewiſſe Beruhigung ein. Die obereschleſiſchen Betriebe konnten mit geringen Unterbrechungen voll arbeiten. Der Abſatz war zufriedenſtellend. Nachteilig wirkten ſich die ſtarken Schwankungen in den Rohmaterialpreiſen und der niedrige Waſſerſtand der Oder aus, der den Bezug der Rohmaterialien zu Schiff lange Zeit völlig verhinderte, während der übrigen aber durch hohe Kleinwaſſerzuſchläge verteuerte. Der Ausfall des Waſſerweges wurde umſo ſchwerer empfunden, als der obereschleſiſchen Seifenindustrie im Gegenſatz zu den weſtdeutſchen Seifenkonzernen noch immer nicht genügend Frachterleichterungen für den Bezug der Rohſtoffe ab Überſeehafen gewährt worden ſind, die den Verluſt wichtiger, oſtdeutſcher Abſatzgebiete und die allgemeine Ungunſt der Grenzlage auszugleichen geeignet wären. Inſolge zahlreicher Inſolvenzen im Groß- und Einzelhandel traten auch erhebliche Verluſte ein, die zu ſtarker Zurückhaltung in der Kreditgewährung zwangen.

Als Gefahr für den Bestand der oberschlesischen Seifenindustrie werden die Bestrebungen internationaler Margarine- und Seifenkonzerne betrachtet, auf die Rohölbasis der Seifenindustrie entscheidenden Einfluß zu gewinnen, um auch den Seifenmarkt in die Hand zu bekommen.

Die Lage des Färberei- und Reinigungsgewerbes war örtlich verschieden. Während einzelne Betriebe, abgesehen von der üblichen stillen Zeit nach Weihnachten, über genügend Beschäftigung verfügten, mußten andere in den Spätsommer- und den Herbstmonaten zeitweise verkürzt arbeiten. Die Preise für die benötigten Farben und Chemikalien haben sich nur unbedeutend verändert. Die Löhne für tüchtiges Personal waren hoch. Trotzdem waren tüchtige Gesellen schwer zu finden. Über Mangel an Nachwuchs wird geklagt. Die Aussichten des Gewerbes für das neue Jahr werden ungünstig beurteilt.

Färberei- und
Reinigungs-
gewerbe

Das Geschäft lag in den Sommermonaten sehr still. Von Arbeiterentlassungen konnte jedoch abgesehen werden, da die Belegschaft vorübergehend in Ostoberschlesien Verwendung fand. Seit Oktober wurde die Beschäftigung ständig reger und war gegen Jahresende gut. Die Umsätze waren größer als im Jahre vorher, der Nettonutzen jedoch infolge der gedrückten Preise geringer.

Isolierungen
und Wärme-
schutzmaße

Das benötigte Buchenholz stellte sich infolge der durch den strengen Winter 1928/29 verursachten Schwierigkeiten erheblich teurer als 1928, konnte jedoch in ausreichenden Mengen aus Polen bezogen werden. Der Betrieb war stets voll beschäftigt. Für Holzkohle fand sich bis in den Herbst hinein guter Absatz. Teer und andere Nebenprodukte waren schwer unterzubringen. Die erzielbaren Preise waren im Verhältnis zu der Verteuerung der Produktion unzureichend. Nur durch technische Verbesserungen und Steigerung der Produktion ließen sich größere Verluste vermeiden.

Holz-
verfehlung

Infolge der großen Arbeitslosigkeit blieb das Geschäft in gerahmten Spiegeln und Bildern im ersten Vierteljahr sehr gering. Die Umsätze blieben nicht nur unter dem Monatsdurchschnitt, sondern auch unter dem Umsatz der gleichen Zeit des Vorjahres. Durch vorübergehende Entlassung der jüngeren Arbeiter gelang es, wenigstens die

Fabrication
von gerahm-
ten Spiegeln
und Bildern

länger Beschäftigten durchzuhalten. Später belebte sich der Absatz mehr und mehr, sodaß die Entlassenen wieder eingestellt werden konnten. Der Bedarf des Inlands hielt sich etwa auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Die Ausfuhr verdoppelte sich.

**Bürsten- und
Besen-
fabrikation**

Der Absatz von Bürsten und Besen litt unter der Konkurrenz tschechischer Erzeugnisse sowie der Erzeugnisse der Blinden- und Krüppelanstalten und Gefängnisbetriebe. In den letzten beiden Monaten ließen die Aufträge stark nach.

Knöpfe

Die Belebung des Geschäfts, die Ende 1928 zu verzeichnen war, hielt während der ersten Hälfte des Jahres, stockte jedoch um die Jahresmitte. Die Aufträge gingen seitdem sowohl aus dem Inlande wie aus dem Auslande recht spärlich ein. Der deutsche Markt war infolge der schlechten allgemeinen Wirtschaftslage wenig aufnahmefähig. Im Auslande war ein Wettbewerb mit der tschechischen Konkurrenz kaum möglich, insbesondere nachdem die Löhne ab 1. Juli erhöht worden waren. Die Belegschaft mußte daher erheblich eingeschränkt werden.

Baugewerbe.

Sowohl im Hochbau- wie im Tiefbau traten im Berichtsjahre vornehmlich die Kommunen und Behörden als Auftraggeber auf. Infolge des langanhaltenden Winters setzten die Bauarbeiten außerordentlich spät ein und konnten sich auch dann nicht so entwickeln wie in den Vorjahren. Selbst im Hochsommer war im allgemeinen nicht die Bautätigkeit aufzuweisen, die sonst bereits in den Frühjahrsmonaten zu verzeichnen ist. Der Grund dafür lag in der außerordentlichen Knappheit der Mittel für Bauzwecke sowohl bei den Behörden wie besonders bei den Kommunen, die sich im weiteren Verlauf des Jahres noch verschlimmerte und die Bautätigkeit nahezu völlig brachlegte. Nur wenig Kommunen konnten ihre in Angriff genommenen Bauvorhaben glatt durchführen, die anderen hatten mehr oder weniger mit Schwierigkeiten zu kämpfen, teils, weil noch erhebliche Verpflichtungen aus dem Vorjahre bestanden, teils, weil Zahlungsschwierigkeiten eintraten, die es den Unternehmern schwer machten, auch nur angemessene Abschlagszahlungen zu erhalten. Der Wohnungsbau war wenig

umfangreich, da die Mittel aus der Hauszinssteuer meist bereits vorweg vergeben waren und zwar in einem Umfange, daß die Neuvergebung von Hauszinssteuerhypotheken teilweise von aufsichtswegen gesperrt wurde. Lediglich die deutsche Land- und Baugesellschaft, die Dewog und die Wohnungsfürsorgegesellschaft für Oberschlesien brachten größere Wohnungsbauvorhaben heraus.

Ähnlich lagen die Verhältnisse im Tiefbau. Da die Tiefbauarbeiten, wie Kanalisationen und Straßenbauten, jedoch meist als Notstandsarbeiten ausgeführt wurden, wirkte sich die ungünstige Finanzlage der Kommunen im Tiefbau nicht ganz so schwer aus wie im Hochbaugewerbe. Seitens der Reichsbahn gelangten auch im Berichtsjahr weniger Arbeiten zur Vergabung als im Vorjahr.

Der Mangel an Aufträgen hatte sowohl im Hochbau wie im Tiefbau eine weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes zur Folge. Bei dem späten Beginn der Bautätigkeit war jede Firma bemüht, möglichst viele Aufträge hereinzuholen, um einen Leerlauf nach Möglichkeit zu vermeiden. Der starke Wettbewerb führte jedoch dazu, daß, obwohl die Preise bereits im Vorjahr gedrückt waren und sowohl die Löhne wie die Materialpreise inzwischen eine Erhöhung erfahren hatten, Bauten vielfach zu Preisen übernommen wurden, die kaum die eigenen Kosten deckten, zumal die Kapitalknappheit den Unternehmer in großem Umfange zwang, Kredit zu geben und selbst Kredite bei Banken und Lieferanten in Anspruch zu nehmen. Die daraus für das Baugewerbe erwachsenen Schwierigkeiten haben in nicht wenigen Fällen bereits zu Insolvenzen im Baugewerbe geführt, und es steht zu befürchten, daß weitere dazukommen werden, wenn sich die Verhältnisse im Baugewerbe in dem neuen Jahre nicht wesentlich bessern. Als ein bedeutsames Mittel hierfür wird von mancher Seite die Kartellierung des ober-schlesischen Baugewerbes betrachtet. Sie findet jedoch auch starke Gegenerschaft und erscheint bei den obwaltenden Wirtschafts- und Konkurrenzverhältnissen wohl auch kaum durchführbar. Auch die endliche Anwendung der Verdingungsordnung für Bauleistungen wäre geeignet, durch Vereinheitlichung des Vergabungswesens und Erleichterung der Angebotsabgabe eine Besserung herbeizuführen. Trotz aller Bemühungen um ihre Durchsetzung ist diese noch nicht überall in befriedigender Weise gelungen. Behörden und Kommunen legen sie zwar ihren Vergabungen grundsätzlich zugrunde, ändern sie jedoch oft durch zusätzliche Bestimmungen ab, sodaß sie ihren Zweck nicht erfüllt.

Graphisches Gewerbe.

Die Lage des graphischen Gewerbes in Oberschlesien blieb auch im Jahre 1929 denkbar schlecht. Die große Zahl von Druckereien zeitigte einen starken Wettbewerb um die wenigen Aufträge auf Kosten der Preise, der über kurz oder lang zu unheilvollen Folgen führen muß. Hinzu kommt, daß auch die mittelschlesischen Betriebe ungewöhnlich schlecht beschäftigt waren und daher notgedrungen ihren Geschäftsbetrieb auf Oberschlesien auszuweiten versuchten. Obwohl die oberschlesischen Druckereien durchaus leistungsfähig sind, gingen daher auch im vergangenen Jahre wieder umfangreichere Druckarbeiten u. z. gerade die besseren, die auch an den Hersteller größere Anforderungen stellen, an außerhalb Oberschlesien gelegene Betriebe. Die Belieferung Ostoberschlesiens kam nach wie vor nur in geringerem Umfange in Frage. Wie ungünstig sich unter diesen Umständen die Lage der oberschlesischen Druckereien gestaltet hat, zeigt die große, bisher niemals erreichte Zahl von arbeitslosen Gehilfen in allen Zweigen des Gewerbes. Wenn die Arbeitslosigkeit nicht noch größeren Umfang annahm, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß jeder Betrieb seinen eingearbeiteten Arbeiterstamm auch in ruhigen Zeiten durchzuhalten bemüht ist, weil es bei besserer Beschäftigung schwer ist, geeigneten Ersatz dafür zu finden.

Im Zeitungsgewerbe lagen die Verhältnisse ähnlich. Sowohl die Abonnementspreise wie die Preise für Inserate waren unzureichend. Eine Erhöhung war infolge der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage nicht möglich. Die im April eingetretene Lohnerhöhung mußte daher von den Verlegern allein getragen werden. Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestand bei der Kaufmannschaft wenig Neigung zum Inserieren. Auch dadurch entstanden wesentliche Ausfälle. Soweit dies möglich war, zeigte sich daher im Berichtsjahr das Bestreben, durch Zusammenlegung der Betriebe und gemeinsamen Druck der Zeitungen gleicher Richtung eine Herabsetzung der Unkosten zu erzielen.

Geld- und Bankwesen.

Im Jahre 1929 hat auch das oberschlesische Bankgewerbe mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, sich jedoch bis auf Einzelfälle als gesund und widerstandsfähig erwiesen. Durch Zusammenbrüche im Bankgewerbe, wie sie in vielen Teilen des Reiches vorgekommen sind, ist indessen unverkennbar eine gewisse Beunruhigung in die Kundschaft der kleineren Bankunternehmungen getragen worden, die eine stärkere Abwanderung von Anlagegeld zu den Großbankfilialen zur Folge gehabt hat. Der Kreditbedarf der Wirtschaft war groß. Im Hinblick auf die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse sahen sich die Banken jedoch zu starker Zurückhaltung in der Kreditgewährung gezwungen.

Das Kontokorrentgeschäft hielt sich im allgemeinen im Rahmen des Vorjahres. Das Depositengeschäft hat sich gut entwickelt. Die Kundschaft ging jedoch in zunehmendem Maße dazu über, ihre früher als tägliches Geld eingezahlten Gelder in Kündigungsgeld umzuwandeln oder auf einen festen Termin anzulegen. Infolge der großen Konkurrenz der Banken mußten dabei recht hohe Zinsen gewährt werden. Andererseits machten es die unsicheren Wirtschaftsverhältnisse den Banken nicht leicht, die ihnen zufließenden Kapitalien nutzbringend und sicher unterzubringen. Trotz nicht unerheblicher Zunahme der Kreditoren dürfte der Gewinn aus dem Kontokorrent- und Depositengeschäft infolge der unzulänglichen Zinsspanne geringer geworden sein.

Das Effektengeschäft ist im Laufe des Berichtsjahres fast zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken. In ihm wirkte sich die Kapitalknappheit ganz besonders stark aus. Zu Beginn des Jahres zeigte sich noch ein geringes Anlagebedürfnis, das jedoch bald wieder schwand. Das Geschäft in fest verzinslichen Werten schloß allmählich ganz ein. Die Kurse erfuhren eine nicht unerhebliche Senkung. Noch größer waren die Kursrückgänge bei den Dividendenpapieren. Die breite Masse des Publikums verlor daher jedes Interesse und hielt sich mehr und mehr fern. Im Verfolg dieser Entwicklung gingen die Umsätze auf Effektenkonto außerordentlich stark zurück, sodaß die Banken einen sehr empfindlichen Ausfall an Provision erlitten.

Im Devisen- und Sortengeschäft waren die Umsätze besonders in polnischer Währung recht erheblich, der Nutzen jedoch gering. Das Wechselgeschäft war unerheblich. Bemerkenswert erscheint, daß auch die Kommunen, insbesondere die kleineren, dazu übergegangen sind, ihre Verbindlichkeiten mit Wechseln zu begleichen.

Handelsgewerbe.

Expeditions- und Trans- portgewerbe

Die Lage des Expeditionsgewerbes gestaltete sich im Berichtsjahr örtlich sehr verschieden. An manchen Orten war eine geringe Besserung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, in anderen lag es stark darnieder. Der Kraftverkehr, mit dessen Hilfe unter Umgehung des Speditours in steigendem Umfange Ferntransporte ausgeführt werden, hat dem Expeditionsgewerbe einen fühlbaren Teil der Beschäftigung entzogen. Das Auslandsgeschäft hat allgemein einen Rückgang erfahren, da der Verkehr mit Polen infolge des Zollkrieges nach wie vor erschwert war.

Das Möbeltransportgeschäft hat infolge Fertigstellung neuer Wohnungen und der Freigabe größerer Wohnungen eine Belebung erfahren, litt jedoch unter der großen Konkurrenz. Die dadurch bedingte Preisjchleuderei machte es den Betrieben immer schwerer, leistungsfähig zu bleiben, zumal die Erhaltung der eingearbeiteten Arbeiterkraft und die Instandhaltung des Inventars bei nicht voll ausgenutztem Betriebe die Gewinne weiter herabdrückte.

Das Kollfuhrgeschäft fand im allgemeinen Beschäftigung, wenn auch ein nicht unerheblicher Teil des Groß- und Einzelhandels sowie andere Unternehmungen zur Selbstabholung übergegangen sind. Die erzielbaren Gebühren deckten jedoch kaum die Kosten, da auch hier der Wettbewerb außerordentlich stark war.

Das Fuhrgeschäft war infolge geringerer Bautätigkeit als mäßig zu bezeichnen. In mehr ländlicher Gegend bot sich wohl auch reichlicher Arbeitsgelegenheit bei Straßenbauten. Wenn dabei auch mit geringem Verdienst gerechnet werden mußte, wurden solche Arbeiten doch gern übernommen, um die Betriebe bis zum Eintritt besserer Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Nahrungs- mittelhandel

Das Geschäftsjahr 1929 gestaltete sich für den Nahrungsmittelhandel recht schwierig. Im Nahrungsmittelgroßhandel litt das Geschäft unter dem Mangel an Eigenkapital, der infolge des großen Bedarfs an Betriebsmitteln und der Notwendigkeit, den Abnehmern umfangreiche Kredite zu gewähren, zur Inanspruchnahme fremden Kapitals in einem Umfang nötigte, der bei den ständig sehr hohen Zinssätzen für Leihkapital die Rentabilität in Frage stellte, schwächere Firmen auch zum Erliegen brachte. Ein lebhafteres Geschäft konnte sich unter diesen Um-

ständen nicht entwickeln. Die Preise für Mehl- und Mühlenfabrikate sowie Schmalz waren größeren Schwankungen unterworfen. Kaffee, Hülsenfrüchte und Sieringe gingen im Preise erheblich zurück. Im Gegensatz dazu blieb der Zuckerpreis in Auswirkung der zwischen den schlesischen Zuckerfabriken und dem schlesischen Zuckergroßhandel im Juni 1929 geschlossenen Zuckerkonvention stabil. Bei dieser Preisentwicklung bedurfte es auf der einen Seite großer Anstrengungen und geschickter Dispositionen, um Verluste zu vermeiden, auf der anderen Seite fehlte es an der Möglichkeit, aus ihr Konjunkturgewinne zu erzielen und Verluste auszugleichen. Nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung des Geschäfts blieben die Zollerhöhungen für eine ganze Reihe von Artikeln des Nahrungsmittelgroßhandels, wie ganz besonders die Erhöhung der Tabaksteuer. Eine besondere Regelung für Mentuchtabak, der in Oberschlesien vor allem gehandelt wird, wurde vergeblich zu erreichen versucht. Auch die Vorgänge auf dem Bündholzmarkt, das starke Eindringen ausländischer Erzeugnisse und die z. T. dadurch veranlaßten Verhandlungen über die Errichtung eines Bündholzmonopols ließen den Großhandel nicht unbeeinflusst. Im Handel mit Markenartikeln, der für den Nahrungsmittelhandel immer größere Bedeutung gewinnt, gelang es auch im Berichtsjahre nicht, den Preisschutz im notwendigen Umfange durchzusetzen. Der Kampf um den Abnehmer führte bei der starken Konkurrenz im ober-schlesischen Nahrungsmittelgroßhandel immer wieder zu, wenn auch versteckten, Verletzungen der übernommenen Verpflichtungen und zur Schädigung der Mitbewerber.

In der Lage des Weinhandels ist eine Besserung gegenüber dem **Weinhandel** Vorjahre nicht eingetreten. Der Verbrauch deutscher Weine, insbesondere der mit großen Aufkosten propagierten Schoppenweine, ist zurückgegangen. Die Geschmacksrichtung weiter Kreise der Bevölkerung scheint sich mehr und mehr den milderen und süßen Auslandsweinen zuzuwenden. Der gute Ernteaussfall im Berichtsjahr und der mangelnde Abjaß haben einen erheblichen Preisrückgang für deutsche Weine im Gefolge gehabt, der sich jedoch erst im neuen Jahr auswirken wird. Der Weinhandel wird dadurch in die Lage versetzt sein, auch wieder billigere Inlandsweine auf den Markt zu bringen, sodaß mit einer Belebung des Weingeschäfts gerechnet wird.

Die Lage des Textilhandels blieb im Berichtsjahr im allgemeinen **Textilhandel** die gleiche wie 1928. Das Sommergeschäft war infolge günstigen Wetters verhältnismäßig gut. Das Wintergeschäft fiel nahezu völlig aus,

da das ständig herrschende milde Wetter größere Nachfrage nach Winterwaren nicht aufkommen ließ. Winterware aller Art, speziell Damenkonfektion, mußte nahezu ohne Nutzen, teilweise unter den Selbstkosten abgesetzt werden. Im allgemeinen waren nur mittlere und billigere Qualitäten stärker gefragt. Für hochwertige Qualitäten, vor allem der Leinenindustrie, ist der Verbraucherkreis sehr eng geworden. Die billigere Baumwolle und Kunstseide wurden mehr und mehr bevorzugt.

Die Beschaffung der Waren machte im allgemeinen keine Schwierigkeiten. In den meisten Artikeln bestand Überangebot. Die Lieferungsbedingungen blieben unverändert. Die Preise haben eine Ermäßigung erfahren. Der Wettbewerb im Textilhandel war nach wie vor sehr groß, bewegte sich jedoch in sichtlich korrekteren Formen, insbesondere dort, wo der ortsansässige Handel selbst sich durch Überwachung für eine Vereinigung der Wettbewerbsitten einsetzte. Die Konkurrenz der Einheitspreisgeschäfte hat sich im Textilhandel nicht so ungünstig ausgewirkt, wie befürchtet wurde. Weit nachhaltiger wurde das Anwachsen der Abzahlungsgeschäfte und das Überhandnehmen des Hausierhandels empfunden.

Belzwaren, Hüte, Mützen

Trotz der starken Kälte zu Anfang des Jahres entsprach der Absatz in Belzwaren nicht den Erwartungen. Auch das Frühjahrsgeschäft in Hüten und Mützen entwickelte sich nicht, da Ostern im vergangenen Jahre zu früh lag. Im weiteren Verlauf des Jahres ging der Absatz immer mehr zurück und war gegen Ende des Jahres infolge des abnormen Wetters in allen Artikeln völlig ungenügend. Auf der anderen Seite war der Kreditbedarf der Kundschaft größer und die Zahlungsweise unpünktlicher denn je. Die Belzwaren-, Hüte- und Mützenbranche sieht daher auf ein außergewöhnlich ungünstiges Geschäftsjahr zurück.

Eisenwaren

Der strenge Winter zu Anfang des Jahres wirkte überall hemmend auf den Umsatz. Die ungeheuren Schneemassen verhinderten vor allem den Besuch der ländlichen Kundschaft. Das Frühjahrsgeschäft setzte daher mit großer Verspätung ein. Die Umsätze gingen zwar in die Höhe, konnten jedoch die während der ersten Monate erlittenen Ausfälle oft nicht mehr ausgleichen. Der Absatz an Baumaterialien litt unter der geringen Bautätigkeit sowie unter den finanziellen Schwierigkeiten, mit denen das Baugewerbe gerade im vergangenen Jahre infolge des Geldmangels bei Kommunen und privaten Bauherren zu kämpfen hatte und die größere Vorsicht dem gesteigerten Kreditverlangen

gegenüber geboten erscheinen ließen. Eine Belebung des Geschäftsganges in Haus- und Küchengeräten verhinderte der Geldmangel bei Arbeitererschaft und Mittelstand, der nur die Anschaffung des dringendsten Bedarfs zuließ. Infolge des fehlenden Absatzes waren die Preise gedrückt. Sie warfen um so weniger Nutzen ab, als die Verbraucher sich mehr und mehr daran gewöhnten, Waren auf Kredit zu entnehmen. Unter diesen Verhältnissen ist es verständlich, daß unter dem Handel ein sehr starker Wettbewerb herrschte, der durch das Überhandnehmen des Hausierhandels auch in dieser Branche weiter verschärft wurde. Vom Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages erhofft der Eisenwarenhandel, insbesondere der des Industriebezirks, eine Besserung seiner Lage. Ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden, muß dahingestellt bleiben, da die polnische Industrie inzwischen dazu übergegangen ist, die meisten Artikel der Branche, die früher aus Deutschland bezogen wurden, selbst herzustellen.

Das Geschäftsjahr 1929 hat sich für den Lederhandel ebenso **Lederhandel** ungünstig gestaltet wie die vorhergehenden Jahre. Der Bedarf an Leder war infolge des trockenen Wetters recht gering. Die Preise zeigten, teils wegen der geringen Nachfrage, teils im Zusammenhang mit der Preisgestaltung auf dem Rohhäutemarkt, ständig sinkende Tendenz. Ein Gewinn war dabei kaum zu erzielen, zumal die Kundschaft an den Handel hohe Kreditansprüche stellte. Da der Lederspezialhandel kaum noch eine Existenzmöglichkeit bietet, ist der Lederhandel bereits in großem Umfange dazu übergegangen, sich den Vertrieb von Lederwaren und anderer ins Fach schlagender Artikel anzugliedern, womit gute Erfahrungen gemacht worden sind. Nach Weihnachten ist der Bedarf des lederverarbeitenden Handwerks, mit Ausnahme der Sattlerei, lebhafter geworden, und man hofft, daß diese freundlichere Stimmung auch im neuen Jahr anhält.

Die Geschäftslage im Schuhwarenhandel war im allgemeinen **Schuhwaren** sehr ungünstig. Die anormalen Witterungsverhältnisse, die Kälte in den Frühjahrsmonaten und das schöne Wetter im Herbst ließen das Frühjahrsgeschäft fast ganz ausfallen und lähmten auch das Herbstgeschäft. Die Preise für Schuhwaren gingen zurück, sodaß die größeren Händler auch an ihren Lagern Verluste erlitten. Die starke Arbeitslosigkeit zu Anfang und am Ende des Jahres zeigte bei den Ver-

brauchern eine Schwächung der Kaufkraft, die auf die Art der Nachfrage nicht ohne Einfluß blieb. Verlangt wurden in der Hauptsache billige und mittlere Qualitäten. Bessere Qualitäten und höhere Preislagen gingen wenig. Infolgedessen sind auch die Umsätze im Schuhwarenhandel hinter den Umsätzen des Vorjahres erheblich zurückgeblieben.

**Gold- und
Silberwaren,
Uhren**

Bis zur Jahresmitte entwickelte sich das Geschäft noch verhältnismäßig befriedigend, stockte jedoch seitdem völlig. Im Großuhrengeschäft, insbesondere Standuhren, ging der Absatz mehr und mehr zurück. Der Bedarf in ihnen scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. Die Nachfrage wandte sich mehr den billigeren kleinen Uhren zu. Auch von Schmuckwaren gingen nur die billigeren. Gute waren kaum zu verkaufen. Der geringe Absatz wurde weiter beeinträchtigt durch die Konkurrenz des Hausierhandels und die Versteigerungen der Leihämter, bei denen die Kundschaft besonders günstig zu kaufen glaubt. Unter diesen Verhältnissen waren die Umsätze im Berichtsjahr noch wesentlich geringer als 1928, desgleichen der Verdienst. Dieser wurde weiter stark geschmälert durch die hohen Kreditansprüche der Kundschaft und ihre Unpünktlichkeit in der Ratenzahlung, die zur Inanspruchnahme des teuren Bankkapitals zwang.

**Kanalisations-
und Wasser-
leitungs-
artikel**

Das Geschäft in der Kanalisations- und Wasserleitungsartikelbranche hatte zu Beginn des Jahres unter dem außergewöhnlich starken und langandauernden Winter zu leiden. Die Bautätigkeit ruhte infolge des Frostes bis zum späten Frühjahr vollkommen. Da die Artikel dieser Branche erst dann gebraucht werden, wenn die Bauten unter Dach sind, setzte der Bedarf erst im Spätsommer ein. Größere Kanalisationen von Kommunalverwaltungen, die über die geschäftsstille Zeit hätten hinweghelfen können, wurden in diesem Jahre nicht ausgeführt. Die größeren Projekte dieser Art wurden sämtlich wegen der schlechten finanziellen Lage der Kommunen zurückgestellt. Die Beschaffung der Ware stieß kaum auf Schwierigkeiten, da infolge der im Reiche zurückgegangenen Bautätigkeit die Produktionskapazität der Werke nicht ausgenutzt war. Die Zahlungsbedingungen der Werke sind trotz der Verwilderung der Zahlungssitten seitens der Kunden des Großhandels gleich scharf geblieben. Dagegen hat die eigene Kundschaft außerordentlich lange Zahlungsziele in Anspruch genommen. Die

Folge davon war, daß die eigenen Mittel stark angespannt und die Inanspruchnahme von Bankkrediten, die wiederum den Verdienst schmälern, erforderlich war. Die Preise sind im allgemeinen im Laufe des ganzen Jahres stabil gewesen, mit Ausnahme der Kupfer- und Metallwaren, die infolge der außerordentlichen Steigerung des Kupferpreises Anfang des Jahres nicht unbeträchtlich in die Höhe gingen, um dann wieder zu fallen, ohne aber das frühere Preisniveau zu erreichen. Unangenehm bemerkbar machte sich die ausländische Konkurrenz. So sind z. B. in den keramischen Waren polnische Produkte auf dem Markte erschienen, die ungehindert in Deutschland eingeführt werden konnten, während auf der anderen Seite deutsche keramische Erzeugnisse in Polen einfuhrverboten sind. Wenn es sich auch bei dem polnischen Material um weniger gute Qualitäten handelt, so ist durch diese Einfuhr doch der Markt gestört worden, und es mußten Kampfspreise eingeführt werden, die das finanzielle Ergebnis dieses Jahres noch weiter eingeschränkt haben. Infolge der Steigerung der Weltmarktproduktion, die über den tatsächlichen Bedarf hinausgeht, ist für die Zukunft mit noch billigeren Preisen zu rechnen.

Infolge der Neubautätigkeit, insbesondere in Kleinstwohnungen, waren die Elektro-Installateure durchweg gut beschäftigt, sodaß auch der Bedarf in elektrotechnischen Artikeln entsprechend groß war. Im allgemeinen ist auch eine Konsolidierung der Preise festzustellen, da infolge der neuesten Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker sowie auch der verschiedenen Elektrizitätswerke und des Überwachungsvereins nur hochwertiges Material Verwendung finden darf. Eine Preisschleuderei, wie sie im vergangenen Jahre beobachtet wurde, konnte daher nicht Platz greifen. Die im Sommer wiedererstandene Preiskonvention für isolierte Kupferleitungen wird hoffentlich ebenfalls zur Beruhigung der bisher sehr gedrückten Preise auf dem Leitungsmarkt beitragen. Die Beschaffung der Materialien machte keine Schwierigkeiten. Von den Verbrauchern bezw. von Installateuren wurde nach wie vor ein ausnehmend hohes Ziel gefordert.

Elektro-
technische
Bedarfs-
artikel

Die Lage des Drogen- und Chemikalienhandels blieb etwa die gleiche wie im Vorjahr. Ware war in ausreichenden Mengen, wenn auch z. T. zu höheren Preisen, vorhanden. So stiegen die Preise für Farben, Lacke, Leinölfirnis u. a. nicht unerheblich. Auch die Umsätze

Drogen,
Chemikalien

haben sich wenig verändert, dürften jedoch um ein Geringes größer geworden sein, Die Außenstände gingen noch schlechter ein als im Vorjahr, da die Handwerker selbst über schleppende Zahlungsweise nicht nur seitens der Privatkundschaft, sondern auch der Kommunen zu klagen Anlaß hatten.

Handelsgärtnerei.

Für die Gartenbaubetriebe verlief auch das vergangene Jahr insofern ungünstig, als das bis in den Spätherbst hinein anhaltende milde Wetter wenig Bedarf nach Treibhauserzeugnissen aufkommen ließ. Die Geschäftslage hat sich gegenüber dem Vorjahre eher verschlechtert. Die Preise waren infolge der großen Einfuhr von Schnittblumen aus Italien und Holland, die den Markt überschwemmt, sehr gedrückt.

